

Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges ... – 1

... und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse

Akademie-Verlag Berlin 1957

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Schriften des Instituts für Geschichte.

Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte

Band 4

Alexander von Humboldt an Varnhagen von Ense, 7. Dezember 1841:

„Wahrheit ist man im Leben nur denen schuldig, die man tief achtet“

und von ganzem Herzen liebt, also in erster Linie seinem Volk und der Partei.

VORBEMERKUNG

Für die Erhaltung und Festigung des Friedens kämpfen heute die Werktätigen aller Länder – mit der berechtigten Hoffnung auf Erfolg.

So stark ist die tätige Friedenssehnsucht der überwältigenden Anzahl aller Menschen, so mächtig ist das friedfertige sozialistische Lager geworden, daß es möglich ist, die Hetzer zum Kriege zu isolieren und die Verhältnisse so zu ändern, daß sich das Gesetz, das besagt, Monopolherrschaft bringt Krieg, nicht durchsetzen kann.

Wie anders war die Lage noch vor dem zweiten und vor dem ersten Weltkrieg!

*

Von der Lage zur Zeit des ersten Weltkrieges handelt dieses Buch.

Noch weit zurück sind die Wissenschaftler in der Untersuchung und Einschätzung der Kriege dieses Jahrhunderts.

Wir Marxisten-Leninisten, die einzigen, die in der Lage sind, eine korrekte Untersuchung und Einschätzung zu geben, haben teilweise und zeitweise versagt – in der Praxis sowohl wie in der Theorie.

Dieses Versagen ist in der ungeheuren Kompliziertheit der Einschätzung mancher Kriege dieses Jahrhunderts begründet. Es gibt jedoch neben dieser objektiven Ursache auch noch eine subjektive.

Es geht uns hier nämlich wie mit den zyklischen Krisen. Marx und Engels haben die Grundlagen der Krisentheorie geschaffen. Wir Marxisten wissen wirklich, wie und warum zyklische Krisen im Kapitalismus ausbrechen und ausbrechen müssen. Aber die konkrete Untersuchung der zyklischen Krisen, für die gerade die bürgerliche Statistik in den letzten 40 Jahren so viel Material geliefert hat, wurde von uns so vernachlässigt, daß wir hinsichtlich der Krisenprognose in dieser Zeit keinen Fortschritt gemacht haben.

Und wie steht es mit den Kriegen? Marx und Engels und vor allem Lenin haben sich sehr gründlich mit den Ursachen der Kriege, beschäftigt und auch mit ihrer Einschätzung. Wir wissen, daß die Kriege, insbesondere im Stadium des Imperialismus, ökonomische Ursachen haben. Wir wissen auch, daß Kriege dem Fortschritt dienen und gerecht sein können, daß im Stadium des Imperialismus das Umgekehrte viel häufiger der Fall sein wird und daß Kriege auch auf der einen Seite der Beteiligten reaktionär und ungerecht, auf der anderen Seite der Beteiligten aber fortschrittlich und gerecht sein können. All dies grundlegende Wissen verdanken wir den Lehren unserer Klassiker.

[VIII] Aber wie steht es mit der konkreten Anwendung dieser Lehren von Marx, Engels und Lenin? Und wie steht es mit der historischen detaillierten Untersuchung von Kriegsausbrüchen? mit der Einschätzung der Rolle der Volksmassen und der Führung? und mit all den anderen in diesem Zusammenhang so wichtigen Fragen?

So unglaublich es ist und so kraß dies der alten wissenschaftlich-politischen Tradition des Marxismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, sofort eine richtige Einschätzung des Charakters eines Krieges zu geben, widerspricht – so muß man doch feststellen, daß heute, 1957, noch immer nicht eine einheitliche Einschätzung des Charakters des zweiten Weltkrieges vorliegt – ja der bedeutendste Theoretiker des Marxismus-Leninismus nach dem Tode von Lenin*, J. W. Stalin, drückt dieser unserer Feststellung gewissermaßen den Stempel auf, in-

* Hier wirkt sich noch der Personenkult um Stalin aus. Denn Stalin war alles Mögliche, jedoch *nicht* der bedeutendste Theoretiker des Marxismus-Leninismus nach dem Tode von Lenin. In der marxistisch-leninistischen Theorie war Stalin ein *Dilettant*.

dem er nach dem zweiten Weltkriege – also nicht etwa in der Verwirrung des Krieges selbst – zwei sehr verschiedene Einschätzungen des Charakters des zweiten Weltkrieges gegeben hat.

Als der zweite Weltkrieg begann, meinten die führenden Funktionäre der kommunistischen Parteien Westeuropas, es handele sich um einen gerechten Krieg ihres Landes gegen den deutschen Faschismus. Folgendermaßen beginnt zum Beispiel ein Communiqué der Parlamentsgruppe der Kommunistischen Partei Frankreichs¹: „Die kommunistische Parlamentsgruppe tagte am 1. September in der Deputiertenkammer ...

Sie gab dem unerschütterlichen Willen aller Kommunisten, sich zum Widerstand gegen den Nazifaschismus, für die Verteidigung der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit, der demokratischen Prinzipien und der Zivilisation in die erste Reihe zu stellen, einstimmig Ausdruck.

Die kommunistische Parlamentsgruppe richtete brüderliche Grüße an alle unter die Fahnen einberufenen Arbeiter sowie an diejenigen ihrer Mitglieder, die in großer Zahl für die bewaffnete Verteidigung des Landes, seiner Ehre und seiner Freiheit mobilisiert sind.“

Zwei Wochen später etwa war die Losung genau entgegengesetzt und der Leitartikel des internationalen Informationsorgans der Kommunistischen Parteien, der „Rundschau“, vom 28. September 1939, mit der Überschrift „Der zweite imperialistische Weltkrieg über Europa“, enthält den meiner Ansicht nach völlig richtigen Satz „Die imperialistischen Mächte raufen sich erneut um die Neuaufteilung der Welt.“

Natürlich wird man – und mit Recht – feststellen, daß zwischen der falschen Einschätzung des zweiten Weltkrieges Anfang September 1939 durch einige kommunistische Parteien und der falschen Einschätzung des ersten Weltkrieges im August 1914 durch fast alle sozialdemokratischen Parteien ein grundlegender Unterschied besteht: die Führung der sozialdemokratischen Parteien von 1914 übte Verrat an der Arbeiterklasse, die kommunistischen Parteien irrten 1939 und korrigierten diesen Irrtum sehr schnell.

Doch so wichtig es auf der einen Seite ist, diesen grundlegenden Unterschied hervorzuheben, darf man auf der anderen Seite niemals vergessen, daß die Weltgeschichte das Produkt von Handlungen auf der Grundlage eines gesetzmäßig verlaufenden ge-[IX]sellschaftlichen Prozesses und nicht das Produkt von schlechten oder guten Motiven ist. Entscheidend für die Verhinderung des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges im Gefolge des englisch-französischen Angriffs auf Ägypten war eben *die richtige, auf marxistisch-leninistischer Analyse der Lage beruhende Aktion des Friedenslagers unter Führung der Sowjetunion! – der Sowjetunion, die auch im September 1939 uns die richtige Analyse gegeben hatte.*

Und ferner: die Geschichte der Einschätzung des zweiten Weltkrieges geht noch weiter, sie endet keineswegs mit der Wendung Mitte September 1939.

Zwar: als im Juni 1941 der faschistische Überfall auf die Sowjetunion begann – da, ja da brauchte man wirklich kein Marxist zu sein, um eine richtige Einschätzung des Krieges zwischen Deutschland und der UdSSR zu geben: auch analphabetische Reisbauern Ostasiens, die weder den Namen von Marx noch den von Lenin je gehört hatten, wußten ebenso wie ihre schwarzen Schwestern in einem Kraal Südafrikas, daß die Sowjetunion für eine gerechte Sache kämpfte.

Fünf Jahre später aber, in einer Wählerversammlung am 9. Februar 1946 in Moskau, erklärte Stalin rückblickend, „daß der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte zum Unterschied vom ersten Weltkrieg gleich bei Beginn den Charakter eines antifaschistischen, eines Befrei-

¹ „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, 8. Jahrgang, Nummer 48, Basel, 14. September 1939.

ungskrieges“ annahm – und weiter: „Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte lediglich den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges verstärken und hat ihn auch wirklich verstärkt.“

Und wieder sechs Jahre später, 1952 – ohne Hinweis auf seine gegenteilige vorangehende Äußerung, ein Verfahren, das sich niemals bei den Klassikern findet – schrieb Stalin in „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“: „als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte, schloß sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen. Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.“

Zum Teil – aber nur zum Teil! – hängt diese verschiedene Einschätzung des Charakters des zweiten Weltkrieges durch Stalin mit einer anscheinend verschiedenen Datierung seines Beginns zusammen. Aus der Rede vom 9. Februar 1946 kann man den Eindruck gewinnen, daß Stalin den zweiten Weltkrieg bereits mit dem Überfall Japans auf China beginnen läßt – was etwa entsprechend bedeuten würde, daß man den ersten Weltkrieg mit dem italienisch-türkischen Krieg 1911 oder den Balkankriegen 1912/13 anfangen lassen würde. Eine solche Früh-Datierung erscheint mir in beiden Fällen falsch. In den zitierten Äußerungen Stalins von 1952 datiert der zweite Weltkrieg wohl vom September 1939, was mich richtig dünkt.

Zugegeben, mögen manche sagen: wir haben wirklich bisher keine allgemein von uns als gültig anerkannte Einschätzung des Charakters des zweiten Weltkrieges gegeben – aber dafür herrscht doch wenigstens wirklich Klarheit über den Charakter des ersten Weltkrieges.

[X] Richtig – alle Marxisten-Leninisten sind sich einig darüber, daß der erste Weltkrieg ein ungerechter, ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Erde unter die Monopole war.

Aber wie steht es um die Einschätzung der Haltung der Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse und ganz speziell ihrer Führung zu Beginn des ersten Weltkrieges, um die Begründung ihrer Haltung, um die Beurteilung der Maßnahmen, die sie ergriffen oder hätten ergreifen sollen?

Wo sind hier die Untersuchungen, die eine konkrete, faktenmäßige und zugleich eine geschichtsphilosophische Analyse geben?

Wo ist die Leistung des Historikers und des Philosophen, des Ökonomen und des Soziologen? Wo ist die Anwendung all der grundlegenden, wirklich so umfassenden Hinweise, die Lenin uns gegeben hat?

Besitzen wir überhaupt ein Buch für irgendein Land, das vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus, das heißt vom wissenschaftlichen Standpunkt, als Beispiel für eine solche umfassende Analyse genannt werden kann?

Es gibt kein solches Buch! trotz aller Anleitung zu einem solchen Buch, die uns Lenin gegeben hat.

Auch kein Buch für Deutschland – trotz aller Vorarbeiten, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geleistet haben.

Das folgende Buch versucht auch nur erst, gewisse Teile einer solchen notwendigen, umfassenden Analyse für Deutschland zu geben. Es werden vor allem die diplomatische Vorgeschichte der *Auslösung* des ersten Weltkrieges (also weder seine ökonomischen *Ursachen*, noch ihre Widerspiegelung im Überbau) und die Reaktion der Arbeiterklasse gegen die ent-

sprechenden Auslösungsmaßnahmen der herrschenden Klasse (also auch wieder nicht die Geschichte des Klassenkampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber im 20. Jahrhundert) untersucht. Eine solche Spezialuntersuchung ist möglich, da die *allgemeinen, grundlegenden* Tatsachen bekannt sind, da schon Lenin die *allgemeinen* ökonomischen Ursachen und die *allgemeinen* Tendenzen des Klassenkampfes im *internationalen* Maßstab untersucht hat.

Bei der Lektüre des Folgenden darf der Leser jedoch niemals außer acht lassen, wie verschieden von damals die Situation heute sein *kann*, weil so viele Verhältnisse so andere sind.

Unter den Bedingungen der Existenz einer großen Anzahl souveräner sozialistischer und anderer die Erhaltung des Friedens wünschender Staaten ist es wesentlich schwerer geworden, die diplomatischen Vorbereitungen eines Krieges so lange vor den Völkern zu verbergen, wie es im Juli 1914 den Kriegshetzern Europas gelang.

Damit aber ist enorm viel für die Agitation und Propaganda gegen den Krieg gewonnen.

Damit ist es der Arbeiterklasse wesentlich erleichtert, unter revolutionärer Führung – die es heute, im Gegensatz zur sozial-chauvinistischen Führung von 1914, in allen Ländern gibt – die Völker dieser Erde rechtzeitig für den Kampf gegen einen unmittelbar bedrohenden Krieg zu mobilisieren.

Also handelt es sich im folgenden um vergangene Geschichte? von einem gewissen historischen Interesse, ohne direkte Beziehung zur Gegenwart?

[XI] Ach, leider Nein! Leider ist die folgende Geschichte von brennender Aktualität – einmal weil sie aufzeigt, was geschieht und wie es geschieht, *wenn wir dem Opportunismus und Revisionismus nicht schärfstens entgegentreten, wenn wir die großen Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus nicht stets beachten und anwenden*, wenn wir Fehler machen im Friedenskampf, wenn wir nachlassen in unseren Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und sodann weil die folgende Geschichte uns *die raffinierte Bestialität unseres Gegners, des Feindes der Menschheit, des kriegslüsternden Imperialismus*, der auch heute noch auf einem Teil der Erde herrscht, enthüllt. Die Erinnerung an die Ereignisse von damals muß ein steter Begleiter unserer Gedanken von heute im Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens sein.

Berlin, den 1. Mai 1957

Jürgen Kuczynski

[3]

TEIL I

ERSCHRECKENDE CHRONIK DER EREIGNISSE

KAPITEL I

DAS GEHEIMNIS DES KRIEGES – 28. JUNI BIS 24. JULI: BOURGEOISIE, ARBEITERKLASSE UND KRIEGSVORBEREITUNG

Der erste Weltkrieg war ein imperialistischer Raubkrieg, geführt im Interesse der Monopole mit dem Ziel der Neuaufteilung der Welt. Schließlich waren fast alle Länder der Welt an dem Krieg, der als ein Kampf Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen England, Frankreich und Rußland begann, beteiligt.

Falsch wäre es, irgendeinem einzelnen Monopol oder der herrschenden Klasse irgendeines Landes eine „besonders große Schuld“ an diesem ersten Weltkrieg zuzumessen.

Das heißt nicht, daß man nicht eindeutig feststellen kann, daß in jener Zeit, im Sommer 1914, es gerade im Interesse des deutschen Monopolkapitals lag, daß der Krieg beginnen würde – nach der ganz einfachen, jeder Taktik und Strategie des Machtkampfes zugrunde liegenden Maxime: Man soll den Kampf in einer möglichst günstigen Situation beginnen. Daß das deutsche Monopolkapital nach dieser Maxime handelte, geht sehr deutlich aus einem Privatbrief des Staatssekretärs des Auswärtigen, Herrn von Jagow, an den deutschen Botschafter in London, den Fürsten Lichnowsky, hervor.²

Dort bemerkt er zunächst über den „Hauptverbündeten“: „Österreich, welches durch seine mangelnde Aktionskraft mehr und mehr Einbuße an seinem Ansehen erlitten hat, zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Die Balkankrise hat seine Stellung noch geschwächt. Durch dieses Zurückgehen der österreichischen Machtstellung ist auch unsere Bündnisgruppe entschieden geschwächt worden. Österreich will sich die serbische Minierarbeit nicht mehr gefallen lassen, ebensowenig die fortgesetzt provokatorische Haltung des kleinen Nachbarn in Belgrad. – Siehe die Sprache der serbischen Presse – und Herrn Paschitschs. Es erkennt wohl, daß es viele Gelegenheiten versäumt hat, und daß es jetzt noch handeln kann, in einigen Jahren vielleicht nicht mehr. Österreich will sich jetzt mit Serbien auseinandersetzen und hat uns dies mitgeteilt. Während der ganzen Balkankrise haben wir mit Erfolg im Sinne des Friedens vermittelt, o

haben. Daß hne Österreich dabei in kritischen Momenten zur Passivität gezwungen zu trotzdem – zu Unrecht – in Österreich vielfach der Flaumacherei beschuldigt sind, ist mir gleichgültig. Wir haben auch jetzt Austria nicht zu seinem Entschluß getrieben. Wir können und dürfen aber ihm nicht in den Arm fallen. Wenn wir [4] das täten, könnte Österreich (und wir selbst) uns mit Recht vorwerfen, daß wir ihm seine letzte Möglichkeit politischer Rehabilitation verkehrt haben. Dann würde der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. Seine Stellung im Balkan wäre für immer dahin. Daß eine absolute Stabilisierung der russischen Hegemonie im Balkan indirekt auch für uns nicht admissibel ist, werden Sie mir wohl zugeben. Österreichs Erhaltung, und zwar eines möglichst starken Österreichs, ist für uns aus inneren und äußeren Gründen eine Notwendigkeit. Daß es sich nicht ewig wird erhalten lassen, will ich gern zugeben. Aber inzwischen lassen sich vielleicht Kombinationen finden.“

Also, je eher angegriffen wird, desto stärker noch der „Hauptverbündete“.

Doch mehr: „Frankreich und England werden jetzt auch den Krieg nicht wünschen. In einigen Jahren wird Rußland nach aller kompetenten Annahme schlagfertig sein. Dann erdrückt

² „Die Deutschen Dokumente zum Kriegausbruch“. Herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amts, Band 1, Berlin 1919, S. 99 f. – Künftig zitiert als „Deutsche Dokumente“.

es uns durch die Zahl seiner Soldaten, dann hat es seine Ostseeflotte und seine strategischen Bahnen gebaut. Unsere Gruppe wird inzwischen immer schwächer. In Rußland weiß man es wohl, und will deshalb für einige Jahre absolut noch Ruhe. Ich glaube gern Ihrem Vetter Benckendorff, daß Rußland jetzt keinen Krieg mit uns will. Dasselbe versichert auch Sasnow, aber die Regierung in Rußland, die heute noch friedliebend und halbwegs deutschfreundlich ist, wird immer schwächer, die Stimmung des Slawentums immer deutschfeindlicher.“

Also, je länger mit dem Angriff gewartet wird, desto besser sind die Gegner gerüstet, desto mehr verschiebt sich das Gewicht der Kräfte zugunsten der Gegner.

Völlige Klarheit herrscht auch darüber, daß der beabsichtigte Krieg zu einem Weltkrieg führen kann. Jagow, der natürlich Lichnowsky beauftragt, dafür zu sorgen, daß England sich aus dem Krieg heraushält, denn es ist viel leichter, die Gegner hintereinander statt auf einmal vor sich zu haben, bemerkt: „Ich hoffe und glaube auch heute noch, daß der Konflikt sich lokalisieren läßt. Englands Haltung wird dabei von großer Bedeutung sein. Ich bin vollständig überzeugt, daß die öffentliche Meinung dort sich nicht für Österreichs Vorgehen begeistern wird, und erkenne alle ihre Argumente in dieser Hinsicht als richtig an. Aber man muß tun, was irgend möglich ist, daß sie sich nicht zu sehr für Serbien begeistert, denn von Sympathie und Antipathie bis zur Entfachung eines Weltbrandes ist doch noch ein weiter Weg.“ Weltbrand!

Diesen Verhältnissen entsprechend arbeitet Lenin in der Erklärung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vom 1. November 1914 einerseits die internationale Vorbereitung des Weltkrieges so heraus: „Der europäische Krieg, im Verlauf von Jahrzehnten vorbereitet von den Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder, ist da. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte in der Epoche des jüngsten, des imperialistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus in den vorgeschrittenen Ländern, die dynastischen Interessen der rückständigsten osteuropäischen Monarchien mußten mit Unvermeidlichkeit diesen Krieg heraufführen und sie haben ihn heraufgeführt. Territoriale Annexionen und Unterjochung fremder Nationen, Niederkämpfung der Konkurrenz machenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Rußland, Deutschland, England und in anderen Ländern, Spaltung und nationalistische Verdummung der Arbeiter-[5]schaft und Vernichtung ihrer Avantgarde zum Zwecke der Schwächung der revolutionären Bewegung des Proletariats, – dies ist der einzige wirkliche Inhalt, die Bedeutung und der Sinn des gegenwärtigen Kriegs.“

Andererseits bemerkt er speziell zu Deutschland: „Während sie Legenden von einem Verteidigungskrieg in die Welt setzte, in dem sie sich angeblich befinde, wählte die deutsche Bourgeoisie in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt günstigsten Moment für den Krieg, die letzten Errungenschaften der Kriegstechnik ausnutzend und den von Rußland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen neuen Rüstungen zuvorkommend.“

*

Auch die Arbeiterklasse war sich seit Jahren darüber klar, daß ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen den Großmächten drohte. Erste theoretische Untersuchungen der Monopole und des Imperialismus wurden durchgeführt; vor allem drei Kongresse der II. Internationale – zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel – beschäftigten sich mit der Kriegsgefahr und den Gegenmaßnahmen des Proletariats. Auf dem letzten Kongreß, der während des Balkankrieges als „Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß“ zum 24. und 25. November

1912 einberufen worden war, wurde ein Manifest angenommen, in dem es hieß³: „Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze aufgebauscht und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.“

Die Führung des Weltproletariats war sich völlig klar über das, was sich gesetzmäßig und nach dem Willen des internationalen Monopolkapitals vorbereitete: ein militärischer Konflikt gigantischen Ausmaßes, ein Weltkrieg, ein Weltbrand.

*

Die Interessen der herrschenden imperialistischen Klassen und der Arbeiterklasse standen sich im Weltmaßstab diametral gegenüber.

Dieser internationale Gegensatz mußte jedoch auf nationaler Ebene ausgefochten werden. Im Manifest von Basel heißt es im Rückblick auf die vorangehenden Monate des Balkankrieges: „Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine gran-[6]diöse Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.“

Die Tatsache, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit um den Frieden auf nationaler Ebene ausgefochten wird – das Proletariat eines Landes gegen seine eigene herrschende Klasse, die herrschende Klasse eines Landes gegen ihr eigenes Proletariat –, erlaubt, ja erfordert geradezu auch (!) eine Analyse des Prozesses der Vorbereitung des Krieges und des Kampfes gegen den Krieg auf nationaler Ebene.

Eine solche Analyse ist Aufgabe dieses und der folgenden Kapitel.

1. Die unmittelbare Vorbereitung des Weltkrieges

Am 28. Juni 1914 war der Thronfolger von Österreich-Ungarn ermordet worden. Die unmittelbaren Umstände des Mordes und die ersten ihm folgenden Tage schildert die „Geschichte der Diplomatie“ kurz und treffend so⁴: „In Serbien bestand eine Anzahl nationalistischer Organisationen, die es sich zur Aufgabe machten, die Südslawen zu vereinigen und ein ‚Großserbien‘ zu schaffen. Unter den Offizieren der serbischen Armee existierte eine Geheimorganisation unter dem Namen ‚Die Schwarze Hand‘ (Crna ruka). Ihr Ziel war die Befreiung der Serben, die Untertanen Österreich-Ungarns waren. Die ‚Schwarze Hand‘ war auf der Grundlage der strengsten Konspiration aufgebaut. Die Namen ihrer Mitglieder waren nur dem leitenden Komitee bekannt. Die einfachen Teilnehmer kannten einander nicht. Jedes Mitglied der Vereinigung war verpflichtet, ein neues Mitglied zu werben, und verantwortete mit seinem Leben für dessen Treue. Führer der ‚Schwarzen Hand‘ war der Oberst Dragutin Dmitrijewitsch, mit dem Decknamen ‚Apis‘, der Chef der serbischen Spionageabwehr. Der Regierung Paschitsch war er etwas unheimlich. Die Jahre des alten österreichischen Kaisers Franz

³ Vgl. „Vorwärts“, 26. November 1912, Nr. 276.

⁴ „Geschichte der Diplomatie“, 2. Band, Moskau 1947, S. 292 f.

Joseph waren gezählt. Je hinfälliger er wurde, um so mehr Bedeutung gewann im politischen Leben Österreich-Ungarns sein Neffe, der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, das Haupt der Militärpartei, die den Krieg gegen Serbien vorbereitete. Die Pläne des Erzherzogs waren der ‚Schwarzen Hand‘ bekannt. Der Gedanke, den österreichischen Thronfolger zu ermorden, ging von dieser Organisation aus. Die serbische Regierung ahnte etwas von der Verschwörung und billigte sie nicht. Sie fürchtete ihre Folgen in einem Augenblick, als die russische Armee ihr Umrüstungsprogramm noch nicht beendet hatte und die serbische Armee noch nicht von den Wunden genesen war, die die Balkankriege ihr geschlagen hatten. Aber die serbische Regierung hinderte die ‚Schwarze Hand‘ nicht, die sie in Furcht hielt ... Am Tage nach der Ermordung des Erzherzogs herrschte in Wien ein völliges Durcheinander. Der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf verlangte den Krieg gegen Serbien. Ihn unterstützte auch der Außenminister, der leichtsinnige Aristokrat Graf Berchtold. Aber der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza trat gegen die ‚Militärpartei‘ auf, und dieser Staatsmann hatte keinen geringen Einfluß. Der greise Kaiser schwankte. Alle Erfahrungen seines langen Lebens hatten ihn eins gelehrt: die [7] höchste politische Weisheit, meinte er, bestand darin, nach Möglichkeit niemals irgendwelche verantwortungsvollen Beschlüsse zu fassen. In dieser Situation der Schwankungen und der Unentschlossenheit, die angesichts der inneren Unfestigkeit der Habsburgermonarchie völlig begreiflich waren, war es selbstredend ganz natürlich, den Verbündeten um seine Meinung zu fragen. Sogar Conrad von Hötzendorf meinte, daß man ohne Deutschlands Hilfe keinen Krieg riskieren könne. In dieser ersten Etappe der Krise wurde die Frage: Krieg oder Frieden? faktisch in Berlin entschieden. Franz Joseph richtete an Wilhelm II. ein persönliches Schreiben, dem auch eine Denkschrift der Wiener Regierung über die Balkanpolitik Österreich-Ungarns beilag. Diese Dokumente beförderte Berchtolds Kabinettschef Graf Hoyos.“

Am 4. Juli fuhr Hoyos nach Berlin zur österreich-ungarischen Botschaft.

Am 5. Juli machte Hoyos das Auswärtige Amt mit dem Inhalt seiner Mission bekannt, während der österreich-ungarische Botschafter in Berlin dem deutschen Kaiser das Handschreiben des Kaisers von Österreich überreichte, in dem es unter anderem heißt⁵:

„Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein... Auch Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.“ Kautsky bemerkt dazu noch in seiner bisher unübertroffenen Darstellung der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges auf deutscher Seite⁶: „Am 4. Juli kam der österreichische Legationsrat Graf Hoyos nach Berlin, um das schon erwähnte Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an Wilhelm zu überbringen. Man fixiert nicht immer gefährliche Gedanken schriftlich mit völliger Deutlichkeit. Das Handschreiben sprach bereits von der notwendigen ‚Verkleinerung‘ Serbiens. Graf Hoyos erläuterte diesen Ausdruck mündlich dahin, daß darunter die Aufteilung Serbiens unter seine Nachbarn zu verstehen sei. Hoyos, der Vertrauensmann Berchtolds, setzte diese Pläne dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär Zimmermann auseinander.“

Wie reagierte nun der deutsche Kaiser, nachdem der Botschafter das Handschreiben des Kaisers von Österreich überreicht hatte?

⁵ „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914“. Herausgegeben vom Staatsamt für Äußeres in Wien, Berlin 1922, 1. Teil, S. 3. (Künftig zitiert als „Diplomatische Aktenstücke“.)

⁶ K. Kautsky, „Wie der Weltkrieg entstand“, Berlin 1919, S. 44.

Zunächst einmal lud der Kaiser den österreichisch-ungarischen Botschafter zum Frühstück mit anschließender Plauderei darüber, wie man den Krieg nun möglichst schnell zur Tatsache werden lassen und den eventuellen Widerstand des doch schon erschrecklich alten Kaisers von Österreich gegen kriegerische Entwicklungen brechen könnte. Entsprechend berichtete der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szögyény-Marich, über sein Gespräch mit dem deutschen Kaiser an seine Regierung: „Nach seiner (Kaiser Wilhelms) Meinung muß aber mit dieser Aktion (gegen Serbien – J. K.) nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg zwischen [8] Österreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, noch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiß noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den anderen Mächten der Tripleentente gegen uns hetzen und am Balkan das Feuer schüren. Er begreife sehr gut, daß es Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde, in Serbien einzumarschieren; wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er (Kaiser Wilhelm) es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns so günstigen Moment unbenützt ließen.“⁷

Doch noch vor Beginn des Frühstücks hatte der Kaiser den Kriegsminister Falkenhayn und den Chef des Militärkabinetts Lyncher für den Nachmittag zitieren lassen – das Frühstück mit dem Botschafter und die anschließende Unterhaltung dauerten von 1 Uhr bis kurz vor 3 Uhr; von 3 bis 4 Uhr ruhte der Kaiser; um 5 Uhr empfing er die Militärs. Erst anschließend an das militärische Gespräch erfolgte um 6 Uhr die „zivile Unterhaltung“ mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Zimmermann; als diese gegangen waren, erfolgte noch eine Besprechung mit dem stellvertretenden Chef des Admiralstabs Behncke (der Chef, Tirpitz, war nicht in Berlin). – Am nächsten Morgen begab sich der Kaiser, um keine „internationale Unruhe“ entstehen zu lassen, das heißt, damit ohne Aufsehen die unmittelbaren Kriegsvorbereitungen getroffen werden könnten, auf die seit langem geplante Nordlandreise. Im Tagebuch des Flügeladjutanten heißt es jedoch⁸: „Vor der Abfahrt hatte S. M. die Stellvertreter des Chefs des Generalstabs der Armee (General von Bertrab) und des Staatssekretär des RMA. (Admiral Capelle) zum Vortrag befohlen. 9.15 Uhr bis 11.05 Uhr vorm. Unterhaltung im Speisewagen. 11.10 Uhr bis 11.40 Uhr Vortrag des Chefs des Marinekabinetts.“

Am Nachmittag des gleichen Tages ging ein Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien ab, in dem er ihn über die Haltung des Kaisers so informierte⁹: „Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß S. M. im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft (hier folgt im Entwurf des Briefes: „unter allen Umständen“ – J. K.) treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde.“

Kennzeichnend für die deutsche Haltung, für den intensiven Druck auf Österreich-Ungarn, doch um Gottes Willen den Krieg zu beginnen, ist die selbst in einem Entwurf diplomatisch unmögliche Formulierung, daß Deutschland Österreich-Ungarn im Krieg gegen Serbien „unter allen Umständen“ zur Seite stehen würde.

Ganz richtig wurde dann auch später Lichnowsky dahingehend informiert, „daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anfrage die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fand und mit dem Zusatze, [9] es werde auch

⁷ „Diplomatische Aktenstücke“ ebendort, S. 22.

⁸ Zitiert nach K. Jagow, „Der Potsdamer Kronrat, Geschichte und Legende“, Süddeutsche Monatshefte, 25. Jahrgang, Heft 11, August 1928, S. A. S. 11.

⁹ „Deutsche Dokumente“ ebendort, S. 33.

nichts schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte. So heißt es wenigstens im österreichischen Protokoll, das Graf Mensdorff in London erhielt.¹⁰

Doch noch eine Mitteilung ist über den 6. Juli zu machen. Schon am 5. Juli hatte sich der Kaiser einen Gast nach Kiel zum Abendbrot des 6. bestellt: einen der hervorragendsten und solidesten Kriegsverbrecher – oder wie es vornehmer ausgedrückt in dem schon zitierten Tagebuch des Flügeladjutanten heißt: „8 Uhr abends Abendtafel, zu der Gesandter Krupp von Bohlen und Halbach geladen war. Anschließend Unterhaltung bis 11 Uhr abends, dann Ruhe.“

Die Unterhaltung mit Krupp war so deutlich, daß anschließend Krupp zwei seiner Direktoren berief, um alle für den Krieg notwendigen Maßnahmen zu besprechen.

Sehr zurückhaltend, aber doch deutlich genug, lautete die schriftliche Aussage, die Krupp 1920 darüber machte¹¹:

„Nachdem seine Majestät der Kaiser Anfang Juli in Kiel mir gegenüber zu erkennen gegeben hatte, daß die politische Lage ernst werden könne, falls – wider Erwarten – Rußland und England ihre Hand über die serbischen Fürstenmörder halten sollten, hatte ich pflichtgemäß mit den beiden zuständigen Herren des Direktoriums der Firma Krupp AG vertraulich die Frage besprochen, ob zur Ergänzung der Bestände der Firma für den Mobilmachungsfall etwas zu geschehen habe.“

Daß eine ganz akute Kriegsgefahr entstanden war, wurde sofort auch in weiteren Kreisen bekannt. August Stein, Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, berichtete später dem Auswärtigen Amt¹²: „Am 5. Juli zwischen 10 und 11 Uhr abends habe er im Hotel Kaiserhof in Berlin gegessen. Da sei ein Angestellter des Hotels an seinen Nachbar herangetreten und habe ihm zugeflüstert, ein Kellner, der Potsdamer Gardeoffiziere nebenan bediene, habe gehört, daß heute in Potsdam eine Zusammenkunft von österreichischen und deutschen Diplomaten und Militärs – genannt wurden Szögyény, Bethmann Hollweg und Zimmermann – stattgefunden habe, und daß der Kaiser aus diesem Anlaß seine Nordlandreise nicht antreten wolle.“

*

Am 7. Juli, während der Kaiser fröhlich nordlandreiste, fand in Wien ein Ministerrat statt, der genau so beschloß, wie es dem Geist der Potsdamer Besprechungen vom 5./6. Juli entsprach: mit Ausnahme von Tisza, dem ungarischen Ministerpräsidenten, waren alle sich einig, wie es in dem offiziellen Protokoll hieß, „daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer diplomatischen Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt [10] werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.“

Demgemäß wurde auch der deutsche Botschafter in Wien, Tschirschky, vom österreich-ungarischen Außenminister instruiert und berichtete an das Auswärtige Amt in Berlin am 8. Juli¹³: „Graf Berchtold meinte, er würde seinem Kaiser, falls sich dieser der Ansicht anschließen sollte, daß zunächst Forderungen an Serbien zu stellen seien, jedenfalls raten, die Forderungen so einzurichten, daß deren Annahme ausgeschlossen erscheint.“

¹⁰ Fürst Lichnowsky, „Meine Londoner Mission 1912-1914“, Berlin 1919, S. 28.

¹¹ „Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß, Beilage 1: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner“, Berlin 1920, S. 87.

¹² Zitiert bei M. Montgelas, „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“, Berlin und Leipzig 1923, S. 171. – Übrigens ist August Stein der Verfasser des berüchtigten „Kaiserwortes“ „Ich kenne keine Parteien mehr“, das von ihm Hammann, von diesem dem Reichskanzler und so dem Kaiser vorgeschlagen wurde.

¹³ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 36.

Also Krieg unter allen Umständen! und zwar so schnell wie möglich.

Aber doch noch lange nicht schnell genug für den Kaiser – wie seine Randbemerkungen zu einem Telegramm Tschirschkys vom 10. Juli¹⁴ über eine Unterhaltung mit Berchtold zeigen. Danach hätte sich Berchtold über das geplante Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien so geäußert¹⁵: „Die Frist zur Beantwortung müsse möglichst kurz bemessen werden, wohl 48 Stunden. Freilich würde auch diese kurze Frist genügen, um sich von Belgrad aus in Petersburg Weisungen zu holen. Sollten die Serben alle gestellten Forderungen annehmen, so wäre das eine Lösung, die ihm ‚sehr unsympathisch‘ wäre, und er sinne noch darüber nach, welche Forderungen man stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden.“

Der deutsche Kaiser weiß natürlich Rat in dieser Situation und bemerkt an den Rand, während die Wellen der Nordsee sein Schiff streicheln: „den Sandschak räumen! dann ist der Krakehl sofort da! den muß Österreich unbedingt sofort wiederhaben, um die Einigung Serbiens und Montenegros und das Erreichen des Meeres seitens der Serben zu hindern.“ Krakehl nennt er den Weltkrieg, den er so aktiv vorbereiten hilft!

Im Telegramm berichtet Tschirschky weiter: „Der Minister klagte schließlich wieder über die Haltung des Grafen Tisza, die ihm ein energisches Vorgehen gegen Serbien erschwere. Graf Tisza behaupte, man müsse ‚gentleman like‘ vorgehen, das sei aber, wenn es sich um so wichtige Staatsinteressen handele und besonders einem Gegner wie Serbien gegenüber schwerlich angebracht.“ Wie lächerlich! „Gentlemanlike“ vorgehen – nein, meint der Kaiser, und während die Sonne sich auf den Wellen spiegelt, schreibt er an den Rand des Telegramms: „Mördern gegenüber nach dem, was vorgefallen ist! Blödsinn!“

Tschirschky schließt sein Telegramm: „Der Kriegsminister wird morgen auf Urlaub gehen, auch Freiherr Conrad von Hötzendorf Wien zeitweilig verlassen. Es geschieht dies, wie Graf Berchtold mir sagte, absichtlich, um jeder Beunruhigung vorzubeugen.“ Wirklich recht hat der Kaiser, wenn er hier an den Rand nur ein Wort schreibt: „kindisch!“

Doch kaum hat er diese berechtigte Bemerkung an den Rand geschrieben, da besinnt er sich: so kann ein Kaiser seine Randglossen nicht abschließen – und fügt unten an das [11] Telegramm die Bemerkung an: „ungefähr wie zur Zeit der Schlesischen Kriege! ‚Ich bin gegen die Kriegsräthe und Berathungen, sintemalen die timidere Parthey allemal die Oberhand hat.‘ Frd. d. Gr.“

Die „timidere Parthey“ ist die, die nicht sofort und ungentlemanlike den Krieg vom Zaune brechen will!

*

In diesen Tagen beginnt Österreich-Ungarn mit der Mobilisierung, die sowohl in Deutschland wie in Rußland und Serbien bekannt wird. Schon am 12. Juli sendet der Staatssekretär im Auswärtigen folgendes Telegramm an den deutschen Botschafter in Wien, das auch ein gutes Zeugnis für die Qualität der internationalen Spionage und Konter-Spionage ist¹⁶: „Zur streng vertraulichen Orientierung des Grafen Berchtold. Nach geheimen Nachrichten liegt Rußland und Serbien die vertrauliche Information vor, daß Österreich-Ungarn seine Garnisonen an serbischer und russischer Grenze unauffällig verstärkt. Jagow.“

¹⁴ Aufgegeben in Wien 8.30 Uhr nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 10.32 Uhr nachm.; Eingangsvermerk des Amtes: 11. Juli vorm. Am 11. Juli 12.36 nachm, von Jagow telegraphisch ins, Kaiserliche Hoflager mitgeteilt, dortselbst eingetroffen 10.00 Uhr nachm., Entzifferung vom Kaiser am 12. Juli zurückgegeben, im Auswärtigen Amt am 16. Juli.

¹⁵ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 50.

¹⁶ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 58.

Gleichzeitig quält man sich in Wien mit der Abfassung des Ultimatums an Serbien, das unter allen Umständen den Krieg provozieren soll. Zugleich soll die Sache schnell gehen, damit das Ultimatum noch vor der Abreise Poincarés, des französischen Ministerpräsidenten, der zur (strategischen – noch nicht taktischen!) Vorbereitung des Krieges nach Petersburg fuhr, in Belgrad übergeben werden könnte. Am 13. berichtet der deutsche Botschafter aus Wien an das Auswärtige Amt¹⁷: „Minister ist jetzt selbst überzeugt, daß schnellstes Handeln geboten ist. Er hofft morgen mit Tisza über Wortlaut der an Serbien zu richtenden Note ins Reine zu kommen, würde diese dann Mittwoch, den 15. Juli, dem Kaiser in Ischl unterbreiten, worauf dann unverzüglich – mithin noch vor Abreise Poincarés – Übergabe in Belgrad erfolgen könnte.“

Aber natürlich soll nach Außen alles ruhig erscheinen. Wie der deutsche Botschafter in Wien am gleichen Tag an das Auswärtige Amt berichtet¹⁸: „Auch auf die Börse wird einzuwirken gesucht, die in den letzten Tagen sehr stark nachgegeben hatte. In der Presse wird an die Großbanken appelliert, deren Pflicht es sei, ‚sich in die Bresche zu stellen, wenn eine eminente Gefahr einer aller Voraussicht nach sogar ganz unmotivierten Entwertung drohe. Das Großkapital solle durch seine Haltung den Kunden und dem ganzen Markte zeigen, ein wie schlechter Berater in schweren Zeiten der Pessimismus sei‘.“ Krieg ja – aber um Gottes Willen keine Beunruhigung deswegen und vor allem keine Kursstürze an der Börse!

Außerdem muß man jetzt daran denken, energischer die ausländische Presse zu beeinflussen. Darum zum Beispiel am 15. Juli folgendes Telegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in Rom¹⁹: „Erbitte Drahtnachricht, ob Ew. Exz. zur Beeinflussung dortiger Presse Geldmittel benötigen, eventuell welche Summe?“ Aber taktvoll und vorsichtig sein. Darum schon vorher (am 14. Juli) die [12] Warnung, bei Beeinflussung der Presse „sorgfältig alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als hetzten wir die Österreicher zum Kriege.“²⁰

Zu schrecklich wäre doch das Mißverständnis, wenn jemand meinen könnte, Deutschland treibe Österreich in den Krieg! Zumal doch der deutsche Kaiser in edler Zurückhaltung an den Rand der am gleichen 14. Juli gesandten Mitteilung von Tschirschky: „Die an Serbien zu richtende Note sei heute noch nicht in ihrem letzten Wortlaut festgestellt worden. Dies werde erst Sonntag geschehen. In betreff des Zeitpunktes der Übergabe an Serbien sei heute beschlossen worden, lieber bis nach der Abreise Poincarés aus Petersburg zu warten, also bis zum 25.“²¹ schreibt: „wie schade“.

Schade, daß man noch ein paar Tage mit dem Krieg warten muß. „Schade“ scheint dem Kaiser so genau seine Empfindungen zu treffen, daß er es, diesmal mit Ausrufungszeichen, noch einmal an den Rand einer zweiten Mitteilung Tschirschkys vom gleichen Tage setzt, in der es heißt²²: „Es habe Einmütigkeit darüber in der heutigen Besprechung bestanden, daß es empfehlenswert sei, jedenfalls die Abfahrt des Herrn Poincaré aus Petersburg abzuwarten, ehe man den Schritt in Belgrad tue. Denn es sei wenn möglich zu vermeiden, daß in Petersburg bei Champagnerstimmung und unter dem Einfluß der Herren Poincaré, Iswolsky und der Großfürsten eine Verbrüderung gefeiert werde, die dann die Stellungnahme beider Reiche beeinflussen und womöglich festlegen würde. Es sei auch gut, wenn die Toaste noch vor Übergabe der Note erledigt seien. Es würde also die Übergabe am 25. Juli erfolgen können.“

Aber, als hätte man die deutschen Hetzer zum Kriege doch nicht auf eine so starke Geduldprobe stellen wollen, scheint man sich in Wien auf seine Pflicht zu besinnen, und so kann der

¹⁷ Ebendort, S. 60.

¹⁸ Ebendort, S. 66.

¹⁹ Ebendort, S. 72.

²⁰ Ebendort, S. 69.

²¹ Ebendort, S. 74.

²² Ebendort, S. 76.

Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien am 17. an den Reichskanzler berichten²³: „Wie mir Graf Berchtold sagt, soll die Note, welche die an Serbien zu stellenden Forderungen enthält, am Donnerstag, den 23. d. M. nachmittags, in Belgrad überreicht werden. In dem Wunsche, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen, habe man das Datum um einige Tage verfrüht und den Tag der Abreise des Herrn Poincaré aus St. Petersburg hierfür festgesetzt. Man rechnet damit, daß der Präsident sich bereits eingeschifft haben würde, wenn die Belgrader Demarche in St. Petersburg bekannt werde.

Der Wortlaut der Note, so sagt mir der Minister, ist noch nicht definitiv festgestellt, und es finden noch Verhandlungen mit Graf Tisza statt; am Mittwoch, den 22. d. M., soll sie S. M. dem Kaiser Franz Joseph zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Graf Berchtold ließ die Hoffnung durchblicken, daß Serbien die Forderung Österreich-Ungarns nicht annehmen werde, da ein bloßer diplomatischer Erfolg hierzulande wieder eine flauere Stimmung auslösen werde, die man absolut nicht brauchen könne.“

Gleichzeitig meldet der Oberquartiermeister I im Großen Generalstab Waldersee an den Staatssekretär des Äußeren von seinem Urlaubs(!)ort Ivenack²⁴: „General [13] Moltke denkt am 25. d. M. nach Berlin zurückzukehren. Ich bleibe hier sprungbereit; wir sind im Generalstabe fertig, einstweilen ist von uns ja nichts zu veranlassen.“

Jetzt kann es losgehen, und so telegraphiert Jagow am 18. Juli an den „Gesandten im kaiserlichen Gefolge“, d. h. auf hoher See²⁵: „Bitte um genaue Angabe der Reiseroute von ‚5. M. 5. Hohenzollern‘ vom 23. ab. An dem Tage soll bekanntlich österreichische Demarche in Belgrad erfolgen – beabsichtigt scheint 48stündiges Ultimatum – und es wird von der Entwicklung der Ereignisse abhängen, ob und wann Anwesenheit S. M. hier erforderlich sein dürfte. Bitte eventuell Admiral von Müller ins Vertrauen zu ziehen, S. M. aber nicht vorzeitig zu beunruhigen.“

Am gleichen Tage, um ja kein Mißverständnis über die deutsche Kriegshetze in Wien aufkommen zu lassen, was dadurch veranlaßt werden könnte, daß die offiziöse Presse die Anweisung hat, vorsichtig zu schreiben, telegraphiert der Staatssekretär des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in Wien: „Norddeutsche bringt morgen Bemerkungen zum österreichisch-serbischen Streit, die mit Rücksicht auf europäische Diplomatie absichtlich milde gefaßt sind. Das hochoffiziöse Blatt sollte nicht vorzeitig alarmieren. Bitte dafür zu sorgen, daß dies nicht fälschlicherweise als deutsches Abrücken von dortiger Entschlossenheit gedeutet wird.“

Kaum hat der Kaiser gehört, daß es nun wirklich ganz bald losgeht, da denkt er auch schon voll Sorge an die schöne deutsche Handelsflotte und bittet seinen „Gesandten im kaiserlichen Gefolge“ Wedel, an das Auswärtige Amt entsprechend zu telegraphieren, was dieser am 19. Juli mit folgenden Worten tut²⁶: „S. M. bitten Ew. Exz. zu erwägen, ob nicht schon jetzt die Generaldirektoren der Hapag und des Norddeutschen Lloyd streng vertraulich und unter der Hand durch Gesandten in Hamburg dahin verständigt werden sollten, daß am 23. österreichisches Ultimatum zu erwarten. Im Hinblick auf unübersehbare, vielleicht sehr rasch eintretende Folgen scheint es Sr. M. wünschenswert, daß die beiden großen Linien beizeiten avertiert werden, um rechtzeitig Dispositionen treffen und im Auslande befindlichen Dampfern Ordre erteilen zu können.“ Dazu bemerken die Herausgeber der Dokumente folgende weitere Informationen²⁷: „Jagow gab unter Zustimmung des Reichskanzlers dieser Anregung Folge. In

²³ Ebendort, S. 93.

²⁴ Ebendort, S. 102

²⁵ Ebendort, S. 95.

²⁶ Ebendort, S. 105 f.

²⁷ Ebendort, S. 106.

einem vom 19. Juli datierten, am 20. Juli 12.10 Uhr vorm, zum Haupttelegraphenamte gegebenen Telegramm an den Reichskanzler teilt er den Inhalt des Balholmer Telegramms mit und fügt bei: ‚Ich sehe morgen Ballin und werde ihn streng vertraulich orientieren, falls Ew. Exz. nicht anders befehlen. Generaldirektor Lloyd müßte dann durch Gesandten Hamburg orientiert bzw. hierher zitiert werden.‘ Das um 6.40 Uhr vorm, in Hohenfinow eingegangene Telegramm wurde in zustimmender, 11.25 Uhr vorm. abgesandter Depesche (‚Einverstanden‘) beantwortet. An den Direktor des Norddeutschen Lloyd von Plettenberg telegraphierte Jagow am 20. Juli nachm.: ‚Wäre dankbar, wenn Sie in wichtiger Angelegenheit mich morgen persönlich aufsuchen könnten. Staatssekretär von Jagow‘; Telegramm 7.20 Uhr nachm. zum Haupttelegraphenamte.“

[14] Krupp war am 6. Juli direkt vom Kaiser über die Situation informiert worden – 14 Tage später werden Ballin und Plettenberg auf direkten Wunsch des Kaisers vom Staatssekretär des Auswärtigen informiert! – Aber immer wieder regen sich Zweifel in der Brust der Kriegshetzer, ob die Provokation auch gelingen wird. Am gleichen Tage, 18. Juli, an dem Jagow so hoffnungsvoll an Wedel auf hoher See telegraphiert hatte, schreibt Stolberg aus Wien an Jagow²⁸: „Gestern war ich bei Berchtold, der mir sagte, daß die bewußte Note am 23. d. M. in Belgrad überreicht werden soll. Wie ich gestern berichtet habe, hofft Berchtold, daß die österreichischen Forderungen, über die er sich im einzelnen nicht ausließ, von Serbien nicht angenommen werden, ganz sicher ist er aber nicht, und ich habe aus seinen wie aus Äußerungen von Hoyos den Eindruck, daß Serbien die Forderungen annehmen kann. Auf meine Frage, was denn geschehen solle, wenn die Sache auf diese Weise wieder im Sande verlaufe, meinte Berchtold, man müsse dann bei der praktischen Durchführung der einzelnen Postulate eine weitgehende Ingerenz ausüben ... Soeben war ich wieder bei Berchtold, der mir sagte, daß morgen die Note mit Tisza endgültig festgestellt werden solle, und daß sie immer noch je nach den Tagesereignissen (Interview Paschtsch, Artikel der ‚Samouprawa‘ etc.) modifiziert werde. Hoyos sagt mir eben, daß die Forderungen doch derart seien, daß ein Staat, der noch etwas Selbstbewußtsein und Würde habe, sie eigentlich unmöglich annehmen könne.“

Endlich, am 21. Juli, erhielt der deutsche Botschafter in Wien den Text der Note – noch bevor die Genehmigung des Kaisers von Österreich zu ihrem Wortlaut vorlag!²⁹ „Ew. Exz. beehre ich mich, in der Anlage ein Exemplar der von der k. u. k. Regierung für die Signatarmächte bestimmten Note vorzulegen. Die Note enthält im Wortlaut die am Donnerstag nachmittag in Belgrad zu übergebende österreich-ungarische Note nebst einem Kommentar. Gleichzeitig hält die k. u. k. Regierung zur Verfügung der betreffenden Regierungen eine kurze Zusammenstellung des Ergebnisses der Untersuchung in Sarajevo. Bei Übersendung vorstehender Schriftstücke bittet Graf Forgách ausdrücklich, diese als nur zur persönlichen streng vertraulichen Kenntnisnahme Ew. Exz. bestimmt zu betrachten, da die kaiserliche Genehmigung noch ausstehe, für die allerdings kein Zweifel bestehe.“ Am 22. telegraphierte der Botschafter dann aus Wien: „Die an Serbien zu richtende Note ist unverändert von Sr. M. Kaiser Franz Joseph sanktioniert worden.“³⁰

Jetzt kommt alles darauf an, das Geschäft zu vollenden und alle friedlichen Interventionen zu Stören.

Als daher der deutsche Botschafter in London an das Auswärtige Amt telegraphiert, daß er in englischen Regierungskreisen der Erwartung begegne, „daß es unserem (dem deutschen – J. K.) Einfluß in Wien gelungen ist, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken“,³¹ schreibt der Kaiser an den Rand: „Wie käme ich dazu! geht mich garnichts an! was heißt unerfüllbar? die

²⁸ Ebendort, S. 113 f.

²⁹ Ebendort, S. 128, Mitteilung des Botschafters an Reichskanzler.

³⁰ Ebendort, S. 132.

³¹ Ebendort, S. 142.

Kerls haben Agitation mit Mord getrieben und müssen geduckt werden.“ Und wenn der Londoner Botschafter fortfährt: „Man rechnet [15] mit Bestimmtheit damit, daß wir mit Forderungen, die offenkundig den Zweck haben, den Krieg herbeizuführen, uns nicht identifizieren würden, und daß wir keine Politik unterstützen, die den Sarajevoer Mord nur als Vorwand benutzt für österreichische Balkanwünsche und für die Vernichtung des Friedens von Bukarest“, so bemerkt der Kaiser dazu: „Das ist eine ungeheuerliche Britische Unverschämtheit. Ich bin nicht berufen, à la Grey S. M. dem Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen!“ Der Staatssekretär des Äußeren fügt an das Telegramm des Botschafters bei der Übermittlung an den Kaiser an: „Ew. M. Botschafter in London erhält Instruktion zur Regelung seiner Sprache, daß wir österreichische Forderungen nicht kannten, sie aber als interne Frage Österreich-Ungarns betrachteten, auf die uns Einwirkung nicht zustände“ – natürlich eine glatte Lüge, zu der aber der Kaiser an den Rand bemerkt: „richtig! Das soll Grey aber recht ernst und deutlich gesagt werden! Damit er sieht, daß ich keinen Spaß verstehe. Grey begeht den Fehler, daß er Serbien mit Österreich und anderen Großmächten auf eine Stufe stellt! Das ist unerhört! Serbien ist eine Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß! Ich werde mich in nichts einmischen, was der (österreichische – J. K.) Kaiser zu beurtheilen allein befugt ist! Ich habe diese Depesche erwartet und sie überrascht mich nicht! Echt Brit. Denkweise und herablassend befehlende Art, die ich abgewiesen haben will!“

Am 24. Juli wurde das Ultimatum an Serbien auch den übrigen Mächten offiziell von der österreichisch-ungarischen Regierung überreicht.

Der 24. Juli ist deutscherseits der Aufgabe gewidmet, auf der einen Seite den Krieg sofort auszulösen – auf der anderen Seite alles zu tun, um unschuldig an der österreichischen Note zu scheinen.

So sendet der Unterstaatssekretär im Auswärtigen folgende Instruktion an die deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg: „In hiesigen diplomatischen Kreisen ist Ansicht verbreitet, daß wir Österreich-Ungarn zu scharfer Note an Serbien veranlaßt und uns an deren Abfassung beteiligt haben. Gerücht scheint von Cambon auszugehen. Bitte ihm nötigenfalls dort entgegenzutreten. Wir haben keinerlei Einfluß auf Inhalt der Note geübt und ebensowenig wie andere Mächte Gelegenheit gehabt, dazu vor Publikation in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Daß wir, nachdem sich Österreich-Ungarn aus eigener Initiative zu scharfer Sprache entschlossen hat, jetzt nicht Wien zum Zurückweichen raten können, ist selbstverständlich. Österreich-Ungarns Prestige nach Innen und Außen wäre im Falle des Zurückweichens endgültig erledigt.“³²

Im gleichen Sinne telegraphiert Jagow an den Botschafter in Wien, als die Frage auftaucht, ob, wenn Österreich-Ungarn die diplomatischen Beziehungen zu Serbien schon vor der Kriegserklärung abbrechen sollte, der deutsche Gesandte die österreichisch-ungarische Kriegserklärung abgeben könnte: „Es wäre uns erwünscht, wenn Kriegserklärung an Serbien auf direktem Wege und nicht durch unsere Gesandtschaft erfolgte. Unser Standpunkt muß sein, daß Auseinandersetzung mit Serbien interne österreichisch-ungarische Angelegenheit sei, in die uns ebensowenig wie anderen eine Einmischung zustände, daß wir deshalb, daher für Lokalisierung des Konflikts eintreten. Erst wenn Rußland sich einmischen sollte, würden wir in Konflikt hineinbezogen. [16] Kriegserklärung durch unsere Gesandtschaft würde aber in der Öffentlichkeit, namentlich bei dem mit diplomatischen Gebräuchen nicht vertrauten Publikum, Anschein erwecken, als hätten wir Österreich-Ungarn in den Krieg gehetzt.“³³

Auf der anderen Seite bemerkt der Kaiser an den Rand der Mitteilung des deutschen Botschafters in Wien vom 24. Juli: „Um Rußland gegenüber seine guten Dispositionen zu doku-

³² Ebendort, S. 165.

³³ Ebendort, S. 158.

mentieren, hat Graf Berchtold heute vormittag den russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm eingehend den Standpunkt Österreich-Ungarns Serbien gegenüber auseinanderzusetzen“, das folgende: „gänzlich überflüssig! wird Eindruck der Schwäche erwecken und Eindruck der Entschuldigung hervorrufen, was Rußland gegenüber unbedingt falsch ist, und vermieden werden muß. Österreich hat seine guten Gründe, hat darauf hin den Schritt gethan, nun kann er nicht hinterher quasi zur Diskussion gestellt werden!“ Und wenn der Botschafter weiter berichtet: „Nach Rekapitulierung der historischen Entwicklung der letzten Jahre habe er betont, daß es der Monarchie fern liege, erobernd Serbien gegenüber aufzutreten. Österreich werde keinerlei serbisches Territorium beanspruchen. In gleicher Weise sei in der an Serbien gerichteten Note sorgsam jede Demütigung Serbiens vermieden worden“, so schreibt der Kaiser an den Rand: „Esel! den Sandschak muß es wiedernehmen, sonst kommen die Serben an die Adria.“³⁴ Sehr viel zufriedener ist der Kaiser mit einem Telegramm des deutschen Gesandten vom 24. Juli aus Belgrad, das er am Rande so kommentiert: „Wie hohl zeigt sich der ganze sog. Serbische Großstaat, so ist es mit allen Slavischen Staaten beschaffen! Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten!“³⁵

Damit sind wir am Ende der ersten Phase der Kriegseinleitung von deutscher Seite angelangt.

Sie beginnt recht eigentlich mit der Besprechung beim deutschen Kaiser am 5. Juli, in der den österreichischen Imperialisten Carte Blanche zum Krieg mit der Versicherung, daß „Deutschland an Österreichs Seite stehen“ würde, gibt. Sie endet mit der Bekanntgabe des Ultimatums an Serbien in der Weltpresse.

In dieser Phase überwindet der deutsche Imperialismus alle Widerstände in Österreich-Ungarn gegen beschleunigtes kriegerisches Vorgehen Serbien gegenüber.

Die akute Vorbereitung des Krieges in dieser Phase wird bereits einem größeren Kreis der herrschenden Klasse bekannt – nicht nur der Spitze des Staates in Regierung, Diplomatie³⁶ und bewaffneter Macht, sondern auch einem ausgewählten Kreis von Unternehmern. Dazu wissen wir amtlich, daß auch einer der geschicktesten Korrespondenten der hervorragendsten bürgerlichen Zeitung schon sehr früh mehr als eine Ahnung von dem hatte, was vor sich ging. Darüber hinaus war sich ein größerer Kreis von Mitgliedern der herrschenden Klasse über den Ernst der Situation klar.

Doch darf man keineswegs glauben, daß dieser Kreis sehr weit gezogen war in dem Sinne, daß zum Beispiel, sagen wir, alle Großindustriellen klar sahen. Selbst noch am [17] 31. Juli schrieb Robert Bosch an seine Frau³⁷: „Wenn man gewiß wüßte, daß in absehbarer Zeit ein Krieg kommt, dann wäre es vielleicht besser, jetzt zu schlagen. Da man aber nicht weiß, ob sich ein Krieg nicht vermeiden läßt, da man wohl daran denken kann, daß einmal Deutschland und Frankreich und England sich nähern, um die Slawen zu bekämpfen, so ist ein Aufschub meines Erachtens vorzuziehen.“ Auch waren sich keineswegs etwa alle höheren Beamten des Auswärtigen Amtes über die Situation klar. Es liegt kein Grund vor, etwa folgenden Bericht Bülow's über ein Erlebnis am 26. (!) Juli und noch danach als Schwindel zu betrachten: „Als ich am nächsten Tage, dem 26. Juli, auf einem Spazierritt dem in Norderney weilenden Grafen Botho Wedel, der damals vortragender Rat in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war, begegnete, drückte ich ihm mein Erstaunen aus, daß er bei so gespannter Weltlage nicht auf seinen Posten im Auswärtigen Amt zurückkehre. Er sah mich verwundert an, suchte mich aber noch am gleichen Abend mit höflicher Liebenswürdigkeit

³⁴ Ebendort, S. 167.

³⁵ Ebendort, S. 173.

³⁶ Auch der bayerische Gesandte Freiherr von Tucher in Wien war laufend und genau informiert – schon am 6. Juli konnte er seiner Regierung von den Kriegsabsichten der österreichisch-ungarischen Regierung, am 10. Juli ihr vom Verlauf der Wiener Ministerratssitzung vom 7. zuverlässig berichten.

³⁷ Th. Heuß, „Robert Bosch – Leben und Leistung“, Stuttgart und Tübingen 1946, S. 277.

auf, um mir zu sagen: Mit meiner Frage, warum er nicht auf seinen Posten in Berlin zurückkehre, hätte ich ihm einen Floh ins Ohr gesetzt. Er habe sogleich bei einem Kollegen und Freund in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes telephonisch angefragt, ob er nach Berlin kommen solle. Dieser habe ihm geantwortet, seine Rückkehr sei nicht nötig. Es handle sich um blinden Lärm, alles werde sich in Wohlgefallen auflösen. Inzwischen stiegen immer mehr und immer dunklere Wolken am Horizont auf. Als ich wieder zwei Tage später dem älteren Bruder des Diplomaten Botho Wedel, dem Herrenhausmitglied Erhard Wedel, begegnete und ihn direkt frug, ob ich träume oder sein Bruder Botho, der noch immer am Strande lustwandle, meinte der Gefragte: „Die Sache wird auch mir unheimlich, und ich habe Botho geraten, schleunigst nach Berlin abzureisen.“³⁸

Auch braucht man nicht anzunehmen, daß bereits etwa alle Monopolisten, die Bescheid wußten – selbst wenn sie alle sich auf den Ausbruch des Krieges vorbereiteten – untereinander in Verbindung waren. Eine für die Situation in dieser Hinsicht sehr charakteristische Darstellung gibt Paul Frölich:

„Ein Plan, von langer Hand vorbereitet, lag vor. Seit Jahren hatte man auf den günstigen Augenblick gewartet. Jetzt war er da. Da arbeitete Wien mit Berlin Hand in Hand. Von wem in diesen kritischen Tagen das Schicksal Europas abhing und welche elende Beweggründe zur Katastrophe führten, das hat später der Kruppdirektor Dr. Mühlon in einem Briefe erzählt, ein Mann, der, angeekelt von den Verbrechen der Kriegstreiber und den schmutzigen Kriegsgeschäften, seinen Posten aufgab.

Dr. Mühlon teilt in dem Briefe mit, daß er Mitte Juli 1914 eine Besprechung mit dem damaligen Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, hatte, um über gemeinsame Geschäfte in der Türkei zu verhandeln. Ueber das, was ihm Helfferich dabei erzählte, berichtet Mühlon: „Die politische Lage ist sehr bedrohlich geworden. Die Deutsche Bank muß auf jeden Fall abwarten, ehe sie sich im Auslande weiter engagiert. Die Österreicher sind dieser Tage beim Kaiser gewesen. Wien wird in acht Tagen ein sehr scharfes und kurz befristetes Ultimatum an Serbien stellen, in dem Forderungen enthalten sind, wie Bestrafung einer Reihe von Offizieren, Auflösung politischer Vereine, Strafunter-[18]suchung in Serbien durch Beamte der Doppelmonarchie, überhaupt eine Reihe bestimmter sofortiger Genugtuungen verlangt wird, andernfalls Österreich-Ungarn an Serbien den Krieg erklärt. Dr. Helfferich fügte noch hinzu, daß sich der Kaiser mit Entschiedenheit für das Vorgehen Österreich-Ungarns ausgesprochen habe. Er habe gesagt, daß er einen Konflikt mit Serbien als eine interne Angelegenheit zwischen diesen beiden Ländern betrachte, in die er keinem anderen Staat eine Einmischung erlauben werde. Wenn Rußland mobil mache, dann mache er auch mobil. Bei ihm aber bedeutete Mobilmachen den sofortigen Krieg. Diesmal gebe es kein Schwanken. Die Österreicher seien über die entschlossene Haltung des Kaisers sehr befriedigt gewesen. Als ich Dr. Helfferich sagte, diese unheimliche Mitteilung mache meine ohnehin starken Befürchtungen eines Weltkrieges zur völligen Gewißheit, erwiderte er, so sähe es jedenfalls aus. Vielleicht überlegten sich aber Frankreich und Rußland die Sache doch noch anders. Den Serben gehöre entschieden eine bleibende Lektion.“ Mühlon hat dann das Gespräch seinem Chef Krupp von Bohlen-Halbach mitgeteilt. Er schreibt weiter: „von Bohlen schien betroffen, daß Dr. Helfferich im Besitz solcher Kenntnisse war, machte eine abfällige Bemerkung, daß die Leute von der Regierung doch nie ganz den Mund halten könnten, und eröffnete mir alsdann folgendes: Er sei selbst beim Kaiser dieser Tage gewesen. Der Kaiser habe auch zu ihm von der Besprechung mit den Österreichern und deren Ergebnis gesprochen, jedoch die Sache als so geheim bezeichnet, daß er nicht einmal gewagt haben würde, seinem Direktorium davon Mitteilung zu machen. Da ich aber einmal Bescheid wisse, könne er mir sagen, die Angaben Helfferichs seien richtig. Dieser scheine freilich noch mehr zu wissen, als er – Bohlen – selbst.

³⁸ B. v. Bülow, „Denkwürdigkeiten“, 3. Band, Berlin 1931, S. 141.

Die Lage sei in der Tat sehr ernst. Der Kaiser habe ihm erklärt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Rußland mobil mache. Diesmal würde man sehen, daß er nicht umfalle. Die wiederholte kaiserliche Betonung, in diesem Falle werde ihm kein Mensch wieder Unschlüssigkeit vorwerfen können, habe sogar fast komisch gewirkt. Genau an dem von Helfferich bezeichneten Tage erschien dann das Ultimatum Wiens an Serbien.‘ Bei einer neuen Aussprache mit Helfferich ‚sagte mir dieser auch, daß der Kaiser nur zum Schein auf die Nordlandreise gegangen sei, ihr keineswegs die übliche Ausdehnung gegeben habe, sondern sich in jederzeit erreichbarer Nähe und in ständiger Verbindung halte ...‘ Die Deutsche Bank habe ihre Vorkehrungen schon so getroffen, daß sie auf alle Eventualitäten gerüstet sei. So habe sie das laufende Gold nicht mehr in den Verkehr zurückgegeben. Das lasse sich ganz unauffällig einrichten und mache Tag für Tag schon bedeutende Beträge aus‘. ³⁹

Krupp hatte also keine Ahnung gehabt, daß Helfferich Bescheid wußte, und Mühlton war weder von Krupp noch von seinen beiden Mitdirektoren, zu denen Krupp gesprochen hatte, informiert worden. [19]

2. Die Reaktion der Arbeiterklasse⁴⁰

In diesen Tagen hatten weder Führung noch Massen der Arbeiterklasse auch nur die geringste Ahnung von dem, was vorging. Es gelang der herrschenden Klasse, ihre unmittelbaren Kriegsvorbereitungen vor der Arbeiterklasse völlig zu verbergen.

International und in Deutschland.

Kein Wort ernster Warnung.

Auch kein Wort von dem Größten – von Lenin. Und wie sehr empfinden wir Lenins Bitterkeit über diese Ahnungslosigkeit hinsichtlich des bevorstehenden Ausbruchs des Weltkrieges von 1914 noch in einer seiner letzten und schonungslosesten Arbeiten, den „Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag“ (4.12.1922), wo er schreibt: „Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: Wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird ...“⁴¹. Und weiter, noch schärfer und präziser, ganz klar auch die Irrtümer so vieler kommunistischer Parteien zu Beginn des zweiten Weltkrieges voraussehend: „Wünschenswert ist, daß an Beispielen, sei es auch nur aus der deutschen Vorkriegsliteratur und im besonderen an Beispielen des Baseler Kongresses von 1912, mit besonderer Konkretheit gezeigt wird, daß die theoretische Anerkennung, daß der Krieg ein Verbrechen, daß der Krieg für den Sozialisten unzulässig ist usw., sich als leerer Wortschwall erweist, weil eine derartige Fragestellung keinerlei Konkretheit enthält. Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird. Die herrschende Presse dagegen vertuscht diese Frage alltäglich in einer unermeßlichen Zahl von Exemplaren und verbreitet über sie solche Lügen, daß die schwache sozialistische Presse dagegen völlig machtlos ist, um so mehr als sie auch in Friedenszeiten in diesem Punkt grundfalsche Ansichten vertritt. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder wahrscheinlich ebenfalls blamieren.“⁴²

* „Das hat den Mann später nicht gehindert, darüber zu jammern, daß er von nichts gewußt habe und von den Kriegstreibern absichtlich von Berlin ferngehalten worden sei. Übrigens hat auch nach der Zeitschrift ‚Die Bank‘ (August 1914) der Direktor der Dresdner Bank, ein Herr Gutmann, seiner Kundschaft bereits am 18. Juli, also sechs Tage vor dem Ultimatum, mitgeteilt, daß ‚die österreichische Note an Serbien sehr scharf und eine Lösung auf friedlichem Wege kaum möglich sein werde‘.“

³⁹ P. Frölich, „10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg“, Berlin 1924, S. 44. ff.

⁴⁰ Dargestellt vor allem an Hand des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD.

⁴¹ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, Berlin 1952, S. 978. [Werke, Band 33, S. 433]

⁴² W. I. Lenin, ebendort, S. 979. [Ebendort, S. 434]

Auf dem Baseler Kongreß 1912 hatte Anseele aus Belgien gesagt: „Die Ereignisse der letzten Zeit (Balkankrieg – J. K.) haben sich überstürzt und die ganze Welt überrascht. Bei dem Proletariat darf und wird es nicht mehr vorkommen, daß es von den Ereignissen überrascht wird.“⁴³ Ach! wie Unrecht hatte er!

Blättern wir doch im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der damals angesehensten unter allen Arbeiterparteien der Welt, der deutschen Sozialdemokratischen Partei, in den Tagen bis zum 24. Juli 1914.

Der 28. Juni war ein Sonntag gewesen. Am Montag 29. geht an den „Vorwärts“ der erste ausführliche Bericht aus Wien ab, der am 1. Juli an Stelle des Leitartikels veröffentlicht wird. Er beginnt: „Mit einer Unbewegtheit, die an stumpfen Gleichmut grenzt, hat die Bevölkerung die Kunde von der Ermordung des Thronfolgers aufgenommen.“ In einer ebenfalls aus Wien kommenden Analyse des Ereignisses wird dazu geschrieben: „Wo also sitzen die intellektuellen Urheber – es ist dies ein staats-[20] anwaltlicher Begriff – der Bluttat von Sarajewo? Sie sitzen im Lager der nationalistischen Kriegshetzer ... Der österreichische Thronfolger war der ausgeprägteste Typus eines Imperialisten. Der junge serbische Mörder ist zu seiner Tat aufgestachelt worden von den serbischen Imperialisten, Nationalisten, Kriegstreibern.“

In diesen Tagen lief der große Prozeß gegen Rosa Luxemburg wegen ihrer Aufdeckung von Soldatenmißhandlungen. Die Nummer vom 1. Juli bringt eine ganze Seite Prozeßbericht. In der folgenden Nummer 177 vom 2. Juli ist der Leitartikel dem Prozeß gewidmet – 1½ Spalten, ohne ein einziges Wort der Verbindung des Prozesses, von dem es heißt „er ist der große Prozeß der Öffentlichkeit gegen die geheime Feme des Militarismus, er ist der Aufschrei der unterdrückten geschändeten Massen gegen das fluchbeladene System des Soldatenschinders, er ist der Prozeß der ‚Gemeinen‘ gegen die – Feinen“, kein einziges Wort der Verbindung des Prozesses mit dem Ereignis in Sarajewo. Auf der anderen Seite wird aber bereits aus Wien gemeldet: „In den letzten 24 Stunden haben Wiener Blätter mit vollen Backen gegen Serbien gehetzt und das wüste Hetzblatt ‚Die Reichspost‘ hat sogar den letzten, ‚unabwendbaren Schritt gegen dieses Volk der Fürstenmörder‘ verlangt.“

Gleichzeitig soll ein neuer Prozeß gegen Rosa Luxemburg angestrengt werden – wegen einer Rede und einer ihr folgenden Annahme einer Resolution durch die sozialdemokratische Verbandsgeneralversammlung von Großberlin für den Massenstreik zur Durchsetzung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Der „Vorwärts“ vom 3. Juli widmet diesem neuen Angriff der Reaktion auf das Streikrecht seinen Leitartikel – wiederum ohne ein Wort der Verbindung mit der drohenden Kriegsgefahr, obgleich doch in den vorangehenden Jahren nicht wenige Diskussionen auf nationaler und internationaler Ebene der Frage der Verhinderung des Krieges durch Massenstreiks gewidmet worden waren! Gleichzeitig bringt der „Vorwärts“ jedoch einen klugen Artikel über die Unterdrückung der Südslawen in Österreich-Ungarn: „Die südslawische Frage schreit nach ihrer Lösung, und wird sie nicht mit Wien gelöst, so muß sie über Wien hinweg oder gegen Wien gelöst werden!“ und weiter, ganz klar Stellung für die unterdrückten Slawen nehmend: „Die slawischen Länder der Krone Habsburg wie Kroatien, Slawonien, Istrien und Dalmatien waren früher, als sie noch im Zustand rein agrarischer Wildursprünglichkeit dahindämmerten, für die Wiener Machthaber sehr erwünschte Stauwehre der bürgerlichen Revolution ... Die Zeiten sind ein für allemal vorbei. Heute sind auch die abgelegensten kroatischen und slawonischen Gaue in den Strom der kapitalistischen Wirtschaftsweise hineingerissen und der Weltwirtschaft angegliedert, und neben einer ausgepowerten bäuerlichen Klasse lehnt sich ein slawischer Mittelstand und eine slawische Intelligenz auf gegen das stumpfsinnige Regime österreichischer Bürokraten und ungarischer Feudalen. Die bürgerliche Revolution des

⁴³ Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 6.

Südslawentums ist im vollen Gange, und die Schüsse in Sarajewo, eine so überspannte und sinnlose Einzeltat sie an sich sind, sind ebensogut ein Kapitel davon wie die Schlachten, in denen Bulgaren, Serben und Montenegriner für den mazedonischen Bauern das Joch der türkischen feudalen Ausbeutung zerbrachen. Was Wunder, daß die österreichisch-ungarischen Südslawen Blicke und Sehnsucht zu ihren Stammesbrüdern im Königreich Serbien richten, die das höchste Ziel eines Volkes in der bestehenden Gesellschaftsordnung, die nationale Selbständigkeit erreicht haben, während Wien und Pest alles, [21] was Serbe und Kroat heißt, mit Rippenstößen und Fußtritten, mit Standrecht und Galgen behandeln ... Aber es wird mehr fallen als ein Erzherzog, wenn nicht die verblendeten Machthaber, durch die Schüsse in Sarajewo gewarnt, in letzter, in zwölfter Stunde einlenken. Siebeneinhalb Millionen Südslawen sind es, die, kühner denn je, seit den Siegen der Balkanslawen ihr politisches Recht heischen, und wenn der österreichische Kaiserthron auf die Dauer ihrem Anprall zu widerstehen sucht, wird er stürzen, und das Reich, mit dem wir unser Geschick verkoppelt haben, wird in Stücke brechen. Denn es liegt auf der Linie der geschichtlichen Entwicklung, daß solche nationalen Revolutionen zum Siege schreiten. Aber es bleibt in jedem Fall ein ewiges Unglück für Österreich-Ungarn, daß, während in anderen Ländern schon die soziale Revolution sich zum Endkampf rüstet, hier noch nationale Revolutionen dem Tag ihr Gepräge aufdrücken.“

Am 4. Juli fährt Hoyos nach Berlin, um am nächsten Tage die entscheidende Frage an den deutschen „Bundesgenossen“ zu richten: wie weit dürfen wir in Österreich gehen? wie weit können wir auf deutsche Unterstützung rechnen?

An diesem Tage – welch grausige Folgerichtigkeit des historischen Prozesses! – nimmt der „Vorwärts“ eine scharfe Wendung vor: Unter der Überschrift „Die serbische Gefahr“ bringt er einen sich über mehr als eine Spalte hinziehenden Kommentar seines Wiener Korrespondenten zur Lage, in dem es u. a. heißt: „Die Geringschätzung, der Österreich-Ungarn in der demokratischen Ideologie verfallen ist, verführt dazu, daß die Untersuchung gemeinhin nicht bis zum Ende geht, und bei der ‚brutalen Unterdrückungspolitik‘ Österreichs (tatsächlich Anführungsstriche im Original! J. K.) stehen bleibt; aber die Untersuchung, der es um die Wahrheit zu tun ist, muß auch den letzten Schritt machen und feststellen, daß in den großserbischen Ansprüchen, in der großserbischen Irredenta, ein erheblicher Teil der Kriegsgefahr liegt, von der Europa sich bedroht fühlt.“

Der Haß gegen die Unterdrückungsmaschine der österreichischen Imperialisten und ungarischen Großgrundbesitzer soll verwandelt werden in „Abscheu vor serbischer Großmannsucht“, die den Weltfrieden bedroht! Und darum, so schließt der Kommentar, „erwächst auch wieder der gesamten Internationale die Pflicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Erhaltung des Weltfriedens den großserbischen Aspirationen nicht zu opfern gedenkt und die serbische Beunruhigungspolitik ebenso verdammt wie die schwarzgelbe Unterdrückungspolitik“.

Natürlich wäre es dumm zu glauben, daß irgendwelche direkte Fäden gesponnen waren zwischen Hoyos und seinen Hintermännern auf der einen und dem Wiener Korrespondenten des „Vorwärts“ sowie seiner Berliner Redaktion auf der anderen Seite. So einfach bereitet die Weltgeschichte nicht eine solch tragische Farce vor, daß der Exponent der reaktionärsten imperialistischen Kräfte Österreich-Ungarns seinen Besuch zur Einleitung des ersten Weltkrieges in Berlin faktisch geebnet findet durch den großen außenpolitischen Artikel des Zentralorgans der größten und angesehensten Arbeiterpartei des internationalen Proletariats. Hier treibt die Weltgeschichte ein grausames Zufallsspiel – auf der Basis der gesetzmäßigen (!) Beziehungen zwischen Imperialismus und Opportunismus. Noch wird es einige Wochen dauern, bis der größte Denker dieser Zeit, auf das Tiefste betroffen durch die Ereignisse der ersten August-[22]tage, diese Beziehungen zum ersten Male auf ihre Gesetzmäßigkeit hin näher untersuchen wird – aber schon hat die Weltgeschichte ein Beispiel für die neue Lehre

geschaffen, das geeignet ist, jeden Marxisten-Leninisten durch die grauenhafte Präzision der Parallelität von Theorie und Historie zu erschüttern.

Doch als ob das noch nicht genug wäre, als ob die Geschichte uns zeigen wollte, sie könnte noch viel weiter gehen – bis zum unsinnig Unwahrscheinlichen: Am Tage, an dem in Potsdam der Krieg eingeleitet wird, die höchsten Militärs und Zivilisten des deutschen Imperialismus mit dem Kaiser über die Auslösung des Krieges beraten – an diesem Tage hat der „Vorwärts“ keine einzige Zeile, weder als Nachricht noch als Kommentar, zu den Ereignissen in Österreich-Ungarn und Serbien. Dieser Sonntag des 5. Juli 1914, dieser erste Tag der Kriegseinleitung durch die Imperialisten Österreichs und Deutschlands, wird auch nicht durch eine Silbe von seiten des Zentralorgans der stärksten und angesehensten Arbeiterpartei der Welt gestört: Friede auf Erden durch Schweigen.

Merkwürdig der „Vorwärts“ vom 6. Juli: Auf dem dritten Blatt eine halbseitige Karikatur: Junker, General, Pfaffe, Richter, Großkapitalist u. a. umringen den Führer der preußischen Reaktion v. Heydebrand, der erklärt: „Dieser Erzherzog starb uns wirklich sehr gelegen!“ Doch gelegen wozu? Der Leitartikel erklärt es. Vielleicht stellt dieser Artikel den Höhepunkt der Verblendung dar – nicht irgendwelchen Verrats, nicht des Opportunismus, nein, hier enthüllt sich die ganze Größe des Geheimnisses, mit dem die herrschende Klasse die unmittelbare Vorbereitung des Krieges umgibt. An diesem 6. Juli lasen in Wien die führenden Imperialisten in der Regierung mit Befriedigung den Bericht ihres Botschafters in Berlin über die Entschlossenheit des Kaisers zu „ewiger Nibelungentreue“ im geplanten Krieg zur Zerstückelung Serbiens – auch auf das „Risiko“ eines Weltkrieges hin. An diesem 6. Juli speiste Herr von Krupp am Abend beim Kaiser, um die rüstungswirtschaftliche Einleitung des Krieges zu besprechen und anschließend in Gang zu bringen.

Und an diesem Tage nahm der „Vorwärts“ auch das Thema Österreich-Ungarn und Serbien wieder auf, doch nur – auch diese Perversität will sich die Weltgeschichte noch erlauben –, um es innenpolitisch auszunutzen. Nicht vier Wochen fehlen mehr zur militärischen Mobilisierung – und der „Vorwärts“ benutzt die Vorgänge in Österreich-Ungarn zur Mobilisierung der Partei gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht! Das ist der einzige Gesichtspunkt, unter dem er an diesem Tage die zum Weltkrieg führenden Ereignisse sieht – und das ist auch der Sinn der oben genannten Karikatur. So wie verhetzte Elemente, die gegen die Serben in Österreich-Ungarn vorgehen, den preußischen Reaktionären sympathisch sind, so wäre ihnen jedes Vorgehen nach diesem Beispiel gegen die deutschen Sozialdemokraten sympathisch. Darum heißt der Leitartikel auch nicht etwa: „Sie bereiten den Krieg vor“ – seine Überschrift lautet vielmehr „Hoch der Pogrom!“

Am 7. Juli fand in Wien bekanntlich der Ministerrat statt, der die Konsequenzen aus der auf Kriegshandlungen drängenden deutschen Haltung mit großer Befriedigung zog. An diesem Tage und am nächsten und übernächsten bringt der „Vorwärts“ als Leitartikel eine Studie „Militarismus und Demokratie“ – ohne jede Verbindung zur drohenden Kriegsgefahr. Überhaupt wird erst am 9. Juli wieder auf die anscheinend [23] jetzt wirklich vergessene „Angelegenheit“ von Sarajewo eingegangen. Aber wie? Mit welcher Ahnungslosigkeit! Bekanntlich heißt es, wie schon zitiert, im offiziellen Protokoll der Ministersitzung in Wien vom 7. Juli, daß sich alle, mit Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, einig sind, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer diplomatischen Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher solche weitgehenden Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde. Über diese Ministerratsitzung verlautet es im „Vorwärts“ vom 9. Juli als vom 8. Juli datierte Meldung aus Wien: „Ein gegen Serbien gerichteter und im technischen Sinne als diplomatische Aktion zu bezeichnender Schritt sei nicht in Aussicht genommen.“

Ach wie bitter ist die historische Wahrheit! So lasen es Rosa und Karl und all die teuren Genossen von der Linken, und sie glaubten es.

Lassen wir den „Vorwärts“ für einen Augenblick liegen und blicken wir in die „Sozialdemokratische Korrespondenz“, die J. Karski (Julian Marchlewski), Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgaben. Fünf Nummern erschienen in den Tagen vom 1. bis 10. Juli. Die Nummern vom 1. Juli und die vom 2. behandeln zwar ausführlich den Prozeß von Rosa Luxemburg – doch kein Wort der Verbindung zu den Ereignissen im Südosten Europas. Nur die Nr. 76 vom 7. Juli hat einen Beitrag von Franz Mehring „Die Monarchie im Zerrbilde“. Liest man ihn, so ist man erschüttert, erschrickt man vor der oberflächlichen Harmlosigkeit der Behandlung der Frage, vor der Ahnungslosigkeit, mit der Mehring stichelt.

Genau auf der Linie des „Vorwärts“ vom Vortage (6. Juli) bekämpft Mehring die Ausnutzung des Attentats von Sarajewo gegen die deutsche Sozialdemokratie durch die Scharfmacher: „Die Schreckenstat von Sarajewo wird von den deutschen Scharfmachern dazu benutzt, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, die nach der Behauptung der Junkerpresse sich selbst durch ‚die Majestät des Todes‘ nicht abhalten lassen soll, ihren wilden Haß gegen die Monarchie auszutoben.“

Und während die Imperialisten die ersten Maßnahmen zur Einleitung des Krieges treffen, glaubt Mehring sie ärgern zu müssen, indem er ausführlich darauf eingeht, daß seiner Meinung nach der ermordete Erzherzog sogar in gewisser Beziehung ein prächtiger Kerl gewesen wäre, weil er allen Vorurteilen zum Trotz „seine männliche Ehre nicht verschachert, sondern sich die Gefährtin seines Lebens erwählt, wie ihm sein Herz gebot“ – nämlich eine einem Habsburger nicht „ebenbürtige“ Frau.

Erschreckend zeigt sich, wie ahnungslos und ohne jede Verbindung zur Wirklichkeit, die in den Geheimkabinetten der Imperialisten zum Schlimmsten verändert wurde, die Linke damals war. Und mehr: Wohl nur einmal in seinem großen Kämpferleben hat Mehring einen Artikel geschrieben, der die harte Note „albern“ verdient. Und diesen Artikel schrieb der größte Journalist der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit zu dem Thema, das in den gleichen Stunden, in denen er die Worte aneinanderreichte, die im Rat versammelten österreichisch-ungarischen Minister mit im wahrsten Sinne des Wortes so blutigem Ernst beschäftigte!

[24] Der 10. Juli bringt den „Vorwärts“-Lesern einen Leitartikel mit der Überschrift „Der schöne Krieg“. Scharf und überzeugend wird hier Stellung genommen gegen die chauvinistische Propaganda, die den Krieg verherrlicht als „hehrste und heiligste Äußerung menschlichen Handelns“. Brennend ist die Aktualität dieses Artikels. Doch keiner ahnt es – mit keinem Wort wird auf die drohende Kriegsgefahr Bezug genommen. Ansonsten findet sich im Hinblick auf die künftigen Ereignisse nur eine kurze Meldung aus Wien, daß der Kaiser von Österreich mit den Beschlüssen des Ministerrats einverstanden sei. Wörtlich: „Der Kaiser genehmigte den vom gemeinsamen Ministerrat für die innere Lage in Bosnien in Aussicht genommenen Kurs. Demnach werde in Bosnien eine Reihe von Veränderungen verwaltungsrechtlicher Natur auf dem Gebiete der Polizei, der Schule, des Versammlungswesens zu gewärtigen sein, womit zugleich eine straffere Handhabung der Grenzpolizei zu erwarten sei.“ Man beachte den letzten Teil des Satzes! es sei mit den in Aussicht genommenen „Veränderungen verwaltungsrechtlicher Natur“ auch eine „straffere Handhabung der Grenzpolizei zu erwarten“. Wir wissen aus dem oben zitierten Telegramm Jagows an Tschirschky vom 12. Juli, daß damit die sofortige Verstärkung der Garnisonen an der serbischen und russischen Grenze gemeint ist. So lügt die imperialistische Presse! Und diese Lüge brachte der „Vorwärts“ nüchtern kindlich als Wahrheit!

Weiter heißt es in der „Vorwärts“-Meldung: „Ein Schritt bei dem serbischen Kabinett werde in kürzester Zeit erfolgen“ (also doch eine diplomatische Aktion, die noch am Vortage in

dem Bericht über die gleiche Ministerratssitzung als „nicht in Aussicht genommen“ gemeldet wurde). Und anschließend an diese Mitteilung einer diplomatischen Aktion: „Er (der Schritt – J. K.) werde, wie mit Bestimmtheit gesagt werden könne, keinen Eingriff in staatliche Hoheitsrechte Serbiens enthalten. Nichts werde der serbischen Regierung zugemutet werden, was als Affront oder Demütigung gedeutet werden könnte.“ So also wird die Meinung der Minister dargelegt, daß man Forderungen an Serbien stellen mußte, die so ungeheuerlich wären, daß sie „eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde“. Wie ungeheuerlich ist doch der Betrug der Völker durch die Kriegshetzer gewesen! und wie naiv war unser Zentralorgan.

An diesem gleichen Tage brachte die „Frankfurter Zeitung“, deren Berliner Korrespondent Stein bekanntlich einige Ahnung zumindest von dem hatte, was am 5. Juli in Potsdam geschehen war, eine etwas ernstere Meldung aus Wien, wonach Österreich-Ungarn schärfer vorzugehen plane als aus der Presse ersichtlich sei. Am nächsten Tag, am 11. Juli, gab der „Vorwärts“ zu den Ereignissen im Südosten nur eine einzige Notiz – nämlich die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ unter der Überschrift „Wozu der Lärm?“

Wozu der Lärm? Drei Wochen vor Ausbruch des Krieges!

Sonntag der 12. Juli – eine Woche nach den Ereignissen in Potsdam. An diesem Tag telegraphierte Jagow an den deutschen Botschafter in London, er möge die dortige Presse auf einen Krieg Österreichs gegen Serbien vorbereiten. Wie aktuell scheint daher die Überschrift des Leitartikels des „Vorwärts“ von diesem Tage: „Abrüstung“. Aber es handelt sich um eine rechte Sonntagsbetrachtung die wahre Worte in weiter Ferne von der Wirklichkeit hält. Der letzte Satz lautet, ebenso unverbunden mit der Welt-[25]geschichte wie der ganze Aufsatz: „Je mehr die Völker Herren ihrer Geschicke werden, desto seltener wird die Notwendigkeit eines Krieges an sie herantreten.“ Noch niemand hört den Sturmschritt, mit dem der Krieg bereits in allernächste Nähe kommt!

Auf der 3. Seite der gleichen Nummer jedoch wird in einer kleinen Notiz gegen die „Kölnische Zeitung“ polemisiert, die geschrieben hatte, daß Deutschland in den serbisch-österreichischen Konflikt neben seinem Bundesgenossen stehen werde. Dazu bemerkt der „Vorwärts“ gewissermaßen als Randglosse, ohne jede Hervorhebung: „Das ist die Verketzung der deutschen Politik mit dem österreichischen Imperialismus, auch wenn er über Schlachtfelder führt. So ‚unerschütterlich‘ die beiden Regierungen sein mögen, so einig sind die Proletarier Deutschlands und Österreichs in dem Willen zum Frieden. Ihre Bundesgenossenschaft ist mindestens ebenso fest wie diejenige der Potentaten“. Und damit ist die Angelegenheit an diesem Tag für den „Vorwärts“ erledigt. Unter den „Letzten Nachrichten“ wird noch die Mitteilung gebracht, daß „eine beträchtliche Vermehrung und Ausgestaltung der bosnischen und herzegowinischen Grenzjägertruppen sowie der Gendarmerie dortselbst beschlossen worden“ sei und daß „die Durchführung dieser Maßnahmen“, die „im engsten Zusammenhang mit der im letzten gemeinsamen Ministerrat beschlossenen schärferen Grenzüberwachung stehen, bereits für die nächste Zeit erwartet werde“. In solcher Formulierung erscheint die Mitteilung der bereits seit mehreren Tagen in Durchführung begriffenen Truppenbewegungen an die Grenze!

„80 000 Patronen!“ lautet die Überschrift des „Vorwärts“-Leitartikels am 13. Juli – doch seine Einleitungsworte sind: „Es spektakelt wieder wegen Marokko!“ Am 13. Juli spektakelt es wegen Marokko – zehn Tage vor Übergabe des einer Kriegserklärung gleichkommenden Ultimatums an Serbien! Auch sonst bringt der „Vorwärts“ an diesem Tage nichts zur Lage im Südosten – nichts aus Wien, nichts von anderswoher! Doch nein! es findet sich eine kleine Notiz aus dieser Gegend – aber sie betrifft Albanien.

14. Juli – jener Tag, an dem Tschirschky so zufrieden nach Berlin berichtet hatte, daß jetzt auch Tisza von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt wäre: nicht ein einziges Wort zur Lage in Österreich-Ungarn und Serbien im „Vorwärts“.

14. Juli – der Nationalfeiertag Frankreichs. Am 13. und 14. war Liebknecht in Paris. In einem Brief vom Ende August schildert er: „Am Nachmittag dieses Tages, des 13. Juli, hatte der Senator Humbert seine berühmte Rede über die Mißstände in der französischen Heeresverwaltung gehalten. Unter einem Haufen lärmender, hin- und herlaufender Menschen schrieb Jaurès mit einer Konzentration, die sein Hirn mit dreifacher Mauer von der Außenwelt abzusperrten schien, in wenigen Minuten seinen Artikel über diese Affäre. Wir blieben dann – ein größerer Freundeskreis – bis tief in die Nacht beisammen; Jaurès unerschöpflich in Scherz und Ernst. Paris tanzte – tanzte überall – in den Wirtschaften, in den Cafés, auf den Straßen, auf den Plätzen. Fête nationale, Fête de la République. Paris tanzte nach den diskreten Klängen der Musikkapellen, deren rasch errichtete Pavillons über die ganze Stadt verstreut lagen. Paris tanzte – alt und jung, arm und reich, geputzt und zerschlissen. Es tanzte behend und graziös – es tanzte fast lautlos – kein brutaler Ton, kein rohes Lachen, keine gemeine Geste, kein Stoßen, kein derbes Gedränge. Wundersam verhalten schien mir die Heiterkeit, die in der hellen Julinacht diese bewegliche, hüpfende, schwebende, wogende Menge erfüllte. Heute will es mir scheinen, als habe eine düstere Ahnung des [26] Fürchterlichen, was da zehn Tage später kam, auf ihr gelastet. Ein gespenstiger danse macabre – ich werde diese Vorstellung nicht mehr los.

Wir saßen im Café des Grand Hotel auf dem Boulevard. Freund Duc sprach böseste Prophezeiungen aus für die nächste Zukunft, die mein Optimismus selbstsicher beiseite schob. Spät trennten wir uns. Das war mein Abschied von Jaurès. Ich fuhr mit nach Longuets kleinem Häuschen in Châtenay. Die ganze Nacht zwitscherte es über den grünen Fluren ... Ein kurzer, herzlicher Abschied von Renaudel und den anderen. Dann in rascher Fahrt durch das gesegnete Land nach Basel zu, über Belfort, wo große Massen von Deutsch-Elsässern zur Heimkehr einsteigen: sie waren zum Nationalfest über die Grenze gezogen, zahlreicher wohl als je. Die Zabernaffäre hält die Gemüter noch in Hitze. Da liegen die Vogesen in dunstiger Dämmerung – friedlich ladend – ein Asyl der Unrast, heute ein blutiges Leichenfeld, hallend vom Brüllen der Kanonen. In Basel zischt von der Münsterterrasse das letzte Feuerwerk in den schwarzen Himmel. Man feiert das ‚Franzosenfest‘ auch hier in der deutschen Schweiz. Diese Erinnerungen sind mir ins Hirn eingebrannt. Sie begleiten mich seit dem 23. Juli 1914, wo immer ich bin.“⁴⁴

15. Juli – an dem sich Jagow beim deutschen Botschafter in Rom erkundigt, ob und wieviel Geld für Bestechung der italienischen Presse benötigt werden: ein Leitartikel im „Vorwärts“ über „Das Anschwellen der Rüstungen“, sehr konkret mit Zahlen und ganz ohne jede Bezogenheit auf die Gegenwart – kein Wort über die Lage im Südosten.

16. Juli. Eine leise Ahnung der Kriegsgefahr. „Schritte‘ in Serbien“ wird ein 1½ Spalten langer Bericht aus Wien, vom 14. Juli, überschrieben, in dem es heißt: „Was planen die österreichischen Machthaber? Die äußeren Vorgänge unterscheiden sich diesmal sehr auffällig von dem, was man während der zwei großen Konflikte mit Serbien, dem nach der Annexion und dem in Frage der Räumung der besetzten Küstengebiete nach den Balkankriegen, erlebt hat. Während der Ballplatz damals mit dem Aufgebote eines argen Lärms arbeitete, kein Mittel zur Erregung der Leidenschaften verschmähte und seine ‚Entschlossenheit‘ in den grellsten Farben malte, befleißigen sich die offiziellen Kreise diesmal einer Zurückhaltung, die man loben müßte, wenn man hoffen dürfte, daß sie echt sei ... Welche Forderungen Österreich-Ungarn in Belgrad zu stellen gedenkt, ist nicht abzusehen; sie können sich von dem

⁴⁴ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, Berlin 1919, S. 4 f.

bloßen Ersuchen, den Mordspuren in Serbien nachzugehen und die Mitschuldigen der Bestrafung zuzuführen, bis zum drohenden Ultimatum bewegen. Es wird wohl sicher sein, daß die Spuren des Attentats nach Belgrad reichen, und wenn es selbst nicht der Fall wäre, wird die strafgerichtliche Untersuchung, der man natürlich jede Richtung geben kann, diesen Beweis schon ‚erbringen‘. Wenn sich Österreich auf das Begehren beschränken sollte, daß man in Serbien diejenigen, die zu der Sarajevoer Mordtat Beihilfe geleistet haben, zur Verantwortung zieht, so wäre dagegen nichts einzuwenden und konnte dagegen niemand einen ernstlichen Einwand erheben. Aber damit wird sich der von der militaristischen und christlich-sozialen Kriegshetze gepeitschte Ballplatz leider nicht begnügen, vielmehr wird er irgendwelche ‚Bürgschaften‘ gegen die groß-[28]serbische Agitation erhalten wollen. – Nun möchten wir es mit aller Deutlichkeit wiederholen, daß wir diese Agitation, die auf die Wiedervereinigung aller serbischen Gebiete zu einem Staate ausgeht, gleichgültig welche ‚idealen‘ Motive ihr zugrunde liegen mögen, für eine der schwersten Bedrohungen des Friedens in Europa halten, denn daß ihre Verwirklichung nur in einem Weltkriege möglich wäre, ist wohl klar. Es wäre deshalb sehr nützlich, wenn man sich überall (dies Wort gesperrt! – J. K.) entschließen wollte, die großserbischen Ideen mit der nötigen Kühle zu betrachten und Licht und Schatten in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Österreich und Serbien gleichmäßiger verteilen wollte; der österreichischen und der ungarischen Hetzpresse steht zum Beispiel die Belgrader Schundpresse ganz ebenbürtig zur Seite ... Die Friedenskräfte, die sich in Österreich zweimal so glänzend bewährt haben und denen nicht zum wenigsten die Bewahrung des Friedens trotz der zweimaligen Kriegshetze zu danken ist – wobei den Sozialdemokraten aller Nationen das allergrößte Verdienst zukommt –, sind diesmal und zwar einesteils durch die Mordtat, andernteils durch die Ausschaltung des Parlamentes und die Zersetzung des gesamten politischen Lebens eher gelähmt. Aber von einer wirklichen Leidenschaft und Empörung ist außerhalb der schwarz-gelben Presse so wenig vorhanden, und der österreichische Staat ist in jeder Hinsicht so geschwächt, daß die Hoffnung wohlberechtigt ist, der Konflikt werde auch diesmal in einem diplomatischen Aufgebot landen. Aber man muß auch den Serben ins Gewissen reden; denn dieser unruhvolle und unruhestiftende Staat hat wahrlich nicht wenig auf dem Gewissen.“

Seit dem 4. Juli – zwölf Tage lang – hatte der „Vorwärts“ keinen größeren Bericht zur Lage gebracht. An jenem Tage hatte er die Wiener Korrespondenz unter der Überschrift „Die serbische Gefahr“ veröffentlicht. Jetzt bringt er seinen lange fälligen Bericht aus Wien wiederum mit einer ganz klaren Wendung gegen Serbien. Es sei die serbische nationalistische Bewegung, die eine Weltkriegsgefahr bedeute – Österreich spiele eine geringere Rolle und die österreichische Arbeiterbewegung sei außerdem wegen des Mordes und der Ausschaltung des Parlaments und der Zersetzung des gesamten politischen Lebens gelähmt!

Aber nicht genug damit, daß schon jetzt gewissermaßen die Schuld an allem, was geschehen möge, auf Serbien gelegt wird (vergessen wir nicht, daß in diesen Tagen der österreichische Genosse Hilferding Redakteur am „Vorwärts“ war!); gleichzeitig mit dem Abdruck dieses Berichts aus Wien, unmittelbar anschließend an ihn, auf der gleichen Spalte, bringt der „Vorwärts“, was er einen „offiziösen Beruhigungsversuch“ nennt, einen anderen Bericht aus Wien, datiert von einem Tag später, vom 15. Juli: „In einem Privattelegramm stellt das ‚Neue Wiener Tagblatt‘ fest, daß die Nervosität, welche infolge der Belgrader Alarmnachrichten vom Sonntag in Budapester finanziellen und politischen Kreisen Platz gegriffen hätte, gestern fast ganz geschwunden sei.“

Aber wie ist die Stellungnahme der Partei? Was hat der „Vorwärts“ aus eigener Redaktion den deutschen Arbeitern zu sagen? Kein einziges Wort!

*

[28] Und welchen Einfluß hätte eine Stellungnahme gerade an diesem Tage gehabt!

Hätte gehabt, wenn ... Darf ein Historiker so formulieren? Können wir eine solche Hypothese aufstellen?

Ja, wir haben das Recht dazu, und wir haben auch einen schlagenden Beweis für unseren hypothetischen Ausruf!

An diesem 16. Juli hatte die Redaktion des „Vorwärts“ zwar den deutschen Arbeitern von sich aus nichts zur Weltlage zu sagen, aber der „Vorwärts“ hatte doch einen kurzen Leitartikel „Das kronprinzliche Bravo“! Dieser Leitartikel hatte zwar nichts mit dem Kriege, der in zwei Wochen ausbrechen würde, zu tun – wohl aber mit dem Buch eines Oberstleutnants a. D. Frobenius, der den Krieg für 1915 voraussagte. Über ein begeistertes Telegramm des Kronprinzen an den Verfasser empörte sich der „Vorwärts“.

Von der bürgerlichen Presse nahm nur die „Vossische Zeitung“ Notiz.

Einen Tag später forderte der „Vorwärts“, daß man im Reichstag, wenn er zusammentreten würde, das Verhalten des Kronprinzen zur Sprache bringen müßte.

Am 19. Juli konnte der „Vorwärts“ von einem neuen Telegramm des Kronprinzen an einen chauvinistischen Schreiberling berichten.

Und das in einer Zeit, in der die deutschen Imperialisten unmittelbar in aller Heimlichkeit den Krieg vorbereiteten!

Man zitterte in offiziellen Kreisen. Die geringste außenpolitische Bewegung konnte ja den Vorhang, hinter dem die Kriegsvorbereitungen vor sich gingen, lüften!

Dazu, o Schrecken!: die ausländische Presse nahm die Sache auf Grund der ausführlichen Stellungnahme des „Vorwärts“ auf.

Unter allen Umständen mußte in allen Fragen, die auch nur im Entferntesten an Krieg erinnerten, Ruhe und Frieden im Deutschen Reich herrschen.

Und so telegraphierte am 20. Juli der Reichskanzler an den Kaiser, der noch auf Reisen war: „Ew. M. muß ich alleruntertänigst melden, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz entgegen den Höchstdemselben erteilten und von ihm auch akzeptierten Ratschlägen neuerdings wieder mit telegraphischen Kundgebungen an die Öffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche sehr warme Zustimmungstelegramme an den Oberstleutnant a. D. Frobenius zu der von diesem verfaßten Broschüre ‚Des Reiches Schicksalsstunde‘ und an den Professor Buchholz in Posen zu einer von diesem in Broschürenform vertriebenen Bismarckrede gerichtet. Frobenius weist zutreffend auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefällt sich aber gleichzeitig in alldeutschen kriegshetzenden Übertreibungen. Buchholz benutzt eine von glühendem Patriotismus getragene Huldigung vor dem großen Kanzler zu heftigen Angriffen auf die Männer, denen Ew. M. verantwortungsvolle Ämter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der Presse veröffentlicht. Insonderheit dasjenige an Frobenius ist von der englischen, russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einem Gegensatz zu der Politik Ew. M. stelle, und daß er zum Kriege treibe. Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in den Regierungskreisen der Triple-Entente dieses Hervortreten des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernste Beachtung findet.“

Ich habe mir erlaubt, Seine K. Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Kundgebungen abzusehen, die „ohne Kenntnis der momentanen poli-[29]tischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgefaßt, nur geeignet seien, die Politik Ew. M. zu kompromittieren und zu kontrekarrieren. Dabei habe ich auf die momentane gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine K. Hoheit diese Bitte erfüllt, besorge vielmehr ernstlich, daß Höchstderselbe, wenn jetzt das österreichi-

sche Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorangegangenen von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberei angesehen werden.“⁴⁵

Prompt am nächsten Tag telegraphierte der Kaiser an den Kronprinzen⁴⁶:

„Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzlich es Mir sein muß, daß Du trotz Deiner Mir gegebenen Versprechungen schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, Mir eine solche Bitte vorzutragen. Ich appelliere ferner an Dein Pflicht- und Ehrgefühl als preußischer Offizier, der gegebene Versprechen unbedingt zu halten hat, und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage sowie hinfort überhaupt jeglicher politischer Äußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, Meine und Meiner verantwortlichen Ratgeber Politik zu stören, ein für alle Mal enthalten wirst. –Papa Wilhelm.“

Worauf der Kronprinz dem Kaiser zurücktelegraphierte: „Befehle werden ausgeführt. Wilhelm Kronprinz.“⁴⁷

Man erkennt, wie außerordentlich unsicher sich die Kriegstreiber noch fühlten, wie sie davor zitterten, daß die Auslösung des Krieges noch irgendwie verhindert werden könnte, und darum, was eine konkrete Stellungnahme des „Vorwärts“, eine Warnung an die deutschen Arbeiter gerade in diesen Tagen bedeutet hätte!

*

Führen wir nun unsere Chronik fort. Der 16. Juli war abgehandelt worden. Qualvoll für den historischen Berichtersteller wie für den Leser naht der 17. Juli und zieht wieder an ihnen vorüber. Der Leitartikel des „Vorwärts“ behandelt das Thema „Der französische Militarismus“ in wahrhaft internationalistischem Geiste – aber ohne Beziehung zu den Ereignissen der unmittelbaren Gegenwart. Auf der zweiten Seite wird, wie schon erwähnt, noch einmal auf das Telegramm des Kronprinzen eingegangen. Wir lesen: „Es ist wirklich nicht sehr aufregend, wenn einer der vielen Generale a. D. den Krieg für 1915 prophezeit, nachdem so viele seiner Standesgenossen ihn für alle vorhergegangenen Jahre prophezeit haben“ – welche schreckliche Ironisierung dieser Zeilen bringt die Wirklichkeit, die doch verlangt, daß der zweite Teil dieses Satzes lautet: Wo doch der Krieg in ein paar Tagen ausbrechen wird! – Auf der dritten Seite endlich eine Drittel-Spalte überschrieben „Österreich und Serbien“, in der ohne ein einziges Wort des Kommentars von Seiten des „Vorwärts“ aus einer Rede Tiszas u. a. zitiert wird: „Die schwebende Angelegenheit müsse nicht unbedingt zu kriegerischen Entscheidungen führen, doch ein Staat, der den Krieg nicht als ultima ratio betrachte, [30] könne sich als Staat nicht behaupten“. Statt eines Alarmrufes es zitiert der „Vorwärts“ dazu das Organ des englischen Finanzkapitals, die halb-offizielle „Times“ aus London mit einer „offenbar inspirierten“ Mahnung an die österreichische und serbische Adresse, deren letzte Sätze in der Wiedergabe des „Vorwärts“ lauten: „Bisher habe Österreich mit Selbstbeherrschung und Zurückhaltung gehandelt. Es sei ernstlich zu hoffen, daß es bis zum Schluß darin fortfahre.“

Auf der 6. Seite beginnt der „Vorwärts“ mit der Berichterstattung über den französischen Parteitag. Nichts zeigt deutlicher wohl als der Parteitag der französischen Sozialisten und die deutsche Berichterstattung, wie es dem internationalen Finanzkapital gelungen ist, die Arbeiterklasse über die Nähe der Kriegsgefahr zu täuschen. Von wirklich intensivster Aktualität sind die behandelten Themen: Militarismus, Kriegsgefahr und wie sich die Arbeiterklasse

⁴⁵ „Deutsche Dokumente“, a. a. O., S. 109.

⁴⁶ Ebendort, S. 128.

⁴⁷ Ebendort, S. 151.

verhalten soll – und doch ist es so, als ob, wie der Volksmund sagt, die Verhandlungen auf dem Mond stattfinden und auch ihre Kommentatoren vom „Vorwärts“ dort schreiben.

Und genauso wieder am 18. Juli – alles wieder genauso. Wie am 17. auf der 3. Seite des „Vorwärts“ eine Notiz „Österreich und Serbien“ – wie am 17. keine Äußerung des „Vorwärts“, sondern ein Zitat aus einer englischen Zeitung, diesmal aus der „Westminster Gazette“, deren Schlußsatz fromm lautet: „Wir hoffen auf eine gemeinsame Bemühung, diese Schwierigkeit zu lokalisieren und daß die traurige ultima ratio, wie Graf Tisza sagte, nicht einmal zur Erörterung zu kommen braucht.“ Und dann – auf Seite 13 der Bericht vom französischen Parteitag – der mit den Worten von Jaurès endet: „Wir müssen dem Proletariat zum Bewußtsein bringen, was die Welt von ihm erwartet und indem wir es mit der Idee erfüllen, daß es berufen ist, der Welt den Frieden zu bringen, werden wir es fähig machen, das ideale Ziel zu verwirklichen.“ So ist auf Seite 13 des „Vorwärts“ vom 18. Juli zu lesen – während der Leitartikel „Dem Zentrum zur Erinnerung“ lautet und eine Übersicht über die Haltung dieser Partei zum allgemeinen Wahlrecht und zum Absolutismus in Preußen seit 1874 gibt – während ein Bote den Brief des Oberquartiermeisters Waldersee an Jagow bringt, der ihm mitteilt, daß jener „sprungbereit“ und der „Generalstab fertig“ sei.

19. Juli. Die erste Seite des „Vorwärts“ setzt im Leitartikel die Erinnerung des Zentrums fort, bringt die Mitteilung eines zweiten Telegramms des Kronprinzen – eine Spalte lang, und beginnt auf den letzten Zeilen rechts unten den Bericht einer Aussperrung in der Lausitzer Tuchindustrie. Seite 2, Seite 3, Seite 4, Seite 5, Seite 6, Seite 7, Seite 8, Seite 9, Seite 10, Seite 11, Seite 12 – kein Wort zur Lage im Südosten. Seite 13 enthält den Schlußbericht vom französischen Parteitag mit dem Schlußwort von Vaillant „gegenüber der gestiegenen Kriegsgefahr ist der gleichzeitige Generalstreik nötig“.

Natürlich ahnt Vaillant nicht, ahnt noch niemand, wie furchtbar wahr die Worte von der gestiegenen Kriegsgefahr sind.

Wie ahnungslos alle sind, das zeigt der dem Parteitagsbericht folgende „Wirtschaftliche Wochenbericht“ des „Vorwärts“ überschrieben „Die Wirtschaftslage in Österreich-Ungarn“, aus dem zitiert sei: „Stürmische Tage hat der Wiener Markt erlebt, und die Erregung zittert in den Gemütern nach.“ So beginnt die „Neue Freie Presse“ ihren Börsenwochenbericht „Was die letzte ereignisreiche Woche gebracht hat“, fährt sie [31] fort, „war das beschämende Schauspiel tiefster Schwäche und vollständigen Versagens der Marktorganisation. Wien hat den traurigen Ruhm, das Zentrum der Depression unter allen europäischen Plätzen zu bilden und die übrigen Märkte, die bisher die Lage kühl und besonnen beurteilt hatten, gleichfalls stärker zu irritieren“.

Wirklich peinlich und wirklich beschämend für Wien, daß man dort kurz vor Ausbruch eines Weltkrieges die Börsen der Welt durch eine gewisse Unruhe irritiert! Wie kommentiert der „Vorwärts“ diese „selbstkritische“ Feststellung eines bürgerlichen Blattes? Er nickt lapidar mit dem Kopf und bemerkt mit klassischer Kürze: „Die Kursrückgänge sind in der Tat sehr bedeutend und dauern an.“ Darauf berichtet der „Vorwärts“ weiter: „Die ‚Neue Freie Presse‘ geht dann auf die Ursachen dieser Erscheinung ein und meint, daß die politischen Fragen der letzten Tage von geringem Einfluß gewesen wären, da zur Zeit des Balkankrieges der politische Horizont doch ganz anders ausgesehen und sich die Börse trotzdem besser gehalten habe.“

Der „Vorwärts“ wehrt sich nun doch dagegen, daß die Politik nichts damit zu tun habe. Da ist zum Beispiel die Haltung gegen Serbien. Aber es gibt noch einen viel schlagenderen Beweis für den Zusammenhang zwischen Börse und Politik. Der „Vorwärts“ fährt nämlich fort: „Übrigens bedarf es schon keiner Beweise mehr über den Zusammenhang zwischen der politischen Lage und dem Wiener Börsenkrach, nachdem“ – ja, was nun folgt, ist wirklich nicht

glaubhaft, doch so unglaublich es ist, es ist Wirklichkeit: „nachdem die italienische Mobilmachung einen neuen starken Kurssturz hervorgerufen hat. Die politische Lage hat sich in der Tat sehr stark zugespitzt. Was will eigentlich“ – wiederum stockt einem der Atem und man glaubt nicht richtig zu lesen – „was will eigentlich Italien? Die ‚Avanti‘ meldet, daß sich Italien zu einer Expedition nach Albanien vorbereite. Ist dem so, so vermag niemand vorauszusagen, was daraus werden soll. Wird sich denn daraus nicht ein ernster Konflikt mit Österreich-Ungarn ergeben? Ist der Bestand des Dreibundes nicht gefährdet? Es genügt, nur diese Möglichkeit zu erwähnen, um den Börsenmann in tausend Ängste zu versetzen. Daher zum Teil auch die Angstverkäufe der letzten Tage.“

Daher!

Aber doch nur zum Teil. Denn der „Vorwärts“ fährt fort: „Immerhin ist es schon richtig, daß diese Börsenkrise nicht allein der politischen Situation zu verdanken ist, sondern vielmehr ein Ausfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise ist.“

*

Welch Verrat, welch Betrug der Massen der Werktätigen durch die Reformisten und Opportunisten! – so mögen Menschen heute urteilen, die an das schändliche Bündnis zwischen rechten Führern von Arbeiterparteien und Gewerkschaften mit der herrschenden Klasse denken, das Ende Juli und Anfang August 1914 offiziell abgeschlossen wurde und bis heute dauert.

Aber sie haben Unrecht. Noch ist die Gelegenheit zum Verrat nicht gegeben. Noch handelt es sich um etwas anderes. Noch handelt es sich um die raffinierte Geheimpolitik der Vorbereitung des Krieges, der alle zum Opfer fielen, die für den Fortschritt kämpften.

[32] Die deutsche Geschichte hat dafür, daß alle auf das raffinierte Spiel der herrschenden Klassen hereinfliegen, einen Beweis geliefert: einen zweiten Börsenbericht. Einen Börsenbericht aus der Hand eines großen Revolutionärs, der keinen Verrat im August übte, der stets und immer treu und mutig für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfte.

Unter dem Datum des 23. Juli, des Tages, an dem das einer Kriegserklärung gleichkommende Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien in Belgrad überreicht wurde, schrieb Marchlewski in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, dem Organ der Linken, einen Bericht „Börse und Politik“, der so beginnt: „Die Börse hat es schon wieder einmal mit der Kriegsangst. Ein eigentümlich Ding das: der Bourgeois von heute gibt sich kriegerischer als eine Rothaut aus den Indianerromanen; am Stammtisch schwätzt er mit Vorliebe von dem herrlichen Kriegsbeer, von Dreadnoughts, von Riesengeschützen, die auf drei Meilen schießen, von Flugschiffen und Aeroplanen, man könnte meinen, daß all die guten Leuten nur darauf erpicht sind, alle diese Werkzeuge des Massenmordes in Aktion zu sehen; aber sobald die Nachricht kommt, daß hier oder dort die vielberufene ‚Wolke am politischen Horizont‘ auftaucht, bekommt es der Bourgeois mit der Angst und ist à la baisse gestimmt. *Von ernsthafter Kriegsgefahr ist augenblicklich sicher nicht die Rede.*“

Verzeih', Genosse Marchlewski – du hast die letzten Worte nicht unterstrichen. Aber sie müssen unterstrichen werden. Wenn Du, einer der besten unter uns, stets mutig, konsequent in Deiner revolutionären Haltung, voll Haß gegen die herrschende Klasse, voll Mißtrauen in alles, was sie sagt, wenn Du am 23. Juli so geschrieben hast, so soll das nicht hier wiederholt werden, um zu zeigen, daß Du einen Fehler gemacht hast. Wir alle haben Fehler gemacht und der Größte unserer Zeit, Lenin, ahnte auch nicht, wie nahe der Krieg. Diese Deine Worte stehen hier als Mahnung an uns alle, die über jene Zeiten heute und später nachdenken und schreiben. Deine Worte, die Worte eines großen Arbeiterführers sind es, die den Worten Lenins, des größten Revolutionärs aller Zeiten, erst das ganze Gewicht für unser Verständnis geben:

„Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: Wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.“

Ja, so groß ist das Geheimnis, daß Du, Genosse Marchlewski, solch unsinnige Einschätzung der Lage geben konntest.

*

Doch nun zurück zum „Vorwärts“. Auch der 20. Juli bringt keine Warnung über den Ernst der Situation – ja es wird nicht einmal wie an den Vortagen eine englische Zeitung zur Lage im Südosten zitiert – kein Wort zu dieser Angelegenheit!

21. Juli: Endlich ein Leitartikel zur Lage. Überschrift: „Noch einmal Serbenhetze“. Und der Inhalt: Unerhört, wie heute und auch in der Vergangenheit mit Lügenberichten gegen das serbische Volk als Ganzes gehetzt wird und wurde. Sogar in der „Vossischen Zeitung“. Der Artikel endet – zwei Tage vor der Überreichung des Ultimatums an Serbien – wie in einem Greuelmärchen die Moral für die Arbeiterklasse ziehend: „Auch die Schauer- und Tatarennachricht von der Entmannung des Konsuls Prohaska in Prizrend fand sich zuerst wo? in der ‚Vossischen‘! Es ist, möchte man mit Professor [33] Friedjung sagen, ein trauriges Handwerk, das dieses Blatt betreibt!“ Ach nein! man möchte etwas ganz anderes sagen, nämlich: Es ist Schwejk gewesen, der diesen Schluß des Leitartikels des „Vorwärts“ am 21. Juli geschrieben hat.

Ansonsten hat der „Vorwärts“ nur noch auf Seite 3 eine kleine Notiz (23 Zeilen) unter der Überschrift „Chauvinistengekreisch“, die mit dem Satz beginnt: „Zu der Zeit, wo die deutschen Chauvinisten leider unter dem Beifall sehr hoher Persönlichkeiten (bezieht sich auf die Kronprinzen-Telegramme – J. K.) am Werke sind, um die europäischen Nationen gegeneinander zu verhetzen, die in ihrem großen Kern absolut friedliebend sind, betreiben auch die französischen Chauvinisten in täppischer Weise die gewerbsmäßige Hetze.“ Schrecklich, diese täppischen Chauvinisten aller Nationen, die sogar – kaum zu glauben und sofort zu unterbinden – freundlichen Beifall höchster Persönlichkeiten haben! aber Gott sei Dank kann der „Vorwärts“, was Frankreich betrifft (über Deutschland gibt es ja sowieso wegen der Stärke der SPD gar keine Zweifel), abschließend feststellen: „Immerhin bedeutet die Friedensdemonstration der französischen Arbeiterschaft, die erst dieser Tage einen wuchtigen Ausdruck fand, unendlich mehr als das törichte Geschreibsel übergeschnappter Chauvinisten.“

Am 22. Juli sandte der deutsche Botschafter in Wien jene telegraphische Anfrage nach Berlin, ob Deutschland, wenn der österreich-ungarische Botschafter abberufen sein würde, die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien durch seinen Botschafter in Belgrad abgeben könnte, worauf dann Jagow die schon zitierte Antwort gab, daß das nicht ginge, weil man doch allen Anschein vermeiden müsse, daß Deutschland Österreich-Ungarn „in den Krieg gehetzt“ hätte.

Richtig gejault, Hyäne!

An diesem 22. Juli behandelt die erste Seite des „Vorwärts“ Finanzfragen und die Ausspernung in der Niederlausitzer Tuchindustrie. Auch die zweite Seite findet noch keine Zeile zu den Kriegsvorbereitungen. Endlich, auf der dritten Seite im letzten Drittel der ersten Spalte eine kurze redaktionelle Polemik gegen „deutsche chauvinistische Blätter“, die sich „fortgesetzt bemühen“, die österreichisch-serbische Spannung zu verschärfen und beide Staaten in einen Krieg zu hetzen. Warum wohl? Etwa, um ernstlich einen Krieg herbeizuführen? Aber nein! Die Reaktionäre haben einen ganz anderen, einen geradezu teuflischen Plan. Der „Vorwärts“ enthüllt ihn: „Die konservative Presse ist deshalb so eifrig an der Hetze beteiligt, weil sich dabei leicht Stimmung gegen Rußland machen läßt. Da Rußland wahrscheinlich Serbien unterstützen würde, richten sich die Drohungen mehr oder weniger offen gegen Ruß-

land, das man mit Rücksicht auf die bevorstehenden Handelsverträge einschüchtern möchte“ (meine Hervorhebung – J. K.). Über die österreichischen Pläne gegen Serbien aber heißt es als letzter Absatz des redaktionellen Artikels: „Über den in den nächsten Tagen zu erwartenden Schritt Österreichs in Belgrad werden in der bürgerlichen Presse allerlei Kombinationen angestellt. So soll Serbien auf Grund des Materials der amtlichen Untersuchung aufgefordert werden, sofort auf serbischem Boden die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajevo zu vervollständigen und im Königreich Serbien unbedingt alle Vorkehrungen zur Unterdrückung von Vereinigungen zu treffen, die großserbische Ziele verfolgen und ihr Agitationsgebiet nach Österreich erstrecken. Man erwartet die Note Österreichs an die serbische Regierung noch vor Ende dieser Woche.“

[34] Unmittelbar unter diesem redaktionellen Kommentar folgen 6 Zeilen mit der Überschrift in kleinen Typen „Der Krieg in Sicht“, eine Meldung aus Wien, daß dort Reservisten einberufen werden. Darunter, damit man die aufregende (in kleinen Typen gebrachte) Überschrift nicht zu ernst nimmt, die folgende groteske Meldung: „Der österreichische Schritt in Serbien – Wien, 21. Juli. Der Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad verfolgt nicht allein den Zweck, die bestehenden Differenzen zu beseitigen, sondern die serbische Regierung zu einer Änderung seiner Politik in der Richtung eines dauernden Friedens zu bewegen“.

Noch eine Meldung bringt der „Vorwärts“ aus Österreich – genauso lang wie alle anderen Nachrichten über Österreich-Ungarn und Serbien zusammengenommen!; doch sie behandelt die „Reform des Militärstrafprozesses“ und beginnt – am 22. Juli! – mit der Feststellung: „Woran Regierungen und Parlamente jahrzehntelang vergebens herumgemurkst haben, das hat jetzt der § 14 mehr schlecht als recht geschafft: Die ‚Peinliche Halsgerichtsordnung‘ der Maria Theresia, auf der der Militärstrafprozeß beruhte, durch ein halbwegs europäisches Verfahren zu ersetzen.“ Wie wichtig und wie human! unmittelbar vor Ausbruch des Schlachtens („der Krieg in Sicht“) werden endlich die Messer auf halbwegs europäische Weise gewetzt.

23. Juli. Der Tag der Überreichung des Ultimatus an Serbien. Auf der ersten Seite, 1½ Spalten, ein Bericht aus Wien unter der Überschrift „Zeichen der Kriegsgefahr“. Obgleich auf der einen Seite so spekuliert wird: „Nun ist zweierlei möglich. Entweder streben die österreichischen Machthaber die friedliche Lösung an, dann werden sie natürlich ihre Forderungen in dem Rahmen halten, der Serbien die Erfüllung nicht unmöglich macht ... Es ist aber schon auch möglich, daß die österreichischen Machthaber den Krieg wollen, und bei ihrem Kriegsfieber noch von Berlin aus angefeuert werden: dann würden freilich die Forderungen so ausfallen, daß der Krieg, der zweimal verhindert wurde, nun ausbrechen könnte“ – obgleich also hier eine „objektive Theorie der Möglichkeiten“ gegeben wird, was auch vor dem 5. Juli unzulässig gewesen wäre, bringt der Bericht im folgenden Teile wieder die alte antiserbische überheblich chauvinistische Linie: „wie die Dinge liegen, ist die großserbische Idee heute die eigentliche europäische Kriegsgefahr; von Belgrad droht dem Frieden des zivilisierten Europa die stärkste Bedrohung“.

Völlig blind ist der „Vorwärts“ immer noch gegenüber der Realität – blind von allen Gesichtspunkten, vom revolutionären, vom zentristischen, vom opportunistisch-chauvinistischen. Noch immer ist vor ihm, ist vor der Führung der Arbeiterklasse das Geheimnis des Krieges verhüllt. Nichts macht das deutlicher als die einzige (!) redaktionelle Stellungnahme an diesem Tage, die sich gegen die „Deutsche Tageszeitung“ wendet – und das, ohne zu begreifen, daß dieses reaktionäre Organ sich nicht scheut, jetzt offen das Geheimnis des Krieges zu enthüllen, indem es schreibt: „Immerhin hat die österreich-ungarische Presse vollkommen mit ihrer Feststellung recht, daß die öffentliche Meinung im Deutschen Reiche uneingeschränkt auf Seite des Bundesgenossen stehe und nur den Wunsch hege: er möge energisch sein Recht und seine legitimen Interessen wahrnehmen, er möge, ohne sich einschüchtern zu lassen, durch-

halten. Wir sind überzeugt, daß die amtlichen Träger der Politik des Deutschen Reiches [35] derselben Ansicht sind und diese nicht nur in Wien geltend machen, sondern auch in den anderen politischen Zentralen.“

Wie antwortet der „Vorwärts“? Etwa damit, daß er sich gegen die Verleumdung der „öffentlichen Meinung“ wendet und die Arbeiterklasse gegen die „amtlichen Träger der Politik des Deutschen Reiches“ mobilisiert?

Ach nein! Blind! Stockblind! und taub gegen die lauteste Enthüllung des Geheimnisses des Krieges schreibt er dazu in Sperrdruck: „Jeder Satz davon ist erlogen.“ Alle, auch die deutschen Imperialisten, auch „die amtlichen Träger der Politik des Deutschen Reiches“ sind nach Ansicht des „Vorwärts“ für den Frieden – und darum fügt er als nächsten und Schlußsatz an den vorangehenden an: „Aber das Agrarierblatt will so faustdick auftragen, um Österreich in einen Krieg hineinzuhetzen, vor dem dieser wirtschaftlich und finanziell entkräftete Staat sich trotz aller bisherigen Großsprechereien erklärlicherweise scheut.“

So der „Vorwärts“ am Tage der Überreichung des Ultimatus an Serbien!

Endlich, am Freitag, dem 24. Juli, eine ausführliche Stellungnahme des „Vorwärts“, 1½ Spalten, unter der Überschrift „Sturmzeichen“. Stellungnahme? Sie endet mit den Worten, fett gedruckt: „der Sturm naht!“ Doch welcher Sturm? Wo? ach nein! der Leitartikel hat nichts mit dem Krieg zu tun! er handelt von den Massenstreiks der russischen Arbeiter – und dem Leitartikel folgen Einzelmeldungen über die Streiks. Ja, und dann ist auf der ersten Seite noch ein wenig Platz für die Meldung „Konservative Niederlage in Labiau-Wehlau“ sowie für den Anfang eines unendlich langen Artikels „Sozialdemokraten als Arbeitgeber.“ Erst auf der Mitte der ersten Spalten der dritten Seite wird „der österreichisch-serbische Konflikt“ behandelt und dann ohne jeden Kommentar (!) das Ultimatum an Serbien mitgeteilt. Der bürgerliche anti-sozialdemokratische Schriftsteller Curt Schoen bemerkt dazu: „Der 24. war der Tag der Überreichung der österreichischen Note in Belgrad. Die Nachricht von ihr traf erst ein, als die Nr. 199 schon durch die Maschine lief. Man ließ sich daran genügen, sie nur noch in den Rest der Auflage einzufügen, und ließ es darauf ankommen, daß die Mehrzahl der Leser von dem Geschehnis entweder bis zum nächsten Tage nichts oder durch die bürgerlichen Blätter erfuhr. Eine Sonderausgabe erfolgte nicht.“⁴⁸

Eine Sonderausgabe erfolgte nicht. Noch hatte die Partei nichts begriffen.

Durch einen historischen Zufall erleben wir gewissermaßen schwarz in schwarz die letzte Minute völliger Blindheit gegenüber dem, was vor sich ging. Diese Nacht vom 23. zum 24. Juli schläft man noch ruhig den Schlaf des Betrogenen – sie alle schlafen: es schlafen auf der Rechten diejenigen, die in Bälde offen den Fortschritt verraten werden, es schlafen die Zentristen, die bewußt oder unbewußt sich in wenigen Tagen als Feigenblatt des Verrats gruppieren werden, und es schlafen die Linken, deren bester Sachverständiger in Wirtschaftsfragen in dieser Nacht damit beschäftigt ist, den Artikel für die Nr. 84 der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ vom 25. Juli zu schreiben – Marchlewski zürnt den Vertretern der herrschenden Klassen Frankreichs und Rußlands, die „in Peterhof die Champagnerkelche zum Zeichen der Kriegsbereitschaft klingen“ lassen. Aber: „Das Bündnis der Proletarier aller Länder ist fest ver-[36]ankert in dem gemeinsamen Klasseninteresse der Ausgebeuteten von der Seine bis an den Ural und dieses Bündnis von vielen Millionen, die den Krieg hassen, macht die Bündnisse der Kriegsbereitschaft unwirksam. Durch die Tat beweisen die Petersburger Arbeiter, daß sich das internationale Proletariat auf seine Avantgarde verlassen kann, die den räuberischen Zarismus im Schach hält.“ Und dann, als fiele Marchlewski plötzlich ein, daß er ja in Berlin, im Westen Europas, und nicht in Petersburg schreibt, gewissermaßen

⁴⁸ C. Schoen, „Der ‚Vorwärts‘ und die Kriegserklärung“, Berlin-Charlottenburg, 1929, S. 28.

als Nachsatz zum Schluß des Artikels angehängt: „Sorgen wir dafür, daß die Losung ‚Krieg dem Kriege‘ auch im Westen Europas die Massen durchdringt und jeder Gedanke an den Völkermord unmöglich wird.“

*

Sorgen wir dafür ... wie oft hatten die Genossen so gesprochen in vollem Ernst, in tiefem Ernst, mit großer Eindringlichkeit ... aber natürlich nicht, und auch diesmal war es nicht so, in dem Gefühl: alles kommt darauf an, das Proletariat, alle Werktätigen Schichten heute, in dieser Stunde zur Tat zu mobilisieren weil es morgen zu spät ist.

Völlig, in jeder Beziehung, war es den deutschen Imperialisten gelungen, die Arbeiterklasse über die Kriegsvorbereitungen zu täuschen. Und mehr noch! Nicht nur hütete die deutsche herrschende Klasse sorgfältig das Geheimnis ihrer unmittelbaren Kriegsvorbereitung. Viel mehr war ihr gelungen!

Selbstverständlich waren sich Führung und große Teile der Arbeiterklasse seit Jahren darüber klar, daß ständig der Krieg drohte. Agitation und Propaganda und wissenschaftliche Untersuchung, deutscherseits und international, hatten seit Jahren die Arbeiterklasse auf die ständig drohende Kriegsgefahr hingewiesen.

So war es nur natürlich, daß der Mord von Sarajewo die Arbeiter aufhorchen ließ. Ja, so war es: Millionen in Deutschland wie anderswo in der Welt waren für Minuten alarmiert: Die Kriegsgefahr, von der so oft gesprochen war, schien akut geworden!

Ja, so war es – trotz allem, was hier zuvor berichtet wurde. Denn noch fehlt in unserer Darstellung das Vorspiel.

Wir hatten unseren Bericht über die Reaktion der Arbeiterklasse mit dem 1. Juli begonnen. Was aber geschah zuvor? am 29. und am 30. Juni, unmittelbar nach der Meldung vom Mord?

Dreispartig auf der ersten Seite bringt der „Vorwärts“ vom 29. Juni die Nachricht vom Mord. Daran schließt sich ein Kommentar.

Zunächst – zum Schutz gegen die immer bereite Hetze der Reaktion, daß die Sozialdemokratie hinter dem Mord stände – ein paar sentimentale Worte der Kondolenz an den Kaiser von Österreich: „Überraschung und Grauen, Unwille über die Sinnlosigkeit solch individueller Gewalttat, die auch die Frau des ersehnten Opfers nicht verschont, weckt die Kunde dieser grausamen Tat. Und dann denken wir an den greisen Mann, der auf dem alten vermorschenden Kaiserthron sitzt, der eben erst schwere Krankheit überwunden hat. Sein Bruder, Kaiser Max von Mexiko, erschossen, die Gattin getötet, der Sohn ermordet und jetzt auch der Neffe und Nachfolger – von [37] tragischen Schauern unwittert erscheint dieses alte Haupt der alten Dynastie. Ein trauriger Lebensabend.“

Sodann zur sachlichen Erklärung: „Sinnlos und nutzlos erscheint uns die Tat. Aber wie ward sie möglich? Noch fehlen die Einzelheiten, die ein abschließendes Urteil ermöglichen; doch sind die Motive der Täter leicht zu erklären, und die Todesschüsse knallen den Regierungen Österreich-Ungarns eine furchtbare Warnung ins Ohr. Serbische Fanatiker, junge, unreife Nationalisten, sind die Attentäter gewesen. Franz Ferdinand fiel als Opfer der österreichisch-ungarischen Balkan- und Nationalitätenpolitik.“

Und den Artikel abschließend, gewissermaßen eine entscheidende spätere Schwäche vorwegnehmend, ein „linksliberaler“ Appell zur Vernunft, aber doch eine klare Warnung vor der Kriegsgefahr mit klarer Zielrichtung auf das eigene Land, auf Deutschland, aussprechend: „Das Problem Österreich erhebt sich immer drohender zu einer Gefahr für den Frieden Europas. Soll diese Gefahr nicht zur fürchterlichen Wirklichkeit werden, so müssen wir mit aller Kraft trachten, mit Frankreich und England in freundschaftliches Einvernehmen zu gelangen.“

Die osteuropäische Gefahr kann nur durch die westeuropäische Verständigung überwunden werden. Auch für Deutschland bedeuten die Schüsse von Sarajewo eine ernste Warnung!“

Natürlich sieht man hinterher alles klarer, bestimmt das Ziel des Kampfes präziser, versteht die Worte prägnanter zu setzen – aber auch in diesen Bemerkungen ertönt schon eine Warnung an das deutsche Proletariat.

Noch deutlicher ist die Sprache auf der Parteivorstandssitzung, die entsprechend dem Ernst der Situation sofort einberufen wird. Haase, der Vorsitzende, spricht am 29. Juni schon von der Gefahr eines Weltkrieges, und auch Scheidemann erkennt die Gefahren, die lauern.⁴⁹

Doch dem wachen 29. folgt der dumpfe 30. Der „Vorwärts“ bringt nur noch eine Reihe kleinerer Meldungen und verbiegt die Anti-Kriegslinie in einer redaktionellen Stellungnahme gegen die „Deutsche Tageszeitung“ in eine innenpolitische Richtung, indem er sich gegen die Ausnutzung des Attentats zur Hetze gegen die SPD wendet!

Die Bahn der Tage des Juli, die wir bis zum 24. verfolgt haben, ist beschritten, Das kurze Vorspiel ist zu Ende!

*

Es war der herrschenden Klasse also nicht nur gelungen, das Geheimnis des Krieges zu wahren, ihre eigenen Maßnahmen zur Erzwingung des Krieges durch Aufhetzung der österreichischen Imperialisten, ihre Kriegsentschlossenheit und ihre Kriegsvorbereitungen vor der Arbeiterklasse zu verbergen. Es war ihr auch gelungen, den [38] sofort aufkeimenden Verdacht der Arbeiterklasse schnellstens abzulenken bzw. ganz einzuschläfern.

So ungeheuerlich wirksam waren ihre Vernebelungsmaßnahmen, daß die äußerste Reaktion, verkörpert in der „Deutschen Tageszeitung“, die Kriegspläne ausplaudern konnte, ohne daß die Arbeiterklasse aufmerkte. Der „Vorwärts“ bekämpfte die „Deutsche Tageszeitung“ als einen rechten Außenseiter, so daß die herrschende Klasse gerade diesen „Außenseiter“ ganz offen zur Vorbereitung der Kriegsstimmung innerhalb der herrschenden Klasse benutzen konnte!

So raffiniert bereitete der deutsche Imperialismus den Weltkrieg vor. Maskiert als Regierung und allgemeine großbürgerliche Presse, ganz unmaskiert als „Deutsche Tageszeitung“, in der Agitation des Alldeutschen Verbandes und anderer Propaganda-Organisationen des deutschen Monopolkapitals konnte er arbeiten – ohne daß die Arbeiterklasse und ihre Führung begriffen, was vorging! [39]

⁴⁹ Wir haben das Protokoll der Sitzung nicht lesen können. Die SPD verwahrt es und erlaubt nicht seine Benutzung – doch der im Anhang dieses Buches gegebene Polizeibericht erscheint nicht unzuverlässig. Er bestätigt im übrigen ganz über jeden Zweifel erhaben, daß die Polizei zumindest einen Spitzel im obersten Parteiapparat gehabt hat, der sofort und anscheinend zuverlässig berichtete und es dem Berliner Polizeipräsidium ermöglichte, unmittelbar im Anschluß an die Parteivorstandssitzung die Regierung zu informieren.

KAPITEL II

WER WEN? – 25. JULI BIS 30. JULI: GEHEMMTE MOBILISIERUNG AUF ALLEN SEITEN

In diesen sechs Tagen kam es für die deutsche Arbeiterklasse darauf an, die im entscheidenden Stadium der Kriegsauslösung, wie fast immer in einer solchen Situation, gespaltene deutsche herrschende Klasse durch machtvolle Anti-Kriegsaktionen so unsicher zu machen, daß der innerhalb der herrschenden Klasse zögernde Teil die Oberhand behielt, sich durchsetzte und der Ausbruch des Krieges unmittelbar, im gegebenen historischen Moment, verhindert wurde. Mehr kann eine Arbeiterklasse in einer insgesamt vom Imperialismus beherrschten Welt niemals leisten. Doch diese Aufgabenstellung ist durchaus real.

Die Haltung der deutschen Regierung als Repräsentant des deutschen Imperialismus in diesen Tagen wurde später von Kautsky richtig so gekennzeichnet⁵⁰: „Wir wissen bereits, daß die deutsche Regierung wohl den Krieg Österreichs mit Serbien wollte, such vor dem mit Rußland und eventuell mit Frankreich nicht zurückscheute, aber dabei das dringende Bedürfnis hatte, ihr eigenes Volk hinter sich und Italien neben sich, sowie England nicht gegen sich zu haben.“

1. Die Schwankungen innerhalb der herrschenden Klasse und ihre Überwindung

Am 23. Juli war das österreichisch-ungarische Ultimatum in Belgrad überreicht worden.

Am 24. und 25. Juli reagierte das internationale Monopolkapital in doppelter Weise: Empörung über die Frechheit des Ultimatus, hinter dem man den deutschen Imperialismus sah, und stärkster Druck auf Belgrad, soweit wie möglich entgegenzukommen – man wollte wirklich noch keinen Weltkrieg, man war wirklich noch nicht vorbereitet.

Die deutschen Botschafter berichten am 25. Juli: Lichnowsky aus London: „Auch hier Auffassung verbreitet, daß uns zum mindesten moralische Mitverantwortung trifft, da ohne unsere Ermutigung derartige Note undenkbar wäre. Graf Mensdorff weiß auch von entsprechenden Äußerungen Sr. M. des [40] Kaisers und Königs und des Herrn Reichskanzlers zu berichten. Gesamteindruck hier geradezu vernichtend, ohne Beteiligung an vermittelnder Aktion wird das Vertrauen in uns und unsere Friedensliebe hier endgültig erschüttert sein.“⁵¹

Flotow aus Rom: „Der Text der österreichischen Note sei so unerhört aggressiv und ungeschickt abgefaßt, daß die gesamte öffentliche Meinung Europas und auch die Italiens gegen Österreich sein würden, dagegen könne keine italienische Regierung ankämpfen.“⁵²

Schoen aus Paris: „Hiesige Presse verurteilt fast einmütig österreichische Note und erklärt vielfach, daß Österreich-Ungarn offenbar Krieg wolle. Es handle sich wohl um eine zwischen Wien und Berlin abgekartete Sache. Dabei Hinweis auf gegenwärtige Schwierigkeiten der Triple-Entente-Mächte: Ulsterkrise, Arbeiterunruhen in Rußland, Enthüllungen im französischen Senat über Rüstungslücken, Abwesenheit von Poincaré und Viviani.“⁵³

Zugleich meldet Flotow aus Rom: „In mehrstündiger, ziemlich erregter Unterhaltung mit Ministerpräsidenten Salandra und Marquis di San Giuliano führte letzterer aus, daß der Geist des Dreibundvertrages bei einem so folgenreichen aggressiven Schritt Österreichs verlangt hätte, sich vorher mit den Bundesgenossen ins Einvernehmen zu setzen. Da dies bei Italien nicht geschehen sei, so könne sich Italien bei weiteren Folgen aus diesem Schritt nicht für engagiert halten.“⁵⁴

⁵⁰ K. Kautsky, a. a. O., S. 90 f.

⁵¹ „Deutsche Dokumente, a. a. O., S. 178.

⁵² Ebendort, S. 181.

⁵³ Ebendort, S. 183.

⁵⁴ Ebendort, S. 180 f.

Der deutsche Imperialismus erlitt international eine ernste Schlappe: er hatte die „Weltmeinung“ aller herrschenden Klassen aller großen Länder gegen sich – und der Dritte im Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien) begann sich schnell zu distanzieren.

Doch eine noch viel größere Schlappe sollte an diesem Tage noch folgen: Die serbische Regierung nahm praktisch das Ultimatum an.

Die Kriegsparteien in Österreich-Ungarn und Deutschland waren in eine schwierige Situation gebracht.

Zunächst half ihnen die Tatsache, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, mit dem Gesandtschaftspersonal abreiste, weil mehrere Punkte in der serbischen Antwort „unbefriedigend“ wären. Die diplomatischen Beziehungen waren unterbrochen.

Auf der anderen Seite erklärte der Kaiser in einer Randbemerkung zu einem Bericht über die serbische Note:

„Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte!

Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen!“⁵⁵

Selbst Tirpitz, einer der rechtsten der Rechten (jedoch nicht unbedingt für sofortigen Krieg, da ihm „seine Flotte“ gegenüber England noch nicht stark genug [41] war), schrieb später: „Serbien nahm am 25. Juli die Forderungen des österreichischen Ultimatus in der Hauptsache an und erklärte sich bereit, über den Rest zu verhandeln. Inwieweit etwa England, Rußland, Frankreich und Italien durch einen in Belgrad ausgeübten Druck Österreich zu einem gewissen diplomatischen Erfolg verholfen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß die serbische Antwort ein unvermutetes Entgegenkommen bewies, und ich glaube nicht, daß die österreichische Regierung ein richtiges Augenmaß besaß, als sie diese Antwort als Grundlage weiterer Verhandlungen für unannehmbar erklärte. Aber Bethmann-Hollweg und Graf Berchtold verkannten die Greifbarkeit des schon erreichten diplomatischen Erfolgs. Da die österreichische Ehre gerettet war und auch Bethmann-Hollweg einen europäischen Krieg unbedingt zu verhindern bestrebt war, so konnte wahrscheinlich am 25. Juli die Kriegsgefahr abgewendet erscheinen, wenn Österreich seinen Erfolg einstrich. Es konnte etwa den Serben eine kurze Frist zur sofortigen Erfüllung der hierzu geeigneten Zugeständnisse stellen als Bedingung für Unterhandlungen über die restlichen Forderungen. Wenn dann auch für die Restforderungen die internationale Aufsicht eingetreten wäre, so vermindert das den hohen Wert nicht, welche die mit Zustimmung Englands vollzogene Demütigung Serbiens für Österreich besaß.“⁵⁶ Dazu kamen laufend Telegramme des deutschen Botschafters aus London, der einmal meldete, daß England zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, das bei einem Angriff auf Serbien nicht neutral bleiben würde, vermitteln wollte, und der weiter darauf hinwies, daß in einem Krieg kontinentalen Ausmaßes England gegen Deutschland kämpfen würde. Zunächst in einem Privattelegramm an Jagow um 2 Uhr nachmittags⁵⁷: „Ich möchte Sie nochmals auf die Bedeutung des Grey'schen Vorschlags der Vermittlung zu vieren (England, Deutschland, Frankreich, Italien – J. K.) zwischen Österreich und Rußland hinweisen. Ich erblicke hierin die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, bei dem für uns alles auf dem Spiele steht und nichts zu gewinnen ist. Ablehnen wir, so wird auch Grey sich nicht mehr rühren. Solange wir noch nicht mobilisiert, ist die Vermittlung immer noch möglich und eine Beilegung des Streites, die für Österreich annehmbar ist. Unsere Ablehnung aber

⁵⁵ Ebendort, S. 264.

⁵⁶ A. v. Tirpitz, „Erinnerungen“, Leipzig 1919, S. 214 f.

⁵⁷ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 190.

würde hier sehr verstimmen, und ich glaube nicht, daß, falls Frankreich hineingezogen wird, England gleichgültig bleiben dürfte. Ich rate noch einmal dringend dazu, den englischen Vorschlag anzunehmen und dies in Wien und Petersburg bekanntzugeben.“ Sodann wenige Minuten später bereits dringender und offiziell in einem Telegramm an das Auswärtige Amt: „Die Zurückweisung seines Vorschlages aber, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, oder eine schroffe Haltung, die zu der Annahme berechtigen könnte, daß wir den Krieg mit Rußland herbeiwünschen, würde wahrscheinlich zur Folge haben, England bedingungslos auf die Seite Frankreichs und Rußlands zu treiben.“⁵⁸

Es wird klar, daß die Haltung Italiens, des Bundesgenossen, und Englands, des erhofften Neutralen, unsicher ist. Es ist klar, daß die diplomatische Situation eine ungünstige ist, weil „alle Welt“ in Deutschland einen Kriegshetzer zu sehen beginnt.

[42] Kein Wunder, daß innerhalb der deutschen Imperialisten Schwankungen auftreten. Kein Wunder, daß die wütigsten Kriegstreiber sich zu „energischen Maßnahmen“ getrieben fühlen. Direktes Material liegt für diesen Tag noch nicht vor. Aber indirekt spüren wir ihre Aktivität in Wien aus einem Telegramm des österreich-ungarischen Botschafters vom nächsten Tage, über das wieder Tschirschky aus Wien wie folgt an das Auswärtige Amt in Berlin telegraphiert (wir geben das Telegramm mit der entscheidenden Fußnote in der offiziellen Veröffentlichung, um auch die sofortige Rückwirkung der Aktion der Kriegstreiber in Berlin anzudeuten)⁵⁹:

„Wien, den 26. Juli 1914

Geheim!

Graf Berchtold las mir Telegramm des Grafen Szögyény vor, in welchem dieser meldet, daß man in Berlin, um die Gefahr der Einmischung dritter tunlichst vorzubeugen, größte Schnelligkeit in militärischen Operationen und baldigste Kriegserklärung für nützlich hielte. Der Minister hatte zur Besprechung über diesen Punkt bereits Freiherrn von Hötzendorf zu sich gebeten, der während meiner Anwesenheit beim Minister erschien. Ich unterstützte warm unseren Standpunkt, der von Graf Berchtold durchaus geteilt wurde, beim Generalstabschef. Freiherr von Hötzendorf führte aus, es müsse vor allem vermieden werden, mit unzulänglichen Kräften den Feldzug zu beginnen. Die ungarischen Korps an serbischer Nordgrenze würden ja binnen kurzer Zeit marschbereit sein. Die österreichische Aufstellung an serbischer Westgrenze werde aber mangels genügender Kommunikationsmittel längere Zeit in Anspruch nehmen, solange müsse unbedingt gewartet werden. Er rechne darauf, ungefähr am 12. August den allgemeinen Vormarsch beginnen zu können. Übrigens würde sich wohl eine formelle Kriegserklärung erübrigen, da, wie er sicher annehme, schon in den nächsten Tagen feindliche Einbrüche Serbiens an der bosnischen Grenze erfolgen würden.

(Aufgegeben in Wien 4.50 Uhr nachm., angekommen im Auswärtigen Amt 6.20 Uhr nachm. Eingangsvermerk: 26. Juli nachm. Auf einer Abschrift der Entzifferung der Vermerk des Reichskanzlers: „5. M. vorgetragen. B. II. 27.‘ Jagow verfügt Mitteilung der in Tschirschkys Telegramm gemeldeten Ausführungen Conrads von Hötzendorf an Generalstab und Admiralstab; Conrads Bemerkungen werden nach Vornahme stilistischer Änderungen von Zimmermann am 27. Juli diesen Dienststellen und dem Kriegsminister mitgeteilt. Mitteilungen 9 Uhr nachmittags durch Boten abgesandt.)“

Eine zweite indirekte Quelle für die Aktivität der Kriegstreiber ist ein Nachsatz zu einem Brief Tschirschkys an Jagow (vom 26. 7.), der lautet: „Graf Berchtold ist in sehr guter Stimmung und stolz auf die zahlreichen Glückwunsch-Telegramme, die ihm aus allen Teilen Deutschlands zugehen!“

⁵⁸ Ebendort, S. 192.

⁵⁹ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 216.

Der 26. bringt im ganzen eine Wiederholung der Nachrichten und Eindrücke des Vortages.

Lichnowsky telegraphiert um 8.25 Uhr abends, daß man in Greys Vorschlag zur Abhaltung einer Viererkonferenz die einzige Möglichkeit der Vermeidung eines allge-[43]meinen Krieges sehe – und zwanzig Minuten später, daß nach Nachrichten des englischen Außenministeriums Italien sich nicht am Kriege auf Deutschlands Seite beteiligen würde. Eine Stunde später telegraphierte Schoen aus Paris⁶⁰: „Quai d’Orsay scheint aus Umstand, daß Wiener Kabinett sich mit serbischer Antwort, obwohl diese weit entgegenkommend, nicht begnügt hat, Argwohn zu schöpfen, daß wir treibend hinter Österreich-Ungarn stehen und Krieg wünschen.“

Kein Wunder, daß Bethmann Hollweg sich recht unsicher fühlt und dem Kaiser, der sich in seiner Ferienreise auf der Fahrt nach Berlin befindet, am nächsten Tag telegraphiert⁶¹: „Österreich scheint erst am 12. August in kriegerische Aktion eintreten zu können, Serbien sich lediglich auf Defensive beschränken zu wollen. Serbiens Antwort auf Ultimatum, deren Wortlaut noch nicht zu erhalten war, soll beinahe alle Punkte, auch Bestrafung aller Offiziere, annehmen, außer Armeebefehl; Kollaboration nur unter gewissen Reserven. Die diplomatische Lage nicht völlig geklärt. England und Frankreich wünschen Frieden, Italien gleichfalls, da Streitfrage unpopulär und angeblich italienische Interessen benachteiligt. Rußland scheint nach den neuesten Nachrichten noch nicht zu mobilisieren und mit Wien Verhandlungen über mäßige Modifikation der von Serbien noch nicht befriedigten Forderungen anknüpfen zu wollen. Wiens Haltung hierzu noch unbekannt. Ich habe bei allen Kabinetten sagen lassen, daß wir österreichisch-serbischen Konflikt als Angelegenheit betrachten, die lediglich diese beiden Staaten angeht, und Rußland auf die Folgen jeder militärischen Maßregel, die sich irgendwie gegen uns richtete, mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht. Die letzten eingegangenen Depeschen werde ich Ew. M. auf Station Wildpark überreichen.“

So um 11.30 Uhr vormittags. Um 1.00 Uhr nachmittags lehnt er in einem Telegramm an Lichnowsky allerdings bereits wieder Greys Idee einer Viererkonferenz ab. Um 4.37 Uhr trifft ein Telegramm von Tschirschky aus Wien ein⁶²: „Man hat hier beschlossen, morgen, spätestens übermorgen, offizielle Kriegserklärung zu erlassen, hauptsächlich, um jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen.“ Auf der gleichen Linie liegt das vom österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin an das Auswärtige Amt überreichte Memorandum⁶³, in dem es eingangs heißt: „Die k. serbische Regierung hat es abgelehnt, die Forderungen, welche wir zur dauernden Sicherung der von ihr bedrohten vitalsten Interessen an sie stellen mußten, zu erfüllen, und so bewiesen, daß sie ihre subversiven, auf die stete Beunruhigung einiger unserer Grenzländer und deren schließliche Lostrennung aus dem Gefüge der Monarchie gerichteten Bestrebungen nicht willens ist aufzugeben. Wir sind dadurch zu unserem Bedauern und sehr gegen unseren Willen gezwungen worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen.“ Der Schlußsatz des Dokuments lautet: „Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere bevorstehende Auseinandersetzung mit Serbien zu keinen weiteren Komplikationen Anlaß geben wird; für den Fall, als dies aber dennoch eintreten sollte, stellen wir mit Dank-[44]barkeit fest, daß Deutschland in oft erprobter Treue seiner Bundespflicht eingedenk sein und uns in einem uns aufgezwungenen Kampf gegen einen anderen Gegner unterstützen wird.“

Gegen Mitternacht ist der Reichskanzler wieder für sofortigen Krieg und nur besorgt, daß er mit Deutschland als weißem Unschuldslamm beginnt. Darum telegraphiert er an Tschirschky⁶⁴: „Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für

⁶⁰ Ebendort, S. 235.

⁶¹ Ebendort, S. 240.

⁶² Ebendort, S. 249.

⁶³ Ebendort, S. 257 f.

⁶⁴ Ebendort, S. 268.

die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Erbitte Graf Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sasonows, mit Wien direkt zu verhandeln.“ (Wenn es heißt, daß Serbien „scheinbar sehr weit nachgegeben hat“ – dann deswegen, weil in Berlin der genaue Text der serbischen Antwortnote noch nicht bekannt ist, und nicht etwa deswegen, weil der Reichskanzler an dem realen Ausmaß des Nachgebens zweifelt.) Um die gleiche Zeit wohl hat er dem Kaiser zur Vorlage am nächsten Morgen geschrieben⁶⁵: „Wollten wir jede Vermittlerrolle a limine abweisen, zumal da London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken, so würden wir vor England und der ganzen Welt als verantwortlich für die Konflagration und als eigentliche Kriegstreiber dastehen. Das würde uns einerseits unmöglich machen, im eigenen Lande die jetzige gute Stimmung aufrechtzuerhalten, andererseits aber auch England von seiner Neutralität abbringen.“

Man beachte die Sorge um „die gute Stimmung im eigenen Lande“. Wie realistisch. bei aller Dummheit war doch die Haltung der herrschenden Klasse!

Der Stimmung jener Nacht entsprechend, vergeht auch der 28. Juli. Nachdem um 6.29 Uhr abends ein Telegramm von Tschirschky im Auswärtigen Amt eingegangen war: „Kriegserklärung ist heute 11 Uhr telegraphisch an serbisches Ministerium des Auswärtigen abgegangen“⁶⁶, setzt sich der Kanzler an die Fertigstellung einer Botschaft an Tschirschky, in der es u. a. heißt⁶⁷: „Nach den Angaben des österreichischen Generalstabs wird ein aktives militärisches Vorgehen gegen Serbien erst am 12. August möglich sein. Die k. Regierung kommt infolgedessen in die außerordentlich schwierige Lage, daß sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinette ausgesetzt bleibt, und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt. Auf einer solchen Basis aber läßt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft.“ Abschließend bemerkt der Kanzler: „Ew. pp. wollen sich umgehend in diesem Sinne dem Grafen Berchtold gegenüber nachdrücklich aussprechen und eine entsprechende Demarche in St. Petersburg anregen. Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern.“ Die Schwankungen der vorangehenden Tage scheinen überwunden – und nie darf man dabei vergessen, daß der Reichskanzler nur der Pendel ist, der die entscheidenden Schwankungen eines Teils der herrschenden Klasse anzeigt. Die Hauptsorge ist, auf nach innen und außen diplomatisch wirksame Weise den Krieg zu beginnen.

Am 29. Juli stößt der Große Generalstab nach, indem er dem Reichskanzler eine „Beurtei-

⁶⁵ „Deutsche Dokumente“, a. a. O., Bd. 2 (alle künftigen Zitate in diesem Kapitel beziehen sich auf Bd. 2), S. 5 f.

⁶⁶ Ebendort, S. 31.

⁶⁷ Ebendort, S. 39 f.

lung der politischen Lage“ überreichen läßt, in der es zunächst heißt⁶⁸: „Mit einer bis zur Schwäche gehenden Langmut hat Österreich bisher die dauernden Provokationen und die auf Zersetzung seines staatlichen Bestandes gerichtete politische Wühlarbeit eines Volkes ertragen, das vom Königsmord im eigenen zum Fürstenmord im Nachbarlande geschritten ist. Erst nach dem letzten scheußlichen Verbrechen hat es zum äußersten Mittel gegriffen, um mit glühendem Eisen ein Geschwür auszubrennen, das fortwährend den Körper Europas zu vergiften drohte. Man sollte meinen, daß ganz Europa ihm hätte Dank wissen müssen. Ganz Europa würde aufgeatmet haben, wenn sein Störenfried in gebührender Weise gezüchtigt und damit Ruhe und Ordnung auf dem Balkan hergestellt worden wäre, aber Rußland stellte sich auf die Seite des verbrecherischen Landes. Erst damit wurde die österreichisch-serbische Angelegenheit zu der Wetterwolke, die sich jeden Augenblick über Europa entladen kann.“ Abschließend wird im militaristischen Interesse auf eine Beschleunigung des Kriegausbruchs gedrängt: „Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine eventuelle spätere Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen. Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich ist, mobil machen und bereit sein, den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen. Für die eintretendenfalls von uns beabsichtigten militärischen Maßnahmen ist es von größter Wichtigkeit, möglichst bald Klarheit darüber zu erhalten, ob Rußland und Frankreich gewillt sind, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen. Je weiter die Vorbereitungen unserer Nachbarn fortschreiten, um so schneller werden sie ihre Mobilmachung beenden können. Die militärische Lage wird dadurch für uns von Tag zu Tag ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu verhängnisvollen Folgen für uns führen.“⁶⁹

[46] Am gleichen Tag wird die Linie des „sofortigen Krieges“ von Österreich fortgeführt – der deutsche Botschafter in Petersburg berichtet darüber am Nachmittag an das Auswärtige Amt: „Sasonow, der mich eben zu sich bitten ließ, mitteilte mir, daß das Wiener Kabinett auf den ihm von hier aus geäußerten Wunsch, in direkte Besprechungen einzutreten, mit kategorischer Ablehnung geantwortet habe.“⁷⁰

Um 9 Uhr abends trifft jedoch ein Telegramm Lichnowskys ein, das noch einmal in allem Ernst die ganze Gefahr des Eingreifens Englands darlegt und vor allem auch auf den schlechten Eindruck der starren Haltung Österreich-Ungarns hinweist.

Und damit beginnt eine neue Schwankung, die letzte von einer gewissen Bedeutung. Offenbar bald nach Mitternacht – das Telegramm ist vom 30. datiert, geht aber bereits um 2.55 Uhr morgens zum Haupttelegraphenamte – schreibt der Kanzler dem deutschen Botschafter in Wien, nachdem er einleitend Lichnowsky zitiert hat: „Wir stehen somit, falls Österreich jede Vermittelung ablehnt, vor einer Conflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir 2 gegen 4 Großmächte ständen. Deutschland fiel durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Besetzung Belgrads, oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere.“⁷¹

⁶⁸ Ebendort, S. 65.

⁶⁹ Ebendort, S. 67.

⁷⁰ „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 83.

⁷¹ Ebendort, S. 125.

Und 5 Minuten später geht eine zweite Botschaft Bethmann Hollwegs an Tschirschky ab – diesmal auf ein Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg bezugnehmend, schon fast hysterisch: „Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungs-austausches mit Petersburg aber würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich. Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf 'Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.“⁷²

Es ist höchste Zeit für die stärksten Kriegshetzer, einzugreifen, damit der Krieg endlich etwas wird. Sie wittern Friedensgefahr. Wenig ist über ihre Aktionen im Detail bekannt. Hin und her schwankt der Streit. Nur einen schwachen Abglanz dessen, [47] was sich am Vormittag und Nachmittag des 30. Juli abspielte, erhalten wir aus einer Anti-Bethmann-Schrift, die anonym während des Krieges erschien⁷³: „Umsonst drängten Generalstabschef, Kriegsminister und die maßgebenden Marinestellen auf den Befehl zur Mobilmachung; es gelang ihnen zwar, den Kaiser am Donnerstag (30. Juli) von der unabweisbaren Notwendigkeit dieser Maßnahme halb und halb zu überzeugen, so daß am Nachmittage Berliner Polizeiorgane und der ‚Lokalanzeiger‘ die Mobilmachung bereits bekannt gaben, aber dem Eingreifen Herrn von Bethmanns gelang es, den entscheidenden und erlösenden Befehl zu vereiteln. Nach wie vor und unerschütterlich hielt er an seiner Hoffnung fest, daß es ihm mit der englischen Unterstützung gelingen müsse, eine Einigung zwischen Wien und Petersburg herbeizuführen, und wiederum gingen zwei kostbare Tage verloren.“

Doch der „Sieg Bethmann Hollwegs“ war nur noch ein Pyrrhus-Sieg. Jeder wußte es. Die Österreicher wußten es. Dafür hatte der Generalstabschef Moltke schon vorgesorgt. Folgendes berichtet der Feldmarschall Conrad von Hötzendorf in seinen Erinnerungen⁷⁴: „Am 31. Juli morgens teilte mir das Ministerium des Äußern mit, daß Deutschland an Rußland ein Ultimatum wegen dessen Rüstungen stellen werde. Mein noch am 30. Juli an General von Moltke gesendetes, oben angeführtes Telegramm kreuzte sich mit einem Telegramm Moltkes, das am 31. Juli um 7.45 Uhr vormittags eingetroffen war; es lautete: ‚Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen.‘

Ferner war ein Telegramm des k. u. k. Militär-Attachés in Berlin folgenden Inhaltes eingetroffen:

„Moltke sagte, daß er Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Rußlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ab-

⁷² Ebendort, S. 125 f.

⁷³ Junius Alter, „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode“, als Handschrift, streng vertraulich, gedruckt, S. 19.

⁷⁴ C. von Hötzendorf, „Aus meiner Dienstzeit 1906-1919“, Vierter Band, Wien-Leipzig-München 1923, S. 152 f.

lehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Conrad begriff. Es galt, jetzt endlich in großem Maßstab loszuschlagen, um Deutschland die Gelegenheit zu geben, „unbedingt mitzugehen“. So fährt er denn fort: „Ich begab mich mit diesen Telegrammen zum Kriegsminister und dann mit ihm zum Grafen Berchtold, wo wir auch den Grafen Tisza, den Grafen Stürgkh und Baron Burian trafen. Nachdem ich die Telegramme vorgelesen hatte, rief Graf Berchtold aus: ‚Das ist gelungen! Wer regiert: Moltke oder Bethmann?‘“

[48] Aber die Frage Berchtolds ist nur eine rhetorische Frage. Er weiß genau, daß nicht mehr Bethmann, sondern jetzt Moltke regiert. Das geht aus der Fortsetzung des Berichts von Conrad klar hervor:

„Graf Berchtold las dann das nachstehende, an Kaiser Franz Joseph gerichtete, am 30. Juli nach 8 Uhr nachmittags in Schönbrunn eingetroffene Telegramm des Deutschen Kaisers vor:

„Die persönliche Bitte des Kaisers von Rußland, einen Vermittlungsversuch zur Abwendung eines Weltbrandes und zur Erhaltung des Weltfriedens zu unternehmen, habe ich nicht ablehnen zu können geglaubt und Deiner Regierung durch meinen Botschafter gestern und heute Vorschläge unterbreiten lassen. Sie gehen unter anderem dahin, daß Österreich nach Besetzung Belgrads oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe.

Ich wäre Dir zu aufrichtigstem Dank verpflichtet, wenn Du mir Deine Entscheidung möglichst bald zugehen lassen könntest.

In treuester Freundschaft Wilhelm.‘ ...

Graf Berchtold wandte sich nach Verlesung des Telegrammes zu mir mit den Worten:

„Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, daß Deutschland zurückweicht; nun habe ich aber von maßgebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung.‘

Hierauf wurde beschlossen, die Anordnung der allgemeinen Mobilisierung bei Seiner Majestät zu erbitten.“

Graf Berchtold war also am Morgen des 31. Juli endgültig „beruhigt“. Der Krieg war gesichert.

Auch der deutsche Kaiser hatte, noch am 30. Juli, begriffen, daß Bethmann Hollweg nur einen Pyrrhus-Sieg errungen hatte.

Um 7 Uhr am Abend dieses Tages des 30. Juli, an dem trotz scheinbarer Verzögerung faktisch der Weltkrieg ausbrach, begann der Kaiser ein Telegramm von Pourtalès, dem deutschen Botschafter in Petersburg, zu lesen. An das Ende dieses Telegramms schrieb er eine ausführliche Einschätzung der Lage. Aus ihr spricht die Ratte in der Falle: das diplomatische Vorspiel ist verloren; der Weltkrieg kann nicht gewonnen werden, das kann man schon vor seinem Ausbruch, der sicher ist, an dem nicht mehr zu zweifeln ist, erkennen. Und so gibt es nur noch eins: wenn wir schon verbluten, dann sollen auch die anderen wenigstens ... dann soll England wenigstens ... doch lesen wir lieber genauer und ausführlicher dieses wohl grauenvollste, ekelhafteste Dokument jener Tage, das uns in seinem vielfach so scharfsichtigen Irrsinn an die Feseleien des untergehenden deutschen Faschismus von 1945 erinnert⁷⁵: „Daher Greys zynische Bemerkung an Lichnowsky, ‚solange der Krieg auf Rußland und Österreich beschränkt bleibe, würde England still sitzen, erst wenn wir uns und Frankreich hineinmischten, würde er gezwungen sein aktiv gegen uns zu werden‘. D. h. entweder wir sollen unseren Bundesgenossen schnöde verrathen und Rußland preisgeben – damit den 3Bund

⁷⁵ „Deutsche Dokumente“, S. 132 f.

sprengen oder für unsere Bundestreue von der 3pel [Triple] Entente gemeinsam überfallen und bestraft werden, wobei ihrem Neid endlich Befriedigung wird, [49] uns gemeinsam total zu ruinieren. Das ist in nuce die wahre nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt, durch abgeleugnete Besprechungen Englands mit Paris und Petersburg, systematisch ausgebaut; schließlich durch Georg V. zum Abschluß gebracht und ins Werk gesetzt wird. Dabei wird uns die Dummheit und Ungeschicklichkeit unseres Verbündeten zum Fallstrick gemacht. Also die berühmte ‚Einkreisung‘ Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Thatsache geworden, trotz aller Versuche unsrer Politiker und Diplomaten sie zu hindern. Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isolirt im Netze zappelnd aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zu Grunde geht! Edward VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben, die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen, durch diese oder jene kleinen Maßregeln!!! Unablässig, unnachgiebig hat es sein Ziel verfolgt, mit Noten, Feiertagsvorschlägen, scares, Haldane etc. bis es soweit war. Und wir sind ins Garn gelaufen und haben sogar das Einertempo im Schiffbau eingeführt in rührender Hoffnung England damit zu beruhigen!!! Alle Warnungen, alle Bitten meinerseits sind nutzlos verhallt. Jetzt kommt der Engl. sog. Dank dafür! Aus dem Dilemma der Bundestreue gegen den ehrwürdigen, alten Kaiser wird uns die Situation geschaffen, die England den erwünschten Vorwand giebt, uns zu vernichten, mit dem heuchlerischen Schein des Rechtes, nämlich Frankreich zu helfen wegen Aufrechterhaltung der berühmten balance of Power in Europa, d. h. Ausspielung aller Europ. Staaten zu Englands Gunsten gegen uns! Jetzt muß dieses ganze Getriebe schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit schroff abgerissen werden und die Pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze Mohamedan. Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren.“

Wer wen? Was den Ausgang des Weltkrieges betrifft: der Kaiser hat ihn in jener Abendstunde des Wahnsinns (für einen Moment!) richtig vorausgesehen.

Wer wen? Was den Streit innerhalb der herrschenden Klasse betrifft, so war er, allem äußeren Anschein zum Trotz, ebenfalls entschieden: zugunsten derer, die sofort den Krieg wollten.

Wer wen – im Kampf der herrschenden Klasse für den Krieg gegen die Arbeiterklasse?

2. Die Zurückhaltung der Arbeiterklasse – Ungenügende Aktionen

Wie hat die Arbeiterklasse ihre Aufgabe in diesen Tagen, gegen den Krieg, den die eigene Regierung vorbereitete, alle ihre Kräfte in Aktionen jeder nur möglichen Art zu mobilisieren und die fast immer in einer solchen Situation bei der herrschenden Klasse auftretenden Schwankungen auszunutzen, erfüllt?

[50] Sie hat diese Aufgabe nicht erfüllt.

Sie hat sie nicht erfüllt, zuerst und zuzweit und zudritt, weil es der herrschenden Klasse gelang, die Werktätigen und ihre Führung davon zu überzeugen, daß sie zumindest im Augenblick für den Frieden wäre.

Bis zum Bekanntwerden der Note an Serbien war es ihr gelungen, vor dem deutschen Volke, vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Führung die unmittelbare Vorbereitung des Krieges und damit die unmittelbare Kriegsgefahr zu verbergen.

Jetzt ist es nicht mehr möglich, die Kriegsgefahr zu verbergen. Jetzt kommt es für die herrschende Klasse darauf an, den Kriegsschuldigen zu verbergen, den Blick der Masse auf die falsche Stelle zu lenken und selbst nicht nur unschuldig, sondern als aktiver Friedenskämpfer dazustehen.

Da es im Augenblick wirklich unmöglich war, von der Seite des Dreibunds abzulenken, beließ man es als ersten Köder bei Österreich-Ungarn. Die deutsche Regierung muß unter allen Umständen als „unbeteiligt“ erscheinen, ja als friedliebend.

Sobald die Note bekannt geworden war, wandte sich daher die gesamte deutsche Arbeiterpresse gegen die Kriegshetze – in Österreich. Zahlreiche Zeitungen der Sozialdemokratie konnten noch am 24. Juli Stellung nehmen.

So schreiben am 24. Juli

– die „Leipziger Volkszeitung“: „Die österreichische Militärpartei ... setzt alles auf eine Karte, weil der nationale und militaristische Chauvinismus in keinem Lande der Welt etwas zu verlieren hat ... In Österreich sind die chauvinistischen Kreise ganz besonders bankrott, ihr nationales Geheul soll ihren wirtschaftlichen Ruin verdecken und der Raub und Mord des Krieges ihre Kassen füllen ...“

– die „Dresdner Volkszeitung“: „... Vorläufig sind die Kriegstreiber am Wiener Ballplatz noch immer jene schlüssigen Beweise schuldig, die Österreich berechtigen würden, Forderungen an Serbien zu stellen.

Solange die österreichische Regierung dazu nicht in der Lage ist, setzt sie sich mit ihrer provokatorischen, beleidigenden Anrempelung Serbiens vor ganz Europa ins Unrecht, und selbst wenn die serbische Schuld erwiesen würde, wenn unter den Augen der serbischen Regierung das Attentat von Sarajewo vorbereitet worden wäre, gingen die in der Note gestellten Forderungen weit über alle normalen Grenzen hinaus. Nur die frivolsten Kriegsabsichten einer Regierung können ein solches Ansinnen an einen anderen Staat erklärlich machen ...“

– die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“: „Österreich provoziert Serbien, Österreich-Ungarn will den Krieg, begeht ein Verbrechen, das ganz Europa in Blut ersäufen kann ... Österreich spielt va banque. Es wagt eine Provokation des serbischen Staates, die sich dieser, wenn er nicht ganz wehrlos sein sollte, sicher nicht gefallen läßt ... Jeder Kulturmensch hat auf das entschiedenste gegen dieses verbrecherische Benehmen der österreichischen Machthaber zu protestieren. Sache der Arbeiter vor allem und aller anderen Menschen, die für Frieden und Kultur auch nur das geringste übrig haben, muß es sein, das Äußerste zu versuchen, um die Folgen des in Wien ausgebrochenen Blutwahnsinns zu verhindern.“

– die „Frankfurter Volksstimme“: „Gestützt auf die Treibereien der ultramontanen Presse, die in Franz Ferdinand ihren besten Freund betrauerte und seinen Tod an [51] dem Serbenvolke rächen wollte; gestützt auch auf einen Teil der reichsdeutschen Kriegshetzer, deren Sprache von Tag zu Tag drohender und gemeiner wurde, hat sich die österreichische Regierung dazu verleiten lassen, an das Serbenreich ein Ultimatum zu richten, das nicht nur in einer an Anmaßung nichts zu wünschen übriglassenden Sprache abgefaßt ist, sondern auch Forderungen enthält, deren Erfüllung der serbischen Regierung schlechterdings unmöglich ist.“

– die „Elberfelder Freie Presse“: „Ein Telegramm des offiziellen Wolffschen Büros gibt die österreichischen Forderungen an Serbien wieder. Daraus ist ersichtlich, daß die Machthaber in Wien mit aller Gewalt zum Kriege drängen, denn was in der gestern abend in Belgrad überreichten Note verlangt wird, ist schon eine Art von Protektorat Österreichs über Serbien. Es wäre dringend vonnöten, daß die Berliner Diplomatie den Wiener Hetzern zu verstehen gäbe, daß Deutschland für die Unterstützung derartiger anmaßender Forderungen keinen Finger rühren kann und daß daher ein Zurückstecken der österreichischen Ansprüche geboten

sei.

– die „Bergische Arbeiterstimme“: „Österreich will den Konflikt mit Serbien und benutzt das Attentat von Sarajewo nur als Vorwand, um Serbien moralisch ins Unrecht zu setzen. Aber die Sache ist doch zu plump angefangen worden, als daß die Täuschung der öffentlichen Meinung Europas gelingen könnte ... Wenn aber die Kriegshetzer des Wiener Ballplatzes etwa glauben, daß ihnen bei einem Konflikt, in den auch Rußland hineingezogen würde, die Dreibundgenossen Italien und Deutschland zu Hilfe kommen müßten, so geben sie sich leeren Illusionen hin. Italien wäre eine Schwächung Österreich-Ungarns, des Konkurrenten in der Adria und auf dem Balkan, sehr gelegen, und es wird sich deshalb nicht die Finger verbrennen, Österreich zu unterstützen. In Deutschland aber dürfen es die Machthaber – selbst wenn sie so töricht wären, es zu wollen – nicht wagen, das Leben eines einzigen Soldaten für die verbrecherische Machtpolitik der Habsburger aufs Spiel zu setzen, ohne den Volkszorn gegen sich heraufzubeschwören.“

Am 25. Juli veröffentlichte der „Vorwärts“ unter der dreispaltigen Überschrift „Krieg?“ auf der ersten Seite einen Ultimatum benannten Leiter, der mit den Worten beginnt: „Sie wollen den Krieg, die gewissenlosen Elemente, die in der Wiener Hofburg Einfluß haben und Ausschlag geben. Sie wollen den Krieg – aus dem wilden Geschrei der schwarzgelben Hetzpresse klang es seit Wochen heraus. Sie wollen den Krieg – das österreichische Ultimatum an Serbien macht es deutlich und aller Welt offenbar.“ Und dann heißt es weiter: „Weil das Blut Franz Ferdinands und seiner Gattin unter den Schüssen eines irren Fanatikers geflossen ist, soll das Blut Tausender von Arbeitern und Bauern fließen, ein wahnwitziges Verbrechen soll von einem weit wahnwitzigeren Verbrechen übergipfelt werden! ... Das österreichische Ultimatum an Serbien kann der Fidibus sein, mit dem Europa an allen vier Ecken in Brand gesteckt wird!“

Denn dieses Ultimatum ist in seiner Fassung wie in seinen Forderungen derart unverschämt, daß eine serbische Regierung, die demütig vor dieser Note zurückwiche, mit der Möglichkeit rechnen muß, von den Volksmassen zwischen Diner und Dessert davongejagt zu werden...“

[52] Zum Schluß ein neuer Ton, noch zaghaft, aber ein Beginn, wie es scheint: „Ein Frevel der chauvinistischen Presse Deutschlands war es, den teuren Bundesgenossen in seinen Kriegsgelüsten auf das Äußerste anzustacheln, und sonder Zweifel hat auch Herr v. Bethmann Hollweg Herrn Berchtold seine Rückendeckung zugesagt. Aber in Berlin spielt man dabei ein genau so gefährliches Spiel wie in Wien. Denn bei einer Abenteuerpolitik weiß man immer nur, wie sie anfängt, aber nicht, wie sie aufhört, und wenn es zu dem großen europäischen Zusammenstoß kommt, könnten höchst unerwünschterweise Dinge dabei in die Binsen gehen, die auch in Deutschland zu den ‚heiligsten Gütern‘ gezählt werden.“

Doch die letzten Worte nehmen diesen zagen Anfang, dieses erste Ahnen des wahren Kriegshetzers wieder zurück: „Wie darum die Arbeiterklassen aller Länder vor der drohenden Weltkriegsgefahr sofort in Bereitschaft treten müssen, sollte die deutsche Regierung, wenn anders ihr an der Erhaltung des Friedens gelegen ist, den tobenden Berserkern in Wien noch in zwölfter Stunde sänftigend in den Arm fallen.“

Die deutsche imperialistische Regierung, die Haupthetzerin zum Kriege, wird aufgefordert, nach dem Friedenswillen des deutschen Volkes zu handeln!

Am gleichen Tage erscheint ein Aufruf des Parteivorstandes in einer Sondernummer des „Vorwärts“ (Nr. 200 a), herrlich in der Sprache, mutig, so wie es alle erwarten – doch wiederum mit jener hohlen Stelle, die die deutsche Regierung auffordert, den Krieg durch Einflußnahme auf Österreich zu verhindern; aber gleichzeitig mit dem Appell an das Proletariat, in Massenversammlungen gegen den Krieg zu protestieren, für den Frieden zu demonstrieren:

„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordenen, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegs-hetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter miß-[53]brauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914. Der Parteivorstand.“

Der Glaube an die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung im Juli ist allgemein in der deutschen Sozialdemokratie verbreitet. Nie vergesse man, daß es Rosa Luxemburg war, die in diesen Tagen schrieb: „Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, daß ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektive in lieblicherem Lichte erscheint, als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Rußland und Frankreich oder gar im letzten Ende mit England auf sich zu nehmen.“⁷⁶

Am 26. Juli trägt der „Vorwärts“ die Überschrift „Der Auftakt zum Weltkrieg – Die österreichische Kriegserklärung“. Der Leiter beginnt: „Was man bis zur letzten Stunde für unmöglich gehalten, ist nun zur Tatsache geworden. Die österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten in Belgrad die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrechen lassen, weil die serbische Regierung eine ‚ungenügende‘ Antwort auf die österreichisch-ungarische Note gegeben hat. Das bedeutet nach allen Formen des Völkerrechts die Kriegserklärung.

Die eisernen Würfel sollen nun rollen! Die Kriegsbestie soll nun wüten! Wo der Brand enden wird, weiß einstweilen kein Mensch.“ Darauf die Linie der Unschuld Deutschlands und der Hoffnung auf die deutsche Regierung: „In welche Verwickelungen Deutschland durch die skandalöse Überrumpelung durch Österreich geraten wird – denn daß das österreichische Ultimatum auf eigene Verantwortung und ohne Hinzuziehung der deutschen Regierung erlassen wurde, ist ja inzwischen, wie unser folgender Artikel ‚Ein Skandal‘ des näheren darlegt, von den deutschen Offiziösen selbst zugestanden worden – steht völlig dahin. Den einzigen

⁷⁶ „Sozialdemokratische Korrespondenz“, Nr. 85, 28. Juli 1914, S. 1.

Trost vermag die friedliebende Bevölkerung und die deutsche Arbeiterklasse darin zu sehen, daß ja einstweilen die deutsche wie die österreichische Regierung ostentativ betont, daß Österreichs Vorgehen seine eigene Sache sei.“ Erst dann eine Mahnung an das deutsche Proletariat, das sich im ganzen Reich zu Massenversammlungen am folgenden Tage rüstet: „Das deutsche Proletariat wird freilich darauf dringen müssen, daß diese momentane Auffassung auch die dauernde bleibt und daß Deutschland es mit aller Entschiedenheit ablehnen muß, Österreich etwa später aus seiner Patsche zu befreien, in die es sich selbst ohne Verständigung mit der deutschen Regierung, geschweige denn im Einvernehmen mit dem deutschen Volke gestürzt hat!“

Und ganz zum Schluß sogar noch ein Aufruf an die österreichischen Imperialisten: „Noch steht selbst Österreich vor der Entscheidung, noch sind seine Regimenter nicht auf dem Marsche. Mögen sich die österreichischen Gewalthaber und mögen sich alle ihre offenen und geheimen Helfer vor Augen halten, daß jeder Fehlschlag ihrer Glücksspielerpolitik eine ungeahnte Volksbewegung entfesseln kann, die aller Desperado- und imperialistischen Vabanque-Politik ein endgültiges Ziel setzt!“

[54] Damit, nicht mit einem Aufruf an die deutschen Arbeiter zum Kampf gegen die deutschen Kriegshetzer, endet der Leitartikel des „Vorwärts“.

Während aber in der Redaktion des „Vorwärts“ dieser Leitartikel geschrieben wurde, tobte bereits auf den Straßen vieler Städte Deutschlands ein Mob – vor allem Kleinbürgertum, Studenten, verkleinbürgerte Arbeiter. Sie sangen „patriotische Lieder“, ließen die Polizei, die Österreicher, den Krieg hochleben. So berichtet zum Beispiel die „Schwäbische Tagwacht“ vom 27. über den Sonnabend unter der Überschrift „Orgien der Verhetzung, Kriegshetzer in Stuttgart“: „Die Sensationspresse hat unter großem Aufwand von Druckerschwärze und buntem Papier am Samstag nachmittag und abend durch einander jagende Extrablätter das ‚Volk‘, das sich im Zentrum der Stadt aufzuhalten pflegt, in die richtige Stimmung zu setzen verstanden. Vor den Gebäuden der Sensationsblätter staute sich die Menge und sprühte vor Patriotismus, Kriegsbegeisterung, Slawenhaß, Österreichfreundlichkeit und einigen anderen vaterländischen Tugenden.“ Ähnliches wissen „Vorwärts“ und andere Blätter zu berichten.

Man beachte! Am 25. bringt der „Vorwärts“ vormittags in einer Sonderausgabe den Aufruf zu Massenversammlungen am 28. (!) abends. Die herrschende Klasse antwortet mit „Massenversammlungen“, mit Demonstrationen auf der Straße noch am Nachmittag des 25. selbst.

Ebert aber schreibt noch am 27. Juli aus Breege auf Rügen an den Parteivorstand:

„Liebe Kollegen!

Die Zwackel soll der Teufel holen! Mit der Ruhe zu Ferien scheint's alle zu sein. Besonders beunruhigend wirkt, daß man nun so abseits vom Verkehr liegt und nicht recht weiß, was los ist.

Über Euren Aufruf habe ich mich gefreut. Er trifft das Richtige (aber E. weiß nicht recht, was los ist! – J. K.). Durch die Extraausgabe des Vorwärts kam er auch im passenden Zeitpunkt. Die Versammlungen werden sicher imposante Kundgebungen werden ...⁷⁷

Während das deutsche Proletariat gegen den Krieg protestiert, aalt sich Ebert, Mitglied des Parteivorstandes, am Strande – und neun Jahre später läßt er in einer offiziellen Biographie seinen Freund Kampffmeyer schreiben: „Im Juli 1914 hat Fritz Ebert als Mitglied des Parteivorstandes die großen Demonstrationen der Sozialdemokratie gegen den Krieg organisiert.“⁷⁸

Am 28. sollten die großen Protestversammlungen im ganzen Reiche stattfinden. Aber viele

⁷⁷ Fr. Ebert, „Schriften, Aufzeichnungen, Reden“, 1. Bd., Dresden 1926, S. 309.

⁷⁸ P. Kampffmeyer, „Fritz Ebert“, Berlin 1923, S. 65.

andere Versammlungen, die aus anderen Gründen einberufen worden waren, wurden zu Anti-Kriegskundgebungen. So wurde auf dem Landesparteitag der Sozialdemokraten Württembergs in Eßlingen am 25. Juli auf Antrag Clara Zetkins folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die gegenwärtig drohende Kriegsgefahr kann jederzeit in das greuelvollste Völkermorden verwandelt werden. Angesichts dieser ernsten Lage erinnert die L. V. d. Soz. Dem. Württembergs die werktätigen Massen daran, daß die Besitzenden und Herrschenden – insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar Kriegsinteressenten und Kriegshetzer sind – sich zum mindestens als ohn-[55]mächtig erweisen, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker zu wahren. Sie mahnt diese Massen daran, daß die kraftvolle und rücksichtslose Betätigung ihres Brüderlichkeitsgefühls mit den Ausgebeuteten aller Länder und ihres unerschütterlichen Friedenswillens die einzige sichere Bürgschaft dafür ist, daß die frivole Hetze kriegslüsterner Cliques und Schichten keinen Weltbrand entzündet.

Die Vertreter der Soz. Dem. Württembergs geloben, die Massen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln und zu schulen, damit sie bereit seien, opferfreudig ihre volle wirtschaftliche und politische Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Sie begrüßen das heldenhafte revolutionäre Proletariat Rußlands, das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Ausgebeuteten die Waffe des Massenstreiks erprobt. Sie begrüßen es als einen starken Hort des Friedens in dieser verhängnisschweren Zeit. Indem das russische Proletariat durch den Massenstreik den Zarismus, einen der gewissenlosesten Kriegstreiber, lähmt, beweist es durch die Tat, welche starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in den Kampf für Freiheit und Frieden einzusetzen vermag.“

In Leipzig fand am Sonntag (26. Juli) ein Gewerkschaftsfest statt, das von 37 000 Menschen besucht war und zu einer Anti-Kriegskundgebung wurde.

Die bürgerliche Presse brachte die Furcht der herrschenden Klasse vor den Aktionen der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Sie verlangte das Verbot der Versammlungen. Der „Vorwärts“ antwortete ihr am 27.: „Wütend kläfft diese ganze Meute gegen die Sozialdemokratie, weil sie den Mut hat, sich dieser Hetze und diesen Kriegsfanfaren entgegenzuwerfen. Einig sind sich da Konservative und Freisinnige, Zentrum und Liberale. Gemeinsam entrüsten sie sich darüber, daß die Partei des Proletariats zu Friedenskundgebungen aufgefordert hat ... Die Scherlpressen will das Bürgertum mit den Friedensdemonstrationen der Arbeiter ängstigen, indem sie von einer ‚Machtprobe‘ spricht und der Meinung Ausdruck gibt, sie könnten dem Zwecke dienen, die ‚Idee des Generalstreiks in die Hirne zu hämmern‘. Die fromme ‚Germania‘ redet von parteiagitorischen Mätzchen, die der Sozialdemokratie nun einmal über alles gingen. Die ‚Tägliche Rundschau‘ und die ‚Kreuzzeitung‘ endlich rufen nach der Polizei, auf daß sie die Versammlungen verbieten möge. Ja, die ‚Kreuzzeitung‘ geht noch einen Schritt weiter; sie möchte auch den Staatsanwalt mobil machen. Ihr scheint das Vorgehen des sozialdemokratischen Parteivorstandes ‚schlechthin hochverräterisch‘ ... Hochverrat – wenn das Volk dagegen protestieren will, daß durch frivolen Machtkitzel ein Weltenbrand entfacht wird, der unabsehbar schlimme Folgen haben muß! Hochverrat, wenn das arbeitende Volk dafür eintreten will, daß der Friede dem Vaterland erhalten bleibt. Sie mögen hetzen und wühlen! Das Proletariat wird darauf die rechte Antwort geben. Nun erst recht! wird sie lauten. Es wird zeigen, daß es sich nur um eine kleine Gruppe von Schreibern handelt, die sich am Kriegsgedanken berauschen. Es wird zeigen in gewaltigen Massenkundgebungen, daß das Volk ganz andere Wünsche und Interessen hat. Je lauter und toller sich die bürgerlichen Kriegsfanatiker gebärden, um so lauter und heller muß unser Ruf erklingen: Es lebe der Frieden! Je schamloser unreife, unverantwortliche Bürschlein für den Massenmord demonstrieren, um so einmütiger wird die Arbeiterschaft aufstehen zur wuchtigen Gegendemonstration. Nun erst [56] recht! Keiner wird zurückbleiben! Geschlossen demonstriert das Groß-Berliner Proletariat am Dienstag Abend für den Frieden!“

Aber es gibt noch eine andere Linie innerhalb der herrschenden Klasse. Viel schlauer und gerissener – und der „Vorwärts“ fällt auf sie herein. Derselbe „Vorwärts“ vom 27. Juli bringt in stärkstem Sperrdruck als Motto der ganzen Nummer einen Auszug der „Kölnischen Zeitung“ vom 25. Juli, der lautet: „Wir glauben, es gibt bei diesen Empfindungen kaum eine Ausnahme, und wenn unsere Sozialdemokraten in den nächsten Tagen Kundgebungen gegen den Krieg veranstalten, so werden sie darin bis zu einem gewissen Grade die Zustimmung des deutschen Bürgertums finden. Denn bei uns will niemand den Krieg, und Fluch demjenigen der das schreckliche Übel heraufbeschwört.“ Schoen nennt den Artikel, in dem diese Worte stehen, wohl mit Recht, „einen sichtlich von der Reichskanzlei angeregten Leitaufsatz.“⁷⁹

Keiner durchschaut das Doppelspiel der herrschenden Klasse – und wie bewußt sie es treibt, zeigt die ganze zuvor zitierte diplomatische Korrespondenz mit ihren steten Hinweisen auf die Notwendigkeit der Wahrung des Scheins, nicht zum wenigsten wegen der Stimmung im Lande! Neben die „Deutsche Tageszeitung“ die schon vor dem 23. ganz offen zum Kriege hetzte und die Linie des herrschenden Monopolkapitals als Ganzes (!) vertrat (ebenso wie einige andere Blätter und Organisationen der äußersten Rechten), treten jetzt der Mob auf den Straßen, zu Zehntausenden und Hunderttausenden, und die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter. Aber genauso blind für die Tatsache, daß damals die „Deutsche Tageszeitung“ faktisch für die ganze Klasse der Imperialisten sprach, ist nach dem 23. die Arbeiterklasse dafür, daß der Mob nicht nur die Stimmung von „unreifen Bürschlein“ zum Ausdruck bringt, und daß die „Kölnische Zeitung“ mit ihrer „Sympathie“ für die Sozialdemokratie nur *ein* Werkzeug des Betrugs *an* der Arbeiterklasse ist.

Am 28. finden Massenversammlungen im ganzen Reich statt.

Die Resolution, die auf allen Versammlungen angenommen wird, zeigt Entschlossenheit zum Kampf gegen den Krieg – doch wer sind die Hauptthetzer zum Kriege, welcher Nation gehören sie an? Zum ersten Male werden mit solcher Prominenz neben den österreichischen die russischen Imperialisten genannt! Schließt doch die Resolution: „Die Gefahr ist groß! Es ist keine Zeit zu verlieren! Gerade wie die französischen haben auch die deutschen Arbeiter in diesem Augenblick die besondere Aufgabe, durch Einwirkung auf ihre Regierungen zu verhüten, daß die Völker dieser Länder österreichischer oder russischer Prestige- oder Eroberungspolitik geopfert werden. Nieder mit allen Kriegshetzereien. Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“⁸⁰

Die Regierungen der französischen und deutschen Imperialisten sollen unter der Einwirkung der Arbeiter ihrer Länder gegen die Imperialisten in Osterreich und Rußland, die die eigentlichen Kriegshetzer seien, auftreten!

Am 29. morgens um 2 Uhr berichtet vom Kommando der Schutzmannschaft der verantwortliche Polizei-Oberst. „Die sozialdemokratischen Protestversammlungen am heutigen (muß gestrigen lauten – J. K.) Tage waren von etwa 29 000 Personen be-[57]sucht. Einige Säle mußten wegen Überfüllung geschlossen werden, so daß die Besucher sich im Garten oder auf der Straße aufhielten.“⁸¹

Die Versammlungen fanden in ernster Stimmung statt. Im Anschluß wurde teilweise und im ganzen schlecht organisiert auf den Straßen demonstriert. Die Linden konnten leicht vor größeren Demonstrationen von der Polizei „geschützt“ werden. Die Zahl der Verhaftungen war nicht groß. Es fehlte der revolutionäre Elan, der mitreißende Schwung, der die herrschende

⁷⁹ C. Schoen, a. a. O., S. 40.

⁸⁰ Vgl. auch Anhang dieses Buches.

⁸¹ Landeshauptarchiv Brandenburg, Akten der Abteilung VI-4 des Kgl. Polizei-Präsidiums zu Berlin, Nr. 15 805, Blatt 69.

Klasse erschreckt hätte.

Selbst der Kaiser ist nicht übermäßig beeindruckt. Wenn man seine sonstigen Äußerungen in Betracht zieht, erscheinen die folgenden Randbemerkungen an ein Telegramm des Zaren harmlos: „Die Sozen machen Antimilit. Umtriebe in den Straßen, das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfalle werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen. Loebell und Jagow dahin instruieren. Wir können jetzt keine Soz. Propaganda mehr dulden!“⁸²

Wie falsch auch die Linke die Lage in dieser Hinsicht beurteilt, zeigt ein Artikel Franz Mehrings, der am Tage nach den Versammlungen, am 29. Juli, für die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ geschrieben wurde und in dem es heißt:

„Für das internationale Proletariat hat eine große Stunde geschlagen. Es hat das Gewicht seiner Stimme in die heftig auf- und niederschwankende Wage des Weltkrieges zu werfen, und es muß sich zeigen, ob und inwieweit sein Widerstand das drohende Unheil zu beschwören vermag.

Mit den Erfolgen, die bisher in Deutschland erzielt worden sind, können wir wohl zufrieden sein. Nach dem ersten Bekanntwerden des österreichischen Ultimatums an Serbien schien der patriotische Mob Markt und Straßen zu beherrschen, unter wohlwollender Duldung der Polizei, die, wie in München, selbst nicht einmal Handlungen vandalischer Zerstörungswut hindern konnte oder wollte. Das hat sich sehr geändert, seitdem die Arbeiterbataillone aufmarschieren, um den Weltkrieg zu brandmarken. Auch die bürgerliche Presse kann sich der Wucht dieser Kundgebung nicht entziehen, mit scheinbarer Ausnahme ganz vereinzelter Blätter von dem Kaliber des berufenen Brotwuchererorgans, worin der Knuten-Oertel aus seinem Fettwanst falstaffischen Spott über die sozialdemokratischen Massenversammlungen herauszuquälen sucht.

Am wenigsten wird der deutsche Generalstab so töricht sein, den Willen der arbeitenden Klasse zu unterschätzen. Wer die Kriegsgeschichte und namentlich die moderne Kriegsgeschichte einigermaßen kennt, ist hinlänglich darüber unterrichtet, wie sorgfältig die Neigungen und Stimmungen der Massen, aus denen sich das Heer rekrutiert, an den ‚maßgebenden Stellen‘ beobachtet und bei der Entscheidung über Krieg und Frieden beachtet werden. Nach außen hin tut man natürlich so, als ob es darauf gar nicht ankäme, als ob der einfache Befehl des Kriegsherrn genügt, auf Vater und Mutter, geschweige denn auf Franzosen und Russen zu schießen. Jedoch wo der Militarismus unter sich ist, weiß er sehr gut, daß in einer Zeit, in der so ungeheure Massen auf das Schlachtfeld geschickt und an ihre geistige, körperliche und sittliche Spannkraft [58] so ungeheure Anforderungen gestellt werden, sehr viel, ja im Grunde alles darauf ankommt, ob diese Massen den Krieg wollen oder nicht.

Er ist auch nicht so verblendet, sich durch den noch so lärmenden Spektakel des patriotischen Mobs über die wirkliche Lage der Dinge täuschen zu lassen. Er nimmt dies wüste Getöbe mit, aber er weiß sehr gut, daß nichts Reelles dahinter steckt ...“

Und der Artikel schließt nicht nur auf einer Linie ungesunden Optimismus, ohne jede dringende, aufschreckende anfeuernde Mahnung zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, weil alles auf dem Spiele steht. Nein – er gibt wieder, wie schon die Resolution, einen überaus gefährlichen Hinweis auf die russischen Imperialisten: „Gewiß hat das internationale Proletariat noch nicht die Macht, den Weltkrieg unter allen Umständen zu hindern. Diese Macht kann es erst mit seinem endgültigen Siege gewinnen. Aber es kann dem Weltkriege heute schon Hindernisse in den Weg legen, die Moloch sehr schwer und nur um den Preis überwinden kann, ein Spiel auf Leben und Tod zu beginnen. Wir dürfen der frohen Hoffnung leben,

⁸² „Deutsche Dokumente“, ebendort, S. 49.

daß es unsern heldenmütigen Brüdern in Rußland gelingen wird, dem zarischen Bären so auf die plumpen Tatzen zu klopfen, daß er sie nicht auszustrecken wagt; deshalb haben die Arbeiterklassen aller Länder aber nicht weniger die Pflicht, dem Militarismus die Wege zu verbauen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist dieser Pflicht bisher so eifrig wie wirksam nachgekommen, aber noch ist die Gefahr lange nicht gebannt, und die Agitation gegen den Weltkrieg darf keinen Tag ruhen. Ist der Abscheu vor ihm auch dem letzten Arbeiter in Fleisch und Blut übergegangen, dann bleibt er nach wie vor ein scheußliches, aber er wird ein ungefährliches Gespenst.“

*

Mit den Versammlungen vom 28. war die Aktivität der Berliner Organisation für die nächste Zeit in der Hauptsache erschöpft.

Voll Bitterkeit schildert Julian Borchardt: „Das österreichische Ultimatum an Serbien datiert von Donnerstag dem 23. Juli. Am Freitag früh war es in allen Berliner Zeitungen zu lesen – ausgenommen den Vorwärts! Die Sozialdemokraten von Groß-Berlin, soweit sie auf den Vorwärts angewiesen sind, wußten am ganzen Freitag noch nichts von der drohenden Kriegsgefahr. Erst Sonnabend früh erfuhren sie davon. Inzwischen hatten schon Freitag abend Unter den Linden die bekannten patriotischen Straßendemonstrationen begonnen. Sie wiederholten sich am Sonnabend spät und am Sonntag von Mittag an. Die Sozialdemokraten aber wurden zu Versammlungen am folgenden – Dienstag einberufen. In der Zwischenzeit verbot der Polizeipräsident weitere Straßenumzüge. Am Dienstag in den sozialdemokratischen Versammlungen wurden weitere Veranstaltungen für den kommenden – Sonntag (2. August) angekündigt. In diesen fünf Tagen stand aber die Weltgeschichte nicht still. Am Donnerstag nachmittag stieg die Erregung aufs höchste, weil der Lokalanzeiger durch Extrablätter die (noch verfrühte) Nachricht von der Mobilmachung verbreitete. Am Freitag wurde der Kriegszustand verhängt, am Sonnabend erging der Befehl zur Mobilmachung und die [59] Kriegserklärung. Damit hörte jede weitere sozialdemokratische Massenaktion auf.“⁸³

Voll Hohn schreibt später ein Ideologe des Bürgertums: „In den Tagen vor der Massenversammlung war die Rubrik ‚Parteiangelegenheiten‘ und der Anzeigenteil des ‚Vorwärts‘ vollkommen von Einladungen und Bekanntmachungen zu der Kundgebung ausgefüllt gewesen, so daß es an Raum für die Anzeigen von Vergnügungen und Lustbarkeiten fehlte. Vom 29. bis 31. Juli enthielten beide Teile des Blattes zwei ganze Einladungen zu Protestversammlungen in Potsdam und Nowawes. Auch die drei in diesen Tagen einberufenen Verbandsversammlungen der Gußputzer, Einsetzer und Bodenleger wiesen in ihrer Tagesordnung nichts auf, was zu der politischen Lage irgendwie eine Beziehung hatte. Dagegen stoßen wir außer auf die üblichen Familienanzeigen und das sogenannte ‚Bezugsquellenverzeichnis‘ wieder auf ein reichhaltiges Material an Theater- und Vergnügungsanzeigen. Auch die Parteiveranstaltungen, von denen wir im lokalen Teil erfahren, haben sich auf einmal in Vergnügungen verwandelt. – Eine Ausnahme bildet nur eine Bekanntmachung des ersten Wahlkreises, die die Flugblattverteiler zu pünktlichem Erscheinen ermahnt. Eingeleitet werden die Mitteilungen‘ über die Lustbarkeiten in Nr. 204 vom 29. Juli mit dem folgenden Aufruf zum ‚Massenausflug‘ der Arbeiterjugend Groß-Berlins: ‚Der Massenausflug findet am nächsten Sonntag, dem 2. August 1914, statt, und zwar nach dem Restaurant »Sanssouci« in Kaulsdorf-Süd. Das Festprogramm besteht aus allgemeinen Bewegungsspielen, Gesangsvorträgen, turnerischen Aufführungen und Reigentänzen. Allgemeines Sammeln zwischen 1 und 2 Uhr auf dem Festplatze; Beginn der Veranstaltung pünktlich 2 Uhr nachmittags. Gegenüber dem Treiben der Jungdeutschlandbündler, Pfadfinder usw., die sich nicht genug tun können in

⁸³ J. Borchardt, „Vor und nach dem 4. August 1914“, Berlin-Lichterfelde 1915, S. 8.

Kriegsspielereien, in Klimbim und Sportfexerei, gilt es zu zeigen, von welchem idealem brüderlichen Geist die arbeitende Jugend beseelt ist und wie sie ihre Feste feiert. Darum, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, sorgt für Massenbesuch! Keiner darf fehlen! Alle Arbeitereltern und Freunde der Jugend sind herzlich eingeladen. Darum auf zum Massenausflug!

In derselben Nummer ruft der dritte Wahlkreis seine sämtlichen Mitglieder für den Sonntag zu einem Ausflug nach Johannisthal auf.

In Neukölln wird die schon für Mittwoch, den 29. Juli, angesetzte Versammlung der Jugendsektion abgesagt und dafür zu einem allgemeinen Spiel auf dem Spielplatz Geygerstraße eingeladen. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre werden von der Sektion gleichzeitig zu dem Massenausflug der Groß-Berliner Jugend eingeladen.

Der Turnverein ‚Fichte‘, Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes ladet in der Nummer 205 vom 30. Juli seine Mitglieder für Sonnabend, den 1. August, zu einem großen Sommerfest in der Hasenheide ein. Für denselben Tag werden die Genossen aus Lichterfelde zu einem Volks- und Kinderfest eingeladen. In der Rubrik ‚Parteiangelegenheit‘ wird, die Jugendsektion des ersten und fünften Kreises zur Teilnahme an dem für Sonntag geplanten Massenausflug aufgerufen.

Das Desinteressesent für Politik wird vollends deutlich am Freitag, dem 31. Juli. An diesem Tage drohte das furchtbare Verhängnis schon unabwendbar zu werden. Aber [60] nicht eine einzige Versammlung wird einberufen. Nach dem Inseratenteil und den ‚Parteiangelegenheiten‘ auch dieses Tages zu schließen, hatte die sozialdemokratische Partei von Groß-Berlin kein anderes Interesse mehr, als für das Vergnügen ihrer Mitglieder zu sorgen.⁸⁴

Vielleicht ist es anders in Stuttgart, einem Zentrum der linken Opposition innerhalb der Partei und in der ‚Schwäbischen Tagwacht‘, ihrem Organ? Blättern wir in dieser Zeitung:

28. Juli: Dreibalkenüberschrift ‚Am Rande des Weltkriegs‘ Leiter: ‚Die wahren Ziele des österreichischen Angriffs‘. Ein großaufgemachter Bericht aus Paris: Hauptüberschrift ‚Um den Frieden‘ – Unterüberschrift: ‚Frankreich und Deutschland als Friedensretter‘. Berichte von Versammlungen der Arbeiter gegen ‚Hurratriotische Orgien‘.

29. Juli: Wieder dreibalkige Überschrift ‚Am Rande des Weltkriegs‘. Berichte von Versammlungen die stattgefunden haben, und von hurratriotischem Schwindel – aber keine neuen Aktionen gefordert.

30. Juli: Dreibalkig: ‚Europa vor dem Abgrund‘. Leiter: ‚Der Friede, der Dreibund und wir‘. Gibt Rosa Luxemburgs schon zitierten Artikel wieder mit dem in dieser Zeitung und in diesem Moment unmöglich attentistischen Schluß: ‚Das deutsche Proletariat muß durch seine Bereitschaft zu Aktionen gegen den Krieg mit steigendem Nachdruck gleichfalls auf dem Posten stehen.‘ Selten hat Rosa Luxemburg, diese große Schriftstellerin so schlecht, gelangweilt, zurückhaltend, als ob sie eine Phrase so oft wiederholt hat, daß sie jeden Sinn für ihren Inhalt verloren hat und darum schon gar nicht mehr die Grammatik und die Sprache beherrschen kann, formuliert.

31. Juli – keine Gesamtüberschrift mehr. Leiter (2 Spalten) heißt: ‚Krieg dem Kriege!‘ Ohne jede mobilisierende Forderung Schilderung, was für wirtschaftliche Sorgen eine Mobilisierung für alle Schichten bringt. Schlußsatz lautet ganz lahm: ‚Krieg führt zur Barbarei. Die Sozialdemokratie aber will den Fortschritt der Kultur. Sie erstrebt deshalb den Völkerfrieden, die große Planmäßig arbeitende Wirtschaft, die alle Völker und alle Länder zu einer Volkswirtschaft brüderlich vereint.‘ Sonst Berichte von Versammlungen am 28. 7., aber nichts Neues, Mobilisierendes an Versammlungen angezeigt – außer im vierten Blatt eine Aufforderung an

⁸⁴ C. Schoen, a. a. O., S. 47 f.

die Genossen, am 2. August (! also in 2 Tagen) Flugblätter gegen den Krieg zu verteilen.

1. August. Aufruf des Landesvorstandes Versammlungen unmöglich, Flugblatt soll nicht verteilt werden!

In Stuttgart geht es also nicht anders zu als in Berlin. Alle in der Arbeiterbewegung glaubten an die Friedfertigkeit der deutschen Regierung. Rosa Luxemburg bescheinigte ihr sie unter dem 30. und am gleichen Tage hieß es im „Vorwärts“: „In England ist die Auffassung ganz allgemein, daß als ausschlaggebender Faktor der deutsche Kaiser in seiner Eigenschaft als Verbündeter und Berater Österreichs aus den Falten der Toga die Lose Krieg oder Frieden schütteln könne. Und England hat recht. Wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung.

So unverschleiert prinzipielle Gegner der Monarchie wir allezeit gewesen sind und sein werden, so erbitterten Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger [61] der Krone führen mußten, so unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung namentlich in den letzten Jahren als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschichte von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß zu sein. Aber auch der tatkräftigste Mensch ist Einflüssen nicht unzugänglich. Und leider sind die Beweise dafür mit Händen zu greifen, daß die Kamarilla der Kriegstreiber wieder mit äußerster Skrupellosigkeit am Werke ist, um alle Aktionen der Regierung zu durchkreuzen und das Ungeheuerliche durchzusetzen: den Völkerkrieg, den Weltbrand, die Verwüstung ganz Europas!“

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch Rosa Luxemburg meinte, die deutsche Regierung wollte im Augenblick keinen Krieg, wird man einen gewissen rationellen Kern in der späteren Apologetik Kautskys finden: „Hätte das deutsche Proletariat vom wirklichen Stande der Dinge eine Ahnung gehabt, hätte es gewußt, daß das ‚verbrecherische Treiben der Kriegshetzer‘ ein abgekartetes Spiel zwischen Wien und Berlin war, dann wäre es nicht so naiv gewesen, die deutsche Regierung aufzufordern, auf die österreichische im Sinne des Friedens zu wirken, dann hätte es sich einmütig ebenso gegen die deutsche wie gegen die österreichische Regierung gewendet und große Massen auch der nichtproletarischen arbeitenden Schichten des deutschen Volkes hätten sich ihm angeschlossen. Bei einer solchen Stimmung hätte die deutsche Regierung unmöglich einen großen Krieg entfesseln können. Die deutsche Sozialdemokratie konnte den Weltfrieden retten. Ihr Ansehen und damit das des deutschen Volkes in der Welt wäre unendlich gewachsen durch die Niederlage, die sie der kriegerischen deutschen Regierung bereitete.“⁸⁵

*

Am 28. waren Haase und Kautsky von deutscher Seite, Rosa Luxemburg aus Deutschland, aber als polnische Vertreterin, nach Brüssel zu einer Sitzung des Bureaus der Internationale gefahren; für Österreich-Ungarn waren Victor Adler und sein Sohn Friedrich, Nemeč (Tscheche) und Burnau (Ungarn) gekommen.

Nach dem belgischen Parteiorgan erklärte Haase auf einer öffentlichen Versammlung: „Österreich scheint auf Deutschland zählen zu wollen; aber die deutschen Sozialdemokraten erklären, daß die geheimen Verträge für das Proletariat nicht verbindlich sind. Das deutsche Proletariat sagt, Deutschland soll nicht intervenieren, auch dann eingreifen, weil Österreich Serbien angegriffen hat. Und mit nicht weniger logischer, aber auch nicht weniger schändlicher Konsequenz denken die französischen Bourgeois, Frankreich sollte gegen Deutschland

⁸⁵ K. Kautsky, a. a. O., S. 78 f.

eingreifen. Die Proletarier Frankreichs denken wie wir. Unsere Feinde mögen sich vorsehen! Es könnte sich ereignen, daß die Völker, müde so vielen Elends und so vieler Unterdrückung, sich endlich erheben und den Sozialstaat einsetzen. Gestern haben in Berlin Tausende und Abertausende von Proletariern [62] gegen den Krieg protestiert unter den Rufen: Hoch der Friede! Nieder mit dem Krieg!⁸⁶

Und ganz ehrlich sprach Haase.

Doch im Grunde zeigte diese Sitzung des Bureaus bereits den Zerfall der Internationale. Wohl ganz richtig schildert Angelica Balabanova den Geist, die Stimmung, die der Internationale in dieser ihrer letzten Stunde der Dämmerung eigentümlich: „Nie war die Ohnmacht der Internationale so deutlich und tragisch zum Vorschein gekommen, wie in der Sitzung, die ihr Bureau dringend auf den 27. und 28. Juli 1914 nach Brüssel einberufen hatte. Der Krieg war eigentlich schon ausgebrochen, es handelte sich nur darum, seine Ausdehnung auf andere Länder zu verhindern. Nur die wenigsten unter den Anwesenden so Jaurès und Rosa Luxemburg, schienen sich Rechenschaft davon zu geben, was der Arbeiterklasse harrte, aber auch die Schwarzsehendsten machten sich keinen Begriff von den Dimensionen oder von der Nähe der Katastrophe. Als sich während der Nachmittagssitzung des ersten Tages das Gerücht vom russischen Ultimatum verbreitete, wollte niemand daran glauben, am allerwenigsten die anwesenden Russen Rubanovitsch und Axelrod. Die Sitzung hatte ganz den Anschein einer normalen. Die Vertreter der einzelnen Länder gaben Bericht über die Zustände im Lande; derjenige Victor Adlers, der auf absolute Aussichtslosigkeit irgendeiner proletarischen Aktion gegen den Krieg und während desselben schließen ließ, verlieh dem ganzen Verlauf der Sitzung das Gepräge. In keinem der Berichte kam ein Funken Glaube an die Abwehrkraft der Arbeiterklasse zum Vorschein, es waren rein formelle Darstellungen ohne jede Perspektive einer revolutionären Aktion. Als ich – ohne etwa einen bestimmten Antrag zu stellen – auf frühere Diskussionen über einen eventuellen Generalstreik zurückkam, schaute man mich bestürzt an. Victor Adler sagte mit wehmütiger Ironie, ich sei von Sinnen, während Jules Guesde darauf hinwies, daß ein Generalstreik gerade die sozialistisch entwickeltsten Länder bedrohen würde, denn gerade in diesen würde die sozialistische Parole befolgt werden, wodurch der ‚Feind‘ in eine bevorzugte Stellung gelange. Nur die englischen Delegierten, Keir Hardie und Bruce Slapier, schienen den Generalstreik für durchführbar zu halten, wobei sie erklärten daß die Kriegsgefahr für England ganz ausgeschlossen sei, daß aber gegebenenfalls die Trade Unions die energischste Opposition machen, ja den Generalstreik proklamieren würden. Als man dann in der zweiten Sitzung auf die Notwendigkeit zu sprechen kam, den für September 1914 in Wien geplanten Internationalen Sozialistischen Kongreß anderswo abzuhalten, wobei Rosa Luxemburg im Einvernehmen mit Jaurès Paris vorschlug, und sie gerade mit der Ausarbeitung dieses Vorschlages beauftragt wurden, erschien es mir als ein deutliches Zeichen dafür, daß man sich außerstande fühlte, überhaupt etwas Wirksames gegen den Krieg zu unternehmen.

Noch drastischer kam die Ohnmacht der Internationale in der Riesenversammlung zum Vorschein, die aus Anlaß der Bureausitzung in Brüssel stattfand. Der Hauptredner war Jaurès. Sein Name hatte solche Menschenmassen angezogen, daß man sich fragen [63] mußte, besonders während des brausenden Beifalls, den man ihm zollte, ob der große Zirkus, in dem die Veranstaltung stattfand, den Menschenandrang würde aushalten können. Mir erschien seine Rede als Ausdruck einer tiefen Verzweiflung, der Verzweiflung über die Schwäche der Arbeiterklasse, und zwar um so mehr, je mehr Jaurès in Pathos geriet. Er appellierte weniger an die Arbeiterklasse als an die Einsicht und Menschlichkeit der französischen Regierung, und er drohte, daß, falls sie das Bündnis mit dem zaristischen Rußland nicht löse, das Volk es

⁸⁶ Zitiert nach La Chesnais, „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Kriegserklärung“, Lausanne 1918, S. 45 f.

im Namen der Menschlichkeit lösen würde. Ein jedes seiner Worte, ja seine Leidenschaft selbst schien zu beweisen, daß er nur mehr an Wunder glaubte und die Sozialdemokratie, den internationalen Zusammenschluß der Massen, den revolutionären Aufstand der Arbeiterklasse nicht mehr als einziges Mittel, den Krieg zu verhindern, betrachtete. Trotz der Begeisterung der Anwesenden und obwohl niemand im entferntesten daran dachte, Belgien könnte irgendwie in die Katastrophe hineingezogen werden, lag ein Alp auf den Versammelten, unter denen sich übrigens auch Nichtarbeiter befanden. Die große Spannung des Redners, ein verzweifelter Versuch, durch ein Wunder das Unabwendbare abzuwenden, teilte sich den Zuhörern mit. Nur einen Augenblick gab es, in dem die Versammlung von einem anderen Glauben erzitterte, nämlich als Rosa Luxemburg, die zu der Zeit gerade schwerwiegende Beschuldigungen gegen den deutschen Militarismus erhoben hatte, und zwischen zwei Gefängnisstrafen stand, das Wort ergriff ... Aber diese zuversichtliche Stimmung dauerte nicht lange an.⁸⁷

*

Aber nicht mit dieser depressiven Schilderung der letzten internationalen Zusammenkunft von Führern wichtiger Arbeiterparteien Europas vor dem zweiten Weltkrieg sei dieses Kapitel geschlossen, sondern mit einem grotesken Auszug aus dem Tagebuch Scheidemanns über die Entsendung von Ebert und Otto Braun nach der Schweiz. Zur Vorbereitung eines „Hauptquartiers“, für den Fall, daß die Partei in Deutschland verboten wird.

„30. Juli. Der ‚Berl. Lokalanzeiger‘ gibt ein Extrablatt heraus folgenden Inhalts: ‚Mobilmachung in Deutschland.

Die Entscheidung ist gefallen, gefallen in dem Sinne, wie es nach den Nachrichten der letzten Stunden erwartet werden mußte: Wie wir erfahren, hat Kaiser Wilhelm soeben die sofortige Mobilisierung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte angeordnet. Der Schritt Deutschlands ist die notgedrungene Antwort auf die drohenden kriegerischen Vorbereitungen Rußlands, die sich nach Lage der Dinge gegen uns nicht minder wie gegen unsern Bundesgenossen Österreich-Ungarn richten.‘

Dieses Blatt wurde um die Mittagszeit verbreitet. Sobald es in unsere Hände kam, reisten Ebert und Braun im Parteidienst nach Zürich ab. Wir konnten ihnen jedoch noch auf dem Bahnhof ein neues Flugblatt desselben ‚Berl. Lokalanz.‘ zustellen lassen, das folgenden Inhalt hatte: ‚Durch einen groben Unfug sind heute mittag Extrablätter des Berliner Lokalanzeiger verbreitet worden mit der Meldung, daß Deutschland die Mobil-[64]machung des Heeres und der Flotte angeordnet habe. Wir stellen fest, daß diese Meldung unrichtig ist.‘ Ob jemals die hinter diesem Treiben steckenden Kriegshetzereien gänzlich aufgedeckt werden können?⁸⁸

An diesem Tage, am 30. Juli, hatte das Proletariat in Deutschland den Kampf gegen den Krieg verloren. Vielleicht hatte es überhaupt keine Chancen eines Sieges gehabt. Lenin beurteilt die Situation später, sogar unter den Bedingungen der Existenz der Sowjetunion in den schon zitierten „Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag“ allgemein für das Proletariat: „Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: Wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.“⁸⁹

Die herrschende Klasse in Deutschland war in diesen Tagen niemals wirklich ernstlich durch

⁸⁷ A. Balabanova, „Erinnerungen und Erlebnisse“, Berlin 1927, S. 55 ff.

⁸⁸ Ph. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, Berlin 1921, S. 4 f.

⁸⁹ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, S. 978. [Werke, Band 33, S. 433]

die Aktionen des Proletariats behindert. Nicht einmal die Schwankungen innerhalb der herrschenden Klasse konnte die Arbeiterklasse als indirekte Kampfesreserve ausnutzen und jene so in ihren Kriegsvorbereitungen behindern.

Aber noch war die Arbeiterklasse nicht für den Krieg gewonnen. Noch war sie dem Krieg feindlich und stand der herrschenden Klasse im Kampf gegenüber.

Mit der deutschen Arbeiterklasse vom 30. Juli 1914 konnte man noch keinen Krieg derart, wie es die herrschende Klasse wollte, führen. [65]

KAPITEL III

DIE ENTSCHEIDUNG – 31. JULI BIS 2. AUGUST: SIEG, BETRUG, VERRAT

In seinem für die Geschichtsbetrachtung des zweiten Halbjahres 1914 so hervorragend wichtigem Werk „Klassenkampf gegen den Krieg“ bemerkt Karl Liebknecht: „Ende Juli trat in einer großen Zahl von Parteizeitungen ein völliger Umschwung ein“ – und sodann zitiert er die Presse vom 31. Juli und 1. August als Beweis der grundsätzlichen Wandlung in der Haltung zum Krieg.

In der gleichen Schrift ist ein Absatz der Reise von Hermann Müller am 31. Juli nach Paris gewidmet. Sie sollte in letzter Minute vielleicht noch eine Verständigung der beiden Arbeiterparteien zu gemeinsamer Tat herbeiführen. Aber dabei handelte es sich nur noch um eine Abschiedsgeste nach der Entscheidung, und obwohl Liebknecht die Vorgänge im einzelnen nicht genau kannte, schloß er seine Ausführungen völlig richtig: „So wenig er (Müller – J. K.) aus Berlin nach Paris gebracht hatte, ebensowenig brachte er aus Paris nach Berlin – nachdem der Krieg bereits ausgebrochen war.“

Kein Zweifel, daß in der Geschichte dieser Tage und Wochen vor Ausbruch des ersten Weltkrieges der 31. Juli eine entscheidende Wendung in der Arbeiterbewegung bringt.

Diese Wendung in der Arbeiterbewegung hängt mit der Wendung in der allgemeinen Lage zusammen: am 31. Juli wurde der Kriegszustand in Deutschland erklärt, dem am nächsten Tage die Mobilmachung folgte.

Diese Wendung in der Arbeiterbewegung entsprach den Bedürfnissen der herrschenden Klasse und war genau entgegengesetzt den Interessen der Arbeiterklasse.

Im folgenden gilt es, die Vorgänge im einzelnen zu untersuchen.

1. Die besondere Bedeutung der Kriegserklärung an Rußland

Bis zum 31. Juli war es der herrschenden Klasse in Deutschland gelungen, der Arbeiterklasse, den Massen der Werktätigen als friedfertig zu erscheinen. Schon das war ein bedeutender taktischer Erfolg des Klassenfeindes, der entscheidende strategische Auswirkungen haben sollte.

Entsprechend dem großen Geschick, das die deutsche herrschende Klasse im Kampf gegen die Arbeiterklasse zeigte – ganz im Gegensatz zu ihrer geradezu primitiven, [66] jämmerlich ungeschickten Kampfweise gegen ihre imperialistischen Konkurrenten im Ausland –, ging sie jetzt daran, den von ihr zur Auslösung zu bringenden Krieg als Verteidigungskrieg zu markieren und zugleich einen „Angreifer“ zu suchen, der der Arbeiterklasse als solcher „einleuchtete“.

Frankreich war der „Erbfeind“ – aber nur für Bourgeoisie und Kleinbürgertum. Für die deutsche Arbeiterklasse war Frankreich das Land der großen Revolution von 1789 und vor allem auch der Kommune.

England war der Arbeiterklasse zu fern. Sie hatte keine besonderen Beziehungen irgendwelcher Art zu diesem Lande.

Ganz anders Rußland. Hier lag die Chance der herrschenden Klasse. Bitter bemerkt Liebknecht später in seiner Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg“: „Dabei sei an zwei Tatsachen erinnert: an das Wort, das der Kriegsminister bei den Beratungen der Budgetkommission des Reichstages von 1913 gesprochen hatte: Der sozialdemokratische Antimilitarismus schrecke ihn nicht; wenn es heiße: ‚Gegen den Zarismus‘, so marschiere die ganze Sozialdemokratie. Und an die Bemerkung eines hohen deutschen Regierungsbeamten nach Ausbruch des Krieges: ‚Nicht wahr, unsere Parole gegen den Zarismus hat doch famos gewirkt?‘“

Rußland war viele Jahrzehnte hindurch im 19. Jahrhundert der „Gendarm Europas“ gewesen, der alle revolutionären Bewegungen in allen Ländern direkt oder indirekt, in Rußland selbst, in Polen, in Ungarn, in Preußen und anderswo unterdrückt bzw. zu unterdrücken geholfen hatte. Bis an ihr Lebensende betrachteten Marx und Engels das Rußland des Zarismus als den Hauptfeind des Fortschrittes – so wie uns heute umgekehrt die Sowjetunion der Hauptfreund allen Fortschritts ist.

Die russische Arbeiterbewegung war der deutschen ganz besonders eng verbunden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Ein Großteil der illegalen Bewegung von Genossen und schriftlich fixierter Gedanken der russischen Sozialdemokratie ging über die Grenzen Deutschlands nach Rußland. Die russischen Genossen konnten sich in ihrem Kampf auf die deutsche Partei stützen, die ihnen Druckereien und Verlag, Hilfe an der Grenze, illegales Asyl und mannigfache andere Unterstützung gab. Ein echter Zorn gegen den Zarismus, ein durch Tradition und durch Praxis der Gegenwart lebendiger Zorn erfüllte das deutsche Proletariat gegen die herrschenden Klassen Rußlands.

Also – argumentiert die herrschende Klasse Deutschlands – müssen wir Rußland als Angreifer darstellen, und das deutsche Proletariat wird zur Verteidigung herbeieilen.

Eine anschauliche und zynische Darstellung dieser Haltung der herrschenden Klasse gibt Bülow⁹⁰. „Warum erklärten wir schon am 1. August in überstürzter Hast an Rußland den Krieg? Der Grund hierfür wie für manchen anderen falschen diplomatischen Schachzug lag in der innerpolitischen Einstellung, richtiger gesagt in den innerpolitischen Ängsten des Kanzlers. Albert Bahn hat mir eine anschauliche Schilderung der Szene gegeben, die sich in seiner Gegenwart am Tage der Kriegserklärung an Rußland im Reichskanzlerpalais abspielte. Als Baum in den Gartensalon zu ebener Erde eintrat, in dem damals so furchtbare Entschlüsse gefaßt wurden, sah er den [67] Reichskanzler vor sich, den Kriegskanzler, wie man anfang, ihn zu nennen, der mit langen Schritten in großer Erregung im Zimmer auf und ab ging. Vor ihm saß an einem mit Folianten bedeckten Tisch der Geheime Rat Kriege. Kriege war ein fleißiger, ein gewissenhafter, ein eifriger Beamter. Er war, um einen Bismarckschen Ausdruck zu gebrauchen, ein sattelfester Jurist. Aber seine politische Begabung stand nicht auf der Höhe seines juristischen Wissens. Bethmann, so erzählte mir Baum, richtete von Zeit zu Zeit an Kriege die ungeduldige Frage: ‚Ist die Kriegserklärung an Rußland noch nicht fertig? Ich muß meine Kriegserklärung an Rußland sofort haben!‘ Der ganz verstört aussehende Kriege suchte inzwischen nach einem Simile in den bewährtesten Lehrbüchern des Völker- und Staatsrechts von Hugo Grotius ‚De jure belli ac pacis‘ bis zu Bluntschli, Heffter und Martens. Ballin erlaubte sich die Frage an den Reichskanzler: ‚Exzellenz, warum haben Sie denn eine so eno-o-orme Eile, Rußland den Krieg zu erklären?‘ Bethmann, die lange Unzulänglichkeit, wie ihn mit Witz der Sozialist Frank genannt hat, antwortete: ‚Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.‘“

*

Verfolgen wir den innenpolitisch wie außenpolitisch so überaus wichtigen Vorgang der Kriegserklärung an Rußland im einzelnen.

Das unmittelbare Vorspiel bis zum 31. Juli schildert die „Geschichte der Diplomatie“ so⁹¹: „Nachdem die russische Regierung beschlossen hatte, Serbien zu unterstützen, fühlte sie sich trotzdem nicht ganz sicher. Das ist auch kein Wunder. Die Reorganisation der russischen Streitkräfte war noch bei weitem nicht beendet, und Englands Standpunkt war nach wie vor nicht ganz klar. Sasonow war nervös. Bald schlug er vor, die Mächte sollten durch einen Kollektivschritt Österreich veranlassen, Serbien eine längere Frist für die Antwort zu setzen,

⁹⁰ Von Bülow, a. a. O., S. 167 f.

⁹¹ A. a. O., Bd. II, S. 307 und 309.

bald verlangte er, daß England und Italien in dem österreichisch-serbischen Konflikt die Vermittlung übernähmen. Am 28. Juli schließlich richtete der Zar an Wilhelm das Ersuchen, Österreich zu beschwichtigen. Alles war vergebens. Der Krieg rückte unaufhaltsam heran, denn das war es, was die Deutschen wollten. Da entschied die russische Regierung, es sei notwendig, so schnell wie möglich mobil zu machen. Die deutsche Diplomatie versuchte, die russischen Kriegsvorbereitungen hinauszuschieben. Wilhelm II. sandte am gleichen Tage – am 28. Juli – spätabends Nikolaus II. ein Telegramm, worin er versprach, auf Wien einzuwirken. Am 29. Juli erschien der deutsche Botschafter Pourtalès bei Ssasonow und las ihm ein Telegramm Bethmanns vor; dieser verlangte, Rußland solle alle militärischen Vorbereitungen einstellen, sonst werde Deutschland mobil machen müssen, und das könne leicht zum Kriege führen. ‚Jetzt habe ich keinen Zweifel mehr über die wahren Ursachen der österreichischen Intransigenz‘, warf Ssasonow Pourtalès hin, als er das Telegramm des Kanzlers angehört hatte. ‚Ich protestiere mit aller meiner Kraft, Herr Minister, gegen diese verletzende Behauptung‘, schrie Pourtalès. Die Gesprächspartner gingen sehr kühl auseinander. So heißt es in der Tagesaufzeichnung des russischen Außenministeriums in der von dieser Unterredung berichtet wird ... [68] Am 30. Juli, 5 Uhr nachmittags, begannen alle Apparate des Petersburger Haupttelegraphenamts zu klappern. Sie übermittelten in alle Militärbezirke den Ukas des Zaren über die allgemeine Mobilmachung. Am 31. Juli morgens wurde er öffentlich bekannt.“

Darauf sandte der Reichskanzler das folgende Telegramm an Pourtalès, den deutschen Botschafter in Petersburg⁹²: „Trotz noch schwebender Vermittlungsverhandlungen, und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen hatten, hat Rußland ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muß aber folgen, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte das sofort Herrn Ssasonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten. Ich weiß, daß Swerbejew gestern nach Petersburg telegraphiert hat, wir hätten mobil gemacht, was selbst bis zur Stunde nicht der Fall ist.“

Das Telegramm war in Berlin um 3 Uhr nachmittags aufgegeben und traf um 11.10 Uhr nachts in der deutschen Botschaft ein. Um 12 Uhr nachts teilte der Botschafter das Telegramm dem russischen Außenminister Ssasonow mit.

Die Frist zur Beantwortung der deutschen Note lief also um 12 Uhr mittags am 1. August ab. Was nun geschah, sei an Hand der ausgezeichneten Darstellung Kautskys wiedergegeben⁹³:

„Und um 1 Uhr schon wurde nicht die Mobilisierung angeordnet, sondern die Kriegserklärung nach Petersburg gesandt“ ... Sie wurde dem deutschen Botschafter in Petersburg in folgender Form übermittelt:

„Die k. Regierung hat sich seit Beginn der Krise bemüht, sie einer friedlichen Lösung zuzuführen. Einem von Sr. M. dem Kaiser von Rußland ausgesprochenen Wunsche nachkommend, hat sich S. M. der deutsche Kaiser gemeinsam mit England bemüht, eine Vermittlerrolle bei den Kabinetten von Wien und Petersburg durchzuführen, als Rußland, ohne die Ergebnisse davon abzuwarten, zur Mobilisierung seiner gesamten Land- und Seestreitkräfte schritt. Infolge dieser bedrohlichen, durch keine militärische Vorbereitung von deutscher Seite begründete Maßnahme sah sich das Deutsche Reich einer ernsten und unmittelbaren

⁹² „Deutsche Dokumente“ (in diesem Kapitel stets Bd. 3 zitiert), S. 9.

⁹³ K. Kautsky, a. a. O., S. 138 ff. Die offiziellen Dokumente gebe ich nicht in der Kautskyschen sondern in der offiziellen Übersetzung der „Deutschen Dokumente“.

Gefahr gegenüber. Wenn die k. Regierung es unterlassen hätte, dieser Gefahr zu begegnen, hätte sie die Sicherheit und sogar die Existenz Deutschlands aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Regierung sah sich daher gezwungen, sich an die Regierung Sr. M. des Kaisers aller Reußen zu wenden und auf die Einstellung der erwähnten militärischen Handlungen zu dringen. Da Rußland

dieser Forderung nicht nachgekommen ist

auf diese Forderung keine Antwort erteilen zu sollen geglaubt hat

und durch diese ^{Weigerung}_{Haltung} kundgetan hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland [69] gerichtet ist, beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Ew. Exz. mitzuteilen was folgt:

S. M. der Kaiser, mein erhabener Herrscher, nimmt im Namen des Reichs die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich.⁴

Begleitet wurde diese Kriegserklärung von folgendem Telegramm an Pourtalès:

„Falls die russische Regierung auf unsere Forderung keine befriedigende Antwort erteilt, so wollen Ew. Exzellenz ihr heute nachmittag 5 Uhr nach mitteleuropäischer Zeit folgende Erklärung überreichen“ ...

In der Erklärung selbst wurde ein Satz in zwei verschiedenen Fassungen mitgeteilt (sie sind beide aus dem Text ersichtlich als Wiedergabe über und unter dem Strich – J. K.), von denen diejenige gewählt werden sollte, die der Antwort Ssasonows entsprach.“

Die Formulierung des letzten Satzes der Kriegserklärung (man vergleiche auch oben die Darstellung Bülow's!) analysiert Kautsky so: „... Die Fassung des letzten Satzes der Proklamierung des Krieges hatte Schwierigkeiten gemacht. Ein Vorschlag war dahin gegangen zu sagen: ‚S. M. l'Empereur, mon auguste Souverain au nom de l'Empire declare accepter la guerre, qui Lui est octroyée.‘ (S. M. der Kaiser, mein erhabener Gebieter, erklärt im Namen des Reiches, den Krieg aufzunehmen, der ihm aufgezwungen ist.) Das war schlechtes Französisch, denn oktroyieren heißt nur im deutschen Sprachgebrauch ‚aufzwingen‘, im französischen heißt es ‚gewähren‘ oder ‚bewilligen‘. Vielleicht aus diesem Grunde setzte man an Stelle des ‚octroyée‘, ‚forcée sur lui‘, was in besserem Französisch ‚aufgezwungen‘ sagte. Aber die Schwierigkeit lag nicht in den Worten, sondern in der Sache. Man fühlte, daß man nach dem ganzen Vorgang den Krieg unmöglich als einen aufgezwungenen bezeichnen könne. Erst später, als die nötige Hurrastimmung erzeugt war, fand man den Mut dazu. So wählte man die oben mitgeteilte verzwickte Form (S. M. l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire rehmve le défi et Se considère en état de guerre avec la Russie). Aus dem ‚Aufzwingen des Krieges‘ wurde eine bloße ‚Herausforderung zum Krieg‘, den der Kaiser als ausgebrochen ‚betrachtet‘. In dieser schwächlichen und verschrobenen Form wurde die Erklärung des furchtbarsten aller Kriege begründet, der nur durch die zwingendsten Motive zu rechtfertigen gewesen wäre. Aber die waren nicht aufzutreiben, obwohl seit dem Beginn der Krise Bethmanns dringendste Sorge die gewesen war, Rußland ins Unrecht zu setzen und ihm die ganze Verantwortung für den kommenden Krieg zuzuschieben.“

Am nächsten Tag, am 1. August sandte der deutsche Botschafter in Petersburg um 8 Uhr abends folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt⁹⁴: „Ich habe nach Entzifferung um 7 Uhr russischer Zeit Herrn Ssasonow dreimal hintereinander gefragt, ob er mir die im Telegramm Nr. 153 verlangte Erklärung, betreffend Einstellung der Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich, geben könne. Nach dreimaliger Verneinung dieser Frage habe ich befohlene Note übergeben.“

⁹⁴ „Deutsche Dokumente“, S. 83.

[70] Was sich hinter dieser kurzen Mitteilung der Übergabe der Kriegserklärung an diplomatischem Mißgeschick noch abspielte, schildert Kautsky: „So eilig hatte es Herr von Pourtalès mit deren Überreichung, daß er gar nicht merkte, sie enthalte eine doppelte Fassung des Grundes, aus dem Deutschland den Krieg erklärte. Beide Fassungen wurden der russischen Regierung übergeben, wohl ein Unikum bei einer Kriegserklärung.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland nicht nur den Krieg gegen Rußland ausgelöst hat, sondern sich dabei aus innenpolitischen Gründen, zum Betrug der Arbeiterklasse, in unglaublichster Weise überstürzt hat.

*

Die vorbereitende und dabei schon direkte Einwirkung auf die Arbeiterklasse in der Richtung, daß Rußland als der Hauptschuldige erscheinen soll, geschieht schon am 26. Juli in äußerst raffinierter Weise. An diesem Tage wurde Hugo Haase ins Preußische Innenministerium berufen. der Reichskonferenz der Sozialdemokratie von 1916 berichtete er darüber unter anderem folgendes⁹⁵: „Ich bin am 26. Juli 1914, und zwar zum erstenmal in meinem Leben, in das preußische Ministerium des Innern bestellt worden. Es wurde mir mitgeteilt, daß mit mir zusammen auch Ebert eingeladen worden sei. Da ich wußte, daß Ebert auf Reisen war und da auch Scheidemann und Molkenbuhr nicht in Berlin waren, habe ich sofort an Braun telegraphiert, damit er als zweiter an dieser Unterredung teilnehme. Bei dieser Unterredung handelte es sich gar nicht um die Kredite und nicht um die Frage, wie die Sozialdemokratie sich im Falle eines Krieges verhalten würde, sondern lediglich um die von der Sozialdemokratie angekündigten Protestversammlungen gegen den drohenden Krieg. Es wurde mir im Ministerium mitgeteilt, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Versammlungen zu unterdrücken, denn dazu habe sie gar nicht das Recht. Aber sie halte es doch für notwendig, uns über die politische Situation aufzuklären, damit nicht gerade aus diesen Versammlungen eine Gefahr für den Frieden entstehe. Dabei wurde von der Regierung mitgeteilt, sie hätte genaue Informationen darüber, daß die panslawistische Strömung in Rußland sehr stark sei; es komme alles darauf an, ob sie die Überhand gewönne oder nicht. Unsere Redner sollten es deshalb unter allen Umständen vermeiden, durch irgendeine unvorsichtige Bemerkung dieser panslawistischen Strömung in Rußland Nahrung zu geben.“

Man beachte das ganze Raffinement – wie recht haben Lenin, Rosa Luxemburg und andere wahre Kämpfer gegen den Krieg, wenn sie so oft das Wort „raffiniert“ für die herrschende Klasse in diesem Zusammenhang verwenden! –, mit dem die Regierung vorgeht. Noch ist es nicht an der Zeit, von Rußland als Feind und Angreifer offen zu sprechen. Also ermahnt man offiziell die Sozialdemokratie: doch ja nicht die reaktionärsten Kreise in Rußland zu reizen. Und wenn Rußland später dann doch [71] „angreift“ – nun dann ging diesem Angriff eine Zeit „gemeinsamer Zurückhaltung von Regierung und Sozialdemokratie“ voran. –

Am 28. Juli hatte der „Vorwärts“ noch geschrieben: „Nicht der Zarismus ist in diesem Augenblick die schlimmste Kriegsgefahr, sondern das übelberatene Österreich.“ Ja mehr! Dieser Feststellung auf der ersten Seite folgt eine ausführliche Analyse der Situation (auf S. 5 f.) unter der Überschrift „Der Krieg“, in der es heißt: „Ist jetzt nicht der Moment gekommen, dem Zarismus den Todesstoß zu versetzen? Wird nicht die Revolution in Rußland zum Siege gebracht, wenn deutsche Armeen die russische Grenze überschreiten? Haben nicht Marx und Engels stets den Krieg gegen Rußland gefordert? Hat nicht Bebel erklärt, wenn es gegen Rußland ginge, würde er selbst die Flinte auf den Buckel nehmen? Das ist richtig. Aber Bebel hatte die Abwehr eines russischen Angriffskrieges gegen Deutschland im Auge. Der ist jetzt nicht in Frage. Rußland würde nur Österreich den Krieg erklären. Marx und Engels wie-

⁹⁵ „Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916, herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, Berlin 1916, S. 60 f.

der dachten stets bei einem Krieg gegen Rußland an einen Krieg der vereinigten Westmächte. Ein solcher wäre jetzt ausgeschlossen. Mehr noch, und das ist das Entscheidende: Der Krieg Deutschlands gegen Rußland würde gleichzeitig auch ein Krieg gegen Frankreich, und ein solcher wäre das größte Unglück für die beiden Nationen, für die gesamte Menschheit. Ihm entgegenzuwirken, ist unsere ganze Kraft aufzubieten. Endlich: Ist es sicher, daß die russische Revolution zum Siege geführt wird, wenn deutsche Armeen die russische Grenze überschreiten? Dieser Akt kann wohl den Zusammenbruch des Zarismus herbeiführen, aber werden die deutschen Armeen ein revolutionäres Rußland nicht noch mit größerer Energie bekämpfen und niederzuwerfen suchen als das absolutistische? Die Revolution in Rußland ist auf dem Marsch, auch ohne den Krieg mit Deutschland, und dieser wäre ein zu teurer Preis für ihre Beschleunigung und obendrein wäre der schließliche Erfolg ein zu unsicherer.“

Klug wird hier die Argumentation des Klassenfeindes vorausgesehen. Doch wurde diese Argumentation der deutschen Imperialisten, ihre Taktik, auch schon früher in Betracht gezogen. Im „Mitteilungsblatt der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins“ hieß es bereits am 11. Dezember 1912: „Hinter dem kleinen Serbien steht Rußland. Versagt also die Roßtäuscherkunst der Diplomaten, geht der Wahnwitz der Herrschenden so weit, die Kriegsbestie zu entfesseln, dann tritt nach Herrn v. Bethmann Hollwegs Versicherung Deutschland mit ‚schimmernder Wehr‘ an Österreichs Seite. Frankreich ist aber dank der Bündnispolitik der herrschenden Klassen Europas Rußland zur Waffenhilfe verpflichtet, und auch England wird bei dem allgemeinen Kriegstanze nicht Mauerblümchen spielen wollen.“

Von irgendeiner spezifischen Aggressivität Rußlands ist hier keineswegs die Rede. Ganz nüchtern werden vielmehr die imperialistischen Allianzen analysiert, und daraus wird ganz richtig gewissermaßen die Reihenfolge der möglichen Kriegseintritte konstruiert.

Ja, noch früher und besonders klar äußerte sich schon auf dem Essener Parteitag 1907 Lensch, als er gegen Noske erklärte⁹⁶: „Noch in den 70er Jahren war es eben [72] falls Bebel, der im Deutschen Reichstag häufig sagte: Der Todfeind der gesamten europäischen Kultur und auch der deutschen Demokratie, soweit wir eine solche haben, ist das russische Zarentum. Wenn es gegen den russischen Zarismus geht, versteht es sich, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in diesem Kampfe ihre Pflicht tut. (Sehr richtig!) Aber das war in den 70er, 80er, 90er Jahren. Inzwischen jedoch hat sich eine Tatsache vollzogen, von der Genosse Noske nichts gemerkt zu haben scheint. Das ist nämlich der Ausbruch der russischen Revolution. Dadurch ist der russische Zarismus ausgeschieden als Todfeind, als wirkungsvoller Feind; er liegt zerbrochen am Boden. (Widerspruch.) Der russische Militarismus ist keineswegs mehr imstande, einen großen europäischen Krieg zu führen, weil er sich zu einer Schutztruppe des Zarismus im Inland selber verwandelt hat. In einer solchen politischen Situation ist dieselbe Erklärung, bereitwillig einen Krieg zu führen, die früher ein Bekenntnis zur Revolution war, jetzt nach dem Ausbruch der russischen Revolution zu einem Bekenntnis zur europäischen Reaktion geworden. Wenn wir jetzt erklären, wir würden einem solchen Kriege zustimmen, so vergessen wir, daß inzwischen sich große historische Wandlungen vollzogen haben.“

Damals also schon eine historisch und politisch völlig berechtigte Absage an die früher durchaus richtige Linie: gegen die reaktionärste Macht Europas, den russischen Zarismus.

Und nun zurück zum „Vorwärts“ vom 28. Juli. Wie ist es aber, wenn man Rußland in Frieden läßt und ihm freie Hand im Osten gibt? Ist das nicht deutsche Hilfe an den Zarismus? Der „Vorwärts“ bemerkt: „Wenn aber Deutschland Österreich im Stiche ließe, hieße das nicht, dem Zarismus zu einem großen Erfolge zu verhelfen, ihn neu zu befestigen? Muß nicht die

⁹⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Essen, Berlin 1907, S. 233.

Zurückhaltung Deutschlands Rußland geradezu ermuntern, Österreich den Krieg zu erklären? Und würde ein zu gewaltiger Sieg Rußlands Deutschland nicht schließlich zwingen, einzugreifen? Würde also seine anfängliche Zurückhaltung nicht den Weltkrieg schließlich erst recht unvermeidlich machen? Bietet nicht Deutschlands entschlossener Wille, keine russische Intervention zu dulden, die einzige Möglichkeit, den Konflikt zu lokalisieren? Es scheint unmöglich, für diesen Zwiespalt der Argumente eine befriedigende Lösung zu finden. Sie wird auch kaum gefunden werden, wenn man die Dinge ausschließlich vom deutschen Standpunkt aus betrachtet. Die Dinge gewinnen aber ein anderes Gesicht, wenn wir an sie vom internationalen Standpunkt herangehen. Dieselbe Verlegenheit, in der wir in Deutschland sind, erhebt sich für unsere Genossen in Frankreich. Sie ist zu beseitigen, wenn Deutschland und Frankreich einig vorgehen. Darin liegt die einzige Möglichkeit, den Frieden zu erhalten ... Diese Politik müßte sich den beteiligten Regierungen von selbst aufdrängen, wenn sie einigermaßen klug und weitsichtig sind. Indes gibt es in jeder regierenden Schicht, die sich auf ein großes stehendes Heer und ein starkes Offizierkorps stützt, stets eine Partei, die gewillt ist, jeden Konflikt zu einem kriegerischen Austrag zu treiben. Und der Weg, der zur Erhaltung des Friedens zu gehen wäre, ist neu. Wir dürfen uns auf die Weisheit der Regierungen nicht verlassen. Das Proletariat Deutschlands und Frankreichs hat vielmehr alle Kraft aufzubieten, die Regierungen der beiden Staaten dahin zu drängen, daß sie ihren Bundesgenossen, gerade wegen des Bündnisvertrages Mäßigung aufzuzwingen. Noch besteht nicht die Diktatur des Proletariats, noch können wir nicht die äußere Politik ganz nach unserem Willen lenken, aber bereits bildet es eine Macht, die ausschlaggebend werden kann in Fällen, in denen die Waage schwankt, in denen die herrschenden Klassen noch nicht geschlossen auf eine bestimmte Politik eingeschworen sind, und in denen sie der moralischen Unterstützung der Massen bedürfen. Diese, unsere Macht zu entfalten und zu benutzen, im Interesse des Friedens, im Interesse des Vaterlandes, das vor den Schrecken des Krieges zu schützen ist, im Interesse der Menschheit unsere ganze Kraft bis zum letzten Nerv anzuspannen, ist unsere heilige Pflicht geworden.“

So der „Vorwärts“ vom 28. Juli! noch zwei Tage nach der Unterredung mit Haase. Aber das Gift begann bereits zu wirken.

„Eine raffinierte Regie hatte es verstanden, mit erstaunlicher Geschicklichkeit Rußland in die Rolle des frechen Friedensstörers zu schieben“, schrieb Karl Liebknecht im „Klassenkampf gegen den Krieg“.

An diesem 28. Juli war bereits ein unglaublicher frecher Vorstoß von seiten der Militärs erfolgt – über einen Rechten, den Reformisten (und späteren Revolutionär) Kurt Eisner. An diesem Tage erschien auf eine telephonische Information von seiten Eisners ein Extrablatt der „Chemnitzer Volksstimme“ folgenden Inhalts⁹⁷: „Wie wir aus absolut sicherer Quelle erfahren, steht das Eingreifen Rußlands in den österreichisch-serbischen Konflikt unmittelbar bevor. Deutschlands Antwort wird die sofortige Kriegserklärung sein. Die Mobilmachung in Deutschland erfolgt wahrscheinlich schon morgen, ohne allen Zweifel noch im Laufe dieser Woche.“

Eisner schreibt dazu erklärend: „Ich war, wie man sieht, schon am 28. Juli 1914 in der Lage, die Begründung der deutschen Kriegserklärung zu geben, wie sie dann am 3. August im Weißbuch und am 4. August im Reichstag gegeben wurde: Die deutsche Kriegserklärung als Antwort auf das ‚Eingreifen‘ Rußlands. Der nicht ganz unbedeutende Unterschied zwischen der späteren offiziellen Begründung und meiner Meldung vom 28. Juli besteht lediglich darin, daß ich nicht von der russischen Mobilmachung sprach, sondern – allgemein und bestimmt – vom russischen ‚Eingreifen‘. Ich gab diese Begründung so, wie ich sie von meinem

⁹⁷ Vgl. zum folgenden: K. Eisner, „Unterdrücktes aus dem Weltkriege“, München, Wien, Zürich 1919, S. 13 ff.

Gewährsmann erhalten hatte, und ich glaubte – damals, vor Ausbruch des Krieges! – an sie. Diese Anschauung von den Zusammenhängen des europäischen Konflikts entsprang nicht etwa einer Überrumpelung des Augenblicks. Sie beruhte auf einer seit Herbst 1912 unablässig genährten Meinung. Der Hinweis auf einen bevorstehenden russischen Überfall wurde in den eingeweihten militärischen und politischen Kreisen Münchens seit dem Herbst 1912 unablässig wiederholt ... Im Parteivorstand, dem meine Information von der unmittelbar bevorstehenden Mobilmachung gleichzeitig zuzuging, war die Verblüffung so groß, daß die Äußerung fiel, ich sei verrückt geworden.“

Erich Kuttner erläuterte die Quelle der „Information“ Eisners deutlicher im sogenannten Dolchstoßprozeß: „In den letzten Tagen des Juli 1914 lief durch Kurt Eisner, offenbar mit Willen oder auf Wunsch des bayerischen Kriegsministeriums, eine Information ein, daß der Ausbruch des Weltkrieges unvermeidlich sei, weil Rußland im [74] österreichisch-serbischen Konflikt sich nicht passiv verhalte. Bis Ende der Woche – die Mitteilung Eisners erfolgte am 28. Juli – werde Deutschland mobilisieren. Eisner bat uns, Gewicht darauf zu legen, daß die Haltung Rußlands den Krieg automatisch herbeiführe. Wir sollten diese Mitteilung nicht nur für uns verwerten, sondern sie an alle Parlamentarier und Parteiredakteure weitergeben. Wir haben am 28. Juli auf Grund dieser Information ein Flugblatt erscheinen lassen, des Inhalts, daß der Krieg unvermeidlich sei infolge der russischen Haltung und des zu erwartenden russischen Angriffs. Da Eisner gebeten hatte, unsere Quelle nicht bekanntzugeben, datierten wir das Flugblatt aus Berlin. Im Anschluß an diese Information schrieb mein Kollege Heilmann zwei oder drei Tage später in der ‚Chemnitzer Volksstimme‘ einen Artikel: Der Krieg ist unvermeidlich. Wollen wir siegen? die Antwort kann nur sein: Ja!“⁹⁸

An diesem 28. Juli nimmt die Reichsregierung auch schon selbst direkt Fühlung mit der Partei – worüber wir einige Seiten später genauer berichten werden. Und drei Tage danach ist die Wendung endgültig vollzogen.

Am 31. Juli bringt ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse die erstrebten Stellungen gegen Rußland, das als Angreifer gebrandmarkt wird.

Die „Rheinische Zeitung“ schreibt: „Im Osten droht unserem Volke die furchtbare Gefahr russischer Barbarei.“

Die „Pfälzische Post“: „Wir wollen den Frieden, aber wir wollen ein Deutschland, das frei ist vom russischen Knutenregiment.“

Die „Frankfurter Volksstimme“: „Die deutsche Sozialdemokratie hat seit langem das Zarentum bezichtigt, als den blutigen Hort der europäischen Reaktion, seit der Zeit, da Marx und Engels mit geschärften Blicken jede Bewegung dieses barbarischen Regiments verfolgten, bis heute, wo es die Gefängnisse mit politischen Verbrechern füllt und doch vor jeder Arbeiterbewegung zittert. Nun käme die Gelegenheit, unter den deutschen Kriegsfahnen mit dieser fürchterlichen Gesellschaft abzurechnen ... Müßten sie (die deutschen Arbeiter) sich aber noch der Mehrheit und Gewalt fügen – ihre ganze Energie und ihre ganze Sehnsucht als Krieger im Felde würde sich zuwenden dem Sturz des Zarentums und seines Blutregiments Jubeln würde es im Felde über jede Wunde, die die russischen Arbeitsbrüder ihrer Regierung beibrächten, während die Kriegssäulen von außen heranrückten Und eine Art Versöhnung wäre es für die deutschen Arbeiter mit dem Unvermeidlichen, wenn unter jenem gewaltigen Stoß von innen und außen die Schandwirtschaft des russischen Kosakentums auf dem Throne zusammenkrachte.“

⁹⁸ Nach F. Fechenbach, „Kurt Eisner – der Revolutionär“, Berlin 1929, S. 11, soll Eisner die Nachricht nicht direkt vom bayerischen Kriegsministerium, sondern von diesem über den Führer der Landtagsfraktion Adolf Müller erhalten haben.

Und so geht es weiter in der Presse dieses Tages und der folgenden Tage und Wochen.

Mit welcher Bitterkeit schreibt Rosa Luxemburg später in ihrer Junius-Broschüre⁹⁹: „So hallte es aus der deutschen Parteipresse in vielstimmigem Chor. Die deutsche Regierung ging im Anfangsstadium des Krieges auf die angebotene Hilfe ein: sie steckte sich mit lässiger Hand den Lorbeer des Befreiers der europäischen Kultur an den [75] Helm. Ja, sie bequeme sich, wenn auch mit sichtlichem Unbehagen und ziemlich plumper Grazie, zur Rolle des ‚Befreiers der Nationen‘. Die Generalkommandos ‚fun die beide graüße Armees‘ haben sogar – ‚Not kennt kein Gebot‘ – zu mauscheln gelernt und krauten in Russisch-Polen die ‚Schnorrer und Verschwörer‘ hinter die Ohrsocken. Den Polen wurde gleichfalls ein Wechsel auf das Himmelreich ausgestellt, für den Preis natürlich, daß sie gegen ihre zarische Regierung denselben ‚Hochverrat‘ in Massen begehen, für dessen angeblichen Versuch der Duala Manga Bell in Kamerun unter dem Kriegslärm sang- und klanglos und ohne lästige Gerichtsprozedur gehängt wurde. Und all diese Bärensprünge des deutschen Imperialismus in Nöten machte die sozialdemokratische Parteipresse mit. Während die Reichstagsfraktion mit diskretem schweigen die Leiche des Duala-Häuptlings zudeckte, erfüllte die sozialdemokratische Presse die Luft mit jubelndem Lerchengesang über die Freiheit, die von ‚deutschen Gewehrkolben‘ den armen Opfern des Zarismus gebracht werde. Das theoretische Organ der Partei, ‚Die Neue Zeit‘, schrieb in der Nummer vom 28. August: ‚Die Grenzbevölkerung in Väterchens Reich hat mit jubelndem Zuruf die deutschen Vortruppen begrüßt – denn was in diesen Strichen an Polen und Juden sitzt, hat den Begriff Vaterland immer nur in Gestalt von Korruption und Knute zu schmecken bekommen. Arme Teufel und wirklich vaterlandslose Gesellen, hätten diese geschundenen Untertanen des blutigen Nikolaus, selbst wenn sie die Lust dazu aufbrächten, nichts zu verteidigen als ihre Ketten, und darum leben und weben sie jetzt in dem einen Sehnen und Hoffen, daß deutsche Gewehrkolben, von deutschen Fäusten geschwungen, das ganze zarische System ehesten zerschmettern möchten ... Ein zielklarer politischer Wille lebt auch, während sich die Donner des Weltkrieges über ihren Häuptern entladen, in der deutschen Arbeiterklasse: sich der Bundesgenossen der östlichen Barbarei im Westen zu erwehren, um zu einem ehrenvollen Frieden mit ihnen zu gelangen, und an die Vernichtung des Zarismus den letzten Hauch von Roß und Mann zu setzen.‘ Nachdem die sozialdemokratische Fraktion dem Kriege den Charakter einer Verteidigung der deutschen Nation und Kultur angedichtet hatte, dichtete ihm die sozialdemokratische Presse gar den Charakter des Befreiers fremder Nationen an. Hindenburg wurde zum Vollstrecker des Testaments von Marx und Engels.“

Worin besteht genau die Raffinesse der herrschenden Klasse Deutschlands in der Herbeiführung der Wendung vom 28. Juli zum 31. Juli?

Sie besteht darin, daß die herrschende Klasse anknüpfend an die Tradition des Hasses des Zarismus in der deutschen Arbeiterbewegung durch Falschnachrichten Rußland zum Angreifer gegen Deutschland stempelt und der deutschen Arbeiterklasse die Aufgabe, das Vaterland mitverteidigen zu helfen, stellt.

Gegen die Lüge der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung aber ist die Arbeiterklasse unter den Bedingungen der Herrschaft eines einheitlichen kapitalistischen Weltsystems bei Ausbruch des Krieges (natürlich nicht in seinem Verlauf!) zunächst zumeist hilflos. Ja, noch 1922 schrieb Lenin in seinen „Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag“ die ungeheuerlichen Worte – ungeheuerlich, wie es nur die bitterste Wahrheit gegenüber Phrasengedresch sein kann¹⁰⁰: „Man muß ins-[76] besondere die Bedeutung des Umstandes klarlegen, daß die ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die

⁹⁹ R. Luxemburg, „Ausgewählte Reden und Schriften“, I. Bd., Berlin 1951, S. 329 f.

¹⁰⁰ W. I. Lenin, a. a. O., S. 978 f. [Werke, Bd. 33, S. 433-437]

gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird ... Vielleicht besteht das hauptsächlichste Mittel zur Hineinziehung der Massen in den Krieg gerade in den Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und besteht der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegen den Krieg erklärt, darin, daß wir entweder diese Sophismen nicht im vorhinein zergliedern oder, mehr noch, daß wir sie mit der billigen, prahlerischen und gänzlich hohlen Phrase abtun, wir würden den Krieg nicht zulassen, wir verstünden vollkommen den verbrecherischen Charakter des Krieges usw. im Geiste des Baseler Manifestes von 1912.“

Machtlosigkeit gegen den Krieg! natürlich, auch in dieser Zeit, nur gegen seinen Ausbruch – niemals gegen seine Beendigung auf revolutionärem Wege! Haben doch gerade die Bolschewiki unter der Führung Lenins bewiesen, wie die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, trotz aller Machtlosigkeit gegen den Ausbruch des ersten Weltkrieges diesen auf revolutionärem Wege zu Ende bringen kann! –

Die so schnelle „Bekehrung“ breiter Schichten der Arbeiterklasse zur Vaterlands Verteidigung gegen Rußland sei noch an einem persönlichen, an einem Einzelbeispiel illustriert – denn nur, wenn wir ganz konkret zu sehen, zu beobachten lernen, werden wir diesen Vorgang verstehen können.

Konrad Haenisch, bis zum August 1914 ein Mitglied der Linken, der dann zur Rechten überschwenkte schrieb in seinem Buche „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“¹⁰¹: „Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem ersten und vierten August 1914 zu durchleben hatte. Aus der denkbar schroffsten innerpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen alle übrigen Parteien, wie wir sie eben kurz zu skizzieren suchten, mußte sie sich im Sturmgebraus wildester Ereignisse innerhalb weniger Stunden hineinfinden in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes. Und auf der anderen Seite: noch waren Papier und Federn nicht trocken von den flammenden Aufrufen für den Frieden, noch war die Luft durchzittert von den leidenschaftlichsten Protestreden der Arbeiterführer gegen den Krieg, als das furchtbare Gebot des Augenblicks dieselben Federn, dieselben Redner zwang, das deutsche Volk in nicht weniger feurigen Worten aufzurufen zum Kampfe gegen die von Osten wild heranflutenden Horden des Zarismus. Kaum jemals in der Geschichte hat die zermalmende Wucht einer welthistorischen Tatsache in so kurzer Zeit das ganze Denken und Fühlen von Millionen von Menschen so von Grund aus revolutioniert, wie in diesem Falle. An einer späteren Stelle dieser Schrift wird untersucht werden, ob der vielfach erhobene Vorwurf berechtigt ist, daß mit diesem in seiner Art schlechterdings beispiellosen Frontwechsel der ersten Augusttage die deutsche Sozialdemokratie sich selbst untreu geworden sei, daß sie schnöden Verrat geübt habe an ihren heiligsten Grundsätzen, daß sie die besten Überlieferungen ihrer Vorkämpfer, daß sie ihre ganze Vergangenheit mit Füßen getreten habe. Hier soll nur gezeigt werden, welches Moment [77] in erster Linie die ungeheure Kraft und die Schnelligkeit dieses Stimmungs- und Frontwechsels erklärt, den in jenen Augusttagen die deutsche Sozialdemokratie durchmachte. Es war, um es mit einem Worte zu sagen, die Tatsache, daß die Gefahr von Osten her drohte, daß dem gesamten deutschen Volke Rußland als der Angreifer und Hauptfeind erschien. Wäre etwa drei Jahre früher, im Hochsommer 1911, als die Marokkokrise im Zeichen des Panthersprunges nach Agadir ihren letzten Höhepunkt erreicht hatte und der Friede Europas an einem Haare hing, wäre, sagen wir, damals der Krieg ausgebrochen, so hätte sich seine Hauptfront gegen Westen gerichtet. Ein Krieg aber, der vornehmlich aus kolonialen Konflikten mit den Westmächten herausgewachsen wäre, hätte nimmermehr in ähnlicher Weise gezündet wie dieser Krieg, bei dem von Osten her die Lebensinteressen

¹⁰¹ K. Haenisch a. a. O., Berlin 1916, S. 14 f. und S. 19.

Deutschlands unmittelbar bedroht erschienen, bei dem der Stahl des Feindes gegen das Herz des Landes selbst gezückt war ... Es geht gegen Rußland! Nieder mit dem Zarismus!

Diese Parole war es, die damals den Krieg mit einem Schlage in unserem ganzen Lande so ungeheuer volkstümlich machte. Sie war es, die auch Millionen sozialdemokratischer Volksgenossen mit heller Begeisterung zu den Fahnen trieb, die in dem Zeitraum weniger Stunden alles das bei uns tief ins Unterbewußtsein hinabdrängte, was uns eben noch von den anderen Klassen und Parteien des Reiches getrennt hatte.“

Jedes Wort dieses zum Feinde der Arbeiterklasse Gewordenen ist subjektiv ehrlich. Folgendes erzählt der Genosse Hermann Duncker, der viele, viele Jahre hindurch bis zu Beginn des August 1914 Haenischs bester Freund gewesen – Kastor und Pollux hießen die beiden in der Partei.

Haenisch war im Juli in völlig erschöpftem Zustand abwesend von Berlin in einem Sanatorium zur Erholung. Dort hört er, daß die Revolution gegen den Krieg in Berlin ausgebrochen sei. Er stürzt aus dem Sanatorium auf die Bahn, und fährt nach Berlin, um am revolutionären Kampf gegen den Krieg teilzunehmen.

Auf dem Bahnhof in Berlin begegnet er Genossen, die ihm erzählen, die Russen seien im Osten eingefallen – er eilt nach Hause und trifft auf der Straße in Steglitz, wo sie beide wohnen, Hermann Duncker. Erregt schütteln sie sich die Hände. Haenisch spricht vom Einfall der Russen und der Notwendigkeit, das Vaterland zu verteidigen ... Hermann Duncker versucht vergeblich, ihn von der falschen Linie abzubringen.

Ohne sich die Hand zu geben, gehen diese beiden Freunde auseinander – und niemals wieder werden sie sich die Hand reichen.

So wirkte die Lüge von dem Einfall Rußlands. So bemächtigte sich die bürgerliche Phrase von der Vaterlands-Verteidigung „an sich“ eines ehrlichen Revolutionärs und machte ihn zum Feind des Friedens, zum Feind der Arbeiterklasse – auf dem Wege vom Bahnhof zur Wohnung!

2. Der Verrat der Führung

Am 26. Juli hatte sich die Regierung den graden und sauberen Haase kommen lassen, um das Gift der antirussischen Stimmung auf raffinierteste Weise in die Organe der Partei zu spritzen.

[78] Am 28. Juli bestellte sich der Reichskanzler den Verräter Südekum, um mit ihm über die Möglichkeit und das Ausmaß eines Massenverrats der Führung der Sozialdemokratie im Kriegsfall zu diskutieren – wobei selbstverständlich die Linie der Warnung vor Rußland nicht vergessen wurde.

Bis 1956 war über diese Unterhaltung an Einzelheiten nur bekannt, was Grotjahn in seinen Erinnerungen tagebuchartig veröffentlicht hatte¹⁰²: „Mittwoch den 29. Juli 1914. Vormittags in Zehlendorf. Südekum, sichtlich erregt, begleitet mich nach dem Bahnhof und erzählt, daß er gestern telephonisch zum Reichskanzler Bethmann Hollweg gerufen wurde. Die Unterredung dauerte von 2 bis 3½ Uhr. Der Kanzler sagte, daß die Kriegsgefahr drohend würde. Er täte, was er könne, um den Krieg zu vermeiden Aber es gäbe auch eine Kriegspartei bei uns. Er sprach dann über die Haltung der auswärtigen leitenden Minister. Ssasonow in Petersburg sei ein nervös überreizter Mensch, von dem man sich Plötzlicher Entschlüsse, die sofort alles ins Rollen bringen könnten, vergegenwärtigen müsse. In Wien herrsche auch mehr der Affekt als der Vorstand. Der Mann, auf den man sich noch am meisten verlassen könnte, wäre Grey, aber der würde eben auch gezwungen, englische und nicht deutsche Politik zu machen. Südekum ist überzeugt, daß der Kanzler den Krieg nicht will.“

¹⁰² A. Grotjahn „Erlebtes und Erstrebtes“ Berlin 1932. S. 150.

1956 veröffentlichte Dieter Fricke einen von ihm gefundenen Briefwechsel zwischen Südekum und Reichskanzler anlässlich des Besuches am 28. Juli, der hier wiedergegeben sei¹⁰³:

„Original

„Rk.“ 3379, pr. 29. Juli 1914

Zehlendorf bei Berlin
39 Prinz Handjerystraße

Euer Excellenz

mache ich hierdurch Mitteilung über den Verlauf meiner Unterredung mit den Mitgliedern des Vorstands der Soziald. Partei nach unserem heutigen Gespräch und gebe diese mit der vollkommenen Offenheit, die ich der Sache und Euer Excellenz persönlich schulde.

Ich traf im Bureau des Partei-Vorstandes die Herren Ebert, Braun, Müller, Bartels und den Reichstagsabg. R. Fischer-Berlin Herr Scheidemann ist in Berlin, war aber abwesend. Herr Haase ist noch in Brüssel, wird aber morgen zurückerwartet.

Zunächst trug ich mit möglicher Genauigkeit diejenigen Teile der mir gemachten Eröffnungen vor, die nicht, wie Äußerungen über die Persönlichkeit und Stimmung von Fürsten und Staatsmännern, als direkt vertraulich bezeichnet worden waren.

Bei der dann folgenden Aussprache erhielt ich zunächst die Bestätigung meiner Bemerkung, daß – gerade aus dem Wunsche heraus, dem Frieden zu dienen – keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten sei.

Der Seiner Verantwortung durchaus bewußte Part.-Vorstd. erkennt ferner die Notwendigkeit einer Vermeidung von zweideutigen oder mißverständlichen Äußerungen [79] in der Presse, die von den Kriegsparteien in den verschiedenen Ländern dolos oder Bona fide ausgenützt werden könnten, an und ist bemüht, diese seine Auffassung auch den Redakteuren der Parteiztg. zu übermitteln. Was die von Ew. Excllz. angezogenen Sätze aus dem heutigen Vorwärts anlangt, so scheinen sie in der Tat einer etwas absonderlichen Auffassung jenes Worts zu entspringen, daß der Mensch die Sprache hat, um seine Gedanken zu verbergen, d. h. sie bedeuten eigentlich nichts, sollen vielmehr nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die für Frieden eintretenden Volkskreise auf der Wacht sein mögen, um nicht das Feld den anderen allein zu überlassen.

Auf dem Bureau des Part.-Vorst. erfuhr ich, daß Dr. R. Hilferding, Redakteur am Vorwärts, als österreichischer Staatsangehöriger einen Ausweisungsbefehl erhalten hat. Ich darf mir wohl die Freiheit nehmen, darzulegen, daß und warum ich im Interesse der Sache diese Maßnahme der preuss. Regierung beklage. Dr. Hilferding, der übrigens seit 8 Tagen auf Ferien fern von Berlin ist und in dieser Zeit nichts für den Vorw. geschrieben hat, repräsentiert in der Redaktion dieses Blattes gerade das zurückhaltendste Element und war der besondere Vertrauensmann des Partei-Vorstandes. Durch seine genaue Kenntnis österreichischer Dinge und durch seine Fühlung mit der Leitung der Wiener Arbeiterzeitung, deren Haltung in diesen Tagen gewiß auch der Aufmerksamkeit der deutschen Staatsmänner nicht entgangen sein wird, schien er hervorragend geeignet, im Vorwärts die lebhafteste Friedenssehnsucht meiner Partei mit vollem Verständnis für Österreichs Beschwerden gegen Serbien zum Ausdruck zu bringen. Er sollte daher auf Veranlassung des Partei-Vorstands zur sofortigen Rückkehr von seiner Reise bewogen werden, ohne daß ihn anscheinend die Aufforderung auf seiner Ferienwanderung erreicht hätte. Die Ausweisung wird nun diese Absichten – ich kann nur sagen: leider – zu Schanden machen und ist vielleicht nicht ohne Einfluß auf die Stimmung

¹⁰³ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei 1395/8, fol. 240-243.

in der Redaktion des Vorw. geblieben. Um Mißdeutungen vorzubeugen, bemerke ich, daß ich mit dieser Darlegung nur meiner persönlichen Auffassung Raum gebe; ich habe mit dem Part.-Vorstd. darüber *nicht* gesprochen.

Endlich darf ich aber noch der aus der Unterredung mit den Mitgliedern des Partei-Vorstands geschöpften Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der von Eurer Excellenz unternommene Schritt gelegentlicher direkter Mitteilung in kritischen Momenten dankbar begrüßt und auf volles und sympathisches Verständnis gestoßen ist.

Indem ich hoffe, der Sache und Euer Excellenz durch diese Mitteilungen einen bescheidenen Dienst geleistet zu haben

bin ich in aufrichtiger

Hochachtung

Ew. Excellenz
ergebenster

Dr. A. Südekum.

[80]

Konzept

Berlin, den (29.) 30. Juli 1914

Der Reichskanzler

sofort

An

Herrn Dr. Südekum (Hochwohlgeb.)

Mitglied des Reichstags Hochwohlgeboren

Berlin-Zehlendorf

Prinz-Handjerystrasse 39

Euer Hochwohlgeboren sage ich für (die übernommene) Ihre Vermittlung, (sowie für Ihre freundlichen) und (Ihre heutigen) für die Mitteilungen in Ihrem gefälligen Schreiben zum gestrigen Tage (v. 29. d. M.), die mir von großem Werte waren, meinen verbindlichsten Dank. Wegen des Dr. Hilferding habe ich mich (zufolge Ihrer Mitteilung) mit dem Herrn Minister des Innern in Verbindung gesetzt. Dieser teilt mir soeben mit, daß die Ausweisung zurückgenommen werden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

(N. S. E.)

gez. Unterschrift

Wie besprochen, geschehen.

gez. Loebell, 31. VII"

Die Schlußfolgerungen Bethmann Hollwegs aus der Unterhaltung mit Südekum erleben wir ganz deutlich aus dem Protokoll der Sitzung des k. preußischen Staatsministeriums am 30. Juli 1914, auf der er erklärte¹⁰⁴: „Die allgemeine Stimmung sei in Deutschland gut (was allseitig bestätigt wurde). Auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Par-

¹⁰⁴ „Deutsche Dokumente“ (ausnahmsweise in diesem Kapitel Bd. 2), S. 178.

teivorstande sei nichts besonderes zu befürchten, wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partiaalstreik oder Sabotage werde keine Rede sein.“

Gleichzeitig wurde aber beschlossen, weiter Druck auch terroristischer Natur auf die Sozialdemokratie auszuüben. An der gleichen Stelle heißt es: „Auf Anfrage des Herrn Justizministers wurde es für zweckmäßig gehalten, die schwebenden Verhandlungen betr. die Strafverfolgung der Redner, welche zum Massenstreik aufgefordert hätten, einstweilen ihren Gang gehen zu lassen.“

Am 31. Juli. tagte ein einziges Landesparlament in Deutschland – das bayrische. Auf dieser einzigartigen Tribüne in jenen Stunden trat ein Sozialdemokrat auf – mahnte die Regierung, an die in Anbetracht der Kriegsgefahr sicherlich in Bälde notwendig werdende Einheitsfront zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse zu denken! Seien Sie so vernünftig wie wir Sozialdemokraten, meine Herren von der Regierung! und stellen Sie nicht der Parteien Haß über die Liebe zum gemeinsamen Vaterland! Wörtlich [104] lautet es im Protokoll¹⁰⁵: „Sozialdemokrat Hoffmann: Meine Herren! Die Kammer der Reichsräte hat früher die 75 000 M für die Arbeitslosenversicherung abgelehnt und die Summe jetzt in den Etat zur Förderung der vaterländischen Jugendpflege eingesetzt.

Auf meine Anfrage im Finanzausschuß erklärte der Herr Staatsminister, daß die von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften ins Leben gerufene Jugendbewegung von der Verteilung der 75 000 M auszuschließen wäre, weil sie nicht auf vaterländischem Boden stände.

Ich protestiere gegen diese Ausnahmebehandlung der proletarischen Jugendbewegung. Ich protestiere auch gegen den groben Mißbrauch des Wortes ‚vaterländisch‘.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vaterländisch sind auch wir Sozialdemokraten und vaterländisch ist auch die proletarische Jugendbewegung; denn der Begriff des Vaterlandes ist unabhängig von der jeweils bestehenden Gesellschafts- und Regierungsform. Auch der Republikaner hat ein Vaterland.

Also, die Sozialdemokraten sind nicht vaterländisch! Und wenn in einigen Tagen das deutsche Volk zu den Waffen gerufen wird? Dann sind die Sozialdemokraten vaterländisch. Sie dürfen dann Haus und Hof der anderen schützen; denn sie selbst haben ja meistens keinen. Sie dürfen Thron und Vaterland verteidigen. Sie dürfen auch sterben fürs Vaterland. Die Rückkehrenden aber sind dann wieder die vaterlandslosen Gesellen, die man mit Ausnahmegesetzen traktieren darf. *Wir stehen jetzt unmittelbar vor geschichtlichen Ereignissen, die den Bestand des Reiches in Frage stellen können, die vielleicht den letzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig machen. Und da kommt gestern noch das von Parteihaß und Verfolgungswut erfüllte Ministerium Hertling mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten.*

(Glocke des Präsidenten.)

... Ich stelle fest, daß dieser Regierung selbst in der Stunde höchster Kriegsgefahr Parteipolitik über Vaterlandspolitik geht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)“

An diesem 31. Juli 8 Uhr abends erläßt das Kriegsministerium mit Nr. 64 gg A 1 folgende Mitteilung an die Generalkommandos pp.: „Nach sicherer Mitteilung hat die Sozialdemokra-

¹⁰⁵ Stenographischer Bericht 316. Sitzung vom 31. Juli 1914, Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, XXXVI. Landtagsversammlung, II. Session im Jahre 1913/14.

tische Partei die feste Absicht, sich so zu verhalten, wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt. Ich halte es für meine Pflicht, dies zur Kenntnis zu bringen, damit die Militärbefehlshaber bei ihren Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen.“¹⁰⁶

Und während der Nacht druckt der „Vorwärts“ einen Abruf des Parteivorstandes an alle Genossen, der ein Abschiedswort an den Kampf ist – es ist alles vorbei: „Parteigenossen! Der Kriegszustand ist erklärt. Die nächste Stunde schon kann den Ausbruch des Weltkrieges bringen. Die schwerste Prüfung wird damit nicht bloß unserer Volke, nein, unserem ganzen Weltteil aufgezungen. Bis zur letzten Minute hat das inter-[82]nationale Proletariat seine Schuldigkeit getan, diesseits und jenseits unserer Grenzen, und alle Kraft angespannt, um den Frieden zu erhalten, den Krieg unmöglich zu machen. Waren unsere ernstesten Proteste, unsere immer wiederholten Bemühungen erfolglos, sind die Verhältnisse, unter denen wir leben, noch einmal stärker gewesen als unser und unserer Arbeitsbrüder Wille, so müssen wir jetzt dem, was kommen mag, mit Festigkeit ins Auge sehen. Die fürchterliche Selbstzerfleischung der europäischen Völker ist die grausame Bestätigung dessen, was wir seit länger als einem Menschenalter den herrschenden Klassen mahnend, wenn auch vergeblich, zugerufen haben. Parteigenossen! Nicht mit fatalistischem Gleichmut werden wir die kommenden Ereignisse durchleben. Wir werden unserer Sache treu bleiben, werden fest zusammenhalten, durchdrungen von der erhabenen Größe unserer Kulturmission. Die Frauen insbesondere, auf welche die Schwere der Ereignisse doppelt und dreifach lastend fällt, haben in diesen ernstesten Zeiten die Aufgabe, im Geiste des Sozialismus für die hohen Ideale der Menschlichkeit zu wirken, auf daß die Wiederholung dieses namenlosen Unglücks verhütet wird, dieser Krieg der letzte ist. Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheiten nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Sache. Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, auszuharren in der unerschütterlichen Zuversicht, daß die Zukunft trotz alledem dem völkerverbindenden Sozialismus, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gehört.

Berlin, den 31. Juli 1914. Der Parteivorstand.“

Zur Stunde, als dieser Abruf des Parteivorstandes geschrieben wurde, kursierte bereits ein von Friedrich Stampfer an die sozialdemokratische Presse versandter Artikel, der die Überschrift „Sein oder Nichtsein“ trug und in dem es hieß: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. Unsere Fraktion steht bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor einer verantwortungsvollen Entscheidung, die ihr durch keine Diskussion erschwert werden darf ...“

Es sollte keine Diskussion geben ... genau die gleiche Linie vertrat zur selben Stunde Scheidemann, in dessen Tagebuch wir lesen¹⁰⁷: „31. Juli. Parteivorstandssitzung. Die Mobilmachung wurde jede Minute von uns erwartet. Wir berieten noch einmal alle zu treffenden Maßnahmen und regelten alle Angelegenheiten, da wir mit sehr törichtem Vorgehen der Behörden, also auch mit der Schutzhaft, rechneten. – Haase berichtet über die letzte Sitzung des Internationalen Bureaus in Brüssel. Abends wiederholen sich die patriotischen Kundgebungen. – Gegen Mittag fand eine Sitzung des Parteivorstandes mit dem Fraktionsvorstand statt. Es wird angefragt, ob nicht die Fraktion berufen werden müsse, um Stellung zu nehmen zu der zu erwartenden Vorlage betreffend die Kriegskredite. Haase suchte, unterstützt von Ledebour, Stimmung zu machen für die Ablehnung der Kredite, wenn der Reichstag einberufen werden sollte. [83] Um zu verhüten, daß ein übereilter Beschluß in dieser Sitzung gefaßt

¹⁰⁶ Akten des 1. Untersuchungsausschusses, a. a. O., Heft 2, S. 74.

¹⁰⁷ Ph. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, a. a. O., S. 6 f.

werde, plädierte ich für eine Aussetzung des Beschlusses, die Fraktion zu berufen; wir sollten nichts übereilen. Jedenfalls wollte ich vor der Festlegung des Fraktionsvorstandes Gelegenheit haben, mit Fischer, David und Molkenbuhr über die Kredite zu reden. Ebert, von dem ich mit Bestimmtheit annehmen konnte, daß er meinen Standpunkt teilen würde, war leider im Auslande.“

Am 1. August hatte sich die Linie des Betrugs in der Presse durchgesetzt – nicht überall, aber doch überwiegend. Und nicht nur in der Presse, sondern, entsprechend, auch innerhalb der Arbeiterklasse. Gustav Sobottka schreibt in seinen Erinnerungen aus jener Zeit über die Situation im Ruhrgebiet (Eickel)¹⁰⁸: „Am Samstag, den 1. August war ich vormittags auf dem Parteibüro des Kreisvereins sowie der Redaktion des Volksblatt. Steinkamp und Wetzger, die beiden Redakteure, rechneten am nächsten oder übernächsten Tage mit der Mobilmachung. Diese kam aber schon am selben Tage. Ich wollte gerne erfahren, wie sich die Genossen verhalten sollen, wenn die Mobilmachung erfolgt. Doch die ganze Kenntnis äußerte sich nur in einem Achselzucken. Der Parteivorstand hat noch nicht beschlossen. Ich kam nach Hause und ging zur Mittagsschicht. Viele Bergarbeiter fuhren an diesem Tage nicht mehr an. Sie sangen schon lieber in den Kneipen patriotische Lieder.“

Und der Betrug erleichterte den Verrat, wie der Verrat den Betrug erleichterte.

Am 2. August tagten die beiden Führungsgremien der deutschen Arbeiterbewegung. Über die Tagung der Gewerkschaften berichten in den entscheidenden Tatsachen übereinstimmend ein rechter und ein linker Gewerkschaftsführer.

Paul Umbreit schreibt¹⁰⁹: „Aber auch die Arbeiterschaft hat das Ihrige getan, um dem Vaterland über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen. Bereits am 2. August 1914 traten die Gewerkschaftsvorstände zur Beratung der Lage zusammen und beschlossen zunächst, alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Einbringung der Ernte und zur Instandsetzung der notwendigen Verteidigungsarbeiten zu unterstützen und sich an einer Zentralisation der Arbeitsvermittlung zu beteiligen, um angesichts der anschwellenden Arbeitslosigkeit eine rasche Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen.“

Richard Müller bemerkt¹¹⁰: „Am 2. August 1914 tagte die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, die sich mit der Sicherung der Kassen beschäftigte. Diese Konferenz erwog keinen Schritt gegen den drohenden Krieg. Der Krieg wurde als unabwendbar hingenommen. Jetzt galt es, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, dazu gehörte auch die Bewilligung der Kriegskredite. Es war aber noch nicht vorauszusehen, wie sich die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie zu dieser Frage stellen würde. Das verschärfte die ohnehin schon große Verwirrung, die die Ereignisse in den Köpfen der Gewerkschaftsführer angerichtet hatte. Was so ein moderner Krieg für die Gewerkschaften bringen konnte, wußte man noch nicht. Allgemein rechnete man mit einer [84] großen Arbeitslosigkeit. Deshalb erklärte die Konferenz es für zweckmäßig, alle laufenden Streiks sofort abzubrechen. Kaiser Wilhelm hatte den Burgfrieden noch nicht verkündet, die Vorstände der Gewerkschaften waren ihm zuvorgekommen.“

Während noch die Vorstandskonferenz tagte, erließ die Generalkommission einen Aufruf, der zu fester Ergebenheit in das Schicksal des Krieges mahnte¹¹¹: „An die Mitglieder der Gewerkschaften! Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrecht zu erhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen. Der Krieg mit seinen

¹⁰⁸ G. Sobottka, Autobiographie, Manuskript, Akte Sobottka LXXIV, 5. 114, Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus.

¹⁰⁹ P. Umbreit, „25 Jahre Deutsche Gewerkschaftsbewegung 1890-1915“, Berlin 1915, S. 141.

¹¹⁰ R. Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Berlin 1924, S. 37.

¹¹¹ Vgl. „Vorwärts“, 3. August 1914.

Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermeßlichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturnationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfange hereinbrechen.

In dieser ernsten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern. Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabenkreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern. Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in alter Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands!“

Über die Sitzung des Parteivorstandes berichtet Scheidemann¹¹²: „2. August ½ 11 Uhr vormittags im Parteivorstandssaale Konferenz mit dem Parteivorstand. Ledebour kommt wie gewöhnlich eine halbe Stunde zu spät. Aussprache über die Kredite, da nunmehr feststeht, daß der Reichstag am 4. August zusammentritt. Haase und Ledebour sprechen für Ablehnung der Kredite, alle übrigen: David, Fischer, Molkenbuhr und ich, sprechen für die Bewilligung. Eine Einigung ist unmöglich. Daß von einer Enthaltung keine Rede sein kann bei uns 111 Mann, betonen alle. In diesen Stunden empfand ich mehr als jemals zuvor das Fehlen Bebels, der immer Sinn für die Wirklichkeit hatte. Haase versagte als Parteiführer nach meinem Gefühl in geradezu katastrophaler Weise. David sprach ausgezeichnet; Molkenbuhr nüchtern wie gewöhnlich, aber mit durchschlagenden Argumenten. Der kluge Fischer wurde so aufgeregt, daß er während seiner Rede einen Nervenschock bekam und zu weinen begann. Haase [85] und Ledebour waren nicht zu überzeugen, schienen aber doch froh zu sein, daß sie in der Minderheit blieben. Es wurde verabredet, abends um 9 Uhr in der Vorwärtsredaktion wieder zusammenzukommen und dann die beiderseits zu formulierenden Erklärungen für ein Ja und ein Nein zu beraten. Wir wollten wenigstens, gleichviel wer die Mehrheit in der Fraktion bekam, beiderseits einzuwirken versuchen auf den Wortlaut der abzugebenden Erklärung. – Um 5 Uhr nachmittags kamen David, Fischer, Molkenbuhr, Schöpflin, Wels, Südekum und ich in dem Garten Goehres in Zehlendorf zusammen und formulierten dort nach stundenlanger Beratung eine Erklärung. – Abends 9 Uhr erneuter Kampf im Vorwärts mit Haase und Ledebour. Von diesen hatte keiner eine Erklärung im Wortlaut, aber jeder hatte eine unfertige Skizze. Wir gingen erst gegen Mitternacht auseinander. Ich verbrachte eine schlaflose Nacht. Wird es gelingen, die Mehrheit der Fraktion für ja zu gewinnen oder nicht?“

Der Verräter Scheidemann hätte ruhig schlafen können.

Überall im Reiche rührten sich die Kräfte des Verrats und waren fest entschlossen, alles zu tun, um sich durchzusetzen.

¹¹² Ph. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, S. 7 f.

Schon am Tage zuvor hatte Ludwig Frank an seinen Freund Wilhelm Kolb geschrieben¹¹³: „Lieber Wilhelm! Ich reise morgen nach Berlin ab. Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen. Ich werde unter allen Umständen durchzusetzen suchen, daß die Fraktion für die Kriegskredite stimmt. Im Notfall die Süddeutschen allein! Es wäre gut, wenn Du darauf vorbereiten würdest durch eine Notiz etwa des Inhalts, – daß jetzt im Augenblick der Gefahr und der nationalen Verteidigung – alle Rücksichten zurücktreten müßten hinter der Notwendigkeit, geschlossen die Grenzen zu schützen und daß selbstverständlich unsere Fraktion die Kriegskredite – bei aller Friedensliebe und Wahrung unserer prinz. Gegnerschaft gegen den Krieg – nicht ablehnen werde. Dies sei auch meine Meinung, wie Du mitteilen kannst. Ich werde die ‚Volksstimme‘ und ‚Volkswacht‘ veranlassen ähnlich zu schreiben. Dein Ludwig.“

Ganz richtig bemerkt zu diesem Brief Franks Biograph: „Ludwig Frank, der dem Verteidigungsgedanken bereits in einer Mannheimer Konferenz vom 2. August lebhaften Ausdruck gab, bedurfte in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keiner besonderen Anstrengung, um diese seine Auffassung nicht nur bei den süddeutschen Genossen, sondern auch bei den Genossen des ganzen Reiches durchzusetzen.“

Und ein anderer Verräter, aus der Reichstagsfraktion, Wilhelm Keil, erhielt zwischen der Stunde, in der Frank schrieb, und der Stunde, in der Scheidemann seine schlaflose Nacht begann, einen Brief¹¹⁴: „Wie atmete ich auf, als mir am Morgen des 2. August der Durchschlag eines von Stampfer geschriebenen Artikels aus Berlin zuing, der sich vollkommen mit meinen Gedankengängen deckte und in dem es hieß: ‚Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen [86] lassen ...‘ – Der Verfasser ließ keinen Zweifel darüber, daß nach seiner Meinung die Kredite von uns genehmigt werden müßten.“

Doch nie sinkt die Fahne des Fortschritts aus den Händen seines größten Bannerträgers, des Proletariats.

In dieser gleichen Nacht, in der Scheidemann grundlos ohne Schlaf blieb, voll Sorge, ob der Verrat am nächsten Tage gelingen würde, der Verrat, der längst gelungen war und nur noch von Parteiseite der gleichen offiziellen Bestätigung bedurfte, die er von Gewerkschaftsseite schon erhalten hatte – in dieser gleichen Nacht lief über die Druckmaschinen des „Vorwärts“ ein Artikel „Der Kampf gegen den Zarismus“, der schon einen Ausblick gibt auf alles Große, das die Besten der Arbeiterbewegung in Zukunft leisten werden.

Die letzten Sätze dieses prächtigen Artikels lauten: „Den Zarismus zu stürzen, ist jetzt die Aufgabe des russischen Volkes im allgemeinen und des russischen Proletariats im besonderen geworden, und wie rüstig gerade die russische Arbeiterklasse jetzt diese ihr durch die Geschichte gewordene Aufgabe anpackt, des sind gerade die letzten Wochen wieder Zeugen gewesen. Erst vorgestern meldete die Presse, daß in 35 Städten Rußlands die Revolution ausgebrochen sei. Mag das übertrieben oder verfrüht sein: daß Väterchen auf einem glühenden Vulkan sitzt, das weiß niemand besser als er selber. Und alle nationalistischen Hetzversuche der echtrussischen Leute, den Haß der Massen von dem Zarismus abzuwenden und eine reaktionäre Hetze gegen das Ausland, vor allem gegen Deutschland zu entfesseln sind bis jetzt fehlgeschlagen. Zu gut weiß das russische Proletariat, daß sein Feind nicht jenseits der Grenzen, sondern im eigenen Lande sitzt. Nichts war den nationalistischen Hetzern, den Echtrussen und Panslawisten, unangenehmer als die Nachricht von den großen Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie. O, wie hätten sie aufgejubelt, wenn das Gegenteil der

¹¹³ S. Grünebaum, „Ludwig Frank – Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie“, Heidelberg 1924, S. 37.

¹¹⁴ W. Keil, „Erlebnisse eines Sozialdemokraten“, Bd. I, Stuttgart 1947, S. 299.

Fall gewesen wäre, wenn sie dem revolutionären russischen Proletariat hätten sagen können: Was wollt Ihr? Die deutsche Sozialdemokratie steht an der Spitze der Kriegshetzer gegen Rußland! Und Väterchen in Petersburg hätte alpbefreit aufgeatmet. Das war die Nachricht, die ich brauchte! Jetzt ist der russischen Revolution, meinem gefährlichsten Feinde, das Rückgrat gebrochen~ Die internationale Solidarität des Proletariats ist zerrissen! Jetzt kann ich die nationalistische Bestie entfesseln! Ich bin gerettet!“ [87]

KAPITEL IV

ZUSAMMENBRUCH – 3. AUGUST BIS 5. AUGUST: ORGIEN DES MOBS, VERWIRRUNG UNTER DEN HELDEN

Diese Tage von Ende Juli bis zum 5. August sind eine mit Grauen erfüllende Mischung von Weltereignissen einzigartiger Auswirkung und Delirium in allen Schichten und Klassen der Bevölkerung Deutschlands, von Tragik und Kitsch, ehrlicher Verfehlung und gemeiner Heuchelei.

Der Deutsche Geschichtskalender meldet über den 31. Juli: „Infolge Verschärfung der internationalen Lage kommt es zu patriotischen Kundgebungen vor dem Stadtschloß in Berlin. Der Kaiser hält folgende Ansprache: ‚Eine schwere Stunde ist heute über Deutschland hereingebrochen. Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand. Ich hoffe, daß, wenn es nicht in letzter Stunde meinen Bemühungen gelingt, die Gegner zum Einsehen zu bringen und den Frieden zu erhalten, wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen werden, daß wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können. Enorme Opfer an Gut und Blut würde ein Krieg vom deutschen Volke erfordern, den Gegnern aber würden wir zeigen, was es heißt, Deutschland anzugreifen. Und nun empfehle ich Euch Gott. Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer!‘ Prinz Oskar von Preußen vermählt sich mit Gräfin Ina Maria von Bassewitz, die den Titel einer Gräfin von Ruppin erhält. Prinz Adalbert von Preußen verlobt sich mit Prinzessin Adelheid von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen.“¹¹⁵

1. August – allgemeine Mobilmachung, Kriegserklärung an Rußland, Einberufung des Reichstags: „Auf erneute patriotische Kundgebungen hielt der Kaiser folgende Ansprache: ‚Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen. Wenn uns unsere Nachbarn den Frieden nicht gönnen, dann hoffen und wünschen wir, daß unser gutes deutsches Schwert siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird.“¹¹⁶

2. August – Ultimatum an Belgien, über das es in dem zitierten Geschichtskalender heißt: „Aufruf des Landsturms in den Bezirken des 1., 2., 5., 6., 8., 9., 10., 14.-18., [88] und 20. und 21. Armeekorps. Gleichzeitig wird Luxemburg zum Schutze der dort befindlichen Eisenbahnen durch Teile des 8. Armeekorps besetzt. Da man auf deutscher Seite ferner erfahren hat, daß französische Offiziere und wohl auch Gruppen nach Lüttich entsandt worden sind, um die belgischen Truppen in der Handhabung des Festungsdienstes zu unterweisen, und da man danach als sicher annehmen kann, daß Frankreich im Falle eines deutsch-französischen Krieges die Neutralität Belgiens nicht achten wird, so wirft die deutsche Heeresleitung mit äußerster Schnelligkeit sechs Brigaden nicht mobilisierter Infanterie mit etwas Kavallerie und Artillerie an die Grenze und setzt sie auf Lüttich in Marsch. Zwei weitere Regimenter, die ihre Mobilmachung soeben beendet haben, werden sofort nachgezogen. Dem deutschen Gesandten in Brüssel v. Below wird am 2. August telegraphisch folgende Anweisung gegeben: Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maas-Strecke Givet-Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Die Kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien, trotz besten Willens, nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutsch-

¹¹⁵ „Deutscher Geschichtskalender“, Herausgeber Fr. Purlitz, Jahrgang 1914, Bd. II, Juli-Dezember, S. 30.

¹¹⁶ Ebendort, S. 31.

land, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen Mit dem größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten.“¹¹⁷

3. August – Kriegserklärung an Frankreich, über die es im Geschichtskalender heißt¹¹⁸: „Für die Feststellung des völkerrechtlichen Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich wichtig ist der letzte Auftrag, den der Reichskanzler am 3. August, nachmittags 1 Uhr, telegraphisch dem deutschen Botschafter in Paris, Frhrn. v. Schoen, gibt. Dieser Auftrag lautet: ‚Deutsche Truppen hatten bis jetzt den Befehl, die französische Grenze zu respektieren, und diesen überall strikt befolgt. Dagegen überschritten trotz der Zusicherung der 10-Kilometerzone französische Truppen schon gestern die deutsche Grenze bei Altmünsterol und auf einer Gebirgsstraße in den Vogesen und stehen noch auf deutschem Gebiet. Ein französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen haben muß, ist bei dem Versuch, die Eisenbahnen bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen worden. Mehrere andere französische Flugzeuge sind gestern über dem Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. Auch diese müssen belgisches Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf die Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg. Frankreich hat uns somit in den Kriegszustand versetzt. Ich bitte Eure Exzellenz vorstehendes heute nachmittag 6 Uhr der dortigen Regierung mitzuteilen, Ihre Pässe zu fordern und nach Übergabe der Geschäfte an die amerikanische Botschaft abzureisen.‘ Die korrekte Haltung der deutschen Regierung wird in der Öffentlichkeit allgemein anerkannt. Das zeigt sich nicht nur in den begeisterten patriotischen Kundgebungen vor dem Schlosse in Berlin und vor dem Reichskanzlerpalais, sowie an anderen Orten, sondern auch in den Erörterungen der Presse. Sämtliche Blätter, die sozialdemokratischen nicht ausgenommen, geben der Überzeugung Ausdruck, daß Deutschland diesen Krieg nicht gesucht, ihn vielmehr bis an die letzte Grenze ehrenvoller Möglichkeit zu vermeiden getrachtet hat, daß er aber nunmehr, nachdem er unvermeidlich geworden ist, auch durchgekämpft werden muß, damit der drückende Alb der chronischen Kriegsgefahr endlich von Europa genommen werde und man zu einem wahren und vollen Frieden gelange.“

4. August – Kriegserklärung Englands an Deutschland. Reichstag bewilligt einstimmig und ohne Debatte einen Kriegskredit von 5 Milliarden Mark. Im Geschichtskalender heißt es dazu: „Dieser in der Geschichte Deutschlands einzig dastehende Vorgang wird von der gesamten Presse voll gewürdigt. Der ‚Berl. Lok.-Anz.‘ sagt in seinem Reichstagsstimmungsbild: ‚Wenn irgend etwas geeignet war, die durch die Ereignisse der letzten Tage hervorgerufene Stimmung noch zu heben, so war es die Rede des Reichskanzlers, die eine Glut ausstrahlte, die alle Herzen entzünden mußte. Unter der machtvollen Wirkung dieses Auftretens brach aller parlamentarischer Bürokratismus in sich zusammen. Niemand fragte mehr, welche Rechte den Mitgliedern und welche den Gästen des Parlaments zustehen. Mehr als einmal gingen minutenlange Beifallsstürme durch das Haus. Alle Abgeordneten, alle Vertreter der Regierung, alle Besucher der Tribünen erhoben sich von ihren Plätzen und gaben ihrer Zustimmung durch andauernde Zurufe und lebhaftes Händeklatschen enthusiastischen Ausdruck. Dem Präsidenten fiel es nicht ein, mit der alten Formel zu kommen, daß solche Kundgebungen nicht üblich seien.‘ Die ‚Kreuz-Ztg.‘ führt u. a. aus: ‚Dem erhabenen Akte im Weißen Saale des Schlosses, der seine Weihe durch den spontanen Wunsch des Kaisers erhielt, daß die Parteiführer ihm ihr Gelöbnis in die Hand legten, folgte ein nicht minder großer Akt im Reichstage; in dem Raume, der so oft widerhallen mußte vom Streite der Meinungen und vom Gezänk der Parteien, hat der gesamte Reichstag ohne Unterschied der Parteien bis zu der äußersten Linken gesprochen, wie die Vertreter des deutschen Volkes sprechen muß-

¹¹⁷ Ebendort, S. 81 f.

¹¹⁸ Ebendort, S. 93.

ten. Er hat das Wort des Kaisers, daß es zur Zeit keine Parteien in Deutschland gebe, in glorreicher Weise bestätigt.‘ In der ‚Tägl. Rundschau‘ heißt es: ‚Dieser Reichstag hat vieles gesündigt; das alles ist wie weggeweht und ausgelöscht. Dieser Krieg ist ein Wunderkünstler und Wundertäter, und er vollbringt das größte aller Wunder: er zwingt die Sozialdemokratie an die Seite ihrer deutschen Brüder. Er schaffte eine einheitliche Front von Heydebrandt bis Scheidemann.‘¹¹⁹

Und begeistert macht man alles mit – man: Junker und Prolet, Großbürger und Kleinbürger: ein Volk, besoffen gemacht, und die Herren des als Schenke aufgemachten Schlachthauses tun fröhlich mit.

Ohne je den Glauben zu verlieren, sicher in seinem Wissen von der Größe, von der historischen Kraft der werktätigen Massen schreibt Liebknecht (mit echt Leninschem Zorn über das Volk, wenn es Momente größter Schwäche durchlebt: in solchen Momenten scheut sich Lenin nicht, einem Volke zuzurufen, daß es zum Henker der Frei-[90]heit geworden ist) in „Klassenkampf gegen den Krieg“: „Amtlich wurden am 1. und 2. August 1914 von der deutschen Regierung die aufpeitschenden – schon 1870 erprobten – Tartarennachrichten von Brunnenvergiftungen durch französische Offiziere und Ärzte und ähnliches verbreitet; amtlich wurde die ganze deutsche Bevölkerung gegen die in Bausch und Bogen als spionageverdächtig bezeichneten Ausländer gehetzt. Erst als diese amtlichen Kundgebungen das Volk in die angestrebten chauvinistischen Delirien, in einen wahrhaft manischen Zustand versetzt hatten, wurden sie dementiert. All dies geschah unter dem bleiernen Druck des Belagerungszustandes, der jedes Wort der Kritik und Vernunft erstickte. Unter dem Titel ‚Wie Rußland Deutschland hinterging und den europäischen Krieg entfesselte‘ wurde das deutsche Weißbuch in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet. ‚Der Zar hat unsern Kaiser betrogen‘, so meinten viele gute Seelen, – ‚darum müssen wir den Krieg führen!‘ Die Politik wurde zur Kinderstube und zum Narrenhaus. Wenn die Welt nach altem Spruch mit wenig Weisheit regiert wird, so meinte man um die Wende Juli/August 1914, das deutsche Volk werde noch immer mit viel mehr Weisheit regiert, als es verdient.“

Und Rosa Luxemburg, rückblickend auf jene Tage, schüttelt sich voll Ekel: ‚Vorbei ist der Rausch. Vorbei der patriotische Lärm in den Straßen, die Jagd auf Goldautomobile, die einander jagenden falschen Telegramme, die mit Cholerabazillen vergifteten Brunnen, die auf jeder Eisenbahnbrücke Berlins bombenwerfenden russischen Studenten, die über Nürnberg fliegenden Franzosen, die Straßenexzesse des spionewitternden Publikums, das wogende Menschengewänge in den Konditoreien, wo ohrenbetäubende Musik und patriotische Gesänge die höchsten Wellen schlugen; ganze Stadtbevölkerungen in Pöbel verwandelt, bereit, zu denunzieren, Frauen zu mißhandeln, hurra zu schreien und sich selbst durch wilde Gerüchte ins Delirium zu steigern; eine Ritualmordatmosphäre eine Kischineff-Luft, in der der Schutzmann an der Straßenecke der einzige Repräsentant der Menschenwürde war. Die Regie ist aus.‘¹²⁰

Man begreift, was Marx damit meint, wenn er von der „moralischen Degradation“ spricht, die die Herrschaft des Kapitalismus für die Arbeiterklasse bringt – für die Arbeiterklasse, die größte schöpferische Kraft der Geschichte!

*

In dieser „nationalen“ Atmosphäre trat am 3. August die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Bei der Schilderung dieser Sitzung legt Liebknecht überzeugend dar, daß nur noch Konsequenzen aus Tatsachen gezogen wurden, daß die Sitzung nur noch eine Bestätigung war des Zusammenbruchs, eine Offenbarung der Tatsache, daß die Partei nur noch ein „stinkender Leichnam“: „Noch wenige Tage vor dem 3. August 1914 wiegten

¹¹⁹ Ebendort, S. 94.

¹²⁰ . Luxemburg, a. a. O., S. 2.

sich viele Genossen in dem Wahne, daß die Ablehnung der Kriegskredite für die Mehrheit der Reichstagsfraktion selbstverständlich und zweifellos sei. Indessen hatten schon Ende Juli – wie oben gezeigt – Parteizeitungen und Parteiredner verkündet: die Sozialdemokratie protestiere zwar gegen den Krieg, wenn er aber dennoch komme, so würde sie ‚dem Vaterlande ihre [91] Hilfe nicht versagen‘. Und schon am 1. August verlautete in der bürgerlichen Presse, die Sozialdemokratie werde voraussichtlich am 4. August die Kredite bewilligen. Am 3. August fand die erste und entscheidende Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, wo der sofort in alle Welt telegraphierte Bewilligungsbeschluß gefaßt wurde. Bei dieser Gelegenheit stellte sich der Zusammenbruch des sogenannten radikalen Flügels der Fraktion heraus.“¹²¹

Die Vorgänge an diesem Tag schildert (im Ganzen, nicht im Einzelnen!) keiner besser als Scheidemann, weil gerade in seinen Worten zum Ausdruck kommt die ganze niedrige und gemeine Freude des „anständig gewordenen“ Sozialdemokraten, der sich, plump und vertraulich im Benehmen, sauwohl in seiner neuen Rolle fühlt, und Weltgeschichte zu machen glaubt, während sein breites und sattes und selbstzufriedenes Grinsen doch nur die Larve eines blöden Schlächtergesellen ist.

Wahrhaftig – fast sympathisch wirkt der Verräter Scheidemann, der sich in der Nacht vom 3. zum 4. August schlaflos im Bett wälzt, voll Sorge darüber, ob der Verrat gelingen wird, im Vergleich zum erfolgreichen Bediensteten des Monopolkapitals am 4. August.

Scheidemann hatte sein Tagebuch am 2. August so geschlossen: „In meiner Wohnung war im Laufe des Tages eine Einladung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg eingelaufen zu einer Besprechung am 3. August, vormittags 12 Uhr, in seinem Palais.“¹²² Das Tagebuch vom 3. August beginnt: „3. August. Früh 10 Uhr Fraktion. Haase berichtet über unsere bisherigen Verhandlungen und manches andere. Es wird beschlossen, die Sitzung zu vertagen, bis Haase und ich vom Reichskanzler zurückgekommen seien. – Ich war beruhigt, nachdem ich fünf Minuten im Fraktionssaal gewesen war. Einige der radikalsten unserer Genossen erklärten mir, daß sie die Bewilligung für selbstverständlich hielten, so u. a. Hoch.“¹²³

Die Sitzung beim Reichskanzler schildert er dann so: „Wilhelmstraße 77, in dem historischen Parterresaal, der nach dem Garten hinausgeht: Anwesend waren zunächst Staatsminister Delbrück, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, der Chef der Reichskanzlei, sowie die Abgeordneten von Westarp, Spahn, Erzberger, Blankenhorn, Prinz Schönauich-Carolath, Kaempf, Wiemer, Fischbeck, Schulz-Bromberg, v. Morawski, Scheele, Haase und ich. – Wir sprachen in zwangloser Weise, ohne Platz zu nehmen, über die Vorlagen, die in Verbindung mit der Kreditvorlage angenommen werden sollten. Erzberger fragte auch nach der nicht vorhandenen Vorlage einer Novelle zum Diätengesetz. Delbrück wollte die Wünsche der Erschienenen hören. Haase und ich verständigten uns durch einen Blick, und noch bevor ein anderer das Wort nehmen konnte, wiesen wir ‚in der jetzigen Situation jede Entschädigung ab‘. Nicht alle machten gute Miene zu dieser Wendung, aber da niemand das Wort weiter wünschte, alle vielmehr zustimmend nickten, stellte Delbrück, der helläugige Pfiffikus, schmunzelnd fest, ‚daß eine Diätenvorlage nicht gewünscht werde‘. Gegen ½ 1 Uhr kam der Kanzler. Er sah sehr zermürbt aus. Er drückte jedem die Hand; ich hatte das Gefühl, daß er mir die Hand auffällig fest und lange drückte, und als er dann sagte: ‚Guten Morgen, Herr [92] Scheidemann!‘ da war es mir, als hätte er mir zu verstehen geben wollen: Du, jetzt ist unser herkömmlicher Krakeel vorläufig hoffentlich vorüber! – Es wird von ihm selbst abhängen! Auch in dieser ernstesten Situation kam der Humor zu seinem Recht. Der Welfe Scheele entschuldigte sich bei Bethmann Hollweg, daß er in einem grauen Anzug gekommen sei. Der Reichskanzler sagte

¹²¹ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, Berlin 1919, S. 14.

¹²² Ph. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, S. 8.

¹²³ Ebendort, S. 8.

„Bitte!“ und wandte sich einem andern zu. Bethmann Hollweg nahm dann an der Spitze der Tafel Platz. Zu seiner Rechten saßen der Reihe nach Delbrück, Spahn, ich, Haase usw., zur Linken von Bethmanns saß der alte Kaempf. Der Reichskanzler hielt uns dann die Rede, die er am nächsten Tage im Reichstag vortrug; hier und da machte er mehr oder weniger vertrauliche Bemerkungen, die er in seiner Reichstagsrede unterdrückte. Je näher der Reichskanzler zum Schluß kam, um so bewegter wurde er; er wußte vor Aufregung nicht, wo er mit den langen Armen hin sollte. Zeitweilig schlug er mit beiden Fäusten auf den Tisch. Geradezu tonlos war seine Stimme geworden, als er sagte: „Mein Gewissen ist rein!“ Er tat mir aufrichtig leid. Ich fühlte ihm nach, wie schwer es ihm geworden sein mag, dem Kaiser den Rat zur Mobilmachung zu geben. Ich verglich Bethmann Hollweg in diesen Minuten mit seinem Vorgänger Bülow und sagte mir: ein Glück im Unglück, daß Bülow jetzt nicht Kanzler ist. Ich habe doch im Laufe der Jahre die Augen offengehalten und bin dabei zu der Überzeugung gekommen, daß man Bethmann Hollweg viel Unrecht getan und daß man ihn falsch eingeschätzt hat, weil man sich durch Bülows Schwätzereien hatte irreführen lassen. Kaempf dankte dem Kanzler für die Mitteilungen, und Bethmann Hollweg bat, sich sofort entfernen zu dürfen, da ihn viel Arbeit erwarte. Kein Wunder. Bei der Verbeugung, die Bethmann dann zum Abschied machte, sah ich, daß er seinen schmalen Stehkragen vollkommen durchgeschwitzt hatte. Möglich, daß der Ärmste seit Tagen nicht aus den Kleidern herausgekommen war. – Delbrück wurde nun von einem der Abgeordneten interpelliert wegen der Haltung Italiens, darüber habe Bethmann Hollweg nichts gesagt. Der schlaue Fuchs wußte von nichts. Unbefriedigt ging man über Italien zur Tagesordnung über und besprach die zweckmäßigste Behandlung der Gesetzentwürfe im Plenum des Reichstages. Da die Herren sich so gehabten, als ob die einstimmige Annahme aller Vorlagen, also auch der Kreditvorlage, absolut sicher sei, machten Haase und ich darauf aufmerksam, daß unsere Fraktion noch nicht endgültig beschlossen habe. Erzberger meinte dazu spöttisch: „Na, so klug sind Sie schon, daß Sie in diesem Falle zustimmen!“ Alle lächelten. Haase hatte durch die ganze Tonart, in der er sich an der Aussprache beteiligte, bei keinem Menschen den Gedanken aufkommen lassen, daß er für seine Person nicht für eine Annahme der Kredite sei. Das empörte mich geradezu, weil er bis in die letzte Minute hinein, bevor wir ins Reichskanzlerpalais gingen, alle Mienen hatte springen lassen, um sein Nein durchzusetzen. Auf dem Wege vom Palais zum Restaurant Zollernhof, wo wir gemeinsam speisten, habe ich ihm das auch gesagt. Er antwortete: „Ich habe immer hervorgehoben, daß die Fraktion einen Beschluß noch nicht gefaßt hat.“ Das Verhalten Haases, ganz abgesehen von seiner prinzipiellen Stellungnahme, war mir überaus unsympathisch. Es war also im Kanzlerpalais vereinbart worden: Kaempf sollte nach der Kanzlerrede eine kleine Ansprache halten, in der er feststellte, daß das Haus einstimmig die Kredite annehme und daß selbst diejenigen zustimmten, die sonst grundsätzliche Gegner des Krieges seien. Das schluckte [93] Haase. Ich warf dazwischen, daß wir uns ja wegen des Wortlauts, auf den es uns („je nach dem Ausfall der Fraktionsentscheidung“) sehr ankomme, mit Kaempf verständigen könnten. Damit waren alle, Kaempf eingeschlossen, einverstanden. Nun wurde gewünscht, daß nach Kaempf überhaupt niemand aus dem Hause das Wort nehmen sollte. Dagegen wandten wir, Haase und ich, uns sehr entschieden. Wir mußten unsere Abstimmung auf jeden Fall kurz motivieren, gleichviel, wie die Fraktion sich entscheiden werde. Neue Auseinandersetzung. Ich wies auf die besondere Lage unserer Partei hin, für die die übrigen Herren Verständnis haben mußten. Schließlich Einigung auf folgender Grundlage: Der Wortlaut unserer Erklärung sollte den übrigen Parteiführern bis abends 9 Uhr übermittelt werden, damit sie eventuelle Gegenerklärungen formulieren könnten. Haase gab hierzu das feierliche Versprechen ab, daß dazu auf keinen Fall Veranlassung gegeben werden solle. Unter gar keinen Umständen werde unsere Erklärung irgendeine Partei angreifen, sondern wahrscheinlich ganz allgemein die Verantwortung für die Politik ablehnen, die unseres Erachtens zum Kriege geführt habe. In der Form werde sie dem Augenblick angemessen würdig sein. Allgemeines Einverständnis. Aber noch eine Klippe war zu umschiffen: das

Hoch auf den Kaiser. ‚Was werden Sie tun?‘ fragten uns die Herren. Ich nahm schleunigst das Wort, um Haase zuvorzukommen. Ich bat, uns nicht neue Schwierigkeiten zu machen. Die Sitzung werde doch im Weißen Saale des Schlosses eröffnet werden. Dort werde zum Beginn und zum Schluß je ein Kaiserhoch ausgebracht werden. Die Sitzung im Reichstage sei dann nur die Fortsetzung; da sei ein drittes Hoch doch wohl kein dringendes Bedürfnis. Lebhafter Widerspruch. Ja, fuhr ich fort, wenn es ohne das dritte Hoch absolut nicht geht, dann bringen Sie doch ein Hoch aus auf Volk und Vaterland! Es gab eine neue lange Aussprache, an der sich Haase beteiligte, ohne einen positiven Vorschlag zu machen. Man redete viel von Traditionen, sprach von ‚unmöglich, gerade jetzt‘ usw. Ich ‚flüsterte‘ währenddessen dem neben mir sitzenden Abg. Spahn so laut, daß Delbrück es hören mußte, ins Ohr: ‚Äußerstenfalls halte ich ein Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland für angängig‘. Delbrück griff sofort das Stichwort auf und Haase war später (in der Fraktion) glücklich, ‚daß die Regierung selbst eine so »große Konzession« an die Sozialdemokratie gemacht habe‘.¹²⁴

Es sei nur abschließend zu dieser Schilderung angemerkt, daß sie Scheidemann so gefallen hat, daß er sie nach dem Kriege (!) zweimal veröffentlicht hat, einmal 1921 in seinem Buch „Zusammenbruch“ und sodann 1928 in seinen „Memoiren“. Ganz falsch wäre es darum zu glauben, daß Scheidemann irgendwie unehrlich, hinter dem Rücken des Proletariats, etwas getan zu haben glaubte, das verheimlicht werden mußte. Nein, er war in seinem Bewußtsein gesunken genauso tief wie in seinen Taten. Als die Vertreter der Partei von der Sitzung beim Reichskanzler zurückgekehrt waren, begann von neuem die Fraktionssitzung: „In der Fraktionssitzung ging es sehr stürmisch zu. Ich führte den Vorsitz. Während der Sitzung erschien Hermann Müller auf dem Plan; er kam direkt aus Paris. Ich gab ihm sofort das Wort, damit er über seine Erlebnisse berichte. Ich gestehe, daß ich sehr besorgt war; je nachdem er berichten würde, mußte die Fraktion sich entscheiden! Wird er der Situation vollkommen gewachsen sein? [94] Ohne daß er den bisherigen Gang der Verhandlungen kannte, schilderte er anschaulich, was er erlebt hatte.“¹²⁵

Offenbar war Hermann Müller der Situation „vollkommen gewachsen“, denn Scheidemann kann den Bericht aus seinem Tagebuch so fortsetzen: „Es sprachen im Namen des Vorstandes: David für Ja, Haase für Nein. Dann ging es in dieser Reihenfolge weiter: Molkenbuhr ja, Ledebour nein, Fischer ja, Lensch nein, Kautsky ja (mit Kautelen), Liebknecht nein, Cohen ja, Herzfeld nein, Frank ja. Dann wurde Schluß gemacht. Auf der Rednerliste standen noch Ströbel vom Vorwärts für Nein, alle anderen waren für Ja gemeldet: Stolten, Scheidemann Landsberg, Bernstein, Blos, Silberschmidt, Zubeil, Stadthagen, Hoch, Dittmann, Davidsohn, Frohme, Goehre, Schöpflin, Wels. Bei der Abstimmung waren 14 Abg. für Ablehnung, alle übrigen für Annahme der Kredite. Anwesend waren insgesamt 92 Kollegen. – Es wurde dann eine Kommission gewählt, bestehend aus Kautsky, David, Hoch, Wels und Frank, die bis zum andern Morgen eine entsprechende Erklärung verfassen sollte. Als Grundlage diene unsere (Davids) Formulierung und die von verschiedenen Seiten eingebrachten Änderungsvorschläge (von Kautsky, Stadthagen usw.). Die Fraktion akzeptierte dann das Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland. Mehrfach wurde verlangt, nicht mit hoch zu schreiben, sondern stillschweigend aufzustehen. Eine Debatte darüber gab es nicht mehr ... Den Prinzen Schönaich-Carolath, der die Erklärung von mir, wie verabredet war, verlangte, mußte ich auf den andern Morgen vertrösten. Ich tat das gleiche gegenüber Erzberger, von Westarp und Kaempf. Mit letzterem besprach ich den Wortlaut der von ihm nach dem Kanzler zu haltenden Rede. Ich erklärte mich mit seinen Vorschlägen einverstanden, und Kaempf hat dann im Reichstage so geredet, wie er es versprochen hatte.“¹²⁶

¹²⁴ Ph. Scheidemann, „Der Zusammenbruch“, S. 9-12.

¹²⁵ Ph. Scheidemann, ebendort, S. 12.

¹²⁶ Ebendort, S. 18.

Karl Liebknecht, dessen Schilderung wir im Anhang geben, fügt vor allem noch hinzu: „Die Mehrheit hörte nur mit Ungeduld und Unruhe die Vertreter der Minderheit an. Ein Schlußantrag machte der sehr erregten Debatte ein ziemlich frühes Ende. Nur 14 Genossen (außer dem fehlenden Emmel, der sich später im gleichen Sinne aussprach) stimmten gegen die Kreditbewilligung (Albrecht, Antrik, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht Peirottes, Rühle, Vogtherr). 78 stimmten dafür. Einige sollen sich der Stimme enthalten haben.“¹²⁷

Am 4. August fand vormittags erneut eine Fraktionssitzung statt, auf der der Text der Erklärung im großen und ganzen angenommen wurde. Scheidemann schreibt dazu: „An dem Entwurf wurde in der Fraktion noch dies und jenes bemängelt, abgesehen von kleinen stilistischen Änderungen blieb er aber unverändert.“¹²⁸ Liebknecht bestätigt das: „Eine Kommission zur Ausarbeitung der Erklärung wurde eingesetzt. Sie legte am Morgen des 4. August das Produkt ihres Schweißes vor, das mit einigen kleinen Änderungen Annahme fand.“

Zu einer heftigen Diskussion kam es noch wegen des Redners für die Partei. Haase schildert die Vorgänge so: „Ich habe sofort, nachdem die Fraktion die Bewilligung [95] der Kredite beschlossen hatte, aus freiem Antriebe in einer privaten Unterredung den Genossen Scheidemann ersucht, als Sprecher der Fraktion im Reichstag aufzutreten, da ich mich dazu außerstande fühlte. Scheidemann willigte ein, und niemand hätte vor der Sitzung des Reichstags von dieser Unterredung etwas erfahren, wenn nicht Genosse Stolten in der Fraktionssitzung des 4. August 1914 die Frage angeregt hätte, wer die Erklärung verlesen solle. Die einfache Mitteilung über meine Verständigung mit Scheidemann rief eine mir unbegreifliche Erregung hervor. Stürmisch wurde von mir verlangt, ich müsse die Erklärung verlesen. Ich bemühte mich immer wieder, die Kollegen zu beruhigen und setzte auf das eindrucklichste die Gründe meiner Weigerung auseinander. Bei der damals herrschenden Stimmung blieben meine Einwendungen wirkungslos; man forderte von mir in leidenschaftlicher Weise die Verlesung der Erklärung als eine mir obliegende Pflicht ... Mit überwältigender Mehrheit stimmte die Fraktion entgegen meiner Auffassung dafür, daß ich als Beauftragter der Fraktion ihre Erklärung verlesen solle. Nachdem die Fraktion auseinandergegangen war, habe ich dann den Genossen Scheidemann nochmals gebeten, er möchte die Vertretung der Fraktion übernehmen. Er erwiderte mir, daß er durch den Beschluß der Fraktion als ihr Sprecher ausgeschaltet sei und deshalb meiner Bitte nicht willfahren könne. Erst jetzt entschloß ich mich, zumal da sofort eine Besprechung mit dem Präsidenten erforderlich war, einzugreifen, um die Fraktion in einem wichtigen Moment nicht unvertreten zu lassen.“¹²⁹

Mittags war die Eröffnung des Reichstages im Schloß, wo der Kaiser sprach. Scheidemann erzählt darüber mit „liebenswürdiger Ironie“: „Es wurde damals erzählt, man habe dem Kaiser fälschlich berichtet, *alle* Parteien seien vertreten. Darüber soll der Kaiser so glücklich gewesen sein, daß er auf einen Abgeordneten mit den Worten zustürzte: ‚Es freut mich besonders, daß auch Sie erschienen sind, Herr Scheidemann!‘ Der Abgeordnete, den er irrtümlicherweise für den Sozialdemokraten gehalten hatte, war ein bekannter Bürgersmann, der – infolge eines Schnupfens, nicht etwa, weil er den Kognak liebte – eine ziemlich rote Nase hatte! So wie der Kaiser die Sozialdemokraten auf Grund der ihm gemachten Schilderungen sich wahrscheinlich vorgestellt hatte, war es ihm als selbstverständlich erschienen, daß unter hundertfünfzig bleichnasigen Menschen der der Sozialdemokrat sein mußte, der sich einer verdächtig roten Nase rühmen konnte.“¹³⁰

¹²⁷ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, a. a. O., S. 15.

¹²⁸ Ph. Scheidemann, „Memoiren eines Sozialisten“, Bd. I, Dresden 1928, S. 264.

¹²⁹ E. Haase, „Hugo Haase, Sein Leben und Wirken“, Berlin 1929, S. 27 f.

¹³⁰ Ph. Scheidemann, „Memoiren“, a. a. O., S. 259

Am Nachmittag wurde die Sitzung mit einer Rede des Reichskanzlers eröffnet.¹³¹ Danach wurde eine Pause gemacht, in der die Fraktionen tagten. Scheidemann berichtet über die Sitzung der Fraktion: „In der sozialdemokratischen Fraktion machte Ledebour erheblichen Lärm, weil einige Abgeordnete während der Rede Bethmann Hollwegs Bravo gerufen haben sollten. Von Belgien sprachen weder Ledebour noch Liebknecht, noch irgendein anderer, obwohl der Kanzler den Einfall in Belgien ausdrücklich festgestellt hatte. Die kleinliche Krakeelsucht einiger Fraktionsmitglieder war daran schuld, daß die größte und wichtigste Frage vollkommen vergessen wurde [96] und gänzlich unerwähnt blieb.“¹³² Liebknecht schreibt dazu: „In der ersten Plenarsitzung klatschten mehrere sozialdemokratische Abgeordnete (Südekum, Heine, Frank, Wendel und andere) beifallrufend einigen Stellen der Reichskanzlerrede zu. Unmittelbar nach dieser und vor der zweiten kurz danach eröffneten Plenarsitzung fand eine kurze Fraktionssitzung statt, in der es zunächst wegen dieser ‚patriotischen‘ Kundgebungen zu heftigen Zusammenstößen kam; für die zweite Sitzung wurden derartige Kundgebungen durch besonderen Fraktionsbeschluß verboten – um am 2. Dezember doch wiederholt und in der Fraktion von Heine gerühmt zu werden. Es wurde weiter mitgeteilt, daß die Regierung eine Abschwächung des gegen Eroberungen gerichteten Passus der Erklärung wünsche, weil die drohende Gefahr des englischen Eingreifens durch diesen Passus verschärft werden könne. Dem Wunsche der Regierung wurde entsprochen. Versuche, eine abweichende Abstimmung der Vierzehn im Plenum zu erzielen, waren in der Überstürzung der wenigen Stunden mißlungen. Haase, selbst ein Vertreter der Kreditverweigerung, hatte sich zur Abgabe der Erklärung bestimmen lassen; auch die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle Politik, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Krieges treiben werde, daß die Kreditbewilligung vom größten Teil der Mehrheit nur in dem revolutionären Sinn des viel mißbrauchten Engels-Artikels gemeint sei und schroffste Konflikte zwischen Partei und Staatsgewalt nicht ausbleiben würden; man trug Bedenken, sich in dieser gefahrvollen Lage, in der man die Partei trotz alledem vermeinte, von der Mehrheit der Fraktion öffentlich zu trennen. Aus diesen und zahlreichen anderen Gründen kam kein öffentliches Minderheitsvotum zustande. Der Gedanke, sich durch das traurige Mittel des heimlichen Hinausschleichens um jede Entscheidung zu drücken, schied selbstverständlich aus.“¹³³

In oberflächlicher, an aller tiefen, kämpferischen Problematik vorbeigehender Schönfärberei schrieb jemand im „Neuen Deutschland“ zum 85. Geburtstag Karl Liebknechts („Einer hat dennoch sein Antlitz erhoben“) am 12. August 1956: „Es ist bekannt, daß Karl Liebknecht am 4. August, als die gesamte Reichstagsfraktion aus einer erstarrten Fraktionsdisziplin die Kredite bewilligte, sich der Stimme enthielt.“ Genau das Gegenteil ist bekannt, und als ehrlicher Kämpfer für den Fortschritt hat Liebknecht selbst dafür gesorgt, daß auch die Gründe für eine Zustimmung zu den Kriegskrediten bekannt wurden. Wir werden später noch davon berichten. Hier und in diesem Zusammenhang sei ein Grund, den er anführt, angemerkt: „die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir noch hochgestellt“¹³⁴.

Die entscheidenden Sätze der Erklärung der Fraktion zu den Kriegskrediten~ lauten: „Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind ...

[97] ... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.“¹³⁵

¹³¹ Vgl. dazu das Sitzungsprotokoll im Anhang.

¹³² Ph. Scheidemann „Der Zusammenbruch“, S. 19.

¹³³ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, a. a. O., S. 16.

¹³⁴ Ebendort, S. 88.

¹³⁵ Die Erklärung als Ganzes ist im Anhang im Protokoll der Reichstagsitzung abgedruckt.

Die Rechten in der Fraktion sorgten dafür, daß die Erklärung möglichst begeistert von seiten der bürgerlichen Parteien aufgenommen wurde. Haußmann („Fortschrittliche Volkspartei“) berichtet darüber: „Die Reichstags-sitzung vollzog sich in zwei Abschnitten. Die sozialdemokratische Ansprache war den Parteiführern vorgelegt und in einem Punkt beanstandet und abgeändert worden. Frank kommt in der Pause zwischen den beiden Sitzungen in der Wandelhalle zu mir und sagt: ‚Sie müssen sorgen, daß auf die Schlußworte von der Bewilligung der Kredite von der Sozialdemokratie ein Beifall der bürgerlichen Parteien einsetzt. Wenn wir diesen großen Schritt machen, können wir doch nicht allein dastehen und Bravo sagen.‘ Er ist gehoben, fast heiter, und teilt mir mit, daß sie eine große Mehrheit in der Fraktion, gegen ein Dutzend, für diese ihre Politik bekommen haben. Das sei der Anfang eines neuen Abschnitts der Partei. Er sehe der Zukunft der Partei und Deutschlands hoffnungsvoll entgegen. Er gehe selbst mit. ‚Sie müssen mir aber die Hand darauf geben, wiederzukommen,‘ sage ich. ‚Wenn’s auf mich ankommt, gern,‘ lacht er und fügt hinzu: ‚Mit Ihrem Beileidstelegramm an Baron d’Estournelles bei Jaurès’ Tod war ich sehr einverstanden, ich las es vorhin in der »Frankfurter Zeitung«.‘ Ich sage ihm, daß es nicht durchgelassen worden sei, worüber er ärgerlich ist. Er bittet den ‚Beifall‘ nicht zu vergessen. Ich gehe in das Haus, wo ich mit unsern Leuten, den Nationalliberalen und Erzberger bespreche, daß man am Schluß der sozialdemokratischen Bewilligungserklärung Beifall geben müsse. Alle sind einverstanden. Die andern Parteien lassen uns aber dann wegen einer sozialdemokratischen Wendung in dem vorletzten Satz beim Beifall doch im Stich. In den Zeitungen aber wird ‚lebhafter Beifall‘ markiert sein und das genügt. Wegen des Hochs bei dem Auseinandergehen des Reichstags hatten Besprechungen stattgefunden und an die Stelle des Kaiser-Hochs war ein Hoch ‚auf Kaiser, Volk und Vaterland‘ getreten. Die Sozialdemokraten blieben im Saal und erhoben sich. Das Hoch war außerordentlich stark. Von den Sozialdemokraten hat ein Teil leise mitgerufen. Es war ihnen persönlich der Übergang zu rasch und ungewohnt.“¹³⁶

Am nächsten Tag, am 5. August, schrieb Clara Zetkin:

„Wilhelmshöhe, d. 5. VIII. 1914

Liebe Freunde,

Es ist mir schwer, Euch zu schreiben, weil es eine Enttäuschung für Euch sein wird, wenn ich zur Überlegung mahne. Freilich kenne ich den Wortlaut des Protestes nicht, aber er ist nebensächlich und würde wohl kaum an der Sache etwas ändern. Ich habe mit C. darüber gesprochen – der Dichter ist nicht da – ferner mit Westm. und Crispian. C. ist für den Protest und würde ihn unterzeichnen, wenn er meinen Namen hätte. Wir andern haben große Bedenken dagegen und bitten Euch dringend, die Sache nochmals zu überlegen. An der Haltung der Fraktion ändert der Protest nichts mehr, er bliebe eine rein persönliche Kundgebung, die jetzt von Niemand verstanden würde, nur zeigte, daß wir völlig isoliert in der Luft stehen und wie klein und ohnmächtig [98] wir sind. Doch wichtiger wäre die Wirkung für später. Der Protest würde unseren eigenen Flügel vollständig sprengen – d. It. innerhalb der Massen, ich denke nicht an die Führer – und würde uns die spätere Auseinandersetzung auf lange hinaus verlegen. Wir müssen jetzt von unserer Richtung zusammenhalten, was sich zusammenhalten läßt. Wie sich die Dinge entwickeln, läßt sich nicht übersehen. Wir müssen uns den breitesten Zusammenhang mit den Massen sichern. In der gegebenen Situation erscheint der Protest mehr als beau geste der Persönlichkeit wie als politische Aktion. Wir hätten damit unsere persönliche Ehre gewahrt, aber nichts erreicht, und uns für später Schwierigkeiten geschaffen. In diesem Augenblick geht es aber um mehr als unsere persönliche Ehre. Dieser Krieg mit seinen Folgen leitet eine Weltumwälzung ein, auch wenn er die Erdkarte Europas wenig verändert. Also bitte ich Euch dringend, die Sache nochmals reiflich zu überlegen. Es ist berechtigt und

¹³⁶ C. Haussmann, „Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen“, Frankfurt a. M. 1924, S. 8.

schön zu sagen: alles verloren, außer der Ehre. Wenn ich meinem Empfinden folgen wollte, so hätte ich mit tausend Freuden ein Ja telegraphiert. Aber wir müssen jetzt mehr als je kühl denken und handeln. Ach, wenn Ihr wüßtet, wie schwer es mir ist, Euch solche kühle Vernunft zu predigen. Indem ich es tue, zittere ich um Eure Freundschaft, Eure Achtung. Ihr werdet mich vielleicht klein und kleinmüthig schelten. Aber wahrhaftig: persönlich würde ich alles auf mich nehmen, wenn ich mir für jetzt oder später den Werth einer politischen Aktion davon versprechen könnte.

Ich drücke Euch beiden wie Frau Eva herzlich die Hand.

Eure
Clara

Morgen telegraphiere ich noch. Sobald der Krieg vorüber ist, bin ich bereit mit Euch eine entschiedene Kampfansage an die Partei vorzunehmen oder aber aus ihr auszutreten unter eingehender Begründung. Das wird dann Beachtung und Nachfolge finden und politisch wirken.¹³⁷

Die Verwirrung der Besten hatte einen Höhepunkt erreicht.

*

Es ist eine wohl überlieferte Tradition, daß, als Lenin in der Schweiz die Pressenachricht hörte, daß die deutsche Partei die Kriegskredite einstimmig bewilligt hätte, er dies für eine kapitalistische Lüge erklärte. Was konnte es auch anderes sein – und eine Bestätigung dafür war doch die absolute Klarheit in der russischen Partei, die dann auch 4 Tage später, am 8. August, so handelte, wie es von einer Arbeiterpartei zu erwarten war: nach der Verlesung einer Erklärung, die den Krieg als einen imperialistischen brandmarkte, verließ die Fraktion die Duma und beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Am nächsten Tage, am 9. August, veröffentlichte das Organ der rumänischen Partei „România Muncitoare“ folgende Meldung: „Gestern wurde die enorme Lüge mitgeteilt: der soz. Abgeordnete Haase habe nach der Kriegssrede des Kanzlers im deutschen Reichstag erklärt, daß die Sozialisten trotz ihrer prinzipiellen [99] Stellung zum Kriege ... den 5-Milliardenkredit bewilligen. Schon die Fassung dieses Teils des Telegramms zeigt, daß Haase, der Nachfolger Bebels im Präsidium der soz. Reichstagsfraktion der 110, gerade das Gegenteil gesagt und daß die Zensur den Bericht nach dem Bedürfnis der Regierung zugestutzt hat. Zu noch sicherem Beweise und um zu zeigen, daß ein Haase – und ebensowenig irgendein anderer Soz.-Dem. – so sprechen konnte, reproduzieren wir nach der Humanité seine Rede als Vertreter des soz. Deutschlands auf dem internationalen Meeting zu Brüssel, wo er mit lautem Beifall empfangen worden war.“

Und noch am 16. und 20. August weist die Zeitung in Anbetracht von Meldungen der russischen und englischen Presse über revolutionäre Aufstände in Deutschland und die Erschießung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf die Unmöglichkeit einer Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten hin.¹³⁸

*

Rosa Luxemburg konnte nicht zweifeln, sie mußte die Nachricht glauben. Ströbel berichtet: „Als ich die Botschaft (vom Resultat der Fraktionssitzung – J. K.) meinen Redaktionskollegen (im „Vorwärts“ – J. K.) überbrachte, waren sie zerschmettert. Rosa Luxemburg, die gleichfalls den Bescheid erharnte, wurde von konvulsivischen Wein- und Wutkrämpfen geschüttelt. Wir fühlten es alle, das erste Flügelrauschen der ‚großen Zeit‘“.

¹³⁷ Dieser Brief von Clara Zetkin fand sich in einer ganzen Sammlung Briefe von ihr an den Genossen Westmeyer. Es ist der einzige unter ihnen, in dem die Unterschrift mit Schreibmaschine geschrieben ist.

¹³⁸ Vgl. zu den rumänischen Meldungen „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“, 7. Jahrgang, Leipzig 1916, S. 202 f.

Noch am Abend aber fand eine Sitzung in Rosa Luxemburgs Wohnung statt – anwesend waren u. a. Franz Mehring und Marchlewski. Hier sammelte sich ein Kern revolutionärer Kämpfer gegen den Krieg.

Und anderswo ebenfalls.

Denn: Niemals läßt das Proletariat die Fahne des Fortschritts aus den Händen – möge die Führung Verrat üben, mögen Millionen verwirrt sein: stets wird sich ein Kern finden, der den Kampf weiterführt, bis die Verräter entlarvt und die Verwirrten zur Klarheit gebracht sind.

[100]

KAPITEL V

INSELN DER HOFFNUNG – 6. AUGUST BIS 10. SEPTEMBER: DIE OPPOSITION SAMMELT SICH

Schön ist es zu sehen, wie Rosa Luxemburg schon am Abend des 4. August eine kleine Gruppe führender Linker bei sich versammelt. Prachtvoll bewährte sich die revolutionäre Intelligenz in der Führung der Partei: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin!

Doch unendlich wichtiger für den Gang der Geschichte als die Sammlung einer winzigen Zahl revolutionärer Führer sind die Angriffe auf Liebknecht von Seiten der revolutionären Gruppen in Berlin, Stuttgart und anderswo, die im August und bis in den September andauerten. So heißt es in einem Buch aus einer Zeit, als auch noch nicht besonders hervorragende Arbeiterführer wie Paul Frölich sich vor kleinbürgerlicher Schönfärberei der Arbeiterbewegung scheuten¹³⁹: „Karl Liebknecht hatte mit den 110 für die Kredite gestimmt. Auch er! Er tat es aus Disziplin, die ihm, dem revolutionären Kämpfer, das Höchste war, die Voraussetzung für den Kampf. Er tat es, weil er mit vielen anderen die Hoffnung nicht aufgeben wollte, das alles sei nur eine wüste Verirrung, die Besinnung werde eintreten und die Partei sich auf den rechten Weg zurückfinden. Zu schwer war es anzuerkennen, daß alles das, was er mit heiligster Überzeugung verkündet, bei den anderen nur eine nicht eingestandene Lüge gewesen war. Er mußte bald erkennen, daß er sich getäuscht hatte, daß es von dieser Partei hieß: Laßt alle Hoffnung fahren! Und er war von dem Augenblick an, da er dies erkannte, bereit, die Konsequenzen bis zum Ende zu ziehen. Es zeugt von dem sicheren Gefühl des revolutionären Teils der Berliner Arbeiter, daß sie in den Versammlungen nach dem 4. August mit größerer Wut der Enttäuschung gegen ihn sich wandten, als gegen die Vertreter der Fraktionsmehrheit. Von diesen hatten sie wenig erwartet, von ihm alles. Und es erbrauste ein Jubel, als Liebknecht bekannte: ‚Ja, ich habe einen Fehler gemacht. Über der Disziplin steht die Internationale. Ich werde den Fehler gutmachen!‘ Das revolutionäre Proletariat hatte einen Führer.“

Über den Inhalt der Reden, die Liebknecht in diesen Wochen auf einer Reihe geschlossener Parteiversammlungen hielt, unterrichtet ein Brief, den er an einen unbekanntem Genossen schrieb¹⁴⁰: [101]

„Berlin, den 26- 9. 1914.

Werter Genosse!

Man hat versucht und versucht weiter, die Haltung der Minorität unserer Reichstagsfraktion mißzuverstehen und zu verunglimpfen ... Die Gründe für ihre Auffassung jetzt im einzelnen auseinanderzusetzen, liegt leider nicht im Bereich der Möglichkeit. Nur darauf will ich hinweisen, daß es meiner Ansicht nach die Pflicht der deutschen Reichstagsfraktion gewesen wäre, in der schärfsten Form jede Verantwortung für diesen Krieg abzulehnen, der durch eine von uns seit je bekämpfte Politik hervorgerufen ist, an dem die herrschenden Klassen Deutschlands in hohem Grade mitschuldig sind und der im allgemeinen eine Folge der von uns grundsätzlich bekämpften kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung darstellt. Nur die schärfste Form des Protestes war hier ausreichend. Durch die Bewilligung der Kredite hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz aller in der abgegebenen Erklärung enthaltenen Vorbehalte die Verantwortung mit übernommen. Der Fehler war um so größer, je weniger die Darstellung unserer Regierung über die unmittelbare Veranlassung des Krieges zutrifft und je mehr es sich um einen deutschen Präventivkrieg handelt, der nach dem Willen höchst

¹³⁹ P. Frölich, a. a. O., S. 64.

¹⁴⁰ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, a. a. O., S. 18 f.

maßgebender Kreise ein Eroberungskrieg, ein kapitalistischer Expansionskrieg ist. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß nach meiner Überzeugung jede Annexion eine weitere dauernde Gefährdung des Friedens, nicht aber eine Friedenssicherung darstellen würde. Selbst vom denkbar ‚nationalsten‘ Standpunkte aus hat unsere Fraktion einen ungeheuerlichen Fehler gemacht. Durch ihre Zustimmung hat sie zugleich alle Dämme niedergerissen, die im Auslande dem Kriege und der äußeren und inneren Beteiligung der Volksmassen an diesem Kriege entgegenstanden. Bei einer anderen Haltung unserer Fraktion hätte der Krieg insbesondere weder in Frankreich, noch in Rußland, noch in England so populär werden können wie er geworden ist. Sembat und Guesde wären nicht in das Ministerium eingetreten, die Trades Unions hätten sich nicht für die englischen Anwerbungen eingesetzt. Kurzum, auch die Feinde Deutschlands sind durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gestärkt worden, und, wie mir scheint, gewaltig. Meine Hoffnung ist, daß es noch jetzt während des Krieges gelingen möge, die dem Krieg entgegenwirkenden und ihn abschwächenden internationalen Kräfte zum Heile der gesamten Menschheit und jedes einzelnen Volkes zu entfalten. Das ist die Aufgabe, der sich jeder von uns an seinem Teile nach Kräften zu widmen hat.. Ich zweifle nicht daran, daß Sie mir zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(gez.) Karl Liebknecht“

Unendlich wichtiger für den Gang der Geschichte als die Sammlung einer winzigen Zahl revolutionärer Führergruppen ist die Tatsache, daß es überall Gruppen einfacher Arbeiter und kleiner Funktionäre gab, die zur Fahne des revolutionären Fortschritts hielten, die treu zum Sozialismus, zur Lehre von Marx und Engels, zu den Prinzipien des Lebens und der Entwicklung ihrer eigenen Klasse, der Arbeiterklasse, standen.

[102] Nicht ohne Interesse als Quelle für diese Tatsache ist das veröffentlichte Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 27. September 1914.¹⁴¹ Dort erklärte Keil, Stuttgart, voll chauvinistischer Empörung: „In Stuttgart ist an der Fraktionshaltung in einer Weise Kritik geübt worden, die das trübste Licht auf die Parteiverhältnisse wirft. Nach dem Kriege wurden sofort Vertrauensmännerversammlungen einberufen und über die Haltung der Fraktion diskutiert. Die gesamte Fraktion – auch die 14 Gegner der Bewilligung einbegriffen – wurden als Lumpen und Schufte deklariert, die 40 Jahre lang die Partei belogen hätten. Ein Beschluß, eine Versammlung gegen die Annexionshetze abzuhalten, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen gefaßt. Die Versammlung wurde sofort verboten. Solche Versammlungen sind jetzt nicht zweckmäßig, wenn wir auch einig sind in der Haltung gegen die Annexionsgelüste, Liebknecht trat in Stuttgart in einer Vertrauensmännerversammlung als Referent auf über die Frage, ob die Fraktion richtig gehandelt habe. Es wurde dort eine äußerst einseitige, die Fraktion herabsetzende Darstellung gegeben. In der Debatte wurde behauptet, es stehe noch nicht fest, um welchen Preis der Parteivorstand die Erhaltung der Partei erkaufte habe. In dieser Versammlung wurde auch Liebknecht gesagt, daß er, weil er schließlich auch für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt habe, mitgegangen sei und deshalb mitgegangen gehöre. Es müßte Vorsorge getroffen werden, daß sich diese Dinge nicht in ähnlicher Form in anderen Städten wiederholen.“ Fleißner, Dresden bemerkte: „Jetzt können wir über die Haltung der Fraktion nicht reden, weil die Gegner der Fraktion zum Schweigen verurteilt sind. Später werden die Diskussionen kommen. Über die Stuttgarter Verhältnisse können wir jetzt nicht urteilen, Liebknecht ist nicht da. Wir wollen einig bleiben, aber das kann nicht geschehen unter Ausschaltung der in der Partei strittigen Fragen.“ Leber, Jena, berichtete: „Nach dem

¹⁴¹ „Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, als Manuskript gedruckt, S. 3-17.

Kriege wird es heftige Diskussionen geben. Ältere Parteigenossen begreifen zum Teil die Haltung der Fraktion nicht.“ König, Dortmund, stellte fest: „Bei Charleroj sind viele Westfalen in den Bergwerken beschäftigt. Diese Genossen fragen auch, warum nichts in der Fraktionserklärung über den Neutralitätsbruch gesagt wurde. Deswegen werden gegen die Fraktion Vorwürfe erhoben.“ Hilferding analysierte: „Die Parole gegen den Zarismus entsprach der Stimmung der Massen. Jetzt ist die Stimmung vieler schon umgeschlagen nach meiner Meinung.“ Stubbe, Hamburg, sprach offen aus: „Es ist falsch, daß die Genossen einmütig hinter der Fraktion stehen. Diese Verhältnisse werden sich in einigen Wochen noch mehr verschieben. Die Tatsachen, die noch bekannt werden, werden die Einmütigkeit noch mehr stören ... Friedensbestrebungen müßten sich bald bemerkbar machen. Es ist denkbar, daß der Parteitag anders beschließt als die Fraktion.“

Besonders stark war in diesen Wochen nach dem 4. August die Opposition in Stuttgart, wo die Mehrheit der Genossen sich zum proletarischen Internationalismus bekannte und gegen den imperialistischen Krieg kämpfte. Schnell sah Clara Zetkin unter dem Einfluß dieser Genossen die Fehler ihrer Haltung ein und nahm (mit der Frauenzeitschrift „Gleichheit“) engste Verbindung zur Gruppe, die Rosa Luxemburg um sich gesammelt hatte, auf. Die Führung der Stuttgarter Gruppe hatte der hervorragende Marxist und Revolutionär Fritz Westmeyer. Ihm zur Seite stand die Redaktion [103] der „Schwäbische Tagwacht“ – Crispian, Hörnle und Walcher – von denen später Crispian Mitglied der USPD, Hörnle und Walcher Mitglieder der KPD werden sollten.

Auch in Hamburg gab es eine starke Gruppe der Opposition, die unter Führung der späteren (und noch später ausgeschlossenen) Kommunisten Laufenberg, Wolffheim und Herz gegen Opportunismus und Sozialchauvinismus kämpften. In einer Zuschrift an das „Hamburger Echo“, das dortige Parteiorgan, bemerkten die Genannten am 13. August¹⁴²:

„Der jetzige Weltkrieg ist nicht ein Krieg der Völker wider die Völker und nicht im Interesse der Völker, sondern ein Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals. Er ist seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus. Die Vorgänge, die unmittelbar den Kriegsausbruch veranlaßt haben, sind nur äußere Erscheinungsformen, die über das Wesen dieser Gegensätze nicht hinwegtauschen dürfen. Ebenso wenig darf die Tatsache, daß die von den führenden Schichten der Großstaaten betriebene Politik zur Bedrohung unserer nationalen Existenz geführt hat, zur Verkennung der imperialistischen Ursachen und der imperialistischen Ziele dieses Krieges führen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, legen wir Verwahrung ein gegen die Haltung des ‚Hamburger Echo‘, dessen Bewertung der Ereignisse sich von der bürgerlichen Auffassung kaum unterscheidet.

Hamburg, am Todestage August Bebel.“

In Bremen, mit der „Bremer Bürgerzeitung“ als organisierendem Zentrum, gab es ebenfalls eine beachtliche Oppositionsgruppe.

Über Dresden berichtete später E. Lorenz¹⁴³: „Die Kunde von der einstimmigen Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war für manche alten überzeugten Parteigenossen eine schmerzliche Überraschung; eine ganze Anzahl Konsequenter gab es, die unter diesen Umständen nicht länger Mitglied der Partei sein mochten und ihr Buch abgaben.“

¹⁴² H. Laufenberg, F. Wolffheim, O. Herz, „Organisation, Krieg und Kritik“, Hamburg (1915), S. 16.

¹⁴³ E. Lorenz, „Fünf Jahre Dresdener USPD“, Dresden 1922, S. 5.

In Braunschweig konnte sich die Opposition gegen die verräterische Linie des Parteivorstandes auf den „Braunschweiger Volksfreund“ stützen und in Gotha auf das „Gothaer Volksblatt“.

Unter den Gewerkschaftszeitungen versuchten vor allem der „Kürschner“ unter Leitung Reges und die „Schuhmacherzeitung“ eine sozialistische Linie zu halten.

Im Westen, im Ruhrgebiet, gab es nur in Duisburg eine stärkere Gruppe, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte. Weitere Orte, aus denen die Existenz kleinerer Oppositionsgruppen in jenen Tagen bekannt ist, sind Nürnberg, Stendal, Leipzig und Halle.

Doch wie stand es in Berlin, der Hauptstadt des Reiches, dem Sitz der Partei? Auch hier gab es oppositionelle Gruppen – wenn sie auch nicht in einem Atem zu nennen [104] sind mit der Stärke der Opposition in Hamburg, gar nicht zu reden von dem Stolz unserer Partei: Stuttgart.

Zentren der Opposition in Berlin waren der Kreis Berlin-Niederbarnim, der Wahlkreis Liebknechts, die Kreise Teltow-Beeskow und Neukölln, sowie die Hochburg der „Parteiintelligenz“ Steglitz.

Es ist kein historischer Zufall, daß sowohl in Niederbarnim, dem Wahlkreis des Sozialisten, der am intensivsten von allen unter der Jugend gegen den Militarismus gekämpft hat, wie überall im Reich die Jugend in weit größerer Zahl als die Älteren der Fahne Liebknechts folgten.

So schreibt Wiesner in seinen Erinnerungen¹⁴⁴: „Unter der Leitung unseres Jugendfreundes Fritz Heilmann, der bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges einige Zeit in Weimar gearbeitet hatte, war es bei uns zur Gewohnheit geworden, daß wir an den Sonntagen bei der Rückkehr von Wanderungen diszipliniert mit dem Gesang von Wander- und Kampfliedern durch die Straßen der Stadt marschierten. Geschlossen zogen wir dann noch bis zum Gewerkschaftshaus und gingen hier nach einer Schlußansprache und einem letzten Lied auseinander. In der Regel waren wir 100 bis 150 Jugendliche – vorneweg marschierte stets unsere Klampfenkapelle. Die Weimarer Spießbürger ärgerten sich über unsere Demonstrationen, dafür aber freuten sich die Arbeiter über ihre Jugend.“

Diese gute Tradition setzten wir fort, bis uns nach Kriegsausbruch der Gesang in den Straßen verboten wurde – aber nicht von seiten der Polizei, sondern vom Jugendausschuß! Darüber waren wir empört, fügten uns jedoch schließlich der Anordnung. Zur offenen Rebellion kam es aber, als der Jugendausschuß trotz unseres Protestes den Beschluß faßte, daß für die Dauer des Krieges die ‚Internationale‘ nicht mehr gesungen werden dürfe. Die sonderbare Begründung dafür lautete, dies Lied sei nicht mehr ‚zeitgemäß‘! Auf unser liebstes Kampflied sollten wir verzichten? Das war zuviel verlangt. Der Beschluß wurde von uns nicht anerkannt. Als wir am darauffolgenden Sonntag bei der Rückkehr von unserer Wanderung demonstrativ vor dem Gewerkschaftshaus die ‚Internationale‘ sangen, knallten die dort befindlichen Parteifunktionäre empört die Fenster zu. So weit war es schon gekommen.“

Ähnlich berichtet auch Ludwig Turek aus Stendal¹⁴⁵: „Am ersten Abend nach dem 4. August 1914 hielt unser Jugendleiter eine Ansprache, die von der gefährlichen Lage handelte, in die die AJ durch den Kriegszustand geraten sei. Nach Schluß blieben etliche, die älteren Genossen, beisammen, und es wurde beschlossen, beim Heimweg die Internationale zu singen. Der Jugendleiter mußte etwas erlauscht haben, denn kaum war die erste Strophe verklungen, als er plötzlich an uns herantrat und uns so graulich machte, daß wir die schweren Ketten an unseren Gliedern schon fühlten. Er sagte, daß wir ihn und seine Familie damit unglücklich machen würden und entlockte uns das Versprechen, jetzt und auch später auf der Straße nicht wieder zu singen.“

¹⁴⁴ E. Wiesner, „Man nannte mich Ernst“, Berlin 1956, S. 28 f.

¹⁴⁵ L. Turek, „Ein Prolet erzählt“, Berlin 1947, S. 47.

Es ist jedoch natürlich ein historischer Zufall, aber ein schöner, daß das, was ein Fachmann der Reaktion „das erste Flugblatt der unterirdischen Revolutionsliteratur“ [105] nannte, der „Neue Sozialistenmarsch“, zunächst wohl von der Niederbarnimer Jugend verbreitet wurde¹⁴⁶:

„Auf, Sozialisten, schließt die Reihen,
Die Trommel ruft, die Banner weh'n.
Wir woll'n uns neuen Zielen weihen:
Die Monarchie soll neu erstehn!
Der Schuß dem Ruß! Stoß dem Franzos!
Der Tritt dem Brit! Der Klapps dem Japs!
Vom deutschen Volke sei's gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg!
Wir sind das Volk! Mit uns der Sieg!

Ihr ungezählten Millionen
Aus Schacht und Feld, aus Stadt und Land,
Ihr seid nun Futter für Kanonen,
Die schuf des Proletariers Hand!
Jetzt schießt man auf den Bruder gern,
Weil es der Wunsch der hohen Herrn!
Vernichtung vieler Menschenleben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben,
Das nennt man jetzt den heil'gen Krieg.
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint' und Speer man nicht mehr haut,
Nein, Motorbatterien fahren,
Und Bomben wirft der Aeronaut!
Die Mittel gern bewill'gen wir,
Und mancher wird noch Unt'roff'zier!
Auch Orden wird es schließlich geben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Vorbei der Arbeit heil'ger Krieg!
Und schließlich büßt das Volk den Sieg!“

Ein besonderes Zentrum der Berliner Opposition war die Redaktion des „Vorwärts“. Nach dem Beschluß der Fraktion vom 3. August gaben die Redakteure des „Vorwärts“ folgende Erklärungen ab¹⁴⁷: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute, nachdem gestern in einer Fraktionssitzung gegen 14 Stimmen der Beschluß gefaßt worden war, der Regierung die geforderten Kriegskredite zu bewilligen, nicht nur für die Gesetzentwürfe betreffend die Änderung des Bank- und Münzgesetzes, das Darlehns-[106]kassengesetz, die Zahlungsfristverlängerung für Wechsel und Schecks gestimmt, sondern auch für die von der Regierung zum Zwecke der Kriegsführung verlangten 5 Milliarden Kredite. Begründet wird diese Haltung damit, daß jetzt, nachdem nun einmal der Krieg erklärt sei, es sich nicht mehr um die Entscheidung für oder gegen den Krieg handle, sondern um die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Ausschließlich die Rücksicht auf die jetzige gefährliche Lage unserer Partei und die Erhaltung unserer Presse hindert uns, diese Bewilligung der Kriegskreditforderungen im ‚Vor-

¹⁴⁶ W. Breithaupt, „Volksvergiftung 1944–1918“, Berlin und Leipzig 1925, S. 6. Vgl. auch E. Drahn und S. Leonhard, „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“, Berlin 1930, S. 12 f.

¹⁴⁷ Zitat nach E. Prager, „Geschichte der USPD“, Berlin 1921, S. 30 ff.

wärts‘ einer öffentlichen Kritik zu unterziehen; doch können wir nicht darauf verzichten, dem Parteivorstand und der Preßkommission wissen zu lassen, daß wir die Haltung der Fraktion für inkonsequent und in ihren Folgen für parteischädigend halten.

Mit derselben Argumentation, mit der die Fraktionserklärung die Zustimmung zu den 5 Milliardenkrediten motiviert, können fast alle Militärforderungen begründet werden. Fast immer kann gesagt werden, daß, nachdem nun einmal von den anderen Parteien neue Heeres- und Flottenverstärkungen bewilligt sind, also nichts mehr an der Vermehrung zu ändern sei, unbedingt die Sicherheit des Vaterlandes und das Eigeninteresse der Mannschaften erfordere, daß sie möglichst gut ausgerüstet und nicht mit unzulänglichen Monturen, Gewehren, Kanonen usw. gegen den Feind geschickt würden. Dazu kommt, daß die Zustimmung einen schweren Schlag für die Internationale bedeutet, daß er eine Lockerung des Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Zweigen der internationalen Arbeiterbewegung bewirken muß, und daß er die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb dieser Bewegung schädigt; vor allem aber, daß mit der Bewilligung der Kriegskredite die deutsche Sozialdemokratie trotz der Ablehnung solcher Folgerung in der Fraktionserklärung eine gewisse Mitverantwortlichkeit für den Krieg und die sich aus ihm ergebenden Folgen übernimmt; eine Verantwortlichkeit, die sich in Zukunft schwer rächen kann.

Berlin, den 4. August 1914

Die Redaktion des ‚Vorwärts‘.

Cunow, Hilferding, Leid, John, Däumig, Ströbel, Weber, Wermuth, Scholz.

Die unterzeichneten Redakteure des Vorwärts können sich der Erklärung ihrer Kollegen nicht anschließen, da sie eine Ablehnung der Kriegskredite nicht hätten gutheißen können. Dagegen finden sie, daß durch die bedingungslose Zustimmung die Interessen des Proletariats nicht genügend gewahrt wurden. Mindestens hätte in der begleitenden Erklärung der sozialistische Standpunkt viel stärker hervortreten müssen.

Nestriepke, Doescher.

Stadthagen bemerkte hierzu: Richtiger als eine Ablehnung hielt und halte ich noch heute eine Bewilligung falls die Begründung derselben klar betont, daß die Arbeiter aller Länder sich nicht bekriegen, daß die Entscheidungen über Krieg und Frieden in Rußland wie in Deutschland nicht dem Volk, sondern einigen Personen zusteht, die auf die Dauer dem Einfluß kapitalistischer Interessencliquen und der Militärkamarilla nicht widerstehen können, daß ferner die russischen Kriegshetzer dem russischen Volk gegenüber dieselben Ziele der Vorenthaltung der politischen Gleichberechtigung und der [107] dauernden wirtschaftlichen Unterdrückung verfolgen wie die Kriegshetzer in Deutschland. Ferner müßte in der Erklärung scharf hervorgehoben werden, daß wir die Verantwortung für den Krieg ablehnen, aber uns in einer Zwangslage befinden, weil der Zarismus mit einer Invasion droht. Wir stimmen deshalb für die Kredite, um gegen den Zarismus, nicht aber gegen die Arbeiter und um für die Freiheit in Deutschland und Rußland, sowie für eine Annäherung und Verbrüderung der Völker, insbesondere des französischen zu wirken, dessen Vertreter Jaurès wegen seines Eintretens für den Frieden ermordet ist.

In der Fraktionssitzung erklärte ich, da ich und andere durch Diskussionsschluß an der Darlegung meines Standpunktes gehindert war, zur Geschäftsordnung im eigenen Namen und für eine Anzahl Fraktionskollegen: wir könnten nur dann für eine Annahme stimmen, wenn diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen würde. Dementsprechend enthielt ich mich der Stimme. Als am folgenden Tage ein Erklärungsentwurf von einer Kommission vorgelegt wurde, setzte ich mit großer Mühe durch, daß über Abänderungsvorschläge gestimmt würde. Für mich und eine Reihe anderer Kollegen erklärte ich die Erklärung für unannehmbar, wenn nicht mindestens 1. ausgesprochen wird, wir lehnen die Verantwortung ab, 2. Absatz 4 und 5

gestrichen würden, 3. im Absatz 6 nach ‚befleckt hat‘ eingeschaltet wird: ‚und dieselben politischen Ziele dem eigenen Volke gegenüber verfolgt, wie die Kriegshetzer bei uns unserem Volke gegenüber.‘ Es wurde aber nur der erste Antrag angenommen, die beiden anderen abgelehnt. In der Fraktion stimmte ich gegen die so gestaltete im Plenum abgegebene Erklärung. Im Plenum stimmte ich trotzdem für die Bewilligung, weil Fraktionszwang ausgesprochen war und unter den obwaltenden Umständen eine Durchbrechung dieses Zwanges die Partei schwer geschädigt hatte.“

Cunow ging schnell zur Rechten ab und durch eine Polemik im „Vorwärts“ (9. und 11. April 1916) erfahren wir noch einiges Nähere über das Zustandekommen dieser Erklärung. Cunow schrieb später: „Nachdem die Redaktion am Abend des 3. VIII. 1914 erfahren hatte, in der Fraktion sei die Zustimmung zu den geforderten Krediten bewilligt worden, habe ich freilich auf Ersuchen der Redaktion am Vormittag des 4. VIII. eine Erklärung der Redaktion zur Kreditabstimmung im Reichstage niedergeschrieben und des nachmittags mit in die Redaktion gebracht; aber damals handelte es sich noch lediglich um einen Krieg Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen Rußland, Frankreich und Serbien. Die Beteiligung Englands am Kriege, die englische Aufstachelung Japans, das Intriguenspiel Englands mit Belgien waren noch nicht bekannt. Der Krieg erschien noch als ein bloßer Rivalitätskampf zwischen Österreich-Ungarn und Rußland um ihre Machtstellung auf dem Balkan ... Sobald England den Krieg erklärt hatte, erhielt jedoch die Kriegslage ein ganz anderes Ansehen ... Es ist denn auch völlig unrichtig, wenn die ‚Vorwärts‘-Redaktion behauptet, ich hätte bis Mitte Oktober 1914 auf dem Boden der Anschauungen der Gesamtedaktion gestanden. Das ist schon deshalb ausgeschlossen, weil zunächst gar keine einheitliche Meinung in der Redaktion bestand, wie denn auch zwei oder drei Redakteure sich gar nicht der Erklärung in allen Teilen angeschlossen, sondern bestimmte Einwendungen gemacht haben.“ Worauf die Redaktion antwortete: „Die Redaktionserklärung zur Kreditabstimmung ist zwar bereits am 4. VIII. vom Kollegen Cunow verfaßt worden. Sie wurde aber erst mehrere Tage später [108] endgültig formuliert und von sämtlichen Kollegen einzeln unterzeichnet, d. h. zu einer Zeit, als die Kriegserklärung Englands bereits vorlag. Wenn also nach Cunows Auffassung die ganze Kriegslage durch die Beteiligung Englands ein ganz anderes Aussehen erfuhr, dann hätte Genosse Cunow ja auch schon damals seine Unterschrift verweigern können oder müssen ... Die erwähnte Erklärung geht ja auch von einer allgemeinen Auffassung über den Charakter des Krieges aus, der durch das Eingreifen Englands nur noch deutlicher geworden, aber keineswegs geändert worden ist. Die Übereinstimmung Cunows mit der Redaktion bezog sich also nicht alleine auf die Kreditfrage, sondern auf die gesamte Auffassung über den Charakter des Krieges und über die Aufgaben der Arbeiterklasse im Kriege. – Wenn Gen. Cunow weiter behauptet, daß in der Redaktion selbst keine einheitliche Meinung bestand, so hat er darin recht und unrecht. Alle Kollegen waren im August 1914 mit der Fraktionshaltung nicht einverstanden, wobei zwei oder drei Kollegen in ihrer Begründung dieser Kritik von den übrigen Redaktionskollegen etwas abwichen.“ Noch später schrieb Ströbel¹⁴⁸: „Zum schweren Verdruß der Sozialpatrioten machte das Zentralorgan der Partei, der ‚Vorwärts‘, die Schwenkung nicht mit. Gleich nach der Kreditbewilligung hatte die starke Redaktionsmehrheit einen schriftlichen Protest gegen die Haltung der Fraktion verfaßt und dem Parteivorstand überreicht. Von einer öffentlichen Protesterklärung nahm sie nur deshalb Abstand, weil ihr unter der Herrschaft der Zensur keinerlei Möglichkeit gegeben schien, ihren Protest zu begründen. (Das war falsch und kleinmütig, und ich will gern gestehen, daß mich die volle Mitverantwortung für diesen bedauerlichen Fehler trifft!). Der Wortlaut des Protestes stammte von Heinrich Cunow, demselben Manne, der ein paar Wochen später, durch Deutschlands Siege über den weltgeschichtlichen Verlauf der Dinge eines Besseren belehrt, die historische Notwendigkeit des pangermanischen Imperialismus und der deutschen Weltherrschaft ‚ge-

¹⁴⁸ H. Ströbel, „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ Berlin 1919, S. 30.

schichtsmaterialistisch‘ zu beweisen begann!“

Ein weiteres Zentrum des anti-imperialistischen Kampfes in Berlin war die Zeitschrift Julian Borchardts „Lichtstrahlen“.

Und neben diesen kleinen Zentren des Widerstandes gegen den Verrat, sich in gewisser Weise schützend um sie scharend, erheben sich im Laufe der Wochen und Monate, die dem 4. August folgten, Wellen der Gleichgültigkeit, der Sorge, des Mißmuts

der Anfang einer Bewegung, den Rosa Luxemburg später in ihrer (trotz der von Lenin klar aufgezeigten Fehler) einzig großartigen Junius-Broschüre so schildert¹⁴⁹:

„Die Reservistenzüge werden nicht mehr vom lauten Jubel der nachstürzenden Jungfrauen begleitet, sie grüßen nicht mehr das Volk aus den Wagenfenstern mit freudigem Lächeln; sie trotten still, ihren Karton in der Hand, durch die Straßen, in denen das Publikum mit verdrießlichen Gesichtern dem Tagesgeschäft nachgeht.

In der nüchternen Atmosphäre des bleichen Tages tönt ein anderer Chorus: der heisere Schrei der Geier und Hyänen des Schlachtfeldes. Zehntausend Zeltbahnen garantiert vorschriftsmäßig! 100 000 Kilo Speck, Kakaopulver, Kaffee-Ersatz, nur per Kasse, sofort lieferbar! Granaten, Drehbänke, Patronentaschen, Heiratsvermittlung für [109] Witwen der Gefallenen, Ledergurte, Vermittlung von Heereslieferungen – nur ernst gemeinte Offerten! Das im August, im September verladene und patriotisch angehauchte Kanonenfutter verweist in Belgien, in den Vogesen, in den Masuren in Totenäckern, auf denen der Profit mächtig in die Halme schießt. Es gilt, rasch die Ernte in die Scheunen zu bringen. Über den Ozean strecken sich tausend gierige Hände, um mit zu raffen.

Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen: Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen zerrissen; jeder Souverän von Gottes Gnaden den Vetter von der Gegenseite als Trotteln und wortbrüchigen Wicht, jeder Diplomat den Kollegen von der anderen Partei als abgefeymten Schurken, jede Regierung die andere als Verhängnis des eigenen Volkes der allgemeinen Verachtung preisgebend; und Hungertumulte in Venetien, in Lissabon, in Moskau, in Singapur, und Pest in Rußland, und Elend und Verzweiflung überall.“

Am ehesten begann diese Entwicklung auf Grund der militärischen Lage im Osten. In dem schon zitierten Protokoll des Parteiausschusses vom 27. September wird der Bericht von Linde aus Königsberg so wiedergegeben: „In Ostpreußen war nach dem Kriegsausbruch Hurra Stimmung für den Krieg gegen Rußland. Nach dem Russen-Einbruch hat sich das geändert. Jetzt ist Unzufriedenheit da. Hinzu kommt, daß bei uns viele Landsturmeute sehr bald zu Schanzarbeiten eingezogen wurden. Sie wußten nicht, wo ihre Frauen und Kinder waren. Die Behörden flohen aus vielen Orten. Bei uns herrscht der verstärkte Belagerungszustand, wir können deshalb nicht einmal Mitgliederversammlungen abhalten. Taktische Fragen dürfen jetzt nicht erörtert werden, wir müssen Streit vermeiden.“

Noch viel erstaunlicher in dieser Beziehung sind die Aussagen der geheimen Berichte des Berliner Polizeipräsidiums. Hören wir zunächst einen Lokalbericht aus dem Norden Berlins¹⁵⁰:

„Abteilung VII

Berlin, den 26. August 1914

3. Kommissariat

¹⁴⁹ R. Luxemburg, a. a. O., S. 259.

¹⁵⁰ Landeshauptarchiv Brandenburg, Akten der Abteilung VII.-4 des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin Lit: A. No. 11 a, VoL 3, 15 806, Fol. 76 und 77.

Die Stimmung unter den breiteren Volksschichten des Nordens Berlins ist noch ernst und gedrückt. Doch kann man sie angesichts der allgemeinen ernsten Lage als ruhig und zuversichtlich bezeichnen.

Es wird allgemein anerkannt, daß die gegenwärtigen Lebensmittelpreise mit geringen Ausnahmen den Friedensverhältnissen angepaßt sind.

Gelobt werden die behördlichen Maßnahmen zur Regelung der Lebensmittelpreise. Genugtuung ruft hervor, daß viele Geschäfte sogar unter diesen festgesetzten Preisen verkaufen. Die Mietsverhältnisse sind noch dieselben geblieben. Die rückständig gebliebene Miete wird nach wie vor von den Hauswirten mit Ausnahme einiger Fälle anstandslos gestundet. Besondere Ruhestörungen sind in dieser Angelegenheit nicht vorgekommen.

[110] Die Unterstützungen der Angehörigen der im Felde Stehenden gelangen in den Steuerannahmestellen zur Auszahlung. Dieselben wirken im allgemeinen zufrieden. stellend, nur wird darüber Klage geführt, daß die Beschaffung der zur Auszahlung erforderlichen Unterlagen sehr schwierig ist und zu viel Zeit in Anspruch nimmt.

Im allgemeinen besteht die Ansicht, daß es den Angehörigen des Soldaten durch die Unterstützungen besser geht, wie der Familie des hiergebliebenen aber durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiters.

In bezug auf die Arbeitslosigkeit sind Änderungen nicht eingetreten. Es wird über dieselbe sehr geklagt und gerade in dieser Hinsicht ist die Stimmung unter den breiteren Volksschichten sehr gedrückt.

Es wird gerügt, daß sämtliche städtische und staatliche Bauten ruhen. Von der Behörde wird verlangt, daß sie durch Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und Unterstützung der schuldlos arbeitslos gewordenen Leute nach Möglichkeit das Elend möglichst mildern.

gez. König
K.-W.-475“

Mitte September berichtet der Polizeipräsident – in gar nicht so falscher Weise (im Gegensatz zum Osten des Reiches) zwischen der Stimmung hinsichtlich „kriegerischer“ und „wirtschaftlicher“ Ereignisse unterscheidend¹⁵¹:

„Der Polizeipräsident

Berlin, den 15.9.14

I. a) An das
Oberkommando in den Marken
Hier

b) An den
Unterstaatssekretär in der Reichs-Kanzlei Herrn Wahnschaffe
Hochwohlgeboren
Hier

c) An den
Herrn Minister des Innern
Hier

Siebenter Stimmungsbericht

Berlin 15.9.1914

¹⁵¹ Landeshauptarchiv Brandenburg, Akten der Abteilung VII.-4 des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin
Lit: A. No. 11 a, Vol. 3, 15 806, Fol. 184 und 185.

In bezug auf die *kriegerischen* Ereignisse ist die Stimmung der Bevölkerung insbesondere der großen Masse nach wie vor zuversichtlich. Man hofft, daß die Österreicher den Durchbruch der Russen doch noch verhindern können und hat die Niederlage der 2. russischen Armee in Ostpreußen mit größter Freude begrüßt. Die Versuche sozialdemokratischer Funktionäre die vaterländische Begeisterung in den Arbeiterkreisen zu ersticken und statt der Einmütigkeit aller Volkskreise die Klassengegensätze wieder in den Vordergrund zu stellen, sind bisher gescheitert, [111] und werden voraussichtlich solange scheitern, als nicht von bürgerlicher Seite in dieser Beziehung Fehler gemacht werden.

In bezug auf die *wirtschaftliche* Lage ist die Stimmung keine einheitliche. Daß die Preise für Lebensmittel und anderen Hausbedarf, abgesehen von der steigenden Tendenz der Preßkohlen noch immer normal sind, wird die Gesamtlage im allgemeinen als erträglich angesehen. Der Erlaß des Oberkommandos an die Bäcker ist von den Konsumenten sehr angenehm, von den Bäckern selbst weniger angenehm empfunden worden. In gedrückter Stimmung sind die Hauswirte, vornehmlich die kleineren, weil die Mietsausfälle doch größer sind als sie angenommen haben, und aus Besorgnis vor dem 1. Oktober. Sie fürchten nach wie vor ein rigoroses Vorgehen der Hypothekengläubiger und sehen voraus, daß viele die zum 1. Oktober gemietet haben, nicht imstande sein werden zuzuziehen, und daß diejenigen, die zu diesem Termine gekündigt haben, zum Teil nicht werden ausziehen können, da sie wegen Mangels an Mitteln keine neue Wohnung finden. Mißgestimmt sind ferner zahlreiche kleine Geschäftsleute, besonders die Schankwirte in den Nebenstraßen und die selbständigen Handwerker, deren Gewerbebetrieb teilweise vollständig ruht. Dazu kommen große Mengen beschäftigungsloser Privatangestellter und die Arbeitslosen aus der industriellen Arbeiterschaft, deren Reihen sich noch immer nicht erheblich verringert zu haben scheinen. Die Arbeitslosigkeit hat zwar hier und da abgenommen, dafür aber ist sie in anderen Betriebszweigen, wie z. B. bei den Konfektions- und Heimarbeiterinnen wieder gestiegen. Neue Zahlenangaben liegen jedoch nicht vor.

Jedenfalls ist trotz der jetzt gut funktionierenden Unterstützungsaktionen der stete Mangel an Arbeit eine recht bedenkliche Erscheinung, welche die baldige Einführung präventiver Notstandsarbeiten erwünscht erscheinen läßt.

2. Der Exekutive zur Vorlage von Unterlagen für den nächsten Bericht am 21. d. Mts. mittags.

3. Am 21. wieder vorzulegen.

gez. Jagow“

Interessant in diesem Zusammenhang sind auch die Polizeiberichte über die Zahl-abende der Partei am 9. September. Der erste bezieht sich auf einen einzelnen Abend¹⁵²:

„Abteilung VII

Berlin, den 10. September 1914

Exekutive

Vorgelegt

Berlin, den [?]. September 1914

gez. Unterschrift 10/9 (J.)

Der Zahlabend war von 20 Genossen besucht. Diese fürs Hansaviertel immerhin große Zahl entsteht dadurch, daß hier meist ältere Leute Genossen sind. Die Genossen [112] sind jetzt teilweise führerlos, doch wird mit allen Kräften versucht, die Organisation zu erhalten ... Die Flaggen in den Arbeitervierteln will man nicht haben, sogar Hinterhäuser haben geflaggt.

¹⁵² Landeshauptarchiv Brandenburg, Akten der Abteilung VII.-4 des Königlichen PolizeiPräsidiums zu Berlin Lit: A. No. 11 a, Vol. 3, 15 806, Fol. 154.

Wie man dies verhindern soll, weiß niemand. Nationalabzeichen sollen nicht getragen werden. Es sind Genossen damit getroffen worden. Ein Skandal, sowas! Wir haben keinen Grund, uns so fürchterlich zu freuen, denn nach dem Krieg geht die Parteigehässigkeit weiter und die Unterdrückung wird noch schlimmer als vorher ... Wo sind überhaupt unsere Führer? Sind sie alle freiwillig im Krieg, wie der verrückte Frank? Wenn unsere Führer sich so verhalten, was sollen da die Arbeiter tun? Frank wird scharf angegriffen ... Er hätte sich der Partei erhalten müssen. Alle diese Auslassungen kommen von nur drei oder vier Genossen, welche immer die große Klappe haben. Die anderen hüllten sich in Schweigen, was beredt genug war für ihre Gedanken.

gez. Unterschrift (Laber?)
Kr. Schutzmann – 4187 –“

Der zweite Bericht gibt eine Zusammenfassung von seiten des Polizeipräsidenten¹⁵³:

„Der Polizei-Präsident
Abteilung VII.

Berlin, den 10. 9. 14

1. An das
Kgl. Oberkommando in den Marken
Hier

Sofort!
Noch heute!

Durch Ordonnanz!
Geheim!

Über den Verlauf der gestrigen Zahlabende der sechs sozialdemokratischen Wahl-Vereine des Stadtbezirks Berlin, kann ich folgendes *streng vertraulich* berichten.

Trotz schriftlicher Einladung waren die Zahlabende fast durchweg sehr schwach besucht. Auf einigen soll eine geradezu patriotische Stimmung geherrscht haben, während auf den anderen einzelne, besonders radikale Genossen eifrig bemüht gewesen sind, durch heftige Reden eine kriegsfeindliche Erregung hervorzurufen. Besonders hielten sich diese Hetzer über die ‚Fah-nenseuche‘ der Genossen auf und über das Tragen schwarz-weiß-roter Abzeichen. Der ‚Vorwärts‘ wurde als Kriegsvereinszeitung bespöttelt und von einer Seite der Vorschlag gemacht, die im Felde befindlichen Genossen sollten alle schlechten Erfahrungen, die sie mit Vorgesetzten machen, der Parteipresse mitteilen. Indessen ist es nirgends zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen. Man hörte die radikalen Schreier an und ließ es dabei bewenden.

Allgemein geklagt wurde darüber, daß der ‚Vorwärts‘, dessen Abonnentenzahl von 143 000 auf 70 000 gesunken ist, an Kranke und Arbeitslose nicht mehr unentgeltlich geliefert wird, und daß die Frauen der kriegsteilnehmenden Genossen ihn [113] sich selbst aus den Expeditionen abholen müssen. Die Zahl der Wahlvereinsmitglieder nehme reißend ab. Sehr viele seien ausgeschieden, weil sie jetzt Stellungen bei der Post und in anderen Staats- und Militärbetrieben gefunden haben und diese Beschäftigungen mit der Zugehörigkeit zum Wahlverein nicht für verträglich erachten.

Die wirtschaftliche Lage wurde im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet.

2. Zu den Akten

gez. J.“

¹⁵³ Landeshauptarchiv Brandenburg Akten der Abteilung VII.-4 des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin Lit: A. No. 11 a, Vol. 13, 15 806, Fol. 175.

„Man hörte die radikalen Schreier an und ließ es dabei bewenden.“ Sicherlich hatte der Polizeipräsident keine Ahnung, was er damit mitteilte – welche Wandlung eingetreten war seit jenen ersten August-Tagen, von denen Rosa Luxemburg mit so bitterem Sarkasmus schrieb, daß inmitten des tobenden Pöbels ganzer Stadtbevölkerungen der Schutzmann an der Straßenecke, „der einzige Repräsentant der Menschenwürde war“.

Schon mehr näherte sich die Stimmung derjenigen, die Richard Müller aus ganz eigenem Erleben so schilderte¹⁵⁴: „Die Masse der Arbeiter und Angestellten verhielt sich gegenüber der aufgeputzten Kriegsstimmung sehr reserviert. Mißtrauisch gegen die offiziellen sich oftmals widersprechenden Nachrichten, angewidert von dem chauvinistischen Lärm der Prozentpatrioten ließ das Ungewisse der Zukunft keine feste und klare Stimmung und Haltung aufkommen. Soweit diese breiten Volkskreise bereits vor dem Krieg unter dem Einfluß der sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse zu bestimmten Grundanschauungen über Staat und Gesellschaft erzogen worden waren, zeigte sich, wenn auch zunächst nicht offen, eine direkte Ablehnung der Kriegspropaganda und des Krieges. Innerhalb der Industriearbeiterschaft befand sich ein kleiner Kern von Proletariern, die den Krieg nicht nur als solchen ablehnten, sondern auch willens waren, seinen Ausbruch mit allen Mitteln zu verhindern; und als der Krieg zur Tatsache geworden, hielten sie es für ihre Pflicht, mit allen Mitteln sein Ende herbeizuführen. Die Zahl war klein. Um so entschlossener und rühriger waren die Personen.“

*

Noch kann man in diesen ersten Wochen nicht von einer zentral geleiteten Opposition sprechen. Aber immer deutlicher wird Liebknecht zum Symbol der Opposition –national und international. Liebknecht berichtet selbst über seine Tätigkeit in dieser Zeit¹⁵⁵:

„Ende August 1914 regte Liebknecht bei dem Berliner Zentralvorstand die Abhaltung von Versammlungen gegen die Annexionshetze und für den Frieden an. Gleichzeitig ersuchte er den Parteivorstand um Veranstaltung solcher Versammlungen, um Erlaß eines Manifestes im gleichen Sinne (unter Zuziehung des Fraktionsvorstandes) und um Versendung eines Zirkulars an die Presse, daß sie zur Pflicht und Wahrung des Programms aufrufen sollte. Die Versammlungen wurden abgelehnt, weil zu befürchten sei, daß sich in ihnen Genossen zugunsten von Annexionen aussprechen könnten. Ein Manifest wurde für die allernächste Zeit zugesagt.

Vom 4. bis 12. September war Liebknecht in Belgien; am 13. September in Amsterdam. In Stuttgart wollte Liebknecht am 21. September in einer Versammlung ‚gegen die Annexionshetze‘ sprechen; sie wurde verboten. Er nahm dann an einer Funktionärsversammlung der Stuttgarter Parteiorganisation teil, die Anlaß zu vielen Erörterungen gab.

In einem Vorort von Berlin wurde für Mitte September 1914 eine Versammlung der vorgeschlagenen Art in Aussicht genommen; sie wurde verschoben, da Liebknecht verreist war. Im Oktober wurden für zwei Berliner Vororte Versammlungen mit dem Thema: ‚Ein Ende dem Völkermord! Gegen die Annexionshetze!‘ (Referenten Liebknecht und R. Luxemburg) einberufen. In den Annoncen wurde das Thema, auf dessen Publikation in der Presse besonderes Gewicht gelegt wurde, von der Expedition des ‚Vorwärts‘ gestrichen, wodurch die Versammlungen, die als Demonstrationsversammlungen gedacht waren, vereitelt wurden.“

Offen, über den Rahmen von Besprechungen in engerem Kreis oder Reden in örtlichen geschlossenen Parteiversammlungen hinausgehend, tritt Liebknecht Anfang September auf. Er schreibt an die ‚Bremer Bürgerzeitung‘¹⁵⁶:

¹⁵⁴ R. Müller, a. a. O., S. 32 f.

¹⁵⁵ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, a. a. O., S. 16 f.

¹⁵⁶ K. Liebknecht, ebendort, S. 17.

„Berlin, den 3. September 1914.

An die
Redaktion der Bremer Bürgerzeitung

Werte Genossen!

Wie ich erfahre, haben mehrere Genossen und einige Parteizeitungen allerhand über die Beratungen der deutschen Reichstagsfraktion vom 3. und 4. August dieses Jahres veröffentlicht. Danach soll in der Fraktion über die politische Lage und unsere Stellung zu ihr keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit bestanden haben und der Beschluß auf Bewilligung der Kriegskredite einstimmig gefaßt sein.

Um einer unerträglichen Legendenbildung entgegenzuwirken, sehe ich mich genötigt, festzustellen, daß in der Fraktion über die bezeichneten Punkte diametral gegensätzliche Auffassungen geherrscht haben, die in Debatten von bisher unerhörter Leidenschaftlichkeit ihren Ausdruck fanden und ein einmütiges Votum schlechterdings ausschlossen. Darnach ist es auch ganz unrichtig, daß der Beschluß über die Bewilligung der Kriegskredite einstimmig gefaßt sei.

Die Erörterung der Einzelheiten muß auf eine Zeit aufgespart werden, die dazu wenigstens annähernd die gleiche Freiheit der Meinungsäußerung gewährt, wie sie unter dem gegenwärtigen anormalen politischen Zustand die Verfechter der Kreditbewilligung in so reichem Maße genießen.

Ich bitte Sie dringend, die vorstehenden Zeilen abdrucken zu wollen.

Mit Parteigruß

Ihr

(gez.) Karl Liebknecht.“

[115] Genau eine Woche später hatte sich die Mehrzahl des Führungskerns der fortschrittlichen Kräfte der folgenden Jahre zu einem gemeinsamen Schreiben an die wichtigsten Parteizeitungen des neutralen Auslandes zusammengefunden. Mit diesem gemeinsamen Schreiben, das sofort in aller Welt – außerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns – bekannt wurde, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es lautet¹⁵⁷:

„An die
Redaktionen einiger schwedischen, italienischen und schweizer Parteizeitungen.

Die Genossen Dr. Südekum und Richard Fischer haben in der Parteipresse des neutralen Auslandes (Schweden, Italien, Schweiz) den Versuch unternommen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Kriege im Lichte ihrer Auffassung darzustellen. Wir sehen uns dadurch gezwungen, an der gleichen Stelle zu erklären, daß wir und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Lage von einem Standpunkte betrachten, der demjenigen der Genossen Südekum und Fischer durchaus nicht entspricht. Der Belagerungszustand macht es uns vorläufig unmöglich, unsere Auffassung öffentlich zu vertreten.

Am 10. September 1914

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin.“

Im November 1914 sind wir schon mitten in diesem neuen Abschnitt der Geschichte unserer Arbeiterbewegung. Der Kreis um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war damit beschäftigt, eine eigene Plattform auszuarbeiten. Liebknecht schreibt darüber¹⁵⁸:

¹⁵⁷ K. Liebknecht, ebendort, s. 18.

¹⁵⁸ K. Liebknecht, ebendort, S. 89.

„Im November 1914 hatte ich eine ausführliche Darlegung („Thesen“) für ein Separatvotum ausgearbeitet, die ich den andern 13 der Fraktionsminderheit vom August 1914 und einigen weiteren Fraktionsmitgliedern übersandte.“¹⁵⁹ [199]

¹⁵⁹ Die Thesen sind im Anhang dieses Buches abgedruckt.

¹⁶⁰⁻¹⁷⁷ Fußnoten fallen aus technischen Gründen fort.

TEIL II EINSCHÄTZUNG DER EREIGNISSE

KAPITEL I DIE BEIDEN STRÖMUNGEN IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Wie die Arbeiterbewegung jedes fortgeschrittenen Landes in jener ersten Phase des Stadiums des Imperialismus barg auch die deutsche Arbeiterbewegung zwei breite Strömungen – eine revolutionäre und eine reformistische, opportunistische.

Die ganze Breite und Stärke und Wucht der reformistischen, opportunistischen Strömung in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, aber auch in Rußland, wurde erst in den August-Tagen von 1914 offenbar. Sie hatte zuvor die Größe ihres Ausmaßes verhüllen können hinter einer großen revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung im allgemeinen, hinter eigenen Phrasen und hinter dem Aufschwung der revolutionären Bewegung, der im Weltmaßstab 1912 einsetzte und auch in Deutschland gerade in den Monaten vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in einer heftigen Zuspitzung des Klassenkampfes einen Ausdruck fand.

Am 17. Juni 1912 hatte Lenin im „Sozialdemokrat“ einen Artikel „Der revolutionäre Aufschwung“ geschrieben, in dem es hieß¹⁷⁸: „Der grandiose Maistreib des Proletariats von ganz Rußland und die mit ihm verbundenen Straßendemonstrationen, die revolutionären Proklamationen und revolutionären Reden vor den Arbeitermassen haben deutlich gezeigt, daß Rußland in eine Phase des revolutionären Aufschwungs eingetreten ist. Dieser Aufschwung ist keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Nein, er wurde durch die ganzen Verhältnisse des russischen Lebens schon seit langem vorbereitet, und die Massenstreiks im Zusammenhang mit den Erschießungen an der Lena und dem 1. Mai haben lediglich endgültig seinen Eintritt bestimmt.“

In der zweiten Hälfte des Juli 1914 aber streikten 200 000 Arbeiter allein in Petersburg, und in Baku wie Łódz waren Barrikaden errichtet.

Während das russische Proletariat dem Weltproletariat voranmarschierte, regte sich auch in Deutschland der Widerstand gegen die herrschende Klasse immer stärker.

Rückblickend auf die Geschichte seit 1870 schrieb Rosa Luxemburg über die deutsche Sozialdemokratie bis 1914¹⁷⁹: „Das Grab der Pariser Kommune hatte die erste Phase der europäischen Arbeiterbewegung und die erste Internationale geschlossen. Seitdem begann eine neue Phase. Statt der spontanen Revolutionen, Aufstände, Barrikaden-[120]kämpfe, nach denen das Proletariat jedesmal wieder in seinen passiven Zustand zurückfiel, begann der systematische Tageskampf, die Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus, die Massenorganisation, die Vermählung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe und des sozialistischen Ideals mit der hartnäckigen Verteidigung der nächsten Tagesinteressen. Zum ersten Male leuchtete der Sache des Proletariats und seiner Emanzipation der Leitstern einer strengen wissenschaftlichen Lehre. Statt der Sekten, Schulen, Utopien, Experimente in jedem Lande auf eigene Faust erstand eine einheitliche internationale theoretische Grundlage, die Länder wie Zeilen in einem Band verschlang. Die marxistische Erkenntnis gab der Arbeiterklasse der ganzen Welt einen Kompaß in die Hand, um sich im Strudel der Tagesereignisse zurechtzufinden, um die Kampfaktik jeder Stunde nach dem unverrückbaren Endziel zu richten. Trägerin, Verfechterin und Hüterin dieser neuen Methode war die deutsche Sozialdemokratie. Der Krieg von 1870 und die Niederlage der Pariser Kommune hatten den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlegt. Wie Frankreich die klassische

¹⁷⁸ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. I, Berlin 1951, S. 654. [Werke, Bd. 18, S. 91-99]

¹⁷⁹ R. Luxemburg in der „Juniusbroschüre“, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1951, S. 261 f.

Stätte der ersten Phase des proletarischen Klassenkampfes, wie Paris das pochende und blutende Herz der europäischen Arbeiterklasse in jener Zeit gewesen war, so wurde die deutsche Arbeiterschaft zur Vorhut der zweiten Phase. Sie hat durch zahllose Opfer der unermüdlischen Kleinarbeit die stärkste und mustergültige Organisation ausgebaut, die größte Presse geschaffen, die wirksamsten Bildungs- und Aufklärungsmittel ins Leben gerufen, die gewaltigsten Wählermassen um sich geschart, die zahlreichsten Parlamentsvertretungen errungen. Die deutsche Sozialdemokratie galt als die reinste Verkörperung des marxistischen Sozialismus. Sie hatte und beanspruchte eine Sonderstellung als die Lehrmeisterin und Führerin der zweiten Internationale. Friedrich Engels schrieb im Jahre 1895 in seinem berühmten Vorwort zu Marxens ‚Klassenkämpfen in Frankreich‘: ‚Was auch in anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden »Gewalthaufen« der internationalen proletarischen Armee.‘ Die deutsche Sozialdemokratie war, wie die ‚Wiener Arbeiterzeitung‘ am 5. August 1914 schrieb, ‚das Juwel der Organisation des klassenbewußten Proletariats.‘

Lenin hat viel später noch von dem führenden Theoretiker der deutschen Partei, von Karl Kautsky, als der „größten Autorität der II. Internationale“ gesprochen¹⁸⁰ und so groß war die Achtung Lenins vor den Leistungen Kautskys als Theoretiker, daß er, als jener längst zum Verräter der Arbeiterbewegung und zum Feind der Sowjetunion geworden war, nicht selten noch aus Kautskys früheren Schriften marxistisches Gedankengut zitierte.

Groß war die revolutionäre Tradition der deutschen Sozialdemokratie, und gerade im Jahre 1914 schien sie sich wieder zu bewähren. Selbst ein feindlicher Bürger aus den Jahren der Weimarer Republik mußte so darüber berichten¹⁸¹: „In den letzten [121] Wochen vor dem Kriege nahm die innere Lage die Entwicklung zu so leidenschaftlichen Gegensätzen zwischen der Sozialdemokratie, dem Staat und den anderen Parteien, daß auch ihre Presse ganz davon in Anspruch genommen war und kaum noch für etwas anderes Auge und Ohr hatte. Gegen Bethmann Hollwegs Wunsch hatte sich die Entscheidung über das preußische Wahlrecht Jahr auf Jahr verzögert. Das forderte die Sozialdemokratie zu einer immer stärker werdenden Agitation gegen das Dreiklassenwahlssystem heraus. Schon wurden im ganzen Lande Vorbereitungen zum politischen Massenstreik getroffen. Die Verhetzung der Volksmassen erforderte wiederum eine viel schärfere Handhabung der bestehenden Vorschriften durch die Polizei- und Verwaltungsbehörden gegenüber allen sozialdemokratischen Kundgebungen. Die rasche Folge von Vorlagen zur Verstärkung der Rüstungen steigerte die Verschärfung des Gegensatzes noch. Im Zusammenhang damit strengte das preußische Kriegsministerium einen politischen Riesenprozeß gegen Rosa Luxemburg wegen antimilitaristischer Propaganda an, welcher am 21. Februar 1914 mit der Verurteilung der sozialistischen Führerin endete. Diese erhob Einspruch. Im Juli sollte der Prozeß eine neue Auflage erfahren, in welchem Tausende von Zeugen zur Ladung beantragt wurden, um die von der sozialistischen Führerin gemachten Mitteilungen über Soldatenmißhandlungen zu bestätigen. Die ganze sozialdemokratische Presse brachte Tag für Tag seitenlange Berichte über den Prozeß, der besser als alles übrige zur Erfüllung ihrer Leser mit Haß gegen die Regierung und die bestehende Staatsordnung ausgenutzt werden konnte. Auch daß die Verhandlung schließlich hinausgeschoben wurde, ließ die Gemüter nicht zur Ruhe kommen, die durch schwere Verurteilungen in anderen politischen Prozessen ebenfalls erregt worden waren. Auch der Nachhall des Zaberner Falles in den Parlamenten hatte Verhetzungsstoff geliefert.

¹⁸⁰ Vorwort zu „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“. [Werke, Bd. 28, S. 94-103]

¹⁸¹ C. Schoen, a. a. O., S. 14 f.

Als im Frühsommer 1914 der Reichstag in die Ferien ging, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum ersten Male ihre oppositionelle Gesinnung vor dem ganzen Lande deutlich hervorgekehrt, indem sie bei dem Kaiserhoch im Saale blieb und sich doch nicht daran beteiligte. Der Regierung und ihrer monarchischen Spitze sollte das Mißtrauen in schroffster Form zum Ausdruck gebracht werden. Das Herrenhaus beantwortete die Demonstration mit einer von heller Empörung eingegebenen und von tiefstem Abscheu gegen die Anhänger der sozialistischen Partei getragenen Kundgebung. Der preußische Justizminister Beseler aber drohte sämtlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit einem Prozeß auf Grund des Majestätsbeleidigungsparagraphen. Mit Sturmszenen ähnlicher Art endigte auch die Tagung des preußischen Abgeordnetenhauses. Noch in seiner letzten Sitzung beschlossen die bürgerlichen Parteien die Aufhebung der Immunität eines sozialdemokratischen Abgeordneten; dieser Beschluß war ohne Vorgang. Die Entrüstung der sozialdemokratischen Partei gab sich in leidenschaftlichem Lärm kund. Am deutlichsten gelangte die Radikalisierung der Massen wohl auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck, der vom 22. bis 27. Juni tagte. Der zweite Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes Winnig erklärte dort in seinem Referat über die Arbeitslosenfürsorge unter stürmischem Beifall: „Wir Gewerkschafter sind sicherlich für eine Entwicklung auf dem Wege der Reform. Wir haben in fünf Jahrzehnten den Willen bewiesen, im gesetzlichen Rahmen zu bleiben; seit Lassalle steht die Arbeiterbewegung auf dem Boden des [122] parlamentarischen Kampfes. Wir haben nicht die Absicht, diesen Grund zu verlassen. Aber die Entscheidung hängt nicht von uns ab, sondern von den herrschenden Klassen. Wenn sie den Massen alle Wege nach aufwärts und vorwärts verrammeln, muß schließlich auch der stärkste Damm brechen.“ Der Damm bricht! Das war das Stichwort der Situation. Auch der Reichskanzler glaubte nicht anders mehr zu können, als indem er der Sozialdemokratie offen Fehde ansagte. Alle Anzeichen standen auf Sturm.“

So brachte denn an genau dem Tage, an dem der österreichisch-ungarische Thronfolger ermordet worden war, am 28. Juni, der „Vorwärts“ einen Leitartikel über den abgeschlossenen Gewerkschaftskongreß, dessen erster Satz lautete: „Gesteigerte Aktionsfähigkeit, das ist das unzweifelhafte Ergebnis der arbeitsreichen Woche, die nun für die Vertreter der deutschen Gewerkschaften beendet ist.“

Selbst der Rechtteste unter den Reformisten, Legien¹⁸², mußte in seiner Eröffnungsansprache auf dem Gewerkschaftskongreß erklären¹⁸³: „Werte Genossen und Genossinnen! Als wir vor drei Jahren uns in Dresden trennten, schien es, als würde für die gewerkschaftlichen Organisationen eine recht günstige Zeit kommen. Die Nachwirkungen der wirtschaftlichen Krise waren überwunden und es gewann den Anschein, als wollte man den Gewerkschaften in Deutschland gesetzlich die Rechte einräumen, die ihnen zustehen. In diesen Hoffnungen sind wir leider nach beiden Richtungen hin enttäuscht worden. Eine neue wirtschaftliche Krise mit verheerenden Wirkungen brach herein, die die Kräfte der Gewerkschaften bis aufs äußerste anspannte. Die Fürsorge für die Arbeitslosen hat unsere Gewerkschaften in ganz enormer Weise und insbesondere im letzten Jahre in Anspruch genommen. Während 1911 für Unterstützung für Arbeitslose am Orte und auf der Reise 7 368 000 Mk. verausgabt wurden, betrug diese Ausgabe im Jahre 1913 13 037 000 Mark, also nahezu das Doppelte. Dazu kam dann eine ganz außergewöhnliche Hetze gegenüber unseren gewerkschaftlichen Organisationen, der Versuch, unsere Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu machen, das Geschrei des Unternehmertums, nunmehr auch von den Agrariern unterstützt, nach Schutz der sogenannten Arbeitswilligen.“ (Wäre es der Regierung gelungen, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu erklären, so hätten sie unter sehr viel stärkerer polizeilicher Aufsicht zu leiden

¹⁸² Lenin spricht in einem Artikel vom Jahre 1914 („Prosweschtschenije“ Nr. 4) von dem „Opportunismus der (deutschen J. K.) Gewerkschaftsführer im allgemeinen und Legiens im besonderen“. [Werke, Bd. 20, S. 253]

¹⁸³ „Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin 1914, S. 140 ff.

gehabt) ... „Bezüglich unserer Tagesordnung könnte man sagen: nachdem der Versuch gemacht worden ist, unsere Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stempeln, hätte man vielleicht bei Festsetzung der Tagesordnung etwas Vorsicht üben und die Punkte, die die Herren Polizeipräsidenten als solche betrachten, die dem Kongreß einen politischen Charakter geben, fortlassen können. Wir haben es aber auf Grund der bestehenden Gesetze als unser gutes Recht angesehen, diese Fragen, die auf die Tagesordnung gestellt sind, auf unserem Kongreß zu verhandeln. (Sehr richtig!) Glaubt man uns dadurch zu politischen Vereinen stempeln zu müssen, zwingt man uns eventuell durch gerichtliche Entscheidung politische Vereine zu werden – nun, dann werden wir die Form unserer Verhandlungen [123] ändern, die Verhandlungen über diese Dinge aber werden nach wie vor stattfinden (Sehr richtig!), weil sie stattfinden müssen im Interesse der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb haben wir diese Vorsicht, die vielleicht der einen oder anderen Seite uns angeraten werden konnte, nicht geübt, sondern betrachten es als unser gutes Recht, diese Dinge zu verhandeln. Die Situation liegt heute im allgemeinen ähnlich so, wie zur Zeit des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M. 1899. Damals bestand der sogenannte Zuchthauskurs, die Androhung, das Zuchthausgesetz gegen die Organisation der Gewerkschaften zu erlassen, und auf dem Kongreß ist bei der Eröffnung erklärt worden: Wir fürchten den Zuchthauskurs nicht, aber wir wünschen ihn auch nicht; wir wünschen ihn nicht im Interesse der gesamten Bevölkerung. Ähnlich können wir auch heute bei Eröffnung des Kongresses zu dem drohenden Gesetz zum Schutz der Streikbrecher Stellung nehmen. Was will man mit einem solchen Gesetz? Hat man wirklich bei uns in Deutschland es noch nötig, Gesetze zum Schutz dieser Streikbrecher zu erlassen? Liegen die Dinge heute nicht gerade umgekehrt? Wäre es heute nicht viel mehr notwendig, die streikenden Arbeiter vor den sogenannten Arbeitswilligen zu schützen? ... Wir brauchen alles, was kommen mag auf dem Gebiete der Gesetzgebung oder der Polizeischikane, nicht zu fürchten, solange unsere Organisationen eine Einheit bilden.“

Das ist eine Sprache, wie sie Legien schon lange nicht mehr geführt hatte.

Und doch ...

Aber wechseln wir noch einmal den Blickpunkt und sehen wir nach dem Rußland dieser Tage. Selbst in der bisweilen schönfärbenden „Geschichte der KPdSU, Kurzer Lehrgang“, heißt es¹⁸⁴: „Alle Betriebe waren aufgewühlt, überall fanden Meetings und Demonstrationen statt. Die Sache ging so weit, daß Versuche zur Errichtung von Barrikaden unternommen wurden. Barrikaden wurden auch in Baku und in Lodz errichtet. In einer Reihe von Orten schoß die Polizei auf die Arbeiter. Zur Unterdrückung der Bewegung traf die Regierung ‚außerordentliche Maßnahmen‘, die Hauptstadt wurde in ein Heerlager verwandelt, die ‚Prawda‘ verboten. Aber zu dieser Zeit erschien auf dem Schauplatz ein neuer Faktor von internationalem Charakter, der imperialistische Krieg, der den Gang der Ereignisse ändern sollte. Gerade zur Zeit der revolutionären Juli-Ereignisse traf der französische Präsident Poincaré in Petersburg ein, um mit dem Zaren über den Beginn des bevorstehenden Krieges zu verhandeln. Einige Tage darauf erklärte Deutschland Rußland den Krieg. Die zaristische Regierung benutzte den Krieg, um die bolschewistischen Organisationen zu zertrümmern und die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Der Aufschwung der Revolution wurde unterbrochen vom Weltkrieg, in welchem die zaristische Regierung vor der Revolution Rettung suchte.“

Und noch viel mehr und noch viel schneller gelang es dem deutschen Monopolkapital, die deutsche Arbeiterklasse zu verwirren, zum Handeln entgegen ihren eigenen Interessen, entgegen den Interessen des deutschen Volkes zu veranlassen.

Wie erklärt sich dieser Erfolg der herrschenden Klassen aller am ersten Weltkrieg beteiligten Länder in jenen Augusttagen des Jahres 1914?

¹⁸⁴ A. a. O., Berlin 1950, S. 199 f.

[124] Kein Marxist hat nach dem Tode von Engels einen so scharfen und steten Kampf gegen den Opportunismus, gegen das Eindringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideen in die Arbeiterbewegung geführt wie Lenin. Gerade im Kampf gegen den Opportunismus wurde die Partei Leninschen Typs geboren. Aufbauend auf den Erfahrungen dieses Kampfes wurde sie geformt und weitergebildet.

Unermüdlich und unversöhnlich hatte Lenin von den „Volksfreunden“ (1894 [Werke, Bd. 1, S. 119-338]) bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges gegen den Opportunismus gekämpft.

Schon 1908, in seiner Arbeit „Marxismus und Revisionismus“, legt Lenin dar, daß der Revisionismus nicht eine Einzelercheinung, nicht eine zufällige ideologische Entwicklung ist, sondern: „Die Unvermeidlichkeit des Revisionismus ist durch seine Klassenwurzeln in der modernen Gesellschaft bedingt. Der Revisionismus ist eine internationale Erscheinung ... Worin besteht seine Unvermeidlichkeit in der kapitalistischen Gesellschaft? Warum ist er tiefer als die Unterschiede zwischen den nationalen Eigentümlichkeiten und Entwicklungsgraden des Kapitalismus? Weil jedes kapitalistische Land neben dem Proletariat stets auch breite Schichten von Kleinbürgern, von Kleinbesitzern hat. Der Kapitalismus ist entstanden und entsteht immer wieder aus dem Kleinbetrieb. Eine ganze Reihe von ‚Mittelschichten‘ werden vom Kapitalismus unausbleiblich immer wieder neu geschaffen (Anhängsel der Fabrik, Heimarbeit, kleine Werkstätten, die infolge der Anforderungen der Großindustrie, z. B. der Fahrrad- und Automobilindustrie, über das ganze Land verstreut sind, usw.). Ebenso unausbleiblich werden diese neuen Kleinproduzenten wieder in die Reben des Proletariats geschleudert. Es ist ganz natürlich, daß die kleinbürgerliche Weltanschauung immer und immer wieder in den breiten Arbeiterparteien zum Durchbruch kommt.“¹⁸⁵

Doch noch hat Lenin erst eine Wurzel des Revisionismus entdeckt, noch nicht die entscheidende, im Proletariat selbst verhaftete, sondern erst gewissermaßen einen von außen in das Proletariat geschleuderten Träger dieses Gifts, das proletarisierte Kleinbürgertum. Und auch in dem zwei Jahre späteren Artikel „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“ [Werke, Bd. 16, S. 353-358] stößt Lenin noch nicht zum Entscheidenden, eben zur Wurzel des Opportunismus in der Arbeiterklasse selbst, vor. Und wiederum zwei Jahre später, im Mai 1914, in seinem Artikel „Der Ideenkampf in der Arbeiterbewegung“ fehlt noch diese Kenntnis. [Der ideologische Kampf in der Arbeiterbewegung, Werke, Bd. 20, S. 276-279]

So erklärt es sich, daß auch dieser größte Kämpfer gegen den Opportunismus von der fast alle mitreißenden Saugkraft des Opportunismus in den Augusttagen von 1914 überrascht wurde.

Aus dieser Feststellung ergibt sich nicht, wie Stalin in anderem Zusammenhang behauptet, die Schlußfolgerung: „Es ergibt sich demnach, daß Lenin in der Vorkriegsperiode noch kein echter Bolschewik gewesen sei, daß Lenin erst in der Periode des imperialistischen Krieges oder gar erst bei Ausgang dieses Krieges ein echter Bolschewik geworden sei.“¹⁸⁶

[125] Diese Feststellung besagt das ebensowenig, wie Marx und Engels sich in der Vorrede zur deutschen Ausgabe des „Kommunistischen Manifest“ von 1872 für die Zeit vor 1871 zu unechten Marxisten erklären wollten, wenn sie bemerkten, daß ihnen erst die Erfahrung der Kommune den entscheidenden Beweis geliefert hätte, daß die Arbeiterklasse in der Revolution nicht die fertige Staatsmaschinerie übernehmen dürfte. Ein echter Bolschewik, ein wirklicher Marxist ist nämlich nicht jemand, der schon von Anfang alles weiß (ähnlich wie Herkules, der schon in der Wiege mit jeder Hand eine Schlange erwürgte). Ein echter Bolschewik, ein wirklicher Marxist ist auch nicht jemand, der niemals einen Fehler macht. All das sind Vorstellungen primitiven Personenkults. Solch kindische Betrachtungsweise würde uns ver-

¹⁸⁵ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. XI, Moskau 1938, S. 446 f. [Werke, Bd. 15, S. 26, 27]

¹⁸⁶ J. W. Stalin, Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 6, 1931.

anlassen, die Einsicht zum Beispiel eines klugen und mutigen anarchistischen Zynikers wie Franz Pfemfert in das Wesen des Opportunismus der deutschen Sozialdemokraten über das Urteil von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring zu stellen – denn Pfemfert schrieb „ganz richtig“ anlässlich der Verurteilung Rosa Luxemburgs wegen Aufdeckung grausamer Soldatenmißhandlungen in der Armee in der „Aktion“ vorn 7. März 1914¹⁸⁷: „Das Frankfurter Urteil. In einer Rede, die sie vor ihren Parteigenossen in Frankfurt hielt, hat Frau Rosa Luxemburg versichert, die Proletarier von Frankreich und Deutschland würden der Zumutung, sich gegenseitig niederzumorden, energisch widerstehen. Den 20. Februar (1914) haben preußisch-deutsche Richter (in Frankfurt a. M.) Frau Rosa Luxemburg für diese stolze Zuversicht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Frau Rosa Luxemburg ist eine unheilbare Optimistin. Sie kennt unsere militaristische Sozialdemokratie. Sie kennt die Noske und Gesellen. Sie kennt das famose Parteiwort: ‚Sozialdemokraten sind Mustersoldaten‘, Sie weiß: nur Karl Liebknecht kommt neben ihr als ernsthafter sozialdemokratischer Antimilitarist in Betracht. Hofft Frau Rosa Luxemburg dennoch, im Ernstfalle eines Krieges würden auch nur tausend, würden auch nur hundert, würde auch nur ein ‚Genosse‘ bereit sein, proletarische Brüderlichkeit zu üben gegenüber den französischen ‚Feinden‘? Ach, tapfere Frau: wenn es den Kriegslüstringen diesseits und jenseits der Grenze gefallen sollte, morgen eine Mordorgie zu inszenieren, die Anhänger der deutschen Viermillionenpartei wurden Ihrem Optimismus ein Ende bereiten. Die unterschiedlichen Besucher der Zahlabende würden allenfalls noch wagen, flink eine Protestresolution gegen den brüdermordenden Krieg anzunehmen, aber dann würden sie stramm marschieren. Denn diese Arbeiter-Bourgeoisie, rein auf Phrase dressiert, ist alles andere als antimilitaristisch erzogen. Frau Rosa Luxemburg ist somit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil sie einer Hoffnung Worte gab, die, wenn’s nach den Führern der heutigen Sozialdemokratie geht, noch jahrzehntelang eine leere Hoffnung bleiben dürfte. Frau Rosa Luxemburg ist verurteilt worden, weil sie die brutale Wirklichkeit so zu sehen wähnte, wie die Besten aller Zeiten sie forderten. Dennoch wäre es falsch, wollte man die hohe Bedeutung des Frankfurter Gerichtsurteils bestreiten. Ideale haben noch immer den Zusammenstoß mit den harten Tatsächlichkeiten gut überstanden. Für die Idee des Antimilitarismus, des Völkerfriedens haben schon zu lange nur Teeschwestern gewirkt, als daß wir uns nicht freuen sollten, wenn die herrschende Macht uns durch ihre Vertreter zeigt, daß diese Idee trotz Haager Friedenspalast, trotz Suttner und trotz Friedenszar ernst geblieben ist. Das Urteil gegen Rosa Luxemburg macht vieles gut, was die [126] Tanten der ‚Friedenswarte‘ verdorben haben. Ja es ist seit Liebknechts Verurteilung, die erste wichtige antimilitaristische Agitation. Das sei der mutigen Frau gedankt.“

Klug vorausgesehen – ja! bitterer Zynismus hat in diesem Fall recht gesehen! aber ist recht sehender bitterer Zynismus marxistisch? Wahrhaftig nicht!

Ein echter Bolschewik, ein Marxist, ein Marxist-Leninist ist weder jemand, der immer recht hat, noch jemand, der alles voraussieht, sei es aus „allseitiger und zu-tiefster“ Weisheit oder aus Zynismus, sondern das ist vielmehr jemand, der sich stets und immer und mit Erfolg bemüht, aus den Erfahrungen der Geschichte im Interesse der Menschheit zu lernen, und der entsprechend parteilich in Wort und Tat Stellung nimmt.

Und niemand hat so aus der Erfahrung des Klassenkampfes zu lernen verstanden wie Marx und Engels und Lenin, die großen Klassiker des Marxismus-Leninismus.

Man lese noch einmal Lenins Arbeit über „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“ aus dem Jahre 1910 – und vergleiche sie mit dem, was er nach der Erfahrung der August-Tage von 1914 über den Opportunismus geschrieben hat! Welch eine Vertiefung der Lehre vom Opportunismus durch die Entdeckung seiner ökonomischen Wurzeln in der Basis

¹⁸⁷ [Die Aktion, 4. Jahrgang, 7. März 1914, Sp. 266-267. Die Quellangabe zu dem zitierten Text fehlt im Buch.]

der Arbeiterklasse, durch die Erkenntnis des Charakters und der Rolle der Arbeiteraristokratie – auf Grund der Studien nach dem August 1914! Ist es nicht eine unwürdige Herabsetzung der genialen wissenschaftlichen Leistung, des tiefen und unermüdlichen Imperialismusstudiums, das Lenin recht eigentlich gerade in dieser Zeit betrieb, wenn man in bornierter, kleinbürgerlicher „Helden“-Verehrung behauptet, daß Lenin die Wurzeln und das Ausmaß des Opportunismus schon vor dem August 1914 voll erkannt habe?

Nein ... Es war Lenin, der die erste Nachricht von der einstimmigen Kriegskredit-Bewilligung durch die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag nicht glaubte. Es war Lenin, der in maßlosen Zorn geraten über den internationalen Verrat der Rechten und des Zentrums, zutiefst erschüttert durch die Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse, es war Lenin, der echte Bolschewik, das Vorbild eines Marxisten, der gerade auf Grund der Erfahrungen dieser August-Tage die Lehre vom Opportunismus im Imperialismus schuf!

*

Mit unerbittlicher Schärfe schildert Lenin, was erst der August 1914 aufdeckte¹⁸⁸:

„Für die klassenbewußten Arbeiter ist der Sozialismus eine ernste Überzeugung, nicht aber ein bequemer Deckmantel für spießbürgerlich-versöhnliche und nationalistisch-oppositionelle Bestrebungen. Unter dem Zusammenbruch der Internationale verstehen sie den himmelschreienden Verrat der meisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien an ihren Überzeugungen, an den feierlichsten Erklärungen in den zu Stuttgart und Basel auf den internationalen Kongressen gehaltenen Reden, in den Resolutionen dieser Kongresse usw. Diesen Verrat können nur die übersehen, die ihn nicht sehen wollen, denen es nicht vorteilhaft ist. Formulieren wir die Sache wissenschaftlich, das heißt Unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen den Klassen der modernen Gesell-[127]schaft, so müssen wir sagen, daß sich die meisten sozialdemokratischen Parteien und an ihrer Spitze vor allem die größte und einflußreichste Partei der II. Internationale, die deutsche, auf die Seite ihres Generalstabs, ihrer Regierung und ihrer Bourgeoisie gegen das Proletariat gestellt haben. Das ist ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung, und man kann nicht umhin, bei einer möglichst allseitigen Analyse dieses Ereignisses zu verweilen. Es ist längst anerkannt, daß bei allen Schrecken und Nöten, die Kriege nach sich ziehen, sie mehr oder minder großen Nutzen dadurch bringen, daß sie viel Morsches, Überlebtes und Abgestorbenes in den menschlichen Institutionen aufdecken, enthüllen und zerstören. Der europäische Krieg von 1914/1915 hat ebenfalls begonnen, der Menschheit unzweifelhaften Nutzen zu bringen, da er der fortgeschrittensten Klasse der zivilisierten Länder gezeigt hat, daß in ihren Parteien irgendeine abscheuliche Eiterbeule herangereift ist und daß sich von irgendwoher ein unerträglicher Leichengeruch verbreitet.“

Wie aber konnte diese „abscheuliche Eiterbeule“ entstehen? Das ist eine Hauptfrage, mit der sich Lenin seit dem August 1914 beschäftigte.

In seiner Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, die im Mai/Juni 1915 geschrieben wurde, stellt Lenin die Frage bereits ganz klar so¹⁸⁹: „Die ernste wissenschaftliche und politische Frage, die Kautsky bewußt, mit allen möglichen Tricks umging, womit er den Opportunisten das größte Vergnügen bereitet, besteht darin: Wie konnte es geschehen, daß die angesehensten Repräsentanten der II. Internationale den Sozialismus verrieten? Diese Frage dürfen wir natürlich nicht im Sinne der persönlichen Biographie dieser oder jener Autoritäten stellen. Ihre künftigen Biographen werden die Sache auch von dieser Seite zu betrachten haben, aber die sozialistische Bewegung ist heute daran gar nicht interessiert, wohl aber an der Untersuchung des historischen Ursprungs, der Bedingungen, der Bedeutung und der Kraft der sozialchauvinistischen Strömung. 1. Woher kommt der Sozialchauvinismus? 2.

¹⁸⁸ W. I. Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Berlin 1951, S. 3 f. [Werke, Bd. 21, S. 197-256.]

¹⁸⁹ W. I. Lenin, ebendort, S. 45. [Ebendort, S. 236/237]

Was hat ihm Kraft verliehen? 3. Wie ist er zu bekämpfen? Nur eine solche Fragestellung ist ernsthaft, während die Abwälzung der Sache auf ‚Personen‘ in der Praxis eine einfache Ausflucht, einen Sophistenkunstgriff bedeutet.“

Und ganz klar betont Lenin, was er schon zuvor erkannt hatte, aber erst jetzt umfassend begründen wird¹⁹⁰: „Alle geben zu, daß der Opportunismus nichts Zufälliges daß er keine Sünde, keine Fahrlässigkeit, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche.“

Und weiter und jetzt eine neue Höhe der Erkenntnis erreichend: Lenin entwickelt bereits, ja zum Teil (aber nur zum Teil!) noch detaillierter als später im „Imperialismus“ die ökonomischen Wurzeln des Opportunismus¹⁹¹: „Der Opportunismus wurde im Laufe von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese ‚verbürgerlichte‘, ihnen gewisse Brocken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von [128] dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der ausgebeuteten und verelendeten Massen losriß. Der imperialistische Krieg ist die direkte Fortsetzung und Krönung dieser Lage der Dinge, denn er ist ein Krieg um die Privilegien der Großmächtsnationen, um die Neuaufteilung der Kolonien unter ihnen, um ihre Herrschaft über die anderen Nationen. Die privilegierte Stellung einer ‚höheren Schicht‘ von Kleinbürgern oder der Aristokratie (und Bürokratie) der Arbeiterklasse behaupten und festigen – das ist die natürliche Fortsetzung der kleinbürgerlich-opportunistischen Hoffnungen und der entsprechenden Taktik während des Krieges, das ist die ökonomische Grundlage des Sozialimperialismus unserer Tage.¹⁹² Und natürlich, die Macht der Gewohnheit, die Routine einer verhältnismäßig ‚friedlichen‘ Evolution, die nationalen Vorurteile, die Furcht vor einschneidenden Umwälzungen und der Unglaube an sie – alle diese Dinge wirkten als ergänzende Umstände mit, durch die der Opportunismus ebenso wie die heuchlerische und feige – angeblich nur vorübergehende, angeblich nur durch besondere Gründe und Rücksichten veranlaßte – Versöhnung mit ihm verstärkt wurden. Der Krieg hat den in Jahrzehnten

¹⁹⁰ W. I. Lenin, ebendort, S. 53. [Ebendort, S. 243]

¹⁹¹ W. I. Lenin, ebendort, S. 46 ff. [Ebendort, S. 238/239]

¹⁹² „Einige Beispiele dafür, wie hoch die Imperialisten und Bourgeois die Bedeutung der ‚Großmacht‘ Privilegien und nationalen Vorrechte für die Spaltung der Arbeiter und ihre Ablenkung vom Sozialismus einschätzen. Der englische Imperialist Lucas gibt in seinem Werk ‚Greater Rome and Greater Britain‘ (Oxford 1912) zu, daß die Farbigen im heutigen Britischen Reich nicht gleichberechtigt sind (S. 96 und 97), und bemerkt: ‚Wenn in unserem Reich weiße Arbeiter neben Farbigen arbeiten ..., so tun sie dies nicht als Gleichgestellte, sondern der weiße Arbeiter ist viel eher Aufseher des Farbigen als sein Kamerad‘ (S. 98). –Erwin Belger, ehemaliger Sekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, lobt in seiner Schrift ‚Die Sozialdemokratie nach dem Kriege‘ (1915) das Verhalten der Sozialdemokraten und erklärt, sie müßten eine ‚reine Arbeiterpartei‘ (S. 43), eine ‚nationale‘, ‚deutsche Arbeiterpartei‘ werden (S. 45) ohne ‚internationale, utopische‘, ‚revolutionäre‘ Ideen (S. 44). – Der deutsche Imperialist Sartorius von Waltershausen tadelt in seinem Werk über die Kapitalanlage im Auslande (1907) die deutschen Sozialdemokraten, weil sie vom ‚nationalen Gesamtwohl‘ – das in der Eroberung von Kolonien bestehe – nichts wissen wollen (S. 438), und lobt die englischen Arbeiter für ihren ‚Realismus‘, zum Beispiel für ihren Kampf gegen die Einwanderung. – Der deutsche Diplomat Ruedorffer hebt in seinem Buche über die Grundzüge der Weltpolitik die allgemein bekannte Tatsache hervor, daß die Internationalisierung des Kapitals den verschärften Kampf der nationalen Kapitale um Macht, Einfluß und ‚Aktienmajorität‘ (S. 161) keineswegs ausschaltet, und betont, daß auch die Arbeiter in diesen verschärften Kampf hineingezogen werden (S. 175). Das Buch datiert vom Oktober 1913, und der Verfasser spricht mit aller Deutlichkeit von dem ‚Kapitalsinteresse‘ (S. 157) als der Ursache der modernen Kriege; er meint, daß die Frage der ‚nationalen Tendenz‘ zum ‚Mittelpunkt‘ des Sozialismus werde (S. 176), daß die Regierungen von den internationalen Manifestationen der Sozialdemokratie, die ja immer nationaler werde (S. 103, 110, 176), nichts zu befürchten hätten (S. 177). Der internationale Sozialismus werde Siegen, wenn es ihm gelinge, die Arbeiter innerlich ganz aus dem Gefüge der Nation zu lösen, denn mit den Mitteln der reinen Gewalt für sich allein sei nichts auszurichten, er werde aber die Niederlage erleiden, wenn sich herausstellen sollte, daß diese nationalen Gefühle letzten Endes die stärkeren sind (S. 173 und 174).“

gezüchteten Opportunismus modifiziert, ihn auf eine höhere Stufe gehoben, die Zahl und die Mannigfaltigkeit seiner Schattierungen gesteigert, die Reihen seiner Anhänger vermehrt, ihre Argumentation um einen Haufen neuer Sophismen bereichert, dem Hauptstrom des Opportunismus sozusagen viele neue Fließchen und Rinnsale zugeführt – der Hauptstrom aber ist [129] nicht verschwunden. Im Gegenteil. Der Sozialchauvinismus ist so weit ausgereifter Opportunismus, daß die weitere Existenz dieser bürgerlichen Eiterbeule innerhalb der sozialistischen Parteien zur Unmöglichkeit geworden ist.“

Großartig und so präzise schon sind hier die Konsequenzen aus der Erfahrung vom August 1914 gezogen – und wie trefflich bereits belegt!

Sehr gut können wir die Heranziehungsversuche korrumpierter Spitzenelemente von Regierungsseite her gerade auch in Deutschland beobachten. Die ganze Sehnsucht der herrschenden Klasse nach Erfolg in dieser Richtung drückte sich in dem Zuruf des Reichskanzlers Bülow 1903 an die Sozialdemokraten im Reichstag aus: „Meine Herren, ich wünsche Ihnen einen Millerand.“¹⁹³ Das Reichstagsprotokoll vermerkt dazu: „Sehr gut! rechts.“

Aber offenbar fand nicht nur die Rechte im Reichstag das sehr gut. Bülow berichtet in seinen Erinnerungen, daß auf Grund dieser Rede eine Begegnung mit Vollmar stattgefunden hätte¹⁹⁴: „Dieser, der damals den gemäßigten Flügel der Sozialisten, die sogenannten Revisionisten, führte, bat mich um eine Unterredung, die ich ihm gern gewährte. Ich empfing von ihm den Eindruck eines nicht nur gescheiten, sondern auch ehrlichen und charaktvollen Mannes, mit dem, unbeschadet der beiderseitigen Grundsätze, eine praktische Verständigung wohl möglich war. Den Anfang mußte freilich die Ernennung von Parlamentariern aus verschiedenen Parteien zu Ministern bilden, wozu sich der Kaiser in der Besorgnis, in seiner Ellbogenfreiheit, in seinem persönlichen Auftreten, seinen Reden und Reisen, seinen abrupten Entscheidungen und extemporierten Ansprachen eingeengt und beschränkt zu werden, selbst nach meinem Wahlsiege vom Januar 1907 nicht entschließen konnte. Über meine Unterhaltung mit Herrn von Vollmar bewahrte ich natürlich Schweigen. Bebel scheint aber doch irgendwie dahintergekommen zu sein, denn an einem der nächsten Tage erklärte er in einer seiner längsten Reden mit einem grimmigen Blick auf Vollmar, er würde nie erlauben, daß ein Sozialdemokrat ohne ganz bestimmte Garantien und anders als unter ganz bestimmten Bedingungen ein Minister-Portefeuille übernehme.“ Sechs Jahre später, 1909, hatte Bülow eine Abschiedsunterhaltung mit Valentini, in der nach Bülow folgendes gesagt wurde¹⁹⁵: „... Sind erst einmal drei oder vier Abgeordnete Minister oder Staatssekretäre geworden, so werden sich mehr als bisher tüchtige und fähige Männer in den Reichstag wählen lassen, das Niveau des Reichstags wird sich heben, und das wird in jeder Hinsicht gut sein. Ich wäre sogar nicht abgeneigt, diesen oder jenen wirklich tüchtigen Sozialisten, z. B. Otto Hue oder Carl Legien als Direktoren oder Vortragende Räte in das Reichsamt des Innern zu setzen. Jetzt, nach der schweren Niederlage, welche die sozialdemokratische Partei bei den Wahlen erlitten hat, wäre gerade der richtige Moment gewesen.“ Valentini (entsetzt): „Darauf wird Seine Majestät nie eingehen.“ Ich: „Ich wollte das ja auch nicht von heute auf morgen, sondern nach und nach, allmählich und besonnen ...“

[130] Von großer Bedeutung in dieser Beziehung war auch die Haltung eines Teiles der Intelligenz – insbesondere unter den Politökonomen. Männer wie Schmoller, Brentano und andere Kathedersozialisten spielen dabei eine beachtliche Rolle. Hatte Bernstein zu Ende des 19. Jahrhunderts festgestellt¹⁹⁶: „Ich erkenne gern an, durch Schulze-Gävernitz ebenso wie durch

¹⁹³ „Fürst Bülows Reden“, herausgegeben von I. Penzler, Bd. I. 1897-1903, Berlin 1907, S. 392.

¹⁹⁴ B. von Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, Berlin 1930, S. 600.

¹⁹⁵ B. von Bülow, ebendort, Bd. II, Berlin 1930, S. 510 f.

¹⁹⁶ E. Bernstein, „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, Stuttgart 1899, S. 173.

andere, aus der Schule Brentanos hervorgegangene Ökonomen (Herkner, Sinzheimer) auf viele Tatsachen aufmerksam gemacht worden zu sein, die ich vorher nicht oder nur ganz unzulänglich gewürdigt hatte“ – so leitete Brentano den Abschnitt seiner Lebenserinnerungen, der den Ausbruch des ersten Weltkrieges behandelt, mit folgenden Betrachtungen ein¹⁹⁷: „Als der Krieg ausbrach, bestand in Regierungskreisen große Besorgnis, wie diese (die Gewerkschaften – J. K.) sich dazu stellen würden. Würden sie dem Heeresruf ohne weiteres sich fügen? Ein bloßer Ausstand der Rüstungsarbeiter konnte alles gefährden. Aber alle Besorgnisse waren unnötig. Der Krieg hat den Triumph derjenigen Kathedersozialisten gebracht, die weit über ein Menschenalter unter Schmähungen und Verleumdungen für die Anerkennung der Gewerkschaften als der Vertretung der Arbeiter der verschiedenen Berufe gekämpft hatten. Was sie verlangt hatten, trat jetzt ein. Der deutsche Staat und die Gewerkschaften haben sich gefunden. Kein Mann, der bei der Einberufung gefehlt hätte. Die Gewerkschaften stellten alle Interessenkämpfe ein, desgleichen alle übrigen Unterstützungszweige außer der Arbeitslosenunterstützung. Dagegen unterstützten sie die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder in dringender Notlage und sicherten den Familien der ins Feld gezogenen Gewerkschaftsangestellten die Hälfte von deren Gehalt. Die Regierung aber erkannte den großen Vorteil, den ihr das Bestehen großer Arbeiterorganisationen gab, auf die sie sich bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen konnte. Nun frage ich: Wo wäre das Deutsche Reich geblieben, wären die deutschen Gewerkschaften, als der Krieg erklärt wurde, die vaterlandslosen Gesellen gewesen, als welche sie diejenigen verdächtigt hatten, die ihnen die Rechte verweigern wollten, deren sich die Unternehmerverbände anstandslos erfreuten! Wir, die wir sie besser kannten, hatten uns mehr als 40 Jahre bemüht, für sie gleiches Recht zu erkämpfen, und wenn wir auch noch sehr wichtiges zu erreichen hatten, so waren wir doch in der Abwehr der Angriffe auf ihre elementarsten Rechte erfolgreich gewesen; die Folge war, wie das Büchlein Paul Umbreits über die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg bezeugt, daß die Arbeiter das Bewußtsein erlangt haben, daß sie im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben vermögen. Das ist, was sie in der Stunde von des Vaterlandes größter Gefahr alle erlittene Unbill vergessen ließ. Hätten sie anders gehandelt, wären sie diejenigen gewesen, als welche ihre Gegner jahrzehntelang sie verleumdet hatten, das Deutsche Reich wäre an der Schwelle des Krieges zusammengebrochen. Das haben auch die deutschen Regierungen anerkannt, als am 14. November 1914 deutsche und preußische Minister, Generäle und Admiräle, Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften, selbst des preußischen Herrenhauses, und Oberbürgermeister dem Hauptquartier der [131] deutschen Gewerkschaftswelt, dem Berliner Gewerkschaftshause, einen langen Besuch abstatteten.“

Dazu betrachten wir die folgende Entwicklung der Löhne¹⁹⁸:

Index der Bruttolöhne in Deutschland, 1879 bis 1914
(1900 = 100)

Wirtschaftszyklus	Arbeiteraristokratie	Große Masse der Arbeiter
1879-1886	67	87
1887-1894	79	92
1894-1902	91	97
1903-1909	107	114

Wenn auch diese Berechnungen ziemlich rohe sind, so zeigen die Zahlen doch eine so viel größere Steigerung der Löhne der Arbeiteraristokratie bis um die Wende des Jahrhunderts,

¹⁹⁷ L. Brentano, „Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands“, Jena 1931, S. 312 f.

¹⁹⁸ Vgl. dazu J. Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, 2. Teil, Berlin 1954, S. 111 ff.

daß kein Zweifel daran bestehen kann, daß die Arbeiteraristokratie, die an sich um 1880 schon höhere Löhne als die Große Masse der Arbeiter hatte, in den beiden folgenden Jahrzehnten ihre Löhne relativ schnell weiter verbesserte. Die Löhne der Arbeiteraristokratie stiegen von 67 auf 100, also um rund 50 Prozent, die der Großen Masse der Arbeiter nur von 87 auf 100, also um nur 15 Prozent! In den folgenden Jahren, als im 20. Jahrhundert die Real-löhne zu stagnieren begannen, mit dem Eintritt in das neue Stadium des Kapitalismus, änderte sich die Situation. Die Arbeiteraristokratie gewann gegenüber der Großen Masse der Arbeiter nicht mehr an Boden – ihre Löhne stiegen gegenüber 1900 um 21 Prozent, die der Großen Masse der Arbeiter um 30 Prozent. Oder richtiger: die Arbeiteraristokratie änderte sich in der Zusammensetzung, und die herrschende Klasse änderte die Methoden der Korruption. Wie wirkungsvoll und für die Arbeiterklasse für ganz Deutschland auch gefährlich diese veränderten Methoden waren, das haben die Jahre von Weimar gezeigt. Die Arbeiteraristokratie begann sich nicht mehr so sehr aus den Arbeitern bestimmter Berufsgruppen und Industriebranchen zusammenzusetzen, sondern mehr aus Funktionären in Stadtverwaltungen, Ortskrankenkassen und reinen Arbeiterorganisationen. Die Bourgeoisie begann, es den Arbeitern selbst zu überlassen, die Arbeiteraristokratie zu bezahlen – im Falle es sich um bezahlte Funktionäre der Arbeiterbewegung handelt –, oder selbst nur einen kleinen Beitrag zu geben – im Falle von aus Steueraufkommen bezahlten Beamten. Einen ersten Höhepunkt dieser Wandlung in der Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie stellt (im internationalen und deutschen Maßstabe) die Kriegszeit dar, für die Lenin die Lage so analysiert hat: „Auf der hier gezeigten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des jüngsten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den wirtschaftlichen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die ehrsamten, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche [132] und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der ‚soliden‘ legalen Zeitungen oder den Vorständen der nicht weniger soliden und ‚bürgerlich-folgsamen‘ Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der ‚bürgerlichen Arbeiterparteien‘.“¹⁹⁹

Doch wie war es möglich für die herrschende Klasse in Deutschland, während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts eine Arbeiteraristokratie großzuziehen? Zwar kann man die deutsche Arbeiteraristokratie weder zahlenmäßig noch in der absoluten und relativen Höhe ihres Lebensstandards mit der englischen Arbeiteraristokratie vergleichen. Doch sie bestand und mußte ja aus irgendwelchen Extraprofiten der Bourgeoisie bezahlt werden – denn auf ihre eigenen Kosten pflegt die Bourgeoisie ja keine Arbeiteraristokratie hochzuziehen. Nun hatte Deutschland, im Gegensatz zu England zum Beispiel, kaum ein Kolonialreich und auch keine Art von Monopolstellung auf dem Weltmarkte, aus denen die Bourgeoisie Extraprofite in beachtlichem Ausmaß ziehen konnte. Doch darf man nicht vergessen, daß, wenn diese Voraussetzungen fehlten, andere vorhanden waren. Da waren zunächst die Gewinne aus den Kriegen der sechziger Jahre und insbesondere aus dem Kriege von 1870/71. Es kamen dann die Auslandsinvestitionen, die, wenn auch nicht gewaltig, doch gewisse Einnahmen brachten. Dann dürfen wir die fremden Arbeiter, die in Deutschland unter Schandbedingungen beschäftigt wurden, nicht vergessen. Es waren meistens Italiener und Polen aus Rußland, und die Gesamtzahl der fremden Arbeiter betrug vor dem Kriege etwa 500 000 in der Industrie und 300 000 in der Landwirtschaft. Das ist eine sehr große Arbeitsarmee, die hier kapitalistisch unter halbkolonialen Bedingungen ausgebeutet wird, und die natürlich ganz große Extraprofite bringt.

Aus solcher Quelle flossen die Gelder zur gesellschaftlichen Korruption der Arbeiteraristokratie.

¹⁹⁹ W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Berlin 1948, S. 15. [Werke, Bd. 23, S. 114]

Schließlich soll man auch nicht vergessen, daß Deutschland auf einzelnen Gebieten bereits eine Art von Weltmonopolstellung besaß bzw. der stärkste Partner in Weltmonopolen war, wie zum Beispiel – „echt deutsch!“ – im Weltdynamitkartell, das von den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken (Deutschland), Nobel Dynamite (England) und du Pont (USA) abgeschlossen worden war. So entstand eine Arbeiteraristokratie in Deutschland, genährt von Extraprofiten oder richtiger von Brocken aus dem Füllhorn der Extraprofite, die die deutsche Bourgeoisie eifrig aus den verschiedensten Quellen sich aneignete. Und wenn Engels in einem Brief an Karl Kautsky vom 12. September 1882 diesem erklärte, daß es in England keine Arbeiterpartei gebe, sondern nur Konservative und Liberal-Radikale, und daß man daher von den Arbeitern keine fortschrittliche Kolonialpolitik erwarten könne, so konnte man bald von Führern der deutschen Sozialdemokratie etwas Ähnliches sagen. Als nämlich ein Viertel Jahrhundert nach diesem Brief von Engels die grausam gequälten Hereros sich gegen die bestialische deutsche Kolonialpolitik in Afrika zu wehren versuchten, da gaben sich die Sozialdemokraten im Reichstag als Liberal-Radikale, die die Linie der Neutralität gegenüber diesem Kolonialkrieg empfahlen, weil man angeblich nicht genügend die Lage über-[133]blicken könne, um zu einer Entscheidung gegen die kaiserliche Kolonialpolitik zu kommen. Wir sehen, wie außerordentlich lohnend es für die deutsche Bourgeoisie auch schon vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war, sich eine Arbeiteraristokratie heranzuziehen.

Je besser die Arbeiteraristokratie lebte, um so fürchterlicher war das Elend großer Massen des Proletariats. So schlimm war dieses Elend, daß es sogar in amtlichen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt.

Zur Zeit, als die Arbeiteraristokratie Deutschlands gerade heranzuwachsen begann, zu Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, berichtet ein Gewerbeinspektor über die Lage in der westdeutschen Textilindustrie. Ein Unternehmer habe eine Untersuchung der Kosten der „äußersten Lebensbedürfnisse“ (also des Minimums vom Minimum) und des Einkommens der bei ihm beschäftigten Arbeiterfamilien gemacht. Es stellte sich heraus: „Hier ist also ein fleißiger Arbeiter bei normalem Verdienste nicht imstande, auch nur die Hälfte des berechneten Existenzminimums für seine Familie zu erwerben.“²⁰⁰ Sehen wir uns die Gruppierung der Arbeiter nach ihrem Einkommen im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten an, so lesen wir als Überschrift der dritten Gruppe: „Durch Kinderarbeit in ordentlichen Verhältnissen.“ Als erster in dieser Gruppe steht der Spinner Anton Schiller, 48 Jahre alt. Das Einkommen der Familie wird zu zwei Dritteln von 3 arbeitenden Kindern bestritten – bei der Witwe Greuter, die 11 Kinder hat, bestreiten 5 Kinder das gesamte Familieneinkommen!

Etwa 10 Jahre später brachte die „Welt am Montag“ Enthüllungen über die fürchterlichen Verhältnisse unter den Landarbeitern. Der Herausgeber dieser Zeitung berichtet darüber: „Seit dem Jahre 1901 hatte ich die Redaktion der ‚Welt am Montag‘ übernommen. In diesem Jahre hatte ich einen journalistischen Haupttreffer. Von einem vernünftigen Landwirt wurde mir eine amtliche Urkunde zugeleitet, die für die ländlichen Zustände um die Jahrhundertwende ein Belegstück von kaum zu überbietender Bedeutung war.

Immer wenn man, an der Hand von Beispielen, den Agrariern die menschenunwürdige Lage der Landarbeiter vorhielt, wandten sie ein: ‚Bedauerliche Einzelfälle!‘ Diesmal aber handelte es sich um ein Aktenstück der königlich preußischen Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen.

Diese Kommission hatte die Verwaltung der vielen Dutzende von Gütern, die in der Ostmark aus allgemeinen Steuermitteln vom Fiskus erworben wurden, um den polnischen Grundbesitz durch deutschen zu ersetzen. Zwischen Erwerb durch den Staat und Weitergabe an den An-

²⁰⁰ „Amtliche Mitteilungen aus den Jahresberichten der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten“, XIII. Jahrgang 1888, Berlin 1889, S. 252 und Anlage Nr. 5.

siedler lag ein Zwischenraum von einigen Jahren, währenddessen die Ansiedlungskommission die Güter zu bewirtschaften hatte.

Für die dabei beschäftigten Staatsarbeiter hatte der Präsident der Ansiedlungskommission im März 1900 einen Küchenzettel ausgearbeitet, der die Ernährungskosten pro Tag und Arbeiter auf 40 Pfennig festsetzte.

Als er den Verwaltern der einzelnen Güter diesen Ernährungsplan zuschickte, erhoben einige Widerspruch, worauf ihnen der Präsident mit der Schneidigkeit des echten [134] Preußen erwiderte: ‚Ich verlange, daß meine Verfügung strikt durchgeführt wird. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es sehr wohl möglich ist, für den Durchschnittspreis von 40 Pfennigen leben zu können. Damit ist es möglich, einen erwachsenen Arbeiter gut und ausreichend zu beköstigen.‘

Ob ein erwachsener Landarbeiter, der im Sommer manchmal 16 Stunden beschäftigt ist, ‚gut und ausreichend‘ von den für ihn ausgeworfenen 40 Pfennigen leben konnte, kann jeder selbst beurteilen, wenn er den nachstehenden amtlichen Küchenzettel, datiert vom 26. März 1900, studiert ... Natürlich erregte der Küchenzettel ungeheures Aufsehen. Die gesamte Presse verurteilte ihn, sogar die konservative. Die Ansiedlungskommission brauchte sieben Wochen, um sich von ihrem Schrecken zu erholen. Dann ließ sie eine Verteidigungsschrift los, deren Hauptsatz folgendermaßen lautete: ‚Mit Rücksicht auf die privaten Nachbarbetriebe kann die Ansiedlungskommission keine bessere Nahrung gewähren, ohne der Schleuderkonkurrenz beschuldigt zu werden.‘

Somit wurde amtlich festgestellt, daß auf den Staatsgütern nicht etwa eine besonders schlechte Beköstigung der Landarbeiter eingeführt worden war, sondern daß man dort die armen Teufel nur deshalb so schlecht ernährte, weil man fürchtete, sonst von den Agrariern des ‚unlauteren Wettbewerbs‘ bezichtigt zu werden.

In einem Prozeß im Jahre 1899 habe ich die gerichtliche Feststellung der Löhne auf dem Rittergut Cunern im Kreise Wohlau erzwungen. Es wurde bewiesen, daß Oberleutnant H. auf Cunern folgende Tagelöhne zahlte:

Erwachsene männliche Arbeiter	im Sommer	80 Pfennig
	im Winter	60 Pfennig
Frauen	im Sommer	40 Pfennig
	im Winter	35 Pfennig

Dazu, außer ein paar Furchen Kartoffelland, nichts an Rentenbezügen. Alles, Essen, Trinken, Wohnung, Licht, Heizung, Kleidung, Kinderaufzucht mußten von dem zwischen 35 und 80 Pfennigen schwankenden Tagesverdienst der Eltern bestritten werden.²⁰¹

Eine halbe Generation später, als der Durchschnittslohn pro Woche 30 Mark beträgt, berichtet ein Gewerbeinspektor von 12 Pfennig Stundenlohn in der Zigarrenindustrie²⁰²; das heißt, um den Durchschnittslohn zu erreichen, hätten diese Arbeiter 250 Stunden pro Woche arbeiten müssen, während die Woche doch überhaupt nur 168 Stunden hat. Oder, selbst wenn diese Arbeiter 7 × 24 Stunden in der Woche ohne Pause gearbeitet hätten, hätten sie nur einen Lohn von 20,16 Mark oder zwei Drittel des Durchschnittslohnes erhalten! In ähnlichen Fällen, wie etwa im Mansfelder Kupferbergbau, finden wir dann auch nicht selten, daß die Arbeiter zwei Berufe haben und, wie im Falle Mansfeld, noch als Kellner oder in der Landwirtschaft zusätzlich schuften.

²⁰¹ H. v. Gerlach, „Von Rechts nach Links“, Zürich 1937, S. 163 f. und S. 166.

²⁰² „Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten“, Bd. 1, Berlin 1914, S. 48.

Bevor wir jetzt die Betrachtung der Lage der Arbeiteraristokratie und der Großen Masse der Arbeiter abschließen, ist noch auf eine wichtige Tatsache im Zusammenhang [135] mit der Wandlung in der Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie hinzuweisen. Setzte sich früher die Arbeiteraristokratie vornehmlich aus qualifizierten Arbeitern bzw. den Arbeitern bestimmter wichtiger Industrien zusammen, und wurde früher die Arbeiteraristokratie vornehmlich aus den Brocken der Extraprofite der herrschenden Klasse bezahlt, und wandelte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts, insbesondere im Gefolge des ersten Weltkrieges, die Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie, so daß sie vornehmlich aus von der Arbeiterklasse selbst bezahlten Funktionären bestand – so entspricht das genau den Erfordernissen, die das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus stellt. Denn mit der Wirksamkeit des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus treten an die Stelle der über dem „notwendigen Profitminimum“ (Durchschnittsprofitrate) liegenden Extraprofite die Monopol- bzw. Maximalprofite, die trotz ihrer Benennung ein Minimum darstellen, um die Existenz des einzelnen Monopolkapitalisten innerhalb der monopolistischen Gesellschaft zu sichern – also kein Extra-Element, von dem man Brocken zur Unterhaltung einer Arbeiteraristokratie abgeben kann, enthalten. So parasitär ist der Kapitalismus geworden, so groß seine Labilität und so wütend der Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander, daß eine Umverteilung der parasitären Ausgaben stattfinden muß und die Mittel nicht mehr zu laufenden und reichlichen Korruptionsversuchen an einer nicht unbeachtlichen Minderheit der Arbeiterklasse verwendet werden dürfen, ohne die Sicherung der Monopolprofite zu gefährden. Daher die teuflische Tendenz zur Umwandlung der Arbeiteraristokratie aus einer Schicht von Arbeitern in eine Schicht von Funktionären in der Arbeiterbewegung und Sozialversicherung, in Parlamenten und Gemeindeämtern usw., die von der Arbeiterklasse selbst bezahlt werden.

*

Natürlich kann man nicht mechanisch feststellen: Löhne der Arbeiteraristokratie und Pöstchen = Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ und Legiens Burgfrieden – Löhne der Textilarbeiter und Wut gegen junkerlichen Terror = revolutionäre Strömung der Arbeiter unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Analysieren wir zum Beispiel die Streiks von 1913 nach der amtlichen Statistik, so ergibt sich:

Zahl der Streiks und Aussperrungen	2 464
davon Baugewerbe und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate (mit vielen „Arbeiteraristokraten“)	1 175
Zahl der streikenden und ausgesperrten Arbeiter	655 398
davon Baugewerbe, etc.	322 853

Man kann keineswegs sagen, daß die Industrien, in denen viele „Arbeiteraristokraten“ zu finden sind, eine besondere Abneigung gegen Streiks haben.

Auch wenn man die von den Gewerkschaften aufgestellte Statistik der „Angriffstreiks“ analysiert, kommt über die Hälfte der Streikenden auf Bauarbeiter und Metallarbeiter.

[136] Dennoch ist unbestreitbar, daß der Reformismus, daß der Opportunismus in den Jahren nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, insbesondere in den Kreisen Fuß faßte, die zur Arbeiteraristokratie gehörten.

Hier, in der absoluten Verbesserung der Lage einer keineswegs winzigen Schicht von Arbeitern, in der Zunahme politischer und bürokratischer Pöstchen im Staatsapparat und im Apparat der Arbeiterorganisationen liegen die ökonomischen Wurzeln des Opportunismus und Reformismus, der im August 1914 so kraß sich offenbarte.

Die allgemeinen Feststellungen Lenins, die ihre tiefste und prägnanteste Formulierung im „Imperialismus“ finden²⁰³: „Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten ... Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Gegensatz zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, eine Erscheinung, die sich am frühesten und krassesten in England geltend machte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen!“ – sie gelten voll und ganz auch für Deutschland.

*

Beide Strömungen, die revolutionäre und die reformistische, flossen natürlich nicht friedlich nebeneinander her, sondern sie bekämpften sich auf das heftigste.

Schon um die Jahrhundertwende, in der Geburtsstunde des Imperialismus, standen sie sich feindlich gegenüber. Während Bernstein in der „Neuen Zeit“ 1897/98 und in seinem Buche über die Voraussetzungen des Sozialismus 1899 Reformismus in der Gestalt des Revisionismus predigte, entwickelte Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ die Lehre des Marxismus schöpferisch weiter. Während Bernstein seine Verbeugung vor den Monopolen machte, von denen er behauptete, daß sie die Anarchie im Kapitalismus abschwächten, begann Rosa ihre Analyse des Monopolkapitals, die in dem ersten Jahrzehnt nach dem Tode von Engels die hervorragendste theoretische Leistung des Marxismus zu diesem Problem war. In aller Deutlichkeit erklärte sie²⁰⁴: „So erscheinen die Kartelle in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein „Anpassungsmittel“, das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Austragung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Unterganges geschaffen hat.“

[137] Und wenig später, am 14. September 1899, charakterisierte sie in der „Leipziger Volkszeitung“ Bernsteins neue Lehren als eine „Theorie der Versumpfung, für die es in unseren Reihen keinen Raum gibt“.

1903 folgte die schon erwähnte scharfe Attacke Bebels gegen Vollmar und die Tendenzen unter den Revisionisten, ministeriell à la Millerand zu werden – eine Attacke, die Rosa Luxemburg schon drei Jahre zuvor in der „Neuen Zeit“ in mehreren Artikeln vorbereitet hatte.

Von neuem und heftiger denn je stießen beide Strömungen während und unmittelbar nach der russischen Revolution von 1905 zusammen. Jeder wahre Revolutionär, jeder wahre Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse mußte in der russischen Revolution eine Lehrwerkstatt für den eigenen Kampf sehen, mußte mit ganzem Herzen und wachster Aufgeschlossenheit diese gewaltige Schlacht zwischen Proletariat und herrschender Klasse verfolgen. Jeder Reformist, Revisionist und Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse aber mußte entsprechend seine Aufgabe darin sehen, die Revolution von 1905 in ihrer Bedeutung zu verkleinern und die Augen der Arbeiter vor ihren Lehren zu verschließen.

²⁰³ W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Berlin 1950, S. 113 und 133. [Werke, Bd. 22, S. 288, 306/307]

²⁰⁴ R. Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution“, Leipzig 1899, S. 14.

Und so ergab es sich, daß Rosa Luxemburg wichtige Lehren der Revolution dem deutschen Proletariat in ihrer 1906 erschienenen Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ vermittelte. Ganz eindeutig stellte sie dort (S. 4) fest: „Die russische Revolution... hat zum ersten Male in der Geschichte der Klassenkämpfe eine grandiose Verwirklichung der Idee des Massenstreiks und... selbst des Generalstreiks gezeitigt und damit eine neue Epoche in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eröffnet.“

Und so ergab sich auf dem Mannheimer Parteitag (23.-29.9.1906) folgender Zusammenstoß zwischen der Revolutionärin Luxemburg und dem Reformisten Legien²⁰⁵: „Einige Worte über die Kritik von Legien an dem Jenaer Beschluß! Charakteristisch ist sein Appell an die Tradition: Wir seien alle in dem Begriff aufgewachsen, daß der Generalstreik, den er ohne weiteres mit dem Massenstreik identifiziert, Generalunsinn sei. Ja, wir wären schöne Sozialdemokraten, wenn wir es nicht verstünden, uns von Ideen zu emanzipieren, die man als kleines Kind hat. Wir sind doch dazu eine Partei der historischen Entwicklung, damit wir aus der Geschichte lernen. (Sehr richtig!) Wenn man heute angesichts der großartigen russischen Revolution, die auf Jahrzehnte hinaus die Lehrmeisterin der revolutionären Bewegungen des Proletariats sein wird, das Problem des Massenstreiks hauptsächlich an der Hand der Vorgänge in Italien und Frankreich studiert, so beweist man damit, was eben Legien mit seinem Appell an die Tradition bewiesen hat, daß man nichts zu lernen und nichts zu vergessen versteht. (Unruhe. – Zustimmung.) Ja-wohl, Sie verstehen nichts zu lernen aus der russischen Revolution. (Legien: Sehr richtig!).“

Sehr richtig! sagt Legien. Er versteht nichts aus der russischen Revolution zu lernen, weil er als Reformist nichts aus ihr lernen kann und will.

Und schließlich sei noch ein letzter, im Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch 1914 überaus wichtiger Zusammenstoß zwischen den Reformisten und Revolutionären [138] innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hier erwähnt: während der zweiten Marokkokrise 1911. Um die Kriegsgefahr zu bannen, traten einige Parteien der Internationale, darunter die französische, damals für eine internationale sozialistische Anti-Kriegskundgebung ein. Der Parteivorstand aber sprach sich dagegen aus – mit Rücksicht auf die Wahlen zum Reichstag, die 1912 bevorstanden! Rosa prangerte diese friedlich-parlamentarische, reformistische Ausrichtung der Parteiführung in der „Leipziger Volkszeitung“ an und rief auf dem Jenaer Parteitag 1911 (Protokoll. S. 206) den Mitgliedern des Parteivorstandes, die, ohne eine andere Erklärung zu geben, behaupteten, die Rücksicht auf die Wahlen sei nicht ausschlaggebend gewesen, zu: „Der Parteivorstand ist nichts anderes als unser Beauftragter, er handelt für uns in unserem Namen, und wenn wir ihm sagen, er hat nicht das Richtige getan, dann steht es ihm nicht zu zu sagen: Das ist unsere diskrete Angelegenheit, mischt Euch nicht ein. Und war es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß der Parteivorstand hier aus falschen Rücksicht auf die Reichstagswahlen sich von einer wirklichen Aktion hat zurückhalten lassen? Ist es das erste-mal, daß wir eine solche Angelegenheit diskutieren? Ich bitte Sie, das Protokoll des Mainzer Parteitages nachzulesen. Damals standen wir mitten in der China-Krisis, auch damals hatte der Parteivorstand nicht im richtigen Moment die richtige Aktion hervorgerufen. Ist es denn so unwahrscheinlich anzunehmen, daß er mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen auch diesmal die Aktion unterlassen hat? Hört man denn nicht seit Jahr und Tag auf Schritt und Tritt die Rücksicht auf die Reichstagswahlen als Grund für alles, was getan und unterlassen wird? Sogar der ‚Vorwärts‘ hat sich genötigt gesehen, dem Parteivorstand einen kritischen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich zu sehr von Rücksichten auf die Reichstagswahlen leiten läßt. Ich würde Ihnen gern das Zitat verlesen, aber ich habe die Nummer des ‚Vorwärts‘ nicht hier, ich habe sie mir einrahmen lassen. (Heiterkeit.)“²⁰⁶

²⁰⁵ Protokoll des Mannheimer Parteitages, Berlin 1906, S. 261.

²⁰⁶ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena, Berlin 1911, S. 206.

Mit dieser Szene schließen wir diese kurze Charakterisierung der beiden Strömungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, denn sie stellt einen für unser hier behandeltes Problem typischen Fall und zugleich einen Höhepunkt dar: Handelt es sich hier doch um eine aus rein legalistisch-reformistischen Gründen erfolgte Unterlassung einer Anti-Kriegsaktion, bei der bereits der Partei-Vorstand mit Bebel (!), der schwankte, dann in diesem Fall auf die Seite der Reformisten überging, als Gegner der revolutionären Strömung auftrat! [139]

KAPITEL II „VATERLANDSVERTEIDIGUNG“

Wir dürfen bei der Analyse der Situation im Juli/August 1914 nicht nur davon ausgehen, daß es vor dem Ausbruch des Weltkrieges zwei fest in der Arbeiterbewegung fundierte Strömungen gab, die revolutionäre und die opportunistische. Wir müssen weiterhin beachten:

So offenbar es ist, daß schließlich sich die revolutionäre Strömung durchsetzen wird – denn schließlich wird natürlich der Sozialismus in jedem Lande siegen, weshalb Lenin auch bemerkte²⁰⁷: „In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie seines dauernden Sieges, wie auch die schnelle Entwicklung eines bösartigen Geschwürs an einem gesunden Organismus nur das Aufbrechen des Geschwürs, die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann“ –, so ist es doch in einem gegebenen historischen Moment keineswegs immer offenbar, welche der beiden Strömungen sich durchsetzen wird.

Wenn sich aber in allen 1914 kriegführenden Ländern die opportunistische Strömung so schnell und allgemein durchsetzte, dann muß das besondere Ursachen haben. Wenn man in keinem kriegführenden Lande 1914 von ernsten, schweren Kämpfen zwischen den beiden Strömungen in dem Sinne sprechen kann, daß auch nur Zweifel herrschen konnte, welche der beiden Strömungen, sagen wir am 7. August 1914, die Arbeiterklasse Deutschlands, Rußlands, Englands oder Frankreichs beherrschte, dann muß es spezielle Gründe für den kurzfristigen, aber überwältigenden Sieg des Opportunismus gegeben haben.

*

Im Jahre 1911 schrieb Kautsky einen Artikel „Krieg und Frieden“²⁰⁸, in dem er folgendes ausführte: „Nichts fürchtet ein Volk mehr als eine feindliche Invasion ... Ist es einmal soweit gekommen, daß die Bevölkerung nicht in der eigenen Regierung, sondern in der Bösartigkeit der Nachbarn die Kriegsursache erblickt – und welche Regierung versuchte es nicht, mit Hilfe ihrer Presse, ihrer Parlamentarier, ihrer Diplomaten der Masse der Bevölkerung diese Anschauung beizubringen! –, kommt es unter [140] solchen Umständen zum Kriege, dann entbrennt in der ganzen Bevölkerung auch einmütig das heiße Bedürfnis nach Sicherung der Grenze vor dem bösartigen Feinde, nach Schutz vor seiner Invasion. Da werden zunächst alle zu Patrioten, auch die international Gesinnten, und wenn einzelne den übermenschlichen Mut haben sollten, sich dagegen auflehnen und hindern zu wollen, daß das Militär zur Grenze eilt und aufs reichlichste mit Kriegsmaterial versehen wird, so braucht die Regierung keinen Finger zu rühren, sie unschädlich zu machen. Die wütende Menge würde sie selbst erschlagen.“

11 Jahre später – und wir zitieren diese Worte noch einmal in diesem Buch – stellte Lenin fest: „Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstandes klarlegen, daß die ‚Vaterlandsverteidigung‘ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.“ [Werke, Bd. 33, S. 434]

Anders ist die Behandlung dieser Frage durch Rosa Luxemburg. Sie schreibt²⁰⁹: „Mit dieser Erklärung gab die Reichstagsfraktion am 4. August die Parole, welche die Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Kriege bestimmen und beherrschen sollte. Vaterland in Gefahr, nationale Verteidigung, Volkskrieg um Existenz, Kultur und Freiheit – das war das Stichwort, das von der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie gegeben wurde. Alles andere ergab sich daraus als einfache Folge: die Haltung der Parteipresse und der Gewerkschaftspresse, der patriotische Taumel der Massen, der Burgfrieden, die plötzliche Auflösung der

²⁰⁷ W. I. Lenin, ebendort, S. 134. [Ebendort, S. 307]

²⁰⁸ K. Kautsky, „Die Neue Zeit“, 28. April 1911, S. 104.

²⁰⁹ R. Luxemburg, „Ausgewählte Reden und Schriften“, a. a. O., S. 272.

Internationale – alles war nur unvermeidliche Konsequenz der ersten Orientierung, die im Reichstag getroffen wurde.“

Nach Rosa gab die Reichstagsfraktion die Parole, die die Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Kriege bestimmen und beherrschen sollte.

Aber das ist nicht richtig. Mit Recht fürchtet Lenin nicht korrumpierte Reichstagsfraktionen, die Parolen geben. Lenin fürchtet, und mit Recht, verwirrte, verhetzte Arbeitermassen – verwirrt und verhetzt direkt von der herrschenden Klasse und sodann auch indirekt über die Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die die Losungen der herrschenden Klasse aufnehmen.

Der Opportunismus ist ein Teil der Arbeiterklasse selbst, unauflöslich mit ihr im Imperialismus verbunden, mit sehr soliden ökonomischen Wurzeln. Anlässlich der Betrachtung der Verhältnisse in England, in denen der Opportunismus zuerst als „zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung“ erschien, schrieb Lenin²¹⁰: „Marx und Engels verfolgten jahrzehntelang systematisch diesen Zusammenhang des Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit den imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus. Engels schrieb z. B. am 7. Oktober 1858 an Marx, ‚... daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt‘. Beinahe ein Vierteljahrhundert später, in seinem Brief vom 11. August 1881, spricht er von ‚jenen schlimmsten englischen Trade-Unions, die sich von an die Bourgeoisie verkauften oder zum mindesten von ihr bezahlten Leuten führen lassen‘, und in einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 schreibt Engels: ‚Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter [141] von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken ... Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.‘ (Dasselbe sagt Engels auch im Vorwort zur zweiten Auflage der ‚Lage der arbeitenden Klasse in England‘, 1892.) Hier sind Ursachen und Folgen deutlich aufgezeigt. Ursachen: 1. Ausbeutung der ganzen Welt durch das betreffende Land; 2. seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt; 3. sein Kolonialmonopol. Folgen: 1. Verbürgerlichung eines Teils des englischen Proletariats; 2. ein Teil des Proletariats läßt sich von Leuten führen, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder wenigstens bezahlt werden.“

Also: an erster Stelle (und entscheidend) wird der Fäulnisprozeß unter den Massen genannt – an zweiter erst, und so entspricht es auch den Grundlehren des Marxismus-Leninismus von der Rolle der Volksmassen, die gekaufte Führung.

(Diese Feststellung entschuldigt selbstverständlich in keiner Weise die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Sie gibt ihr nur ihren historischen Platz. Sie darf natürlich auch nicht als Rechtfertigung der „Linie“ einer Reihe von führenden Vertretern der SPD „wir taten nur, was die Massen wollten“ betrachtet werden. Ganz im Gegenteil verlangte das wahre Interesse der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes von der Führung eine von der opportunistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung und von der momentanen Verwirrung des überwiegenden Teiles der Arbeiterklasse unbeirrte, klare, marxistische Antikriegspolitik, wie sie die Führung der Bolschewiki unter Lenin betrieb!) –

Unter den besonderen Umständen Englands im vormonopolistischen Kapitalismus war es möglich, daß die gesamte Arbeiterbewegung lange Zeit hindurch vom Opportunismus vergiftet wurde. Das ist unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus nicht mehr

²¹⁰ W. I. Lenin, ebendort, S. 113 f. [Ebendort, S. 288]

möglich. Lenin sagt dazu²¹¹: „Das Merkmal der heutigen Lage besteht in ökonomischen und politischen Bedingungen, die zwangsläufig die Unversöhnlichkeit des Opportunismus mit den allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verstärken mußten: der Imperialismus hat sich aus Ansätzen zum herrschenden System entwickelt; die kapitalistischen Monopole haben in der Volkswirtschaft und in der Politik den ersten Platz eingenommen; die Aufteilung der Welt ist vollendet; und andererseits sehen wir an Stelle des unbestrittenen englischen Monopols den Kampf einer kleinen Anzahl imperialistischer Mächte um die Beteiligung am Monopol, einen Kampf, der den ganzen Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnet. Der Opportunismus kann jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine lange Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben, so wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England gesiegt hatte; in einer Reihe von Ländern ist der Opportunismus vielmehr reif, überreif und faul geworden, nachdem er sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat.“

Wohl aber ist es auch im Stadium des Imperialismus durchaus möglich, daß praktisch die gesamte Arbeiterbewegung zeitweilig, kurzfristig vom Opportunismus vergiftet wird, daß ihr Klassenbewußtsein betäubt wird, daß es einschläft.

[142] Dazu bedarf es jedoch eines Sondergiftes – und dieses unter den damaligen Verhältnissen und für den gegebenen Zweck noch enorm wirksame Sondergift war die Phrase der „Vaterlandsverteidigung“: Phrase, weil es sich faktisch um die Verteidigung der imperialistischen Interessen handelte.

Das heißt, wir müssen unterscheiden zwischen der ökonomisch begründeten, die Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Imperialismus teilweise vergiftenden Entwicklung des Opportunismus, und den Auswirkungen der „Sonderspritze“ für Kriegszwecke, genannt „Vaterlandsverteidigung“ (in Deutschland noch mit der enorm wirksamen Tönung: gegen den Zarismus), die das durch den Opportunismus geschwächte Klassenbewußtsein der Arbeiterbewegung zeitweise praktisch völlig lähmen konnte.

Die Verabreichung dieser „Sonderspritze“ wurde in Deutschland außerordentlich erleichtert durch die Existenz einer Parteiführung, die in einem weit, weit höheren Ausmaß vom Gift des Opportunismus zerfressen war als die große Masse der Arbeiter.

Erleichtert – nicht mehr! Denn wir brauchen nur nach Rußland zu schauen, wo wir eine glänzende, wahrhaft revolutionäre Führung eines Teiles der Arbeiterschaft hatten und wo doch dieser so großartig geführte Teil der Arbeiterklasse ebenfalls im August 1914 zum großen Teil zeitweise von der „Sonderspritze“ betäubt worden war.

Darum beantwortete Liebknecht in dem Entwurf einer Selbstverständigung über die Situation zu Beginn des Krieges (wohl noch 1914 geschrieben) die Frage, ob ein Aufruf zum Massenstreik in den entscheidenden Tagen Ende Juli, Anfang August Sinn gehabt hätte, ganz richtig dahin²¹²: „Das raffinierte diplomatische Spiel, dem es gelungen war, in den entscheidenden Tagen den Zarismus als Sündenbock vorzuschieben, hatte freilich eine so hochgradige Verwirrung der öffentlichen Meinung erzielt; die Trümpfe der staatlichen Machtmittel waren in so gewaltiger Steigerung und Bereitschaft in den Händen der Kriegsmacher, die Aktionsbereitschaft der Arbeiterorganisationen war gerade in diesen Tagen aus verschiedenen Gründen stark gemindert, daß die Aussichten einer großen, über rasch unterdrückte Ansätze hinausgehenden Massen-Streik-Bewegung nicht günstig waren.“

²¹¹ W. I. Lenin, ebendort, S. 114 f. [Ebendort, S. 289/290]

²¹² Institut für Marxismus-Leninismus Archiv, Akte Liebknecht XXVI, Couvert Nr. 1, „Hat die Sozialdemokratie alles getan, um den Krieg zu verhindern?“

Hier weist Liebknecht mit Recht auch auf die Mittel des Staates bzw. der herrschenden Klasse zur Verwirrung der Arbeiterklasse hin – und dieser Punkt bedarf noch längerer Ausführung.

Da sind zunächst natürlich Presse, Kanzel, Schule zu nennen (heute dazu Radio und Fernsehen). Sie dienten dem Betrug der Massen, und nicht zum wenigsten dem Betrug der Arbeiterklasse. Sie verbreiteten die Lügen, die die Losung der „Vaterlandsverteidigung“ vorbereiteten.

Diese Lügen fielen leichter auf fruchtbaren Boden, da auch innerhalb der Arbeiterklasse gerade durch die langfristige Schaffung einer opportunistischen Strömung entsprechende Vorbereitungen für ihre bereitwillige Aufnahme getroffen worden waren.

Besondere Hilfe für ihre Aufnahme – und das war ein weiteres Mittel in den Händen der herrschenden Klasse zur Erfüllung der Aufgaben der Verwirrungskampagne – [143] stellte aber die Tatsache dar, daß der überwiegende Teil der Führung der Sozialdemokratie korrumpiert war.

Wie schön heißt es über die Rolle der Partei in dem Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas „Über die Methoden der Leitung“²¹³: „Die (einzelnen und systemlosen) Meinungen der Massen summieren und sie (als Ergebnis ihres Studiums verallgemeinert und systematisiert) wiederum in die Massen hineintragen, sie propagieren, erläutern, sie zur Meinung der Massen selbst machen, damit sie von den Massen verfochten und in die Tat umgesetzt werden; gleichzeitig muß die Richtigkeit dieser Meinungen an den Handlungen der Massen überprüft werden. Sodann müssen die Meinungen der Massen erneut summiert und wiederum in die Massen hineingetragen werden, damit diese sie verfechten. Auf diese Weise zirkulieren diese Meinungen unaufhörlich und werden mit jedem Mal richtiger, lebendiger, reicher.“

Was aber tat die Führung der Sozialdemokratie im August 1914? Genau das, was Marx betreffend das Verhältnis von J. B. Say zu Adam Smith so kennzeichnete: „So ist bei Say die Abscheidung der Vulgärvorstellungen, die in A. Smith durchlaufen, als eigene Kristallisation daneben fortgesetzt.“²¹⁴

Das heißt, die Parteiführung betrachtete es als Aufgabe, alle wirren, opportunistischen Meinungen der Massen zu summieren und sie als eigene zum Sozialchauvinismus gewordene Kristallisation wiederum in die Massen hineinzutragen, sie zu propagieren, erläutern, sie zur festen Meinung der Massen selbst zu machen, damit sie von den Massen verfochten und in die Tat umgesetzt werden.

In einer Schrift des Parteivorstandes „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“ aus dem Jahre 1916 lauten die einleitenden Absätze so: „In den großen Auseinandersetzungen, die augenblicklich den Parteikörper der deutschen Sozialdemokratie erschüttern, hört man von den Wortführern der Minderheit immer wieder den Gedanken aussprechen, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten und daß die aus dieser Zustimmung folgerichtig herausgewachsene sogenannte Politik des 4. August einen schroffen Bruch unserer Partei mit ihrer ganzen Vergangenheit bedeute, daß diese Politik in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehe zu den Beschlüssen aller unserer Parteitage und internationalen Kongresse, kurz, daß eine tiefe Kluft gähne zwischen der Sozialdemokratie wie die Welt sie vor dem 4. August 1914 kannte und der Sozialdemokratie von heute. Was ist an dieser Behauptung richtig und was ist an ihr falsch? Es wäre unehrlich und es wäre unsinnig, wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelebt hatte. Hatten wir auf der einen Seite die Widerstandskraft erheblich überschätzt, die das organisierte internationale Proletariat dem Ausbruch eines

²¹³ Zitiert nach „Die Presse der Sowjetunion“, 1956, Nr. 115, S. 2635.

²¹⁴ K. Marx, „Theorien über den Mehrwert“, Bd. III, Berlin 1923, S. 573.

Weltkrieges werde entgegengesetzt können, so hat uns auf der anderen Seite die Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise den ungeheuren Kriegerschütterungen gegenüber mehr als eine Überraschung gebracht. Niemand von uns hätte es für möglich gehalten, daß diese Wirtschaftsweise einen Krieg [144] von solcher Dauer und von solchem Umfange würde aushalten können. Aus diesen neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlußfolgerungen für die politische Praxis zu ziehen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der wäre ein netter Sozialdemokrat, der gleichsam mit verbundenen Augen durch die Welt laufen wollte, der Auge und Ohr gewaltsam verschließen wollte vor allem was um ihn herum vorgeht! Marx, Engels und Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel haben niemals von einer derartigen Sorte von ‚Prinzipienfestigkeit‘ etwas wissen wollen und auf sie am allerwenigsten darf unsere Parteiopposition sich berufen. Ist also ohne weiteres zuzugeben, daß die Sozialdemokratie neuen Erkenntnissen nicht unzugänglich ist, so muß auf der anderen Seite um so lauter betont werden, daß sie in dem entscheidenden Punkte gar keiner neuen Erkenntnisse, gar keines ‚Umlernens‘ bedurfte. Dieser entscheidende Punkt ist die Stellung der Sozialdemokratie zum eigenen Lande und zu seiner Verteidigung. So sehr die Sozialdemokratie aller Länder, und die deutsche Sozialdemokratie wahrlich nicht zum wenigsten, den Krieg von jeher verabscheut hat und heute noch verabscheut, so unermüdlich sie in ihren Anstrengungen war, die Gegensätze zwischen den Völkern und Staaten auszugleichen, mit so tiefem Ernst sie bis zum letzten Augenblick daran gearbeitet hat, das furchtbare Verhängnis dieses Weltbrandes abzuwenden, so wenig hat sie jemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie, sollte es trotz alledem und alledem einmal zum Kriege kommen, das Vaterland, das auch das Vaterland der Arbeiter, das Vaterland ihres Kampfes und ihrer Zukunft ist, in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen werde. Mit vollem Recht konnte deshalb in der Erklärung, mit der am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete, gesagt werden, daß die Partei mit dieser Tat nur das wahr mache, ‚was wir immer betont haben‘. Dieser Gedanke der Vaterlandsverteidigung im allgemeinen und der Gedanke, daß die Sozialdemokratie insbesondere die heilige Pflicht habe, jeden Angriff des russischen Barbaren. und Despotenstaates von Deutschlands Grenzen abzuwehren, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte unserer Partei. Von den Tagen um 1848 herum angefangen, da Marx und Engels in der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ im Interesse der deutschen Demokratie zum Kampfe gegen Rußland aufriefen, bis hin zu den letzten Kongressen der zweiten Internationale! Dafür soll auf den folgenden Blättern der Beweis geführt werden. Es ist natürlich unmöglich, auf dem knappen Raume, der uns hier nur zur Verfügung steht, ein völlig lückenloses Bild aller in Frage kommenden Artikel, Reden und Beschlüsse zu geben. Doch auch das Wenige, was wir hier an solchen Kundgebungen zusammenstellen werden, wird schon genügen, um jedem unbefangenen Leser zu beweisen, daß die Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie sei am 4. August 1914 sich selbst und ihrer ganzen Vergangenheit untreu geworden, eine glatte Unwahrheit ist.“

Das ist ein Musterbeispiel der Systematisierung und „theoretischen“ Begründung aller opportunistischen Auffassungen innerhalb der Arbeiterklasse, das ist ein Musterbeispiel „Marxistischer Verbrämung“, dogmatischer Ornamentierung (mit Zitaten der Klassiker aus ganz anderen Verhältnissen), des Aufgebens der revolutionären Tradition. Das ganze Machwerk ist dazu angetan, dem schlafenden Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse monoton zuzuflüstern: es ist im Sinne von Marx und Engels und Bebel, wenn Du weiterschläfst.

[145] Darin liegt die spezifische Aufgabe einer korrumpierten Parteiführung – nicht wie Rosa Luxemburg meinte, in der Ausgabe einer Parole, die die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bestimmen und beherrschen sollte. Alles, was faul und schlecht, was eifrig-opportunistisch in der deutschen Arbeiterklasse schon war, wurde von der Parteiführung und der Reichstagsfraktion systematisiert und als Labsal für das Wohl von Volk und Arbeiterklasse gepriesen.

*

Es gilt also folgendes auseinanderzuhalten:

1. Die allgemeine, ökonomisch verwurzelte, von Lenin zum ersten Male auf Grund der Erfahrungen vom August 1914 bis in ihre letzten Zusammenhänge analysierte Strömung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.
2. Die in einem gegebenen historischen Moment mit den Propagandamitteln der herrschenden Klasse verursachte Verwirrung innerhalb der ganzen Arbeiterklasse – im August 1914 verursacht vor allem mit der Schaffung der „Psychose“ der Vaterlandsverteidigung und in Deutschland speziell: Vaterlandsverteidigung gegen den Zarismus.
3. Die so wirksame feindliche Rolle, die die Führung der Partei auf Grund der zwei zuvor genannten Tatsachen spielen konnte.

*

Dabei darf man jedoch einen überaus wichtigen Punkt nicht übersehen, einen Punkt ohne große Bedeutung, wie wir am Beispiele Rußlands gesehen haben, für die Tage des Kriegsausbruchs selbst, wohl aber, auch unter den Bedingungen einer gesamtkapitalistischen Welt, von *entscheidender* Bedeutung für die folgende Zeit.

Je klarer und fester die Führung einer Partei auf dem revolutionären Standpunkt, auf dem Standpunkt des Marxismus-Leninismus steht, desto eher wird sie in der Lage sein, die Werktätigen, insbesondere die Arbeiterklasse, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen ist, in den Kampf gegen den Krieg, gegen die herrschende Klasse zu führen.

Natürlich konnten weder die Genialität Lenins noch die gesamte Führung der Bolschewiki es verhindern, daß auch die übergroße Mehrheit der russischen Arbeiter der „Psychose der Vaterlandsverteidigung“ Ende Juli, Anfang August 1914 verfiel. Aber – im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie unter der korrumpierten Führung des Parteivorstandes – gelang es der heldenhaften Arbeit der Bolschewiki unter der konsequent marxistischen Führung des Zentralkomitees mit Lenin an der Spitze, den Sturz der herrschenden Klasse zu beschleunigen und schließlich die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu errichten.

Daraus folgt aber noch ein Weiteres: So wenig man die verräterische Haltung des Parteivorstandes in *erster* Linie für die Haltung der Massen in den Augusttagen von 1914 verantwortlich machen kann, so deutlich muß man sie in *erster* Linie dafür verantwortlich machen, daß es den deutschen Imperialisten gelang, den Weltkrieg so lange zu führen, und daß die Revolution nicht nur so spät kam, sondern auch scheiterte.

*

[146] Schließlich ist noch auf eine Frage zu antworten: die Frage nach der Bedeutung der Tatsache, daß es der herrschenden Klasse gelang, die unmittelbare Kriegsgefahr so lange zu verhüllen.

Ich glaube, daß eine Kenntnis der wahren akuten (!) Sachlage es der deutschen Linken erleichtert hätte, schon im August eine richtige Haltung einzunehmen, daß es unter den freieren Verhältnissen des Noch-nicht-Krieges im Juli 1914 der Linken gelungen wäre, die Verräter anfangend im Juli und in der Folgezeit schneller und wirksamer zu entlarven, daß es dann vielleicht auch möglich gewesen wäre, das Zentrum überhaupt zu zertrümmern, es aufzuspalten in „Rechte“ und „Linke“ – aber, soweit man überhaupt in dieser Weise spekulieren darf, es erscheint mir unwahrscheinlich, gerade auch wenn wir an die Arbeiterbewegung in England und Frankreich in den ersten Monaten des zweiten Weltkrieges, vor dessen Ausbruch die akute Kriegsgefahr bekannt war, denken, daß eine klarere Erkenntnis der Kriegsgefahr den faktischen Verlauf der Ereignisse im Juli und August 1914 *wesentlich* geändert hätte. [147]

KAPITEL III DIE PARTEIFÜHRUNG

Stärker als irgendein anderer Teil der Partei war die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der Eiterbeule des Opportunismus zerfressen worden – ähnlich der französischen Partei und im schärfsten Gegensatz zur russischen Partei.

Man gliedert die Gruppierungen innerhalb der deutschen Parteiführung im allgemeinen in Die Rechte, Das Zentrum und Die Linken. Eine solche Gliederung hatte unter bestimmten Aspekten und zu bestimmten Zeiten einen sehr berechtigten Sinn.

Aber sie ist nicht ausreichend und verhüllt manches, das einer gründlicheren Analyse bedarf, als sie bisher gegeben wurde. So richtig es zum Beispiel unter gewissen Gesichtspunkten ist, Millerand und Jaurès zu Beginn des Jahrhunderts als Rechte, Kautsky, Haase und Ledebour eine halbe Generation später als Zentristen und heute die „Bevanites“ als Linke innerhalb der Sozialdemokratie zu kennzeichnen, so erweisen sich solche Charakterisierungen unter anderen Gesichtspunkten als unfruchtbar und direkt falsch, als störend für das Verständnis vieler Vorgänge.

Welches waren die Aufgaben der Parteiführung in den ersten Augusttagen, als die Masse des Volkes verwirrt auf seiten der herrschenden Klasse stand? In welcher Weise versagte sie? Und warum?

Am 23. April 1917, unmittelbar nach seiner Rückkunft aus der Emigration, schrieb Lenin den Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei, den er „Die Aufgabe des Proletariats in unserer Revolution“ nannte. Dort bemerkte er²¹⁵: „Der wichtigste und krasseste Ausdruck der kleinbürgerlichen Woge, die ‚fast alles‘ überschwemmt hat, ist unzweifelhaft die revolutionäre Vaterlandsverteidigung. Gerade sie ist der schlimmste Feind der weiteren Entwicklung und des Erfolges der russischen Revolution.

Wer in diesem Punkte erlegen ist und sich nicht frei zu machen vermochte – der ist für die Revolution verloren. Doch erliegen die Massen auf andere Weise als die Führer und machen sich anders, auf anderem Entwicklungswege, auf andere Weise frei. Die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist einerseits die Frucht des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen, die Frucht der blinden Vertrauensseligkeit der Bauern und eines Teils der Arbeiter, andererseits aber ist sie ein Ausdruck der Interessen und Anschauungen des bis zu einem gewissen Grade an Annexionen und Bankprofiten interessierten [148] Kleinbesitzes, der die Traditionen des Zarismus, welcher die Großrussen durch die Henkerrolle gegenüber anderen Völkern korrumpierte, ‚heilig‘ hält. Die Bourgeoisie betrügt das Volk, indem sie auf den edlen Stolz der Revolution spekuliert und die Sache so hinstellt, als habe sich mit dieser Etappe der Revolution, wo an die Stelle der Zarenmonarchie die Gutschkow-Miljukowsche Beinahe-Republik getreten ist, der soziale und politische Charakter des Krieges auf seiten Rußlands geändert. Und das Volk schenkte dem – eine Zeitlang – Glauben, zum großen Teil dank den althergebrachten Vorurteilen, die es in allen Völkern Rußlands, außer dem großrussischen, eine Art Eigentum oder Stammgut der Großrussen sehen ließen. Die niederträchtige Korrumpierung des großrussischen Volkes durch den Zarismus, der es daran gewöhnte, in den anderen Völkern etwas Minderwertiges, etwas ‚von Rechts wegen‘ Großrußland Gehörendes zu sehen, konnte nicht mit einem Male verschwinden... Die Anhänger der revolutionären Vaterlandsverteidigung aus der Masse sind ehrlich, nicht im persönlichen, sondern im Klassensinne, d. h. sie gehören jenen Klassen an (Arbeiter und arme Bauern), denen die Annexionen und die Erdrosselung fremder Völker tatsächlich keine Vorteile bringen. Ganz anders ist es bei den Bourgeois und den Herren ‚Intellektuellen‘, die sehr wohl wissen, daß es unmöglich ist, auf

²¹⁵ W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, Berlin 1952, S. 23 ff. [Werke, Bd. 24, S. 49/50]

Annexionen zu verzichten, ohne zugleich auf die Herrschaft des Kapitals zu verzichten, und die die Massen mit schönen Redensarten, maßlosen Versprechungen und zahllosen Verheißungen gewissenlos betrügen. Der Vertreter der Vaterlandsverteidigung aus der Masse sieht die Dinge einfach, auf Spießart: ‚Ich will keine Annexionen, der Deutsche will mir an den Kragen, folglich verteidige ich eine gerechte Sache und durchaus nicht irgendwelche imperialistischen Interessen.‘ Einem solchen Menschen muß immer wieder klargemacht werden, daß es nicht auf seine persönlichen Wünsche ankommt, sondern daß es sich um politische, um Massen- und Klassenverhältnisse und Beziehungen, um den Zusammenhang des Krieges mit den Interessen des Kapitals und dem internationalen Bankennetz usw. handelt. Nur ein solcher Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung ist ein ernster Kampf, der vielleicht keinen sehr schnellen, aber doch einen sicheren und dauerhaften Erfolg verspricht.“

Diese Ausführungen sind für die Fragen, die wir hier zu behandeln haben, von ganz großer Bedeutung. Auf der einen Seite spricht Lenin von den Massen Rußlands, die genauso betroffen sind wie die Massen des deutschen Volkes – jene von der Losung der russischen Imperialisten, die die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ predigten, diese durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung gegen den Zarismus“. Die Massen mögen aber korrumpiert, verwirrt, betört sein und „auf Spießart die Dinge sehen“ – sie sind ehrlich im Klassensinn insofern, als sie nicht zu den Klassen gehören, denen „Annexionen und die Erdrosselung fremder Völker tatsächlich Vorteile bringen“.

Ihnen werden von Lenin gegenübergestellt die „Bourgeois und die Herren Intellektuellen“, die die Massen betrügen.

Und diesen, den Massen, die verführt und verwirrt sind, sowie der herrschenden Klasse, die die Massen betrügt, stellt Lenin die Bolschewiki gegenüber. Was verlangt Lenin von den Bolschewiki?²¹⁶ „Wir müssen es verstehen, die Massen darüber aufzu-[149]klären, daß der soziale und politische Charakter des Krieges nicht durch den ‚guten Willen‘ von Personen und Gruppen oder selbst Völkern bestimmt wird, sondern durch die Stellung der Klasse, die den Krieg führt, durch ihre Politik, deren Fortsetzung der Krieg ist, durch die Verbindungen des Kapitals als der herrschenden ökonomischen Macht in der modernen Gesellschaft, durch den imperialistischen Charakter des internationalen Kapitals, durch die – finanzielle, bankmäßige und diplomatische – Abhängigkeit Rußlands von England und Frankreich usw. Dies geschickt und für die Massen verständlich klarzumachen ist nicht leicht, keiner von uns würde es mit einmal fehlerlos zustande bringen. Doch die Richtung oder, besser gesagt, der Inhalt unserer Propaganda muß so und nur so sein. Das geringste Zugeständnis an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist Verrat am Sozialismus, ist völlige Preisgabe des Internationalismus, mit welchen schönen Phrasen, mit welchen ‚praktischen‘ Erwägungen man dies auch zu rechtfertigen sucht.“

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die Haltung der deutschen Parteiführung.

Gab es dort Genossen, die sich die gleiche Aufgabe gestellt hatten wie Lenin und die Bolschewiki?

Ja, sie gab es. Liebknecht, Luxemburg, Zetkin, Mehring, Duncker, Pieck und andere hervorragende Mitglieder der Linken.

Gab es dort Genossen, die „auf Spießart“, wie ein „klägliches Dummkopf“ (Lenin [Werke, Bd. 28, S. 287]) aber ehrlich, mit der Arbeiterklasse verbunden, für die Vaterlandsverteidigung eintraten?

Ja, sie gab es – sowohl im Zentrum wie auch auf der Rechten. Zu ihnen gehörten im Zentrum zum Beispiel Haase und Ledebour, auf der Rechten zum Beispiel Kurt Eisner.

²¹⁶ W. I. Lenin, ebendort, S. 24. [Ebendort, S. 50]

Gab es dort solche, die genau wie die „Bourgeoisie und die Herren Intellektuellen“ die Arbeiterklasse betrogen?

Ja, sie gab es – sowohl im Zentrum (zum Beispiel Kautsky) wie vor allem und überwiegend auf der Rechten.

Diese Betrüger werden von Lenin als Überläufer zur Bourgeoisie charakterisiert – und wer erinnert sich bei der folgenden Kennzeichnung nicht an die oben wiedergegebenen Sätze der Schrift des Parteivorstandes zur „nationalen Verteidigung“²¹⁷: „Die Sozialisten, die bei Kriegsbeginn auf die Seite der Bourgeoisie übergelaufen sind, alle diese David und Scheidemann in Deutschland, die Plechanow, Potressow, Gwosdew und Konsorten in Rußland, haben lange und aus voller Kehle gegen die ‚Illusionen‘ der Revolutionäre gezetert, gegen die ‚Illusionen‘ des Baseler Manifestes, gegen das ‚Hirngespinnst‘ der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Sie haben in allen Tonarten die vom Kapitalismus angeblich an den Tag gelegte Macht, Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit besungen – sie, die den Kapitalisten behilflich gewesen sind, die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder ‚anzupassen‘, zu zähmen, zu übertölpeln und zu entzweien!“

[150] Die Betrüger werden von Lenin als „Klassengegner“ gebrandmarkt²¹⁸: „Die Sozialchauvinisten, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat – das sind Leute, die für die ‚Verteidigung des Vaterlandes‘ im imperialistischen Krieg (und vor allen Dingen im gegenwärtigen imperialistischen Krieg) sind. Diese Leute sind unsere Klassengegner. Sie sind auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen. Zu ihnen gehört die Mehrzahl der offiziellen Führer der offiziellen Sozialdemokratie in allen Ländern ... Die Sozialchauvinisten sind unsere Klassengegner, sie sind die Bourgeois innerhalb der Arbeiterbewegung“

Das heißt, die Führung der Sozialdemokratischen Partei war zusammengesetzt aus Gegnern der Arbeiterklasse, aus Spießern und kläglichen Dummköpfen, die aber noch mit der Arbeiterklasse verbunden waren, und aus einer winzigen Gruppe von Revolutionären. Unter solchen Umständen erklärt sich das harte und im zweiten Satz zu harte Urteil Lenins über die Reichstagsfraktion²¹⁹: „Liebknecht *allein* vertritt den Sozialismus, die Sache des Proletariats, die proletarische Revolution. Die *ganze* übrige deutsche Sozialdemokratie ist nach dem treffenden Ausdruck Rosa Luxemburgs (ebenfalls Mitglied und eine Führerin der ‚Spartakusgruppe‘) ein stinkender Leichnam.“

Jeder wird verstehen, daß eine solche Parteiführung nicht ihre Aufgaben erfüllen konnte.

Am 14. November 1914 erschien Lenins Artikel „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“. Dort schrieb er²²⁰: „Je eifriger jedoch in allen Ländern Regierung und Bourgeoisie bestrebt sind, die Einheit der Arbeiter zu zerschlagen und sie gegeneinander zu hetzen, je heftiger um dieses hehren Zieles willen das Regime des Kriegszustands und der Militärzensur wütet (diese richtet sich sogar jetzt, im Kriege, mit viel größerer Schärfe gegen den ‚inneren‘ Feind als gegen den äußeren) um so dringlicher ist es Pflicht des klassenbewußten Proletariats, seine Klasseneinheit, seinen Internationalismus, seine sozialistische Überzeugung zu verteidigen gegen den zügellos wilden Chauvinismus der ‚patriotischen‘ Bourgeoisclique in allen Ländern. Wollten die klassenbewußten Arbeiter auf die Ausführung dieser Aufgabe verzichten, so hieße das Verzicht leisten auf alle ihre Emanzipationsziele und demokratischen Bestrebungen, gar nicht zu reden von den sozialistischen Bestrebungen. Mit dem Gefühl tiefster Bitterkeit muß man konstatieren daß die sozialistischen Parteien der bedeutendsten euro-

²¹⁷ W. I. Lenin, „Briefe aus der Ferne“, Ausgewählte Werke, Bd. I, Berlin 1951, S. 890. [Werke, Bd. 23, S. 314]

²¹⁸ W. I. Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“, ebendort, Bd. II, Berlin 1952, S. 34 f. [Werke, Bd. 24, S. 61]

²¹⁹ W. I. Lenin, ebendort, S. 36 f. [Ebendort, S. 64]

²²⁰ W. I. Lenin, ebendort, Bd. I, S. 739 ff. [Werke, Bd. 21, S. 15/16]

päischen Länder diese ihre Aufgabe nicht erfüllt haben und daß die Haltung der Führer dieser Parteien, insbesondere der deutschen Partei, an direkten Verrat an der Sache des Sozialismus grenzt. In einem Moment von höchster weltgeschichtlicher Bedeutung versuchen die Führer der jetzigen, der Zweiten sozialistischen Internationale (1889 bis 1914) in ihrer Mehrheit, den Sozialismus durch den Nationalismus zu ersetzen ... Die Verantwortung für diese Schändung des Sozialismus liegt in erster Linie auf den deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale darstellten ...“ Und weiter bemerkt Lenin: „Die deutschen und [151] österreichischen Sozialdemokraten suchen die Unterstützung, die sie dem Krieg angedeihen lassen, mit der Vorspiegelung zu rechtfertigen, daß eben dies ihren Kampf gegen den russischen Zarismus bedeute. Wir russischen Sozialdemokraten erklären, daß wir einen solchen Rechtfertigungsversuch als einen bloßen Sophismus betrachten. Die revolutionäre Bewegung gegen den Zarismus hat in unserem Lande in den letzten Jahren erneut gewaltige Dimensionen angenommen. An der Spitze dieser Bewegung schritt während all dieser Zeit die russische Arbeiterklasse. Die Millionen erfassenden politischen Streiks der letzten Jahre wurden unter der Losung: Sturz des Zarismus, und mit der Forderung der demokratischen Republik durchgeführt. Noch gerade am Vorabend des Kriegs hatte Poincaré, der Präsident der französischen Republik, während eines Besuches bei Nikolaus II. selbst Gelegenheit, auf den Straßen von Petersburg die Barrikaden zu sehen, die die russischen Arbeiter mit ihren Händen errichtet hatten. Das russische Proletariat schreckte vor keinem Opfer zurück, um die ganze Menschheit von dem Schandfleck der Zarenmonarchie zu befreien. Wir müssen aber erklären: ... wenn etwas den revolutionären Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen den Zarismus zu erschweren vermag, so ist es gerade das Verhalten der Führer der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, das die chauvinistische Presse in Rußland nicht aufhört, uns als Muster vor Augen zu halten. Selbst wenn angenommen werden könnte, das Kräfteverhältnis habe so sehr zuungunsten der deutschen Sozialdemokratie gestanden, daß es sie in die Zwangslage versetzt habe, auf jede Art von revolutionärer Aktion zu verzichten, so durfte sie sich auch in diesem Falle nicht mit dem chauvinistischen Lager vereinigen, durfte sie nicht Schritte tun, die die italienischen Sozialisten zu der berechtigten Erklärung veranlaßt haben: Die Führer der deutschen Sozialdemokraten entehren das Banner der proletarischen Internationale. Unsere Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, hat aus Anlaß des Kriegs bereits ungeheure Opfer gebracht und wird sie noch weiter bringen. Unsere gesamte legale Arbeiterpresse ist vernichtet. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände ist aufgelöst, eine Unmenge von Genossen ist verhaftet und verbannt. Und dennoch hielt es unsere parlamentarische Vertretung – die Russische Sozialdemokratische Arbeiterfraktion in der Reichsduma – für ihre unbedingte sozialistische Pflicht, nicht für die Kriegskredite zu stimmen und sogar, zur noch energischeren Bekundung ihres Protestes, den Sitzungssaal der Duma zu verlassen, hielt sie es für ihre Pflicht, die Politik der europäischen Regierungen als imperialistische Politik an den Pranger zu stellen. Und trotz verzehnfachter Bedrückung durch die zaristische Regierung geben unsere proletarischen Genossen in Rußland bereits die ersten illegalen Aufrufe gegen den Krieg heraus, in Erfüllung der Pflicht, die sie der Demokratie und der Internationale schulden.“ [Werke, ebendort, S. 16/17]

Alles ist hier gesagt, was zu sagen ist – voll Bitterkeit, voll Zorn über den Verrat der deutschen Partei voll edlem Stolz über das Verhalten der eigenen Partei!

Die Feinde der Arbeiterklasse, die Klassengegner innerhalb des Parteivorstandes lassen sich in zwei Gruppen aufgliedern: in Schufte und in solide Verräter.

Führend unter den Schufteln, unter den persönlich korrumpierten Arbeiterführern, die man nicht haßt, weil sie zu ekelhaft für ein solches Gefühl sind, war Albert Südekum.

[152] So wurde er auch von der herrschenden Klasse betrachtet und entsprechend eingesetzt.

In den Akten der Reichskanzlei finden sich zum Beispiel folgende Notizen, die zeigen, daß der Unterstaatssekretär Drews Südekum als Spitzel gegen Liebknecht einzusetzen dachte und Südekum auch entsprechend reagierte²²¹:

Erste Notiz

„H. U. St. 5. geh. vorgelegt

Anl. Vorgänge des M. d. I. betr. die Reise des Abg. Liebknecht nach Belgien und die dort angeblich von ihm an dem Verhalten unserer Truppen geübte Kritik sind mir von dem M. d. I. übersandt worden. Irgendwelchen Anhalt dafür, daß L. die ihm von dem Blatte ‚Het Volk‘ in den Mund gelegte Äußerung getan hätte, ergeben die vorliegenden Berichte nicht ...

H. U. St. S. Drews hat den Wunsch, Liebknecht möge einmal unter der Hand durch einen Parteigenossen befragt werden, was er eigentlich über das Verfahren der deutschen Truppen, bes. in Loewen, zu belgischen Sozialisten gesagt hat.

Vielleicht könnte die Sache gelegentlich mit Südekum besprochen werden? – Oppen“

Zweite Notiz

„Die Ang. ist mit dem Abg. Südekum besprochen, – der nichts darüber hat feststellen können, ob und wie Liebknecht das Verhalten der deutschen Truppen in Loewen kritisiert hat.

Die Vorg. des M. d. I. sind dorthin zurückgegeben.

3vA XII. 14“

Über den Südekum der Weimarer Republik sei aus einer Studie Radandts zitiert²²²:

„Nach dem Kriege wurde Südekum preußischer Staats- und Finanzminister, mußte jedoch schon Anfang 1920 demissionieren. Die Fraktion seiner Partei stellte sich gegen ihn, als er einen Gesetzentwurf vorlegte, in dem verlangt wurde, jenen 1918 entthronten Preußen deutsches Volksvermögen nachzuwerfen. Von nun an ‚betätigte er sich wirtschaftspolitisch und schuf 1926 das Deutsche Zündholz-Syndikat‘, stellt das 1929 erschienene Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft fest. Welcher Art die ‚Wirtschaftspolitik‘ Südekums war, zeigt uns die Liste seiner Aufsichtsratssitze. Im Jahre 1930 war Südekum²²³:

Vorsitzender des Aufsichtsrates der AG für medizinische Produkte, Berlin,

Aufsichtsratsmitglied der Bavaria-Schiffahrts. u. Speditions.AG, Bamberg,

"	"	Brauerei-Betriebs.ÄG, Berlin,
"	"	‚Demerag‘ Donau-Main-Schiffahrts-AG, Nürnberg,
"	"	Engelhardt-Brauerei Berlin,
"	"	Handels-Aktiengesellschaft Atlantic, Berlin,
"	"	Kandelhardt Automobil AG, Berlin,
"	"	Malzbierbrauerei Groterjahn & Co. AG, Berlin, [153]
"	"	Aufsichtsratsmitglied der Neue Boden AG, Berlin,
"	"	NSU Vereinigte Fahrzeugwerke AG, Berlin-Neckarsulm,
"	"	Panzer AG, Berlin,

²²¹ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskanzlei, Registratur 1900-1918, Akten betr. Sozialdemokraten 1395/9, Blatt 58 und 60.

²²² „Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums“, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IV. Jahrgang 1956, Heft 4, S. 763.

²²³ Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Jg. 1930, Bd. I.

- " " Stiftsbrauerei, Dortmund-Hörde,
- " " Telephonfabrik Berliner AG, Berlin,
- " " ‚Transportlader‘ Nürnberg-Fürther-Transportgesellschaft u. Lader Corp. AG, Nürnberg,
- " " Winterhuder-Bierbrauerei, Hamburg.

Ein Jahr darauf war er außerdem noch Vorsitzender des Aufsichtsrates der ‚Sonne‘ Zwecksparkasse AG, Berlin, und Aufsichtsratsmitglied der Charlottenburger Kraftfahrzeug AG, Berlin-Charlottenburg.²²⁴ Im Jahre 1932, als es zu einem der größten Krachs der damaligen Zeit kam, legte Südekum alle Aufsichtsratsposten ‚vorsorglich‘ nieder. Die Großaktionäre der Unternehmen, mit denen Südekum liiert war, hatten Millionenbeträge verschwinden lassen.“

Die Zahl solcher Schufte in der Führung der Partei war nicht groß. Mit solchen Schuftten kann man auch keine solide, klassenfeindliche Politik betreiben. Dazu sind andere Gestalten notwendig, eben solide Verräter wie Ebert, Scheidemann, usw., die den Arbeitern vertraut sind, die in ihrem ganzen Gehaben Arbeiter sind, die nicht versuchen, der Form nach Bürger zu sein oder zu werden – die eben alles Wesen des Arbeiters verloren haben, deren Arbeiter-Form aber völlig echt ist und mit Recht so von den Arbeitern empfunden wird.

Wenn Ebert später sagte, daß er die Revolution wie die Sünde hasse, dann zeigt das, daß er ein kleinbürgerlicher Spießler und Verräter der Interessen der Arbeiterklasse war – ein Klassengegner, ein Feind, ein Verderber unseres Volkes. Aber niemand wird sagen wollen, daß er (persönlich) ein Schuft wie Südekum war.

Natürlich ist eine solche Unterscheidung nicht von Interesse für das historische Urteil über diese Gestalten. Mit Recht ließ sich das Bürgertum nicht davon rühren, daß Karl I. ein liebevoller Ehegatte und Ludwig XVI. ein zärtlicher Vater waren: beide wurden mit Recht geköpft.

Doch ist eine solche Unterscheidung von Interesse für das historische Urteil über den Einfluß dieser Gestalten: die Südekums können auf die Dauer keinen Einfluß in der Arbeiterbewegung haben – wohl aber die Eberts und Scheidemanns.

Darum sind die persönlichen Biedermänner Ebert und Scheidemann unendlich viel gefährlicher in der Arbeiterbewegung als solche Schufte mit Bügelfalte wie Südekum.

Die Haltung der Ebert, Scheidemann und Co. in den ersten Wochen und Monaten des Krieges geht für uns heute wohl am deutlichsten aus zwei Unterredungen, die Eduard David mit dem Staatssekretär Delbrück und Cohen (Reuß) mit dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe (vgl. Anhang zu diesem Buch) hatten, hervor.

David, der auf Anregung Südekums von Delbrück empfangen wurde, legte besonderen Wert auf die Schaffung einer „nationalen Demokratie“. Was darunter zu verstehen ist, geht noch klarer aus den Äußerungen Cohens hervor, der meinte, „ihm [154] schwebte eine Fortentwicklung der sozialdemokratischen Partei in monarchischer Richtung vor, wie sie schließlich auch die Fortschrittspartei durchgemacht habe.“

Klarer kann die klassenfeindliche Haltung dieses Flügels innerhalb der Parteiführung schon nicht mehr dargestellt werden. Die Arbeiterpartei sollte wirklich zu einer bürgerlichen Partei gemacht werden, die Arbeiter sollten dem Klassenfeind ausgeliefert werden. Die Soziale Monarchie und die Nationale Demokratie waren die Schlagworte, die man mit dem Hammer der nationalen Verteidigung gegen die russische Autokratie für immer zu prägen hoffte.

²²⁴ Ebendort, Jg. 1931, Bd. I.

Viel komplizierter als die Einschätzung des persönlich korrupten Gastwirtssohnes Südekum und solider Verräter der Arbeiterklasse wie Ebert und Co. ist die Beurteilung der „Zentristen“ in dieser Zeit.

Lenin kennzeichnet das Zentrum so²²⁵: „Die zweite Strömung – das sogenannte ‚Zentrum‘ – besteht aus Leuten, die zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwanken.

Das ganze ‚Zentrum‘ beteuert hoch und heilig, sie seien Marxisten, Internationalisten, sie seien für den Frieden, für jederlei ‚Druck‘ auf die Regierungen, für jederlei ‚Forderungen‘ an die eigene Regierung, sie solle ‚den Friedenswillen des Volkes kundtun‘, sie seien für alle möglichen Kampagnen zugunsten des Friedens, für einen Frieden ohne Annexionen usw. usf. – *und für den Frieden mit den Sozialchauvinisten*. Das ‚Zentrum‘ ist für die ‚Einheit‘, das ‚Zentrum‘ ist ein Gegner der Spaltung. Das ‚Zentrum‘ ist das Reich der harmlosen kleinbürgerlichen Phrase, des Lippenbekenntnisses zum Internationalismus, des feigen Opportunismus und der Liebedienerei gegenüber den Sozialchauvinisten in der Tat.

Der Kern der Sache ist, daß das ‚Zentrum‘ von der Notwendigkeit der Revolution gegen die eigenen Regierungen nicht überzeugt ist, sie nicht propagiert, daß es keinen rücksichtslosen revolutionären Kampf führt, daß es gegen ihn die allerplattesten – und erz‚marxistisch‘ klingenden – *Ausflüchte* erfindet ...

Das ‚Zentrum‘ – das sind Leute der Routine, zerfressen von der faulen Legalität, korrumpiert durch die Atmosphäre des Parlamentarismus usw., Beamte, gewöhnt an warme Pöstchen und an ‚ruhige‘ Arbeit. Historisch und ökonomisch gesehen, vertreten sie keine besondere Schicht, sie sind nur eine *Übergangerscheinung* von der hinter uns liegenden Periode der Arbeiterbewegung von 1871 bis 1914 – einer Periode, die viel Wertvolles geschaffen hat, besonders in der für das Proletariat notwendigen Kunst der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage – zu einer neuen *Periode*, die *objektiv* notwendig geworden ist seit dem ersten imperialistischen Weltkrieg, welcher die *Ära der sozialistischen Revolution* eingeleitet hat.

Der prominenteste Führer und Repräsentant des ‚Zentrum‘ ist Karl Kautsky, die bedeutendste Autorität der II. Internationale (1889 bis 1914), das Musterbeispiel eines vollständigen Versagens des Marxismus, ein Musterbeispiel unerhörter Charakterlosigkeit, jämmerlichster Schwankungen und Verrätereien seit August 1914. Der ‚Zentrum‘-Strömung gehören an Kautsky, Haase, Ledebour, die sogenannte ‚Arbeitsgemeinschaft‘ im Reichstag.“

[155] Die einzelnen Gestalten des Zentrums sind genauso wenig einheitlich zusammenzufassen wie die Definition von Lenin. Der gleiche Mensch kann nicht, wie Lenin anfänglich sagt, „zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwanken“ und gleichzeitig nur ein „Lippenbekenntnis zum Internationalismus“ abgeben, faktisch aber „Liebedienerei gegenüber den Sozialchauvinisten in der Tat“ betreiben. Entweder – oder.

Das zuletzt Gesagte trifft auf Kautsky zu – das echte Schwanken auf Männer wie Haase und Ledebour. Darum hatten die Linken recht, stete Verbindung zu Haase und Ledebour zu halten. Darum hatte Rosa Luxemburg recht mit ihrer scharfen Haltung gegen Kautsky.

Diese Haltung Rosa Luxemburgs gegenüber Kautsky, die schon vor dem August 1914 offenbar war, wurde nach dem Ausbruch des Krieges von Lenin in jeder Beziehung gebilligt. So schrieb er am 27. Oktober 1914 an Schljapnikow²²⁶: „Kautsky hasse und verachte ich jetzt mehr als alle anderen, eine schmutzige, gemeine und selbst-zufriedene kleinliche Heuchelei. Es ist doch nichts geschehen, gegen die Prinzipien wurde nicht verstoßen, alle waren berech-

²²⁵ W. I. Lenin, ebendort, Bd. II, S. 34 f. [Werke, Bd. 24, S. 61, 62]

²²⁶ W. I. Lenin, Werke (russ.), 4. Auflage, Bd. 35, Moskau 1950, S. 125 f. [Werke, Bd. 35, S. 61, 142/143]

tigt, das Vaterland zu verteidigen. Der Internationalismus – belieben Sie, sich davon zu überzeugen – besteht ja gerade darin, daß die Arbeiter aller Länder aufeinander schießen ‚im Namen der Verteidigung des Vaterlandes‘.

R. Luxemburg hat recht gehabt, die längst erkannt hat, daß Kautsky ‚ein theoretischer Liebediener‘, ein Lakai ist, kurz gesagt, ein Lakai der Parteimehrheit, des Opportunismus. Es gibt heute auf der Welt *nichts* Schändlicheres und Gefährlicheres für die *ideologische* Selbständigkeit des Proletariats als diese schmutzige Selbstzufriedenheit und diese abscheuliche Heuchelei von Kautsky, der alles vertuschen und verkleistern, das erwachte Gewissen der Arbeiter mit Sophismen und angeblich wissenschaftlichen Worttiraden beschwichtigen will. Wenn Kautsky das gelingt, wird er zum Hauptvertreter der bürgerlichen Fäulnis in der Arbeiterbewegung.“

Kautsky ist zum Klassengegner übergegangen. Noch manche kluge Einzeldinge wird er sagen und schreiben – nicht nur der Tiger, auch das einst echte Parteimitglied kann niemals ganz seine Farben wechseln –, in manchen Arbeiten wird man noch gelegentlich spüren, welch großer Marxist Kautsky einst gewesen war. Aber er ist zum Klassengegner, zum Klassenfeind geworden und als solcher einzuschätzen. Aller Zorn Lenins gegen die Zentristen als Feigenblätter des nackten Verrats richtet sich in erster Linie und mit vollstem Recht gegen Kautsky.

*

Ganz anders sind Männer wie Haase und Ledebour in ihrer objektiven und subjektiven Rolle zu beurteilen. Auf sie trifft voll und ganz der erste Teil der Definition von Lenin zu: sie schwanken zwischen der Rechten und der Linken, zwischen den Klassenfeinden und Klassenführern, zwischen den Verrätern und den besten Vertretern der Arbeiterklasse.

[156] Diese „Echtheit“ ihrer Haltung macht sie nicht weniger gefährlich – und doch fordert sie eine grundlegend andere Einschätzung als die von Kautsky und Co. Kautsky auf der einen Seite und Haase wie Ledebour auf der anderen Seite gleichzusetzen, wäre dasselbe, wie die Trotzlisten von 1916 und von 1926 zu identifizieren. Die Aufnahme jener in die Partei konnte Lenin mit Recht 1917 befürworten – den Ausschluß dieser mußte mit gleichem Recht die Partei zehn Jahre später durchführen.

Mit Kautsky konnte man nach dem August 1914 nicht mehr zusammenarbeiten – mit Haase und Ledebour hielten die Linken in all den Jahren des Krieges trotz scharfen Kampfes Verbindung. Denn sie waren nicht zu Klassenfeinden geworden.

Das Verhältnis dieser Gruppe zu den Linken geht zum Beispiel aus einem Brief Haases vom 7. Oktober 1915 hervor²²⁷: „... L. (Liebknecht – J. K.) leidet schwer unter den Erlebnissen dieser schrecklichen Zeit, jedesmal wenn er draußen weilt. Wie frisch war er dagegen, als er mit uns in K. plauderte und sich von den Eindrücken des von ihm vorher Geschauten und Erlebten frei gemacht hatte – allerdings nur vorübergehend. Gewiß wäre militärische Sicherheitshaft in Berlin für ihn kein Schrecken.

Meyer ist aus der Haft entlassen und wieder im Beruf tätig, der mit ihm verhaftete Genosse auch. Die Freilassung ist erfolgt, bevor ich offiziell als Verteidiger auftrat.

Für Clara (Zetkin – J. K.), die ich vor 14 Tagen in Karlsruhe besucht und mehrere Stunden gesprochen habe, habe ich einen Haftentlassungsantrag gestellt. Bis zu dieser Stunde ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Das Karlsruher Verfahren übertrifft alles, was das Sozialistengesetz gezeitigt hatte. Wie man – von allen anderen Gründen abgesehen – von Fluchtverdacht sprechen kann, während alle Grenzen hermetisch abgeschlossen sind, bleibt das Geheimnis des Reichsgerichts, wenigstens

²²⁷ E. Haase, „Hugo Haase, sein Leben und Wirken“, Berlin 1929, S. 110 f.

für denjenigen, der den Fall ‚juristisch‘ betrachtet. Ich habe mir diese Betrachtungsweise für politische Prozesse längst abgewöhnt, gespannt bin ich jedoch, wie das Reichsgericht sich gegenüber meinen Ausführungen verhalten wird.

Clara war verhältnismäßig in guter Gesundheitsverfassung. Gestern schrieb sie mir in schlechter Stimmung, da auch ihr zweiter Sohn ins Feld hat rücken müssen, ohne daß sie ihm zum Abschied noch einmal die Hand hat drücken können. Möchte sie nur die Haft gut überstehen! ...

Vierzehn Tage später schrieb er an Clara Zetkin²²⁸:

„Berlin, den 21.X.1915

Sehr geehrte Genossin Zetkin!

Das Gerücht, Sie seien auf Betreiben des Parteivorstandes aus der Haft entlassen worden, entbehrt jeder Grundlage. Der Beschluß des Reichsgerichts, der dieses Gericht wieder in seinem vollen Glanze zeigt, enthält auch nicht die Spur einer milden Beurteilung des Sachverhalts, sondern wird den Tatsachen auch nicht im geringsten gerecht. Es ist im Hinblick auf den Inhalt des Beschlusses geradezu absurd, anzunehmen, daß der Oberreichsanwalt – nur um diesen könnte es sich handeln – zu Ihren Gunsten beeinflusst sei.

[157] Als in der letzten Sitzung der Kontrollkommission die Anfrage an den Parteivorstand gerichtet wurde, ob er nicht für Sie etwas tun wolle, habe ich darauf erwidert: Der Parteivorstand sei sich bald nach Kriegsausbruch darüber schlüssig geworden, daß weder er noch ein einzelnes Mitglied bei der Regierung irgendeine Gefälligkeit, irgendeinen Vorteil für einen Parteigenossen nachsuchen dürfe. Daran müßten wir unter allen Umständen festhalten, und Sie würden es mit Recht am allerschärfsten verurteilen, wenn wir zu Ihren Gunsten von dieser Maxime abweichen. Alle Teile stimmten dieser Auffassung zu.

Wenn das Gerücht, das Sie erwähnen, überhaupt einen Anhalt hat, so kann dazu nur die Beschwerde gedient haben, die auf meine Veranlassung der Parteivorstand bei dem Reichskanzler wegen der Praxis der militärischen Sicherheitshaft, der Redeverbote in Rheinland-Westfalen und wegen des Schweigegebots gegenüber dem Karlsruher Prozeß eingereicht hat. In dieser Beschwerde ist nicht einmal Ihr Name erwähnt, geschweige denn ein Eingreifen in das Gerichtsverfahren gefordert worden. Es handelt sich um eine politische Aktion, über deren Dringlichkeit wir beide ja einig waren.

Für Westmeyer habe ich heute den Haftentlassungsantrag gestellt. Es ist ein starkes Stück, ihn festzuhalten, während er Ihnen einen Besuch abstatten will.

Auf dem gesamten Volke lastet ein schwerer Druck. Die Majorität in der Partei geht gedrückt umher: trotz allem und allem wird ihr nicht einmal die geringste reale Konzession gemacht. Die Worte ‚Tat‘ und ‚handeln‘, die von ihr verspottet und brüsk zurückgewiesen wurden, erscheinen jetzt auf ihren Lippen. Das hat die Teuerung zuwege gebracht!

Von Ihren Kindern haben Sie hoffentlich gute Nachricht. Mein Junge, der sich in Polen eine böse Darmerkrankung zugezogen hatte, hat sich wieder erholt.

Herzliche Grüße an Sie und Genossen Zundel

Ihr H. H.“

Und schließlich seien noch zwei Briefe an seine Frau vom 2. Mai und 9. Juli 1916 wiedergegeben²²⁹. Der Brief vom 2. Mai lautet:

²²⁸ E. Haase, ebendort, S. 111 f.

²²⁹ E. Haase, ebendort, S. 120 und 125 ff.

„Berlin, den 2.X.1946.

Liebe Else!

Ich mußte heute schon am frühen Morgen mein Haus verlassen, um Karl Liebknecht aufzusuchen, der gestern abend verhaftet ist. Seine Frau ist sehr stark mitgenommen, da sie das Schlimmste befürchtete; ich selbst bin auch aus dem Gleichgewicht geraten, in dem ich mich seit dem Osterausflug befand.

Eine nicht sehr beträchtliche Gruppe von Personen hat gestern abends einen Mai-Spaziergang über den Potsdamer Platz gemacht. Liebknecht soll in Zivil: Hoch der Friede! Nieder mit der Regierung! gerufen haben. Darauf wurde er gepackt und in das Gefängnis abgeführt. Ich war gerade zu Bett gegangen, als mir dieser Vorfall telephonisch mitgeteilt wurde. Ich machte dann noch in der Nacht den Versuch, festzustellen, in welches Verließ er gebracht worden war, aber vergeblich. Und auch heute habe ich ihn noch nicht sprechen können, da der zuständige Polizeirat noch nicht die Akten hatte, und ohne Akten ist ein preußischer Bürokrat bekanntlich hilflos.

[158] Wenn nicht höhere politische Erwägungen dahin führen, die Sache en bagatelle zu behandeln, wenn man ‚der Gerechtigkeit freien Lauf‘ läßt, so müssen wir um ihn besorgt sein. Seine Tat ist zwar gewiß nicht so schwer, aber die allgemeine und namentlich die Behördenpsychologie ist ihm nicht günstig.

Du wirst es verstehen, daß ich von diesem Ereignis im Augenblick so erfüllt bin, daß das Persönliche, das heißt: das meine Person Angehende, in den Hintergrund gedrängt ist.“

Dazu noch Auszüge aus dem zweiten Brief: „Es ist Dir kein Geheimnis, daß im Anschluß an den Liebknechtschen Prozeß eine große Straßendemonstration stattfand, an die sich in den nächsten drei Tagen umfangreiche Streiks anschlossen. Alle Verhafteten haben meinen Beistand nachgesucht. Ich habe, da ich die Arbeit allein nicht mehr leisten konnte, Dr. Herzfeld zu Hilfe gezogen – den einzigen, der in dem großen Berlin gegenwärtig in Betracht kommt. Von Heine und Heinemann will keiner der Verhafteten etwas wissen; Rosenfeld, Cohn, Weinberg stecken im bunten Rock und scheiden deshalb aus.

Vorher war bereits wegen Verbreitung von Flugblättern ein hochnotpeinliches Verfahren gegen andere Genossen eingeleitet worden, die ebenfalls auf meine Hilfe angewiesen waren. Karski ist seit Wochen in militärischer Sicherheitshaft. Seine Frau hat auf meinen Antrag schließlich nach drei Wochen die Erlaubnis erhalten, ihn zu besuchen. Ich darf nach einer Wartezeit von etwa 14 Tagen täglich zu ihm mit der einzigen Beschränkung, daß der Unterhaltung ein Feldweibel beiwohnt. Selbstverständlich kann ich von dieser Genehmigung nur beschränkten Gebrauch machen, da die Zeit zu täglichen Besuchen nicht ausreicht. Aber für den Eingesperrten ist es ein Trost, wenigstens einmal wöchentlich einen Menschen neben sich zu sehen, der sich für ihn interessiert ...

Wie mich Liebknechts Schicksal innerlich beschäftigt, brauche ich Dir nicht auseinanderzusetzen. Ich habe mit seinem Anwalt vor dem Termin den Verteidigungsplan besprochen und etwas Verteidigungsmaterial beschafft. Mehr vermochte ich nicht zu tun. Mit seiner Frau komme ich fast gar nicht zusammen; ich bedaure es sehr, bringe aber die dazu erforderliche Zeit nicht auf. Sie hält sich sehr tapfer und ist in ihrem Urteil über die Haltung ihres Mannes durchaus fest. Er selbst ist in seiner mutigen Konsequenz über jedes Lob erhaben.“

So schreibt selbstverständlich kein Klassengegner, kein Verräter der Arbeiterklasse – so handelt auch kein Feigling. Und wenn Lenin einmal sagt: „Selbstverständlich gehen einzelne Personen, mitunter ohne es selbst zu merken, von der Position des Sozialchauvinismus zur Position des ‚Zentrums‘ über und umgekehrt“²³⁰ – so gilt das ebenfalls für die Beziehungen

²³⁰ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, a. a. O., S. 35. [Werke, Bd. 24, S. 62]

zwischen Zentrum und den Linken. Aber während Kautsky nur zwischen den Sozialchauvinisten und Zentrum schwanken konnte, konnte Heinrich Ströbel, wenn er nicht Zentrist war, nur zur Linken zu schwanken (vgl. zum Beispiel seinen Aufsatz im ersten Heft von „Die Internationale“, April 1915).

*

[159] Für die Regierung zuverlässig, stetig im Interesse des Sieges der herrschenden Klasse arbeitend, war nur die Rechte und der Teil des „Zentrums“, der eine Haltung à la Kautsky einnahm.

Diese Klassengegner stellten die Mehrheit der Parteiführung dar – aber die Regierung war sich klar darüber, daß diese Parteiführer steter Stützung durch sie bedurften, um sich zu halten, um ihre Betrugspolitik durchführen zu können.

Wie klar sich die Regierung über die klassenfeindliche Rolle der Parteiführung war, geht aus einem Schreiben des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei von Wahn-schaffe an den kaiserlichen Zivilkabinettschef von Valentini vom 20. Juni 1915 hervor, in dem er feststellte²³¹: „Die Friedenssehnsucht der Arbeiterschaft ist sehr groß und wird nur durch die Bemühungen der Führer am offenen Ausbruch verhindert.“

Geradezu grotesk ist der im Anhang abgedruckte Brief des sächsischen Innenministers Vitzthum an den sächsischen Gesandten in Berlin, in dem dieser sich gegen bürgerliche „Taktlosigkeiten“ gegenüber der Sozialdemokratie beschwert und bittet, die Angelegenheit mit dem Stellvertreter des Reichskanzlers zu besprechen. Wörtlich heißt es dort unter dem Datum des 9. September 1914²³²: „... Ebenso ist dankbar anzuerkennen, daß die kommandierenden Generäle der Willenskundgebung Seiner Majestät des Kaisers mit vollem Verständnis Rechnung getragen und jede unterschiedliche Behandlung der Sozialdemokratie und ihrer Presse unterlassen haben. Es ist aber erwünscht, daß diese Politik nicht nur von den Regierungen, sondern auch von den bürgerlichen Parteien loyal (wörtlich! der Innenminister! – J. K.) durchgeführt wird. Wenn nun auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine Tätigkeit eingestellt hat, so haben doch zwei Vorkommnisse der jüngsten Zeit den Eindruck erweckt, daß diesem Gesichtspunkte nicht genügend Rechnung getragen wird ... Wenn aber jemals der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiterschaft aus sich heraus zu einer politischen Gesundung zu führen, so ist dies nur in Zeiten der nationalen Erhebung möglich, wie wir sie jetzt haben. Eine günstigere Gelegenheit dürfte in den nächsten 100 Jahren kaum je wiederkommen. Der Versuch muß daher gemacht werden. Aber nicht dadurch, daß man die Brücken der Verständigung abbricht und auf die die bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie trennende unüberwindliche Kluft hinweist, sondern dadurch, daß man sich auf dem gemeinsamen Boden des Nationalbewußtseins begegnet und dieses ideale Moment pflegt, dessen Stärke und Lebenskraft in den letzten Wochen so überraschend zutage getreten ist. Es erscheint mir daher dringend notwendig, die Presse der bürgerlichen Parteien immer wieder auf die Notwendigkeit hinzuweisen, in diesem Sinne zu wirken und ihr die Verantwortung vor Augen zu führen, die sie übernimmt, wenn durch ihre Schuld die schweren Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege bringt, für seine innere Gesundung und Entwicklung ohne Früchte bleiben sollte.“

Wie rohe Eier wünscht dieser adlige sächsische Innenminister „die Sozialdemokratie“ durch die bürgerliche Presse behandelt zu sehen – und er hat recht von seinem Standpunkt, denn nur so können Verräter wie Ebert und Scheidemann, David und Cohen (Reuß) als Klassenfeinde innerhalb der Sozialdemokratie funktionieren. [160]

²³¹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 92 Valentini, III a 1 + 2.

²³² Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Ministerium des Innern Nr. 10 999, Blatt 46 a.

KAPITEL IV DIE LINKE

Über die Linke, über die Internationalisten der Tat schrieb Lenin in „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“:

„Ihr wichtigstes Unterscheidungsmerkmal ist: der völlige Bruch sowohl mit dem Sozialchauvinismus als auch mit dem ‚Zentrum‘, der selbstlose revolutionäre Kampf gegen die eigene imperialistische Regierung und die eigene imperialistische Bourgeoisie. Ihr Prinzip lautet: ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land.‘ Schonungsloser Kampf gegen die süßliche sozialpazifistische Phrase (der Sozialpazifist ist Sozialist in Worten, bürgerlicher Pazifist in der Tat; die bürgerlichen Pazifisten träumen vom ewigen Frieden ohne die Abschüttelung des Joches und der Herrschaft des Kapitals) sowie gegen alle Ausflüchte, die den Zweck haben, in Abrede zu stellen, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats und die proletarische, sozialistische Revolution in Verbindung mit dem gegenwärtigen Krieg möglich bzw. angebracht oder aktuell ist.

Die bedeutendste Vertreterin dieser Strömung ist in Deutschland die ‚Spartakusgruppe oder ‚Gruppe Internationale‘, der Karl Liebknecht angehört. Karl Liebknecht ist der berühmteste Vertreter dieser Strömung und der neuen, wirklichen, proletarischen Internationale.

Karl Liebknecht hat die Arbeiter und Soldaten Deutschlands aufgerufen, die Waffen gegen die eigene Regierung zu kehren. Karl Liebknecht tat das offen von der Reichstagstribüne herab. Er ging dann auf den Potsdamer Platz, einen der größten Plätze Berlins, mit illegal gedruckten Flugschriften zur Demonstration mit dem Rufe ‚Nieder mit der Regierung‘. Er wurde verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt. Er sitzt jetzt in Deutschland im Zuchthaus, wie überhaupt Hunderte, wenn nicht Tausende wirklicher Sozialisten in Deutschland für ihren Kampf gegen den Krieg in den Gefängnissen sitzen.“²³³

Liebknecht, der berühmteste Vertreter der neuen, wirklichen, proletarischen Internationale! So sagte Lenin – und er hatte völlig recht damals, als er so schrieb. Liebknecht war international das Symbol des mutigen, des heroischen Kämpfers gegen den imperialistischen Krieg. Er verkörperte in sich alles, was groß, was heldenhaft in der alten Internationale gewesen war. Soldaten in den Schützengräben auf beiden Seiten [161] verehrten den Friedenskämpfer. Sozialisten aller Länder nannten ihn Genossen mit dem liebevollen Beiklang, den sie nur für eng vertraute Führer verwandten, fast als wollten sie sagen „mein Genosse Liebknecht“.

Die herrschende Klasse Deutschlands haßte ihn mehr als irgendeinen anderen. Der gesamte Staatsapparat arbeitete vom ersten Tage des Krieges fieberhaft, um ihn auf irgendeine Weise unschädlich zu machen.

Als er am 15. Januar 1919 ermordet wurde, waren seine Mörder gedungene Subjekte einer Koalition von Junkern, Finanzkapitalisten und jenen rechten Sozialdemokraten, die Lenin so treffend „unsere Klassengegner“ genannt hatte.

*

Anläßlich des 80. Geburtstages Karl Liebknechts sagte am 13. August 1951 Wilhelm Pieck²³⁴:

„Durch sein Auftreten auf internationalen Kongressen und großen internationalen Kundgebungen ist Karl Liebknecht bereits vor dem ersten Weltkriege zum Herold der internationalen Solidarität des Friedenskampfes geworden. Als die Führung der deutschen Sozialdemokratie bei Ausbruch des ersten Weltkrieges den schändlichsten Verrat übte und ins Lager des Imperialismus überging, richteten sich die Augen aller Friedenskämpfer erwartungsvoll auf Karl Liebknecht. Seine Haltung gegen den imperialistischen Krieg war von allem Anfang an klar

²³³ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, ebendort, S. 36. [Werke, Bd. 24, S. 63]

²³⁴ K. Liebknecht, „Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze“, Berlin 1952, S. 24 f.

und eindeutig. Er kämpfte in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Ablehnung der Kriegskredite. Aber auch Karl Liebknecht war befangen in den falschen Vorstellungen der deutschen Linken. Auch er erkannte noch nicht den ganzen Abgrund des Verrats der deutschen Sozialdemokratie. Er hoffte noch, daß sich nach der ersten Verwirrung eine Klärung zum einheitlichen Kampf gegen den Krieg in der Sozialdemokratie herbeiführen lassen würde. So kam es, daß er erst am 2. Dezember 1914, bei der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite, offen vor aller Welt gegen den Krieg auftrat und den Kriegstreibern sein ‚Nein‘ entgegenschleuderte.

Dem ‚Nein‘ vom 2. Dezember 1914 folgte Karl Liebknechts entscheidende Losung in einem Flugblatt anlässlich des Eintritts Italiens in den Krieg:

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!““

Viel ist über die Abstimmung vom 4. August geschrieben und gesprochen und geurteilt worden. Liebknecht ist niemals mit ihr fertig geworden und Lenin hat eine unendlich weise Zurückhaltung im Urteil über die Handlungsweise Liebknechts geübt.

Einfältige Vulgärmarxisten schlußfolgern manchmal so: Der Krieg 1914 war ein imperialistischer Krieg. Der Krieg war ein ungerechter Krieg. Es wäre richtig gewesen, gegen diesen Krieg aufzutreten. Man hätte gegen die Kriegskredite stimmen müssen. Liebknecht hatte Unrecht, als er für die Kriegskredite mit stimmte. Und daraus ergibt sich „logisch“: Also ist diese Handlung Liebknechts zu verurteilen.

Alles ist richtig an dieser Argumentation – bis auf den ebenso dummen wie überheblichen und jeder Kenntnis echten Parteilebens baren Schlußsatz. Denn seit [162] wann ist es üblich, daß ein Parteimitglied, das sich im Recht glaubt, entsprechend handelt, wenn es dadurch gegen die Parteidisziplin verstößt? Alle Parteien, die vom Geist des Marxismus beseelt waren und sind, haben für die Einheit und Geschlossenheit der Partei gekämpft und uns alle Parteidisziplin gelehrt. Unerbittlich haben Marx und Engels und Lenin in dieser Richtung gewirkt. Schön heißt es in den neuen Grundbestimmungen des Programms der Kommunistischen Partei Chinas: „Die Geschlossenheit und Einheit der Partei – das sind Leben und Kraft der Partei. Heiligste Pflicht eines jeden Parteimitglieds ist es, die Geschlossenheit der Partei ständig zu schützen und ihre Einheit zu festigen.“

Kindisch wäre es zu glauben, daß alle Beschlüsse auch nur aller kommunistischen Parteien richtig wären. Natürlich werden bisweilen auch falsche Beschlüsse gefaßt. Natürlich gibt es auch Genossen, die die Fehler solcher Beschlüsse erkennen. Und es ist ihre Pflicht, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Korrektur solcher falscher Beschlüsse zu kämpfen. Aber zu diesen Mitteln gehört niemals der Disziplinbruch. Denn *mit dem Disziplinbruch geschieht ein unendlich viel größerer Fehler, als sie irgendein falscher Parteibeschluss enthalten kann*. Darum ist es völlig richtig zu sagen, daß Liebknecht unrecht hatte, als er am 4. August für die Kriegskredite stimmte. Darum ist es völlig falsch zu sagen, daß Liebknecht zu verurteilen ist, weil er für die Kriegskredite stimmte.

Wie grundfalsch solch simple Verurteilung Liebknechts ist, zeigt ein Vergleich seiner Handlungsweise mit der von Fritz Kunert. Fritz Kunert, ein gemäßregelter Lehrer, war seit 1890 Mitglied des Reichstags. Ein persönlich grundanständiger, sauberer, tief human denkender und handelnder Mensch. Er konnte es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, die Kriegskredite zu bewilligen – und so blieb er, und nicht Karl Liebknecht, als einziger Sozialdemokrat der Abstimmung fern, indem er kurz zuvor den Saal verließ. Niemand merkte es und lange Zeit erzählte er es auch niemanden. Eine persönlich lobenswerte Handlung – ohne jede politische Bedeutung! Muß man aber wirklich fragen, ob Kunert richtiger gehandelt hat als Liebknecht? Auf was für ein Niveau kleinbürgerlicher Seelenkneterei würden wir uns mit einer solchen Frage begeben!

Entscheidend für Liebknecht war die Frage der Parteidisziplin. Die Parteidisziplin war in den vorangehenden Jahren bei Abstimmungen in Parlamenten ausschließlich von der Rechten, von den Reformisten gebrochen worden. Kennzeichnend dafür sind nicht nur die „süddeutschen Budgetbewilliger“ und die „württembergischen Erfahrungen“, sondern auch folgender Vorgang auf den Sitzungen der Reichstagsfraktion vom 2.-4. Februar 1915, auf denen gegen Karl Liebknecht wegen seiner Abstimmung vom 2. Dezember 1914 verhandelt wurde – wobei zu bedenken ist, daß der im folgenden genannte Edmund Fischer ein, wie sich hier zeigt, persönlich absolut anständiger, aber extrem arbeiterfeindlicher Rechter in der Partei war²³⁵: „In der Debatte, die den ganzen Tag andauert und durch einen Schlußantrag abge-schnitten wird, wendet sich zwar die Mehrzahl der Redner gegen Liebknecht. Einige jedoch bekämpfen die gegen ihn gerichteten Anträge. Stadthagen und Ledebour betonen, daß er bei seiner Über-[163]zeugung von der Programmwidrigkeit der Kreditbewilligung berechtigt war, gegen den Beschluß der Fraktionsmehrheit zu handeln, und verweisen auf offenbar gröbliche Verstöße anderer Genossen gegen die Fraktionsdisziplin, die ungeahndet geblieben sind. Edmund Fischer stellt fest, daß er und, wie er erfahren habe, wohl 20-30 andere Fraktionsmitglieder am 3. August entschlossen waren, entgegen einem etwaigen Kreditablehnungsbeschluß der Fraktion öffentlich für die Kredite zu stimmen; unter diesen Umständen sei jede Verurteilung Liebknechts eine Ungerechtigkeit und Heuchelei.

Eduard Bernstein schließlich kennzeichnet die Peinlichkeit der exerziermäßigen Jasagerei und erklärt frei heraus, er habe sich über das Verhalten Liebknechts geradezu gefreut.“

Als schärfster Gegner solcher Disziplinbrüche war in all diesen Jahren Karl Liebknecht aufgetreten. In seiner späteren Betrachtung zur Abstimmung vom 4. August (vgl. Anhang zu diesem Buch) schreibt er: „Nicht übersehen werden darf dabei aber auch, welche heilige Verehrung damals noch der Fraktionsdisziplin entgegengebracht wurde, und zwar am meisten vom radikalen Flügel, der sich bis dahin in immer zugespitzterer Form gegen Disziplinbrüche oder Disziplinbruchsneigungen revisionistischer Fraktionsmitglieder hatte wehren müssen. Ein Separatvotum war eine in der Geschichte der deutschen Reichstagsfraktion seit Menschengedenken unerhörte, bei der damaligen parlamentarischen Durchschnittspsychologie schlechthin unfafßbare Sache. Nach aller Überlieferung gab es nur ein Mittel, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten und nach Kräften zur Geltung zu bringen: Den Kampf in der Fraktion. Daß deren Mehrheitsentscheidung zu respektieren sei, galt als ausgemacht; süddeutsche Vorgänge hatten diese Psychologie wenigstens für die Reichstagsfraktion nicht erschüttert, gerade bei den Radikalen sogar befestigt. Und diese Disziplin wurde rein formell-organisatorisch aufgefaßt. Das praktische Verständnis für ihre notwendigen Grenzen war völlig unentwickelt.

... Nach alledem ist zu begreifen, daß noch am 4. August, wenigstens für die nicht in württembergischen Erfahrungen Bewanderten, alles, was gegen die Kreditbewilligung getan werden konnte, ihre Bekämpfung in der Fraktion zu sein schien, ein Standpunkt, über den die Stuttgarter Opposition allerdings damals bereits hinausgewachsen war. So kam es, daß die Fraktions-Opponenten am 4. August 1914 im Plenum Fraktions-Disziplin übten.“²³⁶

Liebknecht konnte und durfte unter den Umständen des 4. August nicht anders handeln als er gehandelt hatte. Natürlich nicht objektiv gesehen, aber subjektiv vom Standpunkt des Genossen, der zwischen dem Glauben an die Richtigkeit seines eigenen Urteils und der Entscheidung der Partei einen tiefen Widerspruch sieht, haben genauso wie Liebknecht am 4. August 1914 und genauso richtig wie Liebknecht damals die Genossen gehandelt, die Anfang September 1939 den zweiten Weltkrieg für einen imperialistischen Krieg hielten, und doch, entsprechend der kommunistischen Parteidisziplin, für die Bewilligung der Kriegsmaßnahmen der imperiali-

²³⁵ K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, Berlin 1919, S. 50.

²³⁶ Vgl. dazu auch im Anhang die Darstellung Jacob Walchers von der Stuttgarter Versammlung am 21. 9. 1914.

stischen, anti-sowjetischen Regierungen in England und Frankreich eintraten. Was ihnen blieb und was [164] auch Liebknecht blieb, war der Kampf für ihre Auffassung im Rahmen des Parteistatuts, der dann auch 1939 mit Hilfe der Führung der KPdSU schnell, schon in wenigen Tagen, zu ihren Gunsten entschieden wurde. Genauso wie Liebknecht am 4. August gehandelt hat, verlangen auch wir, daß jeder Genosse handelt und immer handeln wird.

Und doch wäre es grundfalsch, unpolitisch, ein Mißverständnis des Unterschiedes zwischen unseren kommunistischen Parteien und den sozialdemokratischen Parteien, den Parteien „alten Typs“, wenn wir unsere Betrachtung der Handlungsweise Liebknechts am 4. August 1914 so und hier abschließen würden.

Es kann der Fall eintreten, daß eine Partei entartet (ja, daß mehrere Parteien gleichzeitig verkommen, ja, daß eine ganze Internationale zusammenbricht), und in einer entarteten Partei kann es keine Disziplinfrage mehr geben.

Aber sogleich sei gesagt und gewarnt: solch Urteil, daß eine Partei entartet ist, ist unendlich schwer zu fällen. Man denke an das Schwanken aller kommunistischen Parteien im Urteil über die Partei Jugoslawiens!

Weiter: niemand hatte ein solches Urteil über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vor dem 4. August 1914 gefällt.

Ferner: noch am 4. August hoffte Liebknecht, die Möglichkeit zu haben, mit einer Minderheit eine Separat-Erklärung abgeben zu können.

Das heißt, innerhalb von Stunden mußte er zu der Entscheidung kommen: Die Partei ist entartet. Sie ist nicht mehr meine Partei. Ihre Disziplin ist die Disziplin des Feindes. Und schließlich: Ich bin Genie genug, um als einziger diese richtige Auffassung zu haben.

Wiederum wird klar: So offenbar es unrichtig war, die Kriegskredite zu bewilligen – so unmöglich ist es, Liebknechts Handlung am 4. August 1914, als er sie bewilligte, zu verurteilen. Nur ein Größenwahnsinniger hätte als einzelner dagegen stimmen dürfen – kein verantwortlich denkender Genosse.

In diesen Tagen schrieb Rosa Luxemburg in einem Brief an einen Freund²³⁷: „Die ganze Welt ist plötzlich ein Irrenhaus geworden. – Über Dein ‚Austreten aus der Partei‘ habe ich gelacht. Du großes Kind, willst Du vielleicht aus der Menschheit auch ‚austreten‘.“

Natürlich kann man kaltschnäuzig feststellen: Mit zwölf Wochen Verspätung wird Rosa ihren „ernsten politischen Fehler“ erkennen und am 1. November an Hans Diefenbach schreiben²³⁸: „Daß die Partei und die Internationale kaput sind, gründlich kaput, unterliegt keinem Zweifel.“

Jeder wahre Genosse aber wird zutiefst bewegt sein über die Parteitreu Rosas und die marxistische Konsequenz bewundern, mit der sie, wie Lenin, wie Marx und Engels, wie alle großen Schüler der Klassiker, es verstand, die Lehren aus der Geschichte, das heißt, aus den August-Ereignissen, zu ziehen. –

Und schließlich darf man bei der Beurteilung der Haltung Liebknechts noch eines nicht vergessen. Wie ging es in der Sitzung der Fraktion am 3. August zu?

[165] Liebknecht berichtet²³⁹: „Die Mehrheit hörte nur mit Ungeduld und Unruhe die Vertreter der Minderheit an. Ein Schlußantrag machte der sehr erregten Debatte ein ziemlich frühes Ende.“

²³⁷ Institut für Marxismus-Leninismus, Moskau, Archiv.

²³⁸ Ebendort.

²³⁹ K. Liebknecht, ebendort, S. 15.

Nur 14 Genossen (außer dem fehlenden Emmel, der sich später im gleichen Sinne aussprach) stimmten gegen die Kreditbewilligung (Albrecht, Antrick, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirottes, Rühle, Vogtherr). 78 stimmten dafür. Einige sollen sich der Stimme enthalten haben.

Haase beantragte, die Erklärung durch Scheidemann verlesen zu lassen. Hoch und andere widersprachen und forderten die Verlesung durch Haase, der nicht nur wie Scheidemann Vorsitzender der Fraktion, sondern auch des Parteivorstandes sei. Haase weigerte sich nachdrücklich, ließ sich aber, von zahlreichen Fraktionsmitgliedern bestürmt, schließlich dazu bewegen.“ Und weiter, speziell zur Verlesung der Erklärung von Haase²⁴⁰: „Haase hatte sich auf Drängen gerade bisher als radikal geltender Genossen – Hoch, Kautsky usw. (vor dem 2. Dezember wiederum besonders Hilferding) – zur Verlesung der Erklärung im Plenum bestimmen lassen: Die Abstimmung der Fraktion darüber wurde bei der Verwirrung der Gemüter gar als eine Kraftprobe zwischen dem ‚radikalen‘ (dessen völlige Zerstörung man noch nicht begriff) und dem revisionistischen Flügel, und das Ergebnis dieser Abstimmung als ein Erfolg des ersteren aufgefaßt: Man gönnte dem revisionistischen Flügel die Vertretung der Fraktion auch bei dieser Gelegenheit nicht; der ‚radikale Flügel‘ scheute das öffentliche Hervortreten seiner Niederlage, seiner Sprengung, seiner Vernichtung. Die Aufrechterhaltung des Wahns von seiner Fortexistenz nach dem Tode war sein letzter Ehrgeiz ...“ Und dann²⁴¹: „Auch ich beschränkte mich unter diesen Umständen bei der ersten Kreditvorlage auf ihre Bekämpfung in der Fraktion, ohne zunächst – aus vielen Gründen – noch war der innere Zusammenbruch der Partei nicht klar zutage getreten, noch schien ein Einzelfall der Verirrung vorzuliegen, die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir noch hochgestellt – den Kampf auch ins Plenum des Reichstags zu tragen. Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstags über.“

Das heißt, Liebknecht meinte Anfang August, es gäbe in der Fraktion, in der Führung noch eine Reihe Kräfte, die sich gewinnen ließen.

Diese Auffassung hatte Liebknecht bis zum Dezember. Über ihre endgültige Aufgabe und das sich daraus ergebende Separatvotum am 2. Dezember schreibt er²⁴²: „Am Abend vor der Fraktionssitzung fand die Zusammenkunft bei Ledebour statt, an der Albrecht, Bock, Geyer, Henke, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Vogtherr teilnahmen, und der ich die der folgenden Fraktionssitzung unterbreitete Erklärung als Vorschlag vorlegte. Ledebour lehnte diese Erklärung und ihren Gedankengang ab, bestritt, daß es sich um eine prinzipielle Frage handle und schlug vor, so zu prozedieren, wie er es dann in der Fraktionssitzung tat. Diese Auffassung wurde von allen übrigen bekämpft. Lensch meinte, die Kreditablehnung halte er zwar nach wie vor für richtig; [166] nachdem aber durch den August-Beschluß der Fraktion eine bestimmte politische Situation geschaffen sei, bleibe nichts übrig, als diese Situation von nun an zur Grundlage zu nehmen, worauf ihm erwidert wurde, er scheine sich die Konsequenz der Anschauungen und Handlungen – anderer zur Aufgabe zu machen.

Die übrigen – außer Lensch und Ledebour – bezeichneten die Kreditablehnung als prinzipielle Pflicht. Nachdem sich die meisten anfangs für ein Separatvotum ausgesprochen hatten, wurde von Geyer und dann auch von Bock die Bereitschaft dazu davon abhängig gemacht, daß wenigstens 15 Mann daran teilnehmen würden. Dies war das Signal auch für alle übrigen – außer Henke und mir – den Plan fallen zu lassen. Die Besprechung nahm plötzlich ein chaotisches Ende. Meine beträchtlichen Hoffnungen waren zerschlagen. Verzweifelte Versuche, einige Trümmer zu retten, mißlangen.

²⁴⁰ K. Liebknecht, ebendort, S. 87 f.

²⁴¹ K. Liebknecht, ebendort, S. 88.

²⁴² K. Liebknecht, ebendort, S. 89 f.

An den Tagen der Fraktionssitzungen bemühte ich mich in stundenlangen Zwiegesprächen mit Herzfeld, Henke, Rühle. Mein letzter Mohikaner war Henke, mit dem ich am 30. November frühmorgens unter Radeks, als seines Mitarbeiters, Zuziehung im Café Fürstenhof nochmals weitläufig konferierte – das Ergebnis war der im Klassenkampf erwähnte Antrag, den Henke dann in der Fraktion stellte und – wieder fallen ließ.

In der Fraktionssitzung bekämpfte u. a. Haase die Zulassung eines Separatvotums, so wie Hilferding Haase zur Abgabe der Erklärung vom 2. Dezember beredete, weil die Haupteigenschaft des Parteiführers – Nachgiebigkeit im rechten Momente sei. Haase und Kautsky suchten mich noch in persönlichen Besprechungen von dem Entschluß zu einem Separatvotum abzubringen. Nur Bernstein stimmte mir privatim zu.

Nach dem 2. Dezember wurde ich von Genossen der Fraktionsminderheit vielfach heftig angegriffen, besonders von Ledebour. Aber auch von Henke und Rühle, die mir geradewegs Vorwürfe machten und den Vorwurf des Herostratentums gegen mich aufnahmen.“

Zu diesem letzteren Vorwurf gegen Liebknecht ist auch folgende Bemerkung Lieb-knechts noch anzufügen²⁴³:

„Zum Verständnis der sich kreuzenden Erwägungen, die auch verhinderten, daß ich mich am 4. August im Plenum des Reichstags als Einzelner von der Fraktion trennte, dient die Tatsache, daß Rosa Luxemburg mir am 1. Dezember die Botschaft überbrachte, sowohl Mehring wie Karski rieten mir, falls ich allein bliebe, von einem Separatvotum für den 2. Dezember ab.“

Aber Liebknecht, ebenso wie Rosa, der schnellen Erkenntnis Lenins folgend, waren sich jetzt klar, daß wenn ihm keiner folgen würde, er allein jetzt die Ideen der Partei zu vertreten hätte, denn die faktische Partei, in ihrer historischen Existenzform, war zerstört worden. Ihre einzige Verkörperung in der Fraktion war eben nur noch ein einziger – er, Karl Liebknecht!

*

Niemand hatte vor dem August 1914 die Notwendigkeit einer Trennung und der Gründung einer echten, gereinigten, marxistischen Partei, geführt von Marxisten, er-[167]kannt. Die Notwendigkeit der Anwendung des Beispiels, das die Bolschewiki unter Führung Lenins gegeben hatten, auf die deutsche Sozialdemokratische Partei war niemandem klar gewesen. Das war ein ernster Fehler der Linken.

Dieser Fehler der deutschen Linken setzte sich während des ganzen Krieges fort, so daß das revolutionäre Proletariat die Revolution ohne revolutionäre Partei begann. Er hat seine tiefen Wurzeln nicht zum wenigsten in einer falschen Theorie der Partei und der Massenbewegung der führenden Theoretikerin der Linken, Rosa Luxemburg.

Schon 1904 trat Rosa gegen die von Lenin in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ [Werke, Bd. 7, S. 197-430: s. a. S. 480-491] entwickelten Grundprinzipien der proletarischen Partei auf – als typisch für ihre Spontaneitätstheorie sei nur die Bemerkung aus ihrer Polemik gegen Lenin hier zitiert, daß „die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird“.²⁴⁴

Aber so richtig die nachträgliche Feststellung ist, daß die Linke sich schon vor 1914 von den Opportunisten hätte trennen müssen – diese Erkenntnis der Notwendigkeit der Trennung konnte jedoch nicht zwischen der ersten und zweiten Reichstagssitzung am 4. August geboren werden. Das war eine historische Unmöglichkeit.

²⁴³ K. Liebknecht, ebendort, S. 88.

²⁴⁴ Die Neue Zeit, 22. Jahrgang, 1903/04, Bd. II, S. 488.

Anfang September 1914 hatte Lenin in der „Resolution einer Gruppe von Sozialdemokraten“ über „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Kriege“ geschrieben²⁴⁵:

„Der Verrat am Sozialismus, begangen durch die Mehrheit der Führer der II. Internationale (1889-1914), bedeutet ideell-politisch den Zusammenbruch dieser Internationale. Die Hauptursache dieses Zusammenbruches ist in dem faktisch in ihr bestehenden Übergewicht des kleinbürgerlichen Opportunismus zu suchen, auf dessen bürgerlichen Charakter und auf dessen Gefährlichkeit die besten Vertreter des revolutionären Proletariats in allen Ländern schon längst hingewiesen haben. Die Opportunisten haben den Zusammenbruch der II. Internationale schon seit langem vorbereitet, indem sie die sozialistische Revolution verneinten und sie durch bürgerlichen Reformismus ersetzten; indem sie den Klassenkampf samt seinem in stimmten Momenten notwendigen Umschlagen in den Bürgerkrieg verneinten und die Arbeitsgemeinschaft der Klassen predigten; indem sie den bürgerlichen Chauvinismus predigten unter dem Namen des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung und die bereits im ‚Kommunistischen Manifest‘ dargestellte Grundwahrheit des Sozialismus: die Arbeiter haben kein Vaterland, ignorierten oder verneinten; indem sie sich im Kampf gegen den Militarismus auf einen spießbürgerlich-sentimentalen Standpunkt beschränkten, statt den revolutionären Krieg der Proletarier aller Länder als Notwendigkeit anzuerkennen; indem sie die notwendige Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Legalität in einen Fetisch-Dienst vor dieser Legalität verwandelten und zugleich damit die unumgängliche Notwendigkeit von illegalen Formen der Organisation und Agitation in Krisenepochen in Vergessenheit geraten ließen. Eines der internationalen Organe des Opportunismus, die längst auf national-liberalem Boden stehenden ‚Sozialistischen Monatshefte‘, feiern jetzt vollkommen zu Recht ihren Sieg über den [168] europäischen Sozialismus. Das sogenannte ‚Zentrum‘ der deutschen Sozialdemokratie und der anderen sozialdemokratischen Parteien hat in der Tat vor den Opportunisten feige kapituliert. Aufgabe der künftigen Internationale muß es sein, sich dieser bürgerlichen Richtung im Sozialismus unwiderruflich und entschieden zu entledigen.“

Mit diesem Manifest stellten sich die Bolschewiki unter Führung Lenins faktisch an die Spitze aller Revolutionäre, aller Linken, aller Internationalisten der Tat.

Die Führer der deutschen Linken, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, hatten der russischen Sozialdemokratie stets besonders nahe gestanden. Sie hatten mit Bewunderung die Klassenkämpfe des russischen Proletariats verfolgt. Sie hatten auf internationalen Kongressen auf der gleichen Linie wie Lenin gekämpft. Für sie wurde die Hilfe, die sie von den Internationalisten in der Schweiz, die dort unter Lenins Führung standen, erhielten, von entscheidender Bedeutung.

Lenin war es, der als erster den wirklichen Untergang der Zweiten Internationale in fast allen ihren Einzelparteien erkannt hatte. Lenin war es, der als erster erkannte, daß es jetzt, sofort nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale, galt, die ersten Schritte zum Aufbau einer neuen Internationale zu tun. Bereit sein für den Prozeß, den Rosa Luxemburg so schildert²⁴⁶: „Trotz Militärdiktatur und Pressezensur, trotz Versagens der Sozialdemokratie, trotz brudermörderischen Kriegs steigt aus dem ‚Burgfrieden‘ mit Elementargewalt der Klassenkampf und aus den Blutdämpfen der Schlachtfelder die internationale Solidarität der Arbeiter empor. Nicht in den schwächlichen Versuchen, die alte Internationale künstlich zu galvanisieren, nicht in den Gelöbnissen, die bald hier, bald dort erneuert werden, nach dem Kriege sofort wieder zusammenzustehen. Nein, jetzt im Kriege, aus dem Kriege ersteht mit ganz

²⁴⁵ W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. XVIII, Wien-Berlin 1929, S. 58 f. [Werke, Bd. 21, S. 2/3]

²⁴⁶ R. Luxemburg, „Junius-Broschüre“ a. a. O., S. 379.

neuer Macht und Wucht die Tatsache, daß die Proletarier aller Länder ein und dieselben Interessen haben. Der Weltkrieg widerlegt selbst die von ihm geschaffene Täuschung.“

Welche Aufgabe aber stand unter diesen Umständen den Linken in der Führung der einzelnen Parteien? Lernen, analysieren, kritisieren, vor allem sich selbst. Nie sind schönere Worte geschrieben worden in solcher Situation als Rosa Luxemburgs²⁴⁷:

„Mitten in diesem Hexensabbat vollzog sich eine weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie. Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern, wäre das Törichteste, das Verhängnisvollste was dem Proletariat passieren könnte. ‚... der Demokrat‘ (das heißt der revolutionäre Kleinbürger) , sagt Marx, ‚geht ebenso makellos aus der schmachlichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neu gewonnenen Überzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben.‘ Das moderne Proletariat geht anders aus geschichtlichen Proben hervor. Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermeßlichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende [169] Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.“ Und weiter²⁴⁸: „Teuer erkaufte die moderne Arbeiterklasse jede Erkenntnis ihres historischen Berufes. Der Golgathaweg ihrer Klassenbefreiung ist mit furchtbaren Opfern besät. Die Junikämpfer, die Opfer der Kommune, die Märtyrer der russischen Revolution – ein Reigen blutiger Schatten schier ohne Zahl. Jene waren aber auf dem Felde der Ehre gefallen, sie sind, wie Marx über die Kommune-Helden schrieb, auf ‚ewige Zeiten eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse‘. Jetzt fallen Millionen Proletarier aller Zungen auf dem Felde der Schmach, des Brudermordes, der Selbstzerfleischung mit dem Sklavengesang auf den Lippen. Auch das sollte uns nicht erspart bleiben. Wir gleichen wahrhaft den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Aber wir sind nicht verloren, und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben. Und sollte die heutige Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie, nicht zu lernen verstehen, dann wird sie untergehen, ‚um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind‘“. – Und schließlich, speziell auf Deutschland bezogen²⁴⁹: „Und was erlebten wir in Deutschland, als die große historische Probe kam? Den tiefsten Fall, den gewaltigsten Zusammenbruch. Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt, nirgends wird der Belagerungszustand so widerstandslos ertragen, nirgends die Presse so geknebelt, die öffentliche Meinung so erwürgt, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so gänzlich preisgegeben wie in Deutschland.

Aber die deutsche Sozialdemokratie war nicht bloß der stärkste Vortrupp, sie war das denkende Hirn der Internationale. Deshalb muß in ihr und an ihrem Fall die Analyse, der Selbstbesinnungsprozeß ansetzen. Sie hat die Ehrenpflicht, mit der Rettung des internationalen Sozialismus, das heißt mit schonungsloser Selbstkritik voranzugehen. Keine andere Partei, keine andere Klasse der bürgerlichen Gesellschaft darf die eigenen Fehler, die eigenen Schwä-

²⁴⁷ R. Luxemburg, ebendort, S. 260.

²⁴⁸ R. Luxemburg, ebendort, S. 271.

²⁴⁹ R. Luxemburg, ebendort, S. 262 f.

chen im klaren Spiegel der Kritik vor aller Welt zeigen, denn der Spiegel wirft ihr zugleich die vor ihr stehende geschichtliche Schranke und das hinter ihr stehende geschichtliche Verhängnis zurück. Die Arbeiterklasse darf stets ungeschweht der Wahrheit, auch der bittersten Selbstbeziehung ins Antlitz blicken, denn ihre Schwäche ist nur eine Verirrung, und das strenge Gesetz der Geschichte gibt ihr die Kraft zurück, verbürgt ihren endlichen Sieg.

Die schonungslose Selbstkritik ist nicht bloß das Daseinsrecht, sie ist auch die oberste Pflicht der Arbeiterklasse. An unserem Bord führten wir die höchsten Schätze der Menschheit, zu deren Hüter das Proletariat bestellt war! Und während die bürgerliche Gesellschaft, geschändet und entehrt durch die blutige Orgie, ihrem Verhängnis weiter entgegenrennt, muß und wird das internationale Proletariat sich aufrufen und die goldenen Schätze heben, die es im wilden Strudel des Weltkrieges in einem Augenblick der Verwirrung und der Schwäche hat auf den Grund sinken lassen.“

So, zutiefst aufgerüttelt und bewegt lebten und dachten und festigten sich die deutschen Linken – härter, immer härter werdend unter den Schlägen der Zeit.

[170] Keine Woche nach der Niederschrift des Manifests durch Lenin – noch konnte es den deutschen Linken nicht bekannt sein – sandten Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin ihre Mitteilung an die neutrale Presse, in der sie sich von der Haltung der Parteiführung distanzieren.

Und zur Distanzierung kam die Härtung der eigenen Haltung. Wie Rosa in dem schon genannten Brief an Diefenbach vom 1. November schrieb: „Also meine verzweifelte anfängliche Stimmung ist auch schon anders. Nicht als ob ich die Lage rosiger beurteile oder Grund zur Heiterkeit hätte – durchaus nicht. Aber die Heftigkeit des ersten Schlages, den man empfangen, ist abgestumpft, nachdem die Schläge zum täglichen Brot geworden sind.“

So reift langsam aber sicher eine Haltung heran, die Liebknecht zu der Einsicht bringt: Und wenn kein einziger Genosse der Fraktion mit mir ist, ich muß gegen die Kriegskredite und damit gegen die existierende Partei stimmen, weil sie nicht mehr existiert als Partei der Arbeiterklasse. Die besten im Lande, die besten in der Internationale, meine Linke und die Linken international, unter Führung Lenins in der Schweiz, sind der gleichen Ansicht wie ich. Scheinbar stehe ich allein – im Reichstag. Aber um mich, mit mir sind die Besten des Weltproletariats.

Später wird ihm Rühle im Reichstag zur Seite stehen und Lenin wird jene jeden von uns tief bewegenden Worte schreiben²⁵⁰: „Lieber zu zweit bleiben, wie Liebknecht – und daß heißt beim revolutionären Proletariat bleiben ...“

So sprach Lenin zu seinen Genossen, so sprach er zu allen Genossen in aller Welt.

Lenin, der größte Denker, der größte Revolutionär unseres Jahrhunderts, das Genie des Sozialismus, diese, wie der gelehrte Historiker sagt, alles überragende, größte Einzelpersonlichkeit unserer Zeit – kannte nur die eine Sehnsucht als Mensch, Politiker, Denker, Sozialist: bei den Massen, beim revolutionären Proletariat zu bleiben.

Möge man noch so allein stehen – umgeben von Hunderten von Feinden aller Parteien, auch der ehemals eigenen. im Reichstag ...

Möge man noch so allein stehen – umgeben von rasend gewordenen, betrogenen Millionen des eigenen Volkes: das ganze Land ein Irrenhaus voll wild gewordener Kleinbürger ...

Nie können sich die schöpferischen Kräfte des Proletariats ganz ausgeben. Nie kann es bis in die letzten Poren seiner Existenz betäubt werden. Stets wird es ein revolutionäres Proletariat

²⁵⁰ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, S. 42. [Werke, Bd. 24, S. 70]

geben – wenn auch nur in einigen Gruppen sich hier und dort frei bewegend, wenn auch in der Mehrzahl hinter Kerkermauern und Lagergittern.

Sie sind die Kraft, von der die Führer weiterleben können. Ihnen geben sie zurück, systematisiert durchdacht, als Rat, als Anweisung, was sie von ihnen an Leben erhalten.

Nur in der Geborgenheit der Kraft des revolutionären Proletariats konnte Lenin atmen und denken Solche Kraft erhielt uns unsere Linke im ersten Weltkrieg, erhielt uns unsere Partei in den grausamen Jahren der Herrschaft des Faschismus.

Solcher schöpferischen Kraft des revolutionären Proletariats, des besten Teiles unseres Volkes, die heute das ganze Volk zu durchdringen beginnt, ist immerdar das Leben und Denken der Besten gewidmet – denn in ihr verkörpert sich die Menschheit. [173]

ANHANG

DOKUMENTE ZUM AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES

1. Die Resolutionen der Arbeiter-Internationale gegen den Krieg (1867–1912)
2. Polizeiprotokoll über die Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin am 29. Juni 1914
3. Resolution der Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 28. Juli 1914
4. Protokoll über die 1. und 2. Sitzung des Reichstages am 4. August 1914
5. Karl Liebknecht, „Um den 4. August 1914“ und „Zum 4. August“
6. Clara Zetkin, „Proletarische Frauen, seid bereit!“
7. Schreiben des sächsischen Innenministers v. Vitzthum an den sächsischen Gesandten in Berlin vom 9. September 1914
8. Protokoll über eine Unterredung des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück mit dem rechten sozialdemokratischen Abgeordneten David
9. Protokoll über eine Unterredung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe mit dem rechten sozialdemokratischen Abgeordneten Cohen (Reuß)
10. Bericht von Jacob Walcher über die Liebknecht-Versammlung in Stuttgart am 21. September 1914
11. Thesen Karl Liebknechts zur Vorbereitung für eine Plattform der Linken
12. W. I. Lenin, „Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag“
13. Resolution der russischen Delegation auf dem Internationalen Friedenskongreß im Haag am 15. Dezember 1922 [174]

*1. Die Resolutionen der Arbeiter-Internationale gegen den Krieg (1867-1912)*²⁵¹

a) Lausanne 1867

In Erwägung, daß der Druck des Krieges auf keinem Stande der Gesellschaft schwerer lastet, als auf dem Arbeiterstande, welcher durch denselben nicht bloß seiner Ernährungsmittel beraubt wird, sondern auch vorzugsweise sein eigenes Blut dabei verspritzen muß;

In Erwägung, daß fast ebenso schwer wie der Krieg, der Druck des sogenannten bewaffneten Friedens auf dem Arbeiter lastet, indem er die besten Kräfte des Volkes in unproduktiver und zerstörender Arbeit verzehrt;

In Erwägung endlich, daß um diesem Übelstande gründlich abzuhelfen, die Änderung der gegenwärtigen, auf Ausbeutung des einen Teiles der Gesellschaft durch einen anderen beruhenden sozialen Zustände, eine notwendige Bedingung ist;

Daß der Krieg als erste und hauptsächlichste Folge das Elend der Massen und eine Störung des ökonomischen Gleichgewichts mit sich führt;

Daß es nicht genügt zur Unterdrückung des Krieges, die Heere abzuschaffen, sondern eine Änderung der sozialen Ordnung im Sinne einer immer gerechteren Verteilung der Arbeit herbeizuführen,

Erklärt der Kongreß der internationalen Arbeiter-Association rückhaltlos und in entschiedener Weise seinen Beitritt, unter der Voraussetzung der obenstehenden Erklärung, zu der in Genf am 7. September konstituierten Friedensliga und deren Bestrebungen im Interesse und zur Erhaltung des Friedens und verlangt nicht bloß das Aufhören des Krieges, sondern auch die Aufhebung der stehenden Heere und an deren Stelle einen allgemeinen und freien Bund der Völker, auf den Grundlagen der Gegenseitigkeit und der Gerechtigkeit, unter Voraussetzung jedoch, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse aus ihrer unfreien und gedrückten Stellung und aus ihrer gesellschaftlichen Zurücksetzung erreicht und dem gegenseitigen Klassenkampfe durch Ausgleichung der bestehenden Gegensätze ein Ende gemacht werde.

b) Brüssel 1868

In Erwägung,

daß sich die Beziehungen zwischen den Völkern und Nationen wie zwischen den Bürgern nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit regeln sollen;

daß die hauptsächlichste Ursache des Krieges der Mangel eines ökonomischen Gleichgewichtes ist;

daß der Krieg nur immer das Recht des Stärkeren und nicht die Anerkennung des Rechtes war;

daß er nur ein Mittel ist, die Völker unter die Botmäßigkeit der privilegierten Klassen bzw. deren Regierungen zu bringen;

daß er nur den Despotismus stärkt, die Freiheit erstickt (Beweis, die letzten Kriege Italiens und Deutschlands) und indem er die Familie zerrüttet und mit den Truppen-[175]konzentrationen die Demoralisation verbreitet, der Unwissenheit und dem Elend Vorschub leistet;

daß das Gold und Blut der Völker bloß dazu gedient hat, die Instinkte der Barbarei zwischen ihnen aufrecht zu erhalten;

²⁵¹ 1867-1910 nach „Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß zu Basel am 24. und 25. November 1912“, Berlin 1912. 1912 nach „Vorwärts“, Nr. 276, vom 26.11.1912, S.1.

daß in einer auf Arbeit und Produktion gegründeten Gesellschaft die Macht nur der Freiheit und dem Recht des einzelnen dienen und nur eine Garantie aber keine Verletzung auch nur eines einzigen Mitgliedes der Gesellschaft sein kann;

daß die Regierungen Europas heute nicht die berechtigten Interessen der Arbeiter vertreten;

daß zwar die dauernde Hauptursache des Krieges der Mangel des ökonomischen Gleichgewichtes ist und er folglich nur durch die Sozialreform abgeschafft werden kann, daß er aber auch eine Zweigursache in der Willkür hat, die mit dem Zentralismus und dem Despotismus verbunden ist;

daß die Völker schon jetzt die Zahl der Kriege vermindern können, indem sie sich jenen entgegenstellen, die die Kriege machen und erklären;

daß dieses Recht vor allem den arbeitenden Klassen zusteht, die beinahe allein zu militärischem Dienst herangezogen werden und ihm daher allein eine Sanktion erteilen können;

daß ihnen zu diesem Behufe ein wirksames, gesetzliches und augenblicklich realisierbares Mittel zur Verfügung steht;

daß die Gesellschaft in der Tat nicht leben könnte, wenn die Produktion eine Zeitlang aussetzt, die Produzenten daher mit der Arbeit nur einzuhalten brauchen, um den persönlich vorgehenden, despotischen Regierungen ihr Unternehmen unmöglich zu machen;

erklärt der Kongreß der internationalen Vereinigung der Arbeiter in Brüssel, vereinigt auf energischste gegen den Krieg zu protestieren und lädt alle Sektionen der Vereinigungen in den verschiedenen Ländern sowie alle Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen ohne Unterschied ein, mit dem größten Eifer dafür zu wirken, um einen Krieg von Volk zu Volk zu verhindern, der gleichzeitig, weil unter Produzenten, also Brüdern und Bürgern geführter Krieg, als ein Bürgerkrieg anzusehen wäre.

Der Kongreß empfiehlt den Arbeitern insbesondere die Niederlegung der Arbeit für den Fall des Ausbruchs eines Krieges in ihrem Lande.

Der Kongreß rechnet auf den Geist der Solidarität, der die Arbeiter aller Länder beseelt und gibt sich der Hoffnung hin, daß ihre Unterstützung in dem Krieg der Völker gegen den Krieg nicht ausbleiben wird.

c) London 1888

In Erwägung, daß die ungeheuren Rüstungen der europäischen Regierungen eine ununterbrochene Gefahr für den allgemeinen Frieden darstellen und der Arbeiterklasse schweren Schaden zufügen, lädt der Kongreß die Demokratien der verschiedenen Länder ein, ihren Deputierten den Auftrag zu geben, dahin zu wirken, daß zur Beseitigung der Streitigkeiten zwischen den Regierungen das Schiedsgericht an die Stelle des Krieges tritt. [175]

d) Paris 1889

Der internationale Arbeiter-Kongreß von Paris:

In Erwägung:

Daß das stehende Heer oder eine starke Armee im Dienste der herrschenden oder besitzenden Klasse jeder demokratischen oder republikanischen Regierungsform feindlich gegenübersteht, daß es der Ausdruck militärischer, monarchischer oder oligarchischer und kapitalistischer Herrschaft und ein Werkzeug reaktionärer Staatsstrieche und sozialer Unterdrückung ist;

Daß die stehenden Heere das Ergebnis und die Ursache der Angriffskriege sind, eine beständige Gefahr zur Entstehung internationaler Konflikte bilden; und daß darum die stehenden

Heere und die Angriffspolitik, deren Organe sie sind, der Verteidigungspolitik und der friedlichen Demokratie Platz machen müssen, einer Organisation des ganzen Volkes, welches nicht mehr für die Plünderungen und Eroberungen, sondern für den Schutz seiner Unabhängigkeit und seiner Freiheiten in den Massen geübt und bewaffnet sein wird;

Daß das stehende Heer, wie die Geschichte beweist, die unaufhörliche Ursache von Kriegen ist, und nicht fähig, ein Land gegen die Übermacht einer Koalition zu verteidigen, sondern seine Niederlage herbeiführt und das waffenlose Land der Gnade der Sieger preisgibt, während die gut gerüstete, organisierte und bewaffnete Nation sich einem feindlichen Einfall gegenüber unwiderstehlich zeigen wird;

Daß das stehende Heer die Desorganisation alles bürgerlichen Lebens ist, indem es jeder Nation die Blüte der Jugend in der Periode der Lehr- oder Studienzeit, der größten Arbeitskraft und Tätigkeit entzieht, um sie einzukasernieren und zu demoralisieren;

Daß durch das stehende Heer die Arbeit, die Wissenschaft und die Kunst unfruchtbar gemacht und in ihrem Aufschwung gehindert werden, daß der Bürger, das Individuum und die Familie in ihrer Entwicklung bedroht sind;

Daß dagegen in einer wahrhaft nationalen Armee, wo die Nation bewaffnet ist – „das Volk in Waffen“ –, der Bürger im nationalen Leben seine natürlichen Anlagen und Fähigkeiten entwickeln kann und seine militärische Funktion wie ein notwendiges Attribut seines Bürgerrechtes ausübt;

Daß das stehende Heer durch die unaufhörlich wachsenden Lasten der Kriegsschuld, durch die immer höher steigenden Steuern und Anleihen, welche es erfordert, eine Ursache des Elends und des Ruins ist,

Weist der Kongreß mit Entrüstung die von den verzweifelt um ihre Existenz kämpfenden Regierungen unterhaltenen Kriegspläne zurück;

Betrachtet er den Frieden als die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation:

Und fordert mit der Abschaffung der stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung nach folgenden Grundsätzen:

Die National-Armee die bewaffnete Nation, besteht aus allen kriegstüchtigen Bürgern; sie werden in Bezirken organisiert, in der Weise, daß jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk sein Bataillon oder mehrere, – je nach der Bevölkerungszahl – hat, gebildet von Bürgern, welche sich kennen, und welche, wenn es sein muß, in 24 Stunden [177] versammelt, bewaffnet und marschbereit sind. Jeder hat sein Gewehr und seine Ausrüstung im Hause, wie in der Schweiz, um die öffentlichen Freiheiten und die nationale Sicherheit zu verteidigen.

Der Kongreß erklärt weiter, daß der Krieg, das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat.

e) Brüssel 1891

Der Kongreß erklärt:

daß der auf Europa lastende Militarismus eine unvermeidliche Folge des offenen oder geheimen Kriegszustandes ist, der der heutigen Gesellschaft durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und durch den Klassenkampf als seiner Folge, aufgezwungen ist;

er erklärt, daß alle auf die Abschaffung des Militarismus und die Herbeiführung des Friedens zwischen den Völkern abzielenden Versuche, so edlen Motiven sie auch entspringen mögen,

zur Ohnmacht und Utopie verurteilt sind, wenn sie das Übel nicht bei seinen ökonomischen Wurzeln anfassen;

daß einzig die Herbeiführung einer sozialistischen Ordnung, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende macht, dem Militarismus ein Ziel setzen und endgültig den Frieden sichern wird;

daß es daher Pflicht und Interesse aller jener ist, die den Krieg aus der Welt schaffen wollen, der internationalen sozialistischen Partei, als der einzig wahrhaften Friedenspartei, beizutreten.

Mit Rücksicht auf die mit jedem Tag sich drohender gestaltende Lage Europas und der chauvinistischen Hetzereien der herrschenden Klassen in den verschiedenen Ländern,

Appelliert der Kongreß an alle Arbeiter, durch eine unablässige Agitation gegen alle erwachsenden Kriegsbegehren und den Krieg begünstigenden Bündnisse zu protestieren und durch die anwachsende Macht der internationalen Arbeiterorganisation den Triumph des Sozialismus zu beschleunigen.

Der Kongreß erklärt hierin das einzige zureichende Mittel zu erblicken, der Katastrophe eines Weltkrieges entgegenzuwirken, dessen Kosten allein die Arbeiterschaft zu tragen hätte und muß die Verantwortung vor der Geschichte und der Menschheit, für alles was hereinbrechen kann, den herrschenden Klassen überlassen.

f) Zürich 1893

Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.

[178] Den Vertretern der Arbeiterpartei obliegt die Verpflichtung gegen die Militärkredite zu stimmen, unablässig ihre Stimme gegen die stehenden Heere zu erheben und die Abrüstung zu fordern. Die sozialistischen Parteien sollen allen Vereinigungen ihre Unterstützung leihen, deren Zweck die Herbeiführung des allgemeinen Friedens ist.

g) London 1896

Die Hauptursache der Kriege sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die religiösen oder nationalen, sondern die wirtschaftlichen Gegensätze der besitzenden Klasse in den verschiedenen Ländern. Wie sie Leben und Gesundheit der Arbeiter unablässig auf dem Schlachtfelde der Arbeit opfert, trägt sie auch keine Scheu, deren Blut fließen zu lassen, um durch Eroberung neuer Absatzgebiete sich neuen Gewinn zu verschaffen.

Die arbeitende Klasse aller Länder hat daher die Aufgabe, dieser Vergewaltigung durch die Kriege genau so entgegenzutreten, wie jeder anderen Vergewaltigung, die von der besitzenden Klasse gegen sie verübt wird.

Zu diesem Zwecke muß sie die politische Macht erringen, um die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und den Regierungen, den Werkzeugen der Kapitalistenklasse, gleichzeitig in allen Ländern die Mittel zu verweigern, die zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes dienen.

Der moderne Militarismus, durch welchen die Völker schon im Frieden ausgesaugt und dessen Kosten vorwiegend auf die arbeitende Klasse abgewälzt werden, vermehrt überdies nicht

nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen, sondern soll nach dem Willen der herrschenden Klassen gleichzeitig ein Mittel sein zu immer brutalerer Unterdrückung der Arbeiterklasse aller Länder. Deshalb verhallt auch erfolglos der Ruf: „Die Waffen nieder!“ wie jeder andere Appell an das Humanitätsgefühl der Kapitalistenklasse.

Nur die Arbeiterklasse kann ernstlich den Willen haben und sich die Macht erringen, den Weltfrieden zu schaffen.

Deshalb fordert sie:

1. Gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere in allen Staaten und Einführung der Volksbewaffnung.
2. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, dessen Beschlüsse Gesetzeskraft haben.
3. Endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schiedsgerichtes annehmen,

Und sie protestiert gegen die Abschließung geheimer Staatsverträge.

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist aber, wie jede ernstliche, zugunsten der Arbeiterklasse erhobene, nur dann zu erreichen, wenn die Arbeiterklasse sich maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung erringt und durch Anschluß an den internationalen Sozialismus die wahre Verbrüderung der Völker herbeiführt.

h) Paris 1900

Der Kongreß erklärt, daß es nötig ist, daß die Arbeiterpartei in jedem Lande mit verdoppelter Wucht und Energie gegen Militarismus und Kolonialpolitik aufträte: daß es vor allem unbedingt notwendig ist, die weltpolitische Alliance der Bourgeoisien und [179] Regierungen zur Verewigung des Krieges durch eine Alliance der Proletarier aller Länder zur Verewigung des Friedens zu beantworten.

Als praktisches Mittel hierfür beschließt der Kongreß:

1. Daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben;
2. Daß die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten unbedingt gegen jede Ausgabe des Militarismus, Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu stimmen verpflichtet sind;
3. Daß die ständige internationale sozialistische Kommission beauftragt wird, bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite in allen Ländern eine gleichzeitige und gleichförmige Protestbewegung gegen den Militarismus ins Leben zu rufen.

Der Kongreß protestiert gegen die sogenannten Friedenskonferenzen, wie diejenige zu Haag, welche in der heutigen Gesellschaft nur Täuschung und Betrug sind, wie dies der letzte Krieg in Transvaal von neuem dargetan hat.

i) Stuttgart 1907

Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus, und er stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länderraub

eine Hauptrolle spielen. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die von den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzulenken.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist, oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Insbesondere ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, natürliche Gegnerin der Kriege, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziel: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage ruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klassen und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassen-[180]charakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedene, der Zeit und dem Ort entsprechende Aktion der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus und den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinem unermüdlichen Kampfe gegen den Militarismus durch Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Lande und zu Wasser, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen: so namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Fashoda-Falle zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialistischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Österreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich die heldenhaften Opfer und Massenkämpfe der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Kriege zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise zur Befreiung des Landes und der arbeitenden Klassen auszunutzen. Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seinem wachsenden Drange, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern.

Die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine unaufhörliche Agitation vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist überzeugt, daß unter dem Drucke des Proletariats eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an die Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen gesetzt und die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

[181] Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertreter in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Bureaus alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

k) Kopenhagen 1910

Der Kongreß stellt fest, daß innerhalb der letzten Jahre die militärischen Rüstungen trotz der Friedenskongresse und der Friedensbeteuerungen der Regierungen eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Insbesondere das Wettrüsten zur See, dessen jüngste Phase der Bau von Dreadnoughts ist, bedeutet nicht nur eine wahnsinnige Vergeudung der öffentlichen Mittel für unproduktive Zwecke und infolgedessen den Mangel und den Ausfall von Mitteln für die Aufgaben der Sozialpolitik und der Arbeiterfürsorge, es bedroht auch alle Nationen mit materieller Erschöpfung durch unerträgliche indirekte Steuerlasten und alle Staaten mit dem finanziellen Ruin. Zugleich wurde gerade durch diese Rüstungen der Frieden der Welt erst jüngst gefährdet, wie er dadurch immer von neuem gefährdet werden muß. Angesichts dieser, die Kultur der Menschheit, den Wohlstand der Völker und das Leben der Massen bedrohenden Entwicklung, bestätigt der Kongreß die Beschlüsse der früheren insbesondere des Stuttgarter Kongresses und wiederholt:

Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwistigkeiten oder Mißhelligkeiten untereinander, die zu einem Kriege führen könnten. Kriege sind heute die Folge des Kapitalismus, besonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkte, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft im Innern und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Sie werden erst vollständig aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist. Die Arbeiterklasse, welche die Hauptlast der Kriege trägt und von deren Folgen am schwersten betroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Bürge für den Frieden der Welt. Deshalb wiederholt der Kongreß die Mahnung an die Arbeiterparteien aller Länder, die Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Kriege im gesamten Proletariat, vor allem unter der heranwachsenden Jugend mit Eifer zu betreiben, und diese im Geiste der Völkerverbrüderung zu erziehen.

Indem der Kongreß festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen: [182]

- a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden,
- b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Übereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden.
- c) das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen,
- d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerischen Angriff und gewaltsame Unterdrückung.

Das Internationale Sozialistische Bureau wird alle sozialistischen Vertretungen im Kampf gegen den Militarismus mit Materialien unterstützen und gegebenenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen derselben hinwirken. Für den Fall kriegerischer Verwicklungen bestätigt der Kongreß den Stuttgarter Beschluß, der lautet:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongreß das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen.

In allen Fällen, wo ein Konflikt zwischen zwei oder mehr Ländern droht, und wenn dabei ein Zögern oder eine Verspätung in der Entscheidung der um Rat gefragten nationalen Parteien der betreffenden Länder eintritt, hat der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, auf das Ersuchen von mindestens einem der beteiligten Proletariate, das Internationale Sozialistische Bureau sowie die Interparlamentarische Sozialistische Kommission dringend einzuberufen, die sofort zusammentreten müssen, sei es in Brüssel, sei es an irgendeinem anderen Orte, der je nach den Umständen dazu geeignet erscheint.

1) Basel 1912

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt [183] durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftli-

che und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze aufgebauscht und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weitergreift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtät der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongreß mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mute die Forderung einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongreß fordert sie [184] auf, in ihrer bewunderungswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daransetzen wird, zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkauften Errungenschaften des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke mißbraucht werden.

Insbesondere aber fordert der Kongreß die Sozialisten des Balkans auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölkereinschließlich der Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der

Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fernerhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habsburg beherrschten Teile der südslawischen Völker innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werden.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongreß erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreich-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongreß nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongreß fordert daher die Sozialdemokraten Österreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Regierungen, Albanien in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongreß den Proteststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Konterrevolution ihm versetzt hat. Darin erblickt der Kongreß die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder anschickt, sich als Befreier der Nation [185] des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande im blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongreß erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Lügengewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus widersetzen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker der Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Österreich-Ungarn als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmischung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Eroberungsgelüsten in Vorderasien

zu widersetzen, die geradenwegs zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt aber die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschließung eines Übereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechts. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Übereinkommen fortzusetzen.

Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Überfall Österreichs auf Serbien unmöglich machen und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen, und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie [186] mögen sich daran erinnern, daß der Deutsch-Französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des Russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massensmords, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß an euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß ihr in dieser entscheidenden Stunde eure Stimme vernehmen lasset! Verkündet euren Willen *in* allen Formen und an allen Orten, erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten vereinigt euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die euch die Organisa-

tionen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen! [187]

*2. Polizeiprotokoll über die Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 29. Juni 1914*²⁵²

Abteilung VII. Exekutive

Berlin, den 30. Juni 1914

3. Kommissariat

1314 VII. 7. 14

Verschlossen!

Vertraulich

Vorgelegt zu 923 VII. 7. 14 (Internat. Kongreß Wien).

gez. Unterschriften 1/7.

Sitzung des Parteivorstandes v. 29. 6. 14

Haase eröffnet die Sitzung. Einleitend bemerkt er, daß sich diese Sitzung notwendig mache, um eine Aussprache über die voraussichtlichen Folgen des Attentates zu besprechen. Obwohl wir nicht die geringste Veranlassung haben, dem Verschwinden des Erzherzogs von der politischen Bühne, eine Träne nachzuweinen, müssen wir fürchten, daß sich nicht nur das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien verschlechtert und erneut die Gefahr eines Volksbrandes heraufbeschworen wird, sondern auch, daß dieses Attentat Rückwirkungen zeigen wird, im Verhalten der österreichischen Regierung zu unsern dortigen Genossen, und somit eine Gefährdung des internationalen Kongresses nicht von der Hand gewiesen werden kann. – Wird festgestellt, daß das Attentat aus nationalistischen Motiven heraus erfolgt sei, und das ist ohne jeden Zweifel der Fall, so müssen wir damit rechnen, daß die österreichische Regierung unserm internationalen Kongreß Schwierigkeiten macht. Es ist zu befürchten, daß nicht nur die serbischen Delegierten, sondern auch die anderen Delegierten der Balkanstaaten Mißhelligkeiten ausgesetzt werden. Hinzu kommt dann noch die gespannte internationale Lage, die sich unzweifelhaft aus diesem Attentat ergibt. Man wird uns schließlich verhindern, die wichtigsten Themen unseres Kongresses, den Imperialismus und unsere Stellung zur Kriegsfrage zu behandeln. Damit wären die Arbeiten des Kongresses vollständig lahmgelegt. Das Behandeln dieser Themen hinter verschlossenen Türen ist unmöglich. Wollen wir kein Fiasko erleiden, so müssen wir die Versicherung unserer österreichischen Genossen haben, daß Hindernisse betr. Abhaltung des Kongresses nicht bestehen. Können sie uns diese Gewähr nicht geben, so werden wir besser daran tun, eine andere Lösung herbeizuführen.

Ebert hält die Befürchtungen Haases für grundlos. Den Delegierten der Balkanstaaten wird man von Seiten Österreichs am allerwenigsten etwas in den Weg legen. Unsere serbischen Genossen sind Gegner der großserbischen Agitation. Das weiß auch die österreichische Regierung. Daß es anläßlich des Attentates zu internationalen Verwicklungen, und zu einer noch größeren Spannung zwischen Österreich und Serbien führen werde, glaube er nicht. Gewiß ist die Tat aus nationalistischen Motiven geschehen, das wird aber für Österreich bedeuten, eine andere Politik zu treiben. Unserm Kongreß deswegen Steine in den Weg zu legen, daran wird niemand in der österreichischen Regierung denken.

[188] Bartels teilt die Ansicht Eberts. Für uns würde, wenn wir die Befürchtungen Haases teilten, durch die Verlegung oder Vertagung des Kongresses, ungeheurer Schaden entstehen. Und so jedem anderen Lande.

²⁵² Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Akten der Abteilung VII.-4 des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Berlin, Lit. J, Nr. 2, Vol. 3, 10811, Fol. 132-134.

Pfannkuch: Die Befürchtungen Haases sind gerechtfertigt. Die Folgen des Attentats sind gar nicht vorauszusehen. Doch soviel ist sicher, daß in Österreich nicht nur ein verschärfter Kurs gegen Serbien einsetzen wird, sondern auch eine erneute verstärkte Hetze gegen unsere Partei. Das Opfer werden dann zahlreiche Delegierte des Kongresses sein. Dadurch wird aber eine Störung in den Arbeiten des Kongresses hervorgerufen. Auch hat Haase recht, wenn er fürchtet, daß unsere Haupt-Themen nicht zur Beratung kommen werden. Wie die österreichische Regierung vorgeht, beweist doch ihr Verhalten unseren Genossen gegenüber, nach dem Baseler Friedenskongreß. Geben wir uns also darum keinen Illusionen hin. Nehmen die österreichischen Genossen die Verantwortung für eine ungehinderte Tagung, dann gut, tun sie es aber nicht, so müssen wir eben den geringen Schaden tragen als nachher, wenn alles fix und fertig ist, ergebnislos auseinander zu laufen.

Scheidemann hält es für das beste, unverzüglich das internationale Sekretariat zu ersuchen, das internationale Bureau einzuberufen. Hier ist den österreichischen Genossen Gelegenheit gegeben, sich zu erklären und mit uns werden dann andere Genossen urteilen, ob wir eine Änderung an unseren Dispositionen zum Kongreß eintreten lassen. Auch Scheidemann glaubt, daß die Verhältnisse in Österreich und hauptsächlich jetzt nach dem Attentat, solche sind, die uns zur äußersten Vorsicht mahnen.

Ebert polemisiert noch gegen Pfannkuch und Scheidemann und ersucht den Antrag abzulehnen. Glauben die österreichischen Genossen, daß sie die Verantwortung nicht tragen können, so werden sie das internationale Bureau schon davon in Kenntnis setzen.

Frau Zietz unterstützt den Antrag Scheidemann.

Bartels spricht gegen den Antrag. Im wesentlichen decken sich seine Ausführungen mit denen Eberts.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Haase bittet in seinem Schlußwort, den Antrag Scheidemann anzunehmen. Seine Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Die Gefahr eines österreichisch-serbischen Konfliktes ist in die allerdenkbar nächste Nähe gerückt. Wir müssen die Augen offen halten. Es wäre Torheit, wollten wir, wenn die politische Lage in Österreich noch gespannter wird, aus unserm Kongreß ein Tohowabohu machen lassen. Wir brauchen darum den Rat unserer österreichischen Genossen und das Urteil des gesamten Bureaus. Nehmen sie deshalb den Antrag Scheidemann an. – Der Antrag wird gegen die Stimmen Eberts und Bartels angenommen.

Müller hat das intern. Sekretariat von dem Beschluß in Kenntnis zu setzen.

gez. Unterschrift (Schwarz?)

Cr.-M. [189]

3. Resolution der Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 28. Juli 1914²⁵³

Österreich hat mit seinem brutalen Ultimatum Serbien den Krieg erklärt. Mit unheimlicher Klarheit erkennen jetzt die Völker Europas die Gefahr, in welche sie durch die verderbliche Politik der ohne ihre Zustimmung abgeschlossenen Geheimbündnisse geraten sind.

Droht doch die Kriegsflamme augenscheinlich nach den anderen Ländern hinüberzuschlagen, ganz Europa in Brand zu setzen, unsägliche Leiden über das Menschengeschlecht zu bringen, alles zu vernichten, was in Jahrzehnten mühsamer Kulturarbeit errichtet worden ist.

²⁵³ „Vorwärts“ Nr. 204 vom 29.7.1914, S. 1, in Artikel „Der Kriegsprotest des Proletariats“.

Diese Katastrophe mit aller Kraft zu verhindern, erachtet das klassenbewußte Proletariat aller beteiligten Länder, eingedenk der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel, im gegenwärtigen Augenblick als seine dringendste heilige Aufgabe.

Heldenhaft hat das russische Proletariat dem blutdürstigen Zarismus das drohende Menetekel vor Augen geführt. Es läßt sich weder widerstandslos ausbeuten, noch als willenloses Werkzeug zaristischer Gewaltpolitik mißbrauchen.

Durch flammenden Protest haben das deutsche wie das französische Proletariat den Abscheu vor dem verbrecherischen Treiben der Kriegshetzer zum energischsten Ausdruck gebracht.

Auch das nächstbeteiligte österreichische Proletariat hat mit Entschlossenheit jede Verantwortung für das Verhalten seiner Regierung abgelehnt.

Es ist also nicht wahr, daß die großen Massen dieser Länder sich in kriegerischer Stimmung befinden. Sie wollen vielmehr allen Chauvinisten zum Trotz den Frieden der Welt.

Die Kriegshetzer sollen wissen, daß, wenn der Weltkrieg ausbricht mit allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzurütteln und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus mächtig zu beschleunigen.

Trotzdem setzt das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Leidenschaft allen Kriegshetzern entgegen.

Ebenso wie das Proletariat der übrigen beteiligten Länder verlangen auch wir mit aller Entschiedenheit, daß unsere Regierung sich nicht nur jeder kriegerischen Einmischung enthält, sondern alles tut, um die Kriegsfurie zu bannen, und zu diesem Zweck gemeinsam mit den anderen Regierungen sofort dahin wirkt, daß der verderbensschwängere Konflikt schleunigst beseitigt wird.

Die Gefahr ist groß! Es ist keine Zeit zu verlieren!

Gerade wie die französischen haben auch die deutschen Arbeiter in diesem Augenblick die besondere Aufgabe, durch Einwirkung auf ihre Regierungen zu verhüten, daß [190] die Völker dieser Länder österreichischer oder russischer Prestige- oder Eroberungspolitik geopfert werden.

Nieder mit allen Kriegshetzereien! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

*4. Protokoll über die 1. und 2. Sitzung des Reichstages am 4. August 1914*²⁵⁴

1. Sitzung

Die Sitzung wird durch den Präsidenten Dr. Kaempf um 3 Uhr 15 Minuten eröffnet.

Präsident: Meine Herren, nach § 1 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung liegt es mir als Präsidenten der vorigen Session ob, die gegenwärtige Session des Reichstags zu eröffnen. Ich tue dies hiermit, übernehme den Vorsitz und berufe zu vorläufigen Schriftführern die Herren Abgeordneten Fischer (Berlin), Engelen, Dr. Bärwinkel und Rogalla v. Bieberstein. Ich bitte die Herren, an meiner Seite Platz zu nehmen. – ...

Präsident: Meine Herren, es wünscht nunmehr das Wort zu nehmen der Herr Reichskanzler, dem ich das Wort erteile.

Dr. v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler: Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jah-

²⁵⁴ Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 306, Stenographische Berichte, Berlin 1916

re lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüsternd sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesäet wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.

(Lebhaftes Bravo.)

Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen – gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt.

(Stürmische Rufe: Sehr richtig! Sehr wahr!)

Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich.

Meine Herren, eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drang der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen. Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen.

Vom ersten Augenblick des *österreichisch-serbischen Konflikts* an erklären und wirken wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse.

(Sehr richtig!)

Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur *Rußland* erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konfliktes mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt.

(Sehr wahr!)

[191] Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich aber nachdrücklich erklären, daß kriegerische Maßnahmen gegen Österreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden,

(Stürmischer Beifall)

und daß militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmaßnahmen zwingen würden,

(erneuter lebhafter Beifall)

Mobilmachung aber sei nahe dem Kriege. Rußland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch,

(stürmische Rufe: Hört, hört!)

und daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. (Bewegung.)

Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird.

(Hört! hört! und lebhaftes Bravo.)

Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Sarajewo hin.

(Hört! hört! und Sehr gut!)

Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg auszugleichen. Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang dieses Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! Unerhört! Pfui!)

Österreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert.

(Hört! hört!)

Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze. (Erneute Rufe: Hört! hört!)

Der Kaiser weist sofort den Zaren darauf hin, daß durch diese Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Österreich die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Trotzdem setzen wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis in das Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Während der Zeit erneuert Rußland spontan seine Versicherungen, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe.

(Große Bewegung. Pfui!)

[192] Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, daß Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns, mobil gemacht hat.

(Hört! hört!)

Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wußte, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei erklärenden Aufschluß.

(Hört! hört!)

Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, in dem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen werde.

(Hört! hört! und Lachen.)

Aber die Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange.

(Hört! hört!)

Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar 'noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.

Und *wir*? – Wir hatten (in Erregung auf den Tisch schlagend und mit starker Betonung) absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe!

(Lebhaftes Bravo.)

Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten?

(Vielfache Rufe: Nein, nein!)

Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darum fordern wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung, als *einzig* Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten könnte.

(Sehr richtig!)

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten.

Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! und große Bewegung.)

Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt, (hört! hört!)

obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte. (Erneute lebhafte Rufe: Hört! hört!)

[193] So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen.

(Lebhaftes Bravo.)

Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich *Frankreich* stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten.

(Lachen.)

Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage.

(Sehr wahr!)

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengstens befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zu derselben Stunde, wie wir, mobil machte, erklärte uns, es werde eine Zone von 10 Kilometern an der Grenze respektieren.

(Hört! hört! rechts.)

Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien!

(Hört! hört!)

Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen

(sehr richtig!)

und uns tatsächlich angegriffen.

(Sehr wahr!)

Was jene Ausnahme betrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten:

Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des XIV. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen, nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange, bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen,

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

haben am Schluchtpaß französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich, dem Befehle gemäß, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.

So weit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr;

(Lebhafte Zustimmung.)

und Not kennt kein Gebot!

(Stürmischer Beifall.)

Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt,

(Bravo!)

vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.

(Erneutes Bravo.)

[194] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand.

(Hört! hört! rechts.)

Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können.

(Lebhafte Zustimmung.)

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen.

(Sehr richtig!)

Das Unrecht – ich spreche offen –, das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

(Bravo!)

Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!

(Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn.

Was die Haltung *Englands* betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt,

(hört! hört!)

und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen.

(Bravo!)

Meine Herren, so weit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: „Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!“

(Bravo!)

Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, daß wir gerüstet dastehen müßten, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen.

(Stürmischer Beifall.)

Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit, – hinter ihr das ganze deutsche Volk!

(Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten• des Hauses und auf den Tribünen. – Der Reichstag erhebt sich.)

[195] – Das *ganze* deutsche Volk (zu den Soz.) einig bis auf den letzten Mann! (Erneuter minutenlanger jubelnder Beifall.)

Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Meine Herren, der Ernst der Lage, über den niemand unter uns sich mehr hat täuschen können, ist in seinem vollsten Umfange und in seiner ganzen Schwere in den Worten des Herrn Reichskanzlers zum Ausdruck gekommen.

Wir befinden uns mächtigen Gegnern gegenüber, die uns von rechts und links bedrohen, die ohne Kriegserklärung über unsere Grenzen hereingebrochen sind und uns den Kampf zur Verteidigung unseres Vaterlandes aufgezwungen haben. Wir sind uns bewußt, daß der Krieg, in den zu ziehen wir gezwungen sind, ein Kampf der Abwehr ist, gleichzeitig aber auch für Deutschland einen Kampf um die höchsten geistigen und materiellen Güter der Nation, einen Kampf auf Leben und Tod,

(lebhaftes Bravo)

einen Kampf um unsere Existenz bedeutet.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo auf allen Seiten.)

Der Augenblick, in dem der Reichstag sich anschickt, angesichts des Ausbruchs des Krieges die Gesetze zu votieren, die für den Krieg und für das wirtschaftliche Leben der Nation wäh-

rend des Krieges die sichere Grundlage zu bieten bestimmt sind, ist ein feierlicher und tiefster, aber zu gleicher Zeit ein unendlich großer und erhebender.

(Bravo!)

Schwere Lasten müssen dem ganzen Volke auferlegt, schwere Opfer von jedem einzelnen gefordert werden. Aber es gibt niemanden im ganzen Deutschen Reiche, der nicht ein volles Verständnis für das hätte, was auf dem Spiele steht, und freudig diese Lasten zu übernehmen und diese Opfer dem Vaterlande darzubringen bereit ist.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Begeisterung die wie ein Sturm durch das ganze Land braust, ist uns Zeuge davon, daß das gesamte deutsche Volk Gut und Blut zu opfern gewillt ist für die Ehre des deutschen Namens.

(Lebhaftes Bravo.)

Niemals hat das ganze Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen, und ihre Vertreter im Reichstag bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reiches erforderlichen Mittel.

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Die Gesamtheit des deutschen Volkes steht somit fest und brüderlich ein für die Sühne des uns zugefügten Unrechts und für die Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes.

Wir wissen uns hierbei eins mit den verbündeten Regierungen. Wir alle, Regierungen und Volk, haben nur den einen Gedanken: die Ehre, die Wohlfahrt und die Größe des Deutschen Reiches!

(Lebhaftes Bravo.)

[196] So zieht das Volk in Waffen im Bewußtsein seiner Stärke hinaus in den heiligen Kampf, alt und jung von der gleichen Begeisterung durchdrungen. Aus den Augen unserer Brüder und unserer Söhne blitzt der alte deutsche Kampfesmut.

(Lebhafter Beifall.)

Besonnen und in eiserner Tatkraft, aber gerade deswegen siegesfroh und siegesgewiß sehen wir die Leitung unseres Heeres und unserer Marine an ihrer großen Arbeit.

Alles aber, die Einmütigkeit der ganzen Nation, die Stärke des Volkes in Waffen, die Kaltblütigkeit der Heeres- und Marineleitung, verbürgt uns den Sieg in dem Kampfe, den wir im Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache führen, für die Verteidigung der Ehre und der Größe unseres Vaterlandes.

(Langandauernder stürmischer Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses.)

Meine Herren, ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu schließen, und schlage ferner vor, die *nächste Sitzung* zu halten heute nachmittag um 5 Uhr, mit der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung der Vorlagen,

die Ihnen soeben von dem Herrn Schriftführer verlesen worden sind.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 3.50 Uhr.)

2. Sitzung

Die Sitzung wird um 5.21 Uhr durch den Präsidenten Dr. Kaempf eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Entschuldigt sind die Mitglieder des Reichstages Herren: Graf von und zu Sandizell, v. Winterfeldt, Dr. Chlapowski, Klos (Obornik), Nowicki, Seyda, Dr. Gradnauer, Hildenbrand, Peus, Dr. Becker (Hessen), Haeusler, Dr. Kerschensteiner, Dr. Müller (Meiningen), Dr. Semler, v. Vollmar, Dr. Burckhardt, Delsor, Emmel, Dr. Haegy, Hauß.

Einige der Herren sind bereits zur Fahne einberufen, andere haben den Anschluß zur Fahrt nicht mehr erreichen können, ein Teil ist wegen Krankheit entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die *erste und eventuell zweite Beratung*:

- a) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914* (Nr. 5 der Drucksachen),
- b) des Entwurfs eines *Darlehenskassengesetzes* (Nr. 9 der Drucksachen),
- c) des Entwurfs eines Gesetzes zur *Änderung des Gesetzes*, betreffend die *Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften* vom 28. Februar 1888 (Nr. 2 und zu Nr. 2 der Drucksachen),
- d) des Entwurfs eines Gesetzes über die *Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen* und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse (Nr. 3 und Zu Nr. 3 der Drucksachen), [197]
- e) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend *Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter* (Nr. 4 der Drucksachen),
- f) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Ergänzung der Reichsschuldenordnung* (Nr. 6 der Drucksachen),
- g) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend *Änderung des Münzgesetzes* (Nr. 7 der Drucksachen),
- h) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Reichskassenscheine und die Banknoten* (Nr. 8 der Drucksachen),
- i) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Änderung des Bankgesetzes* (Nr. 10 der Drucksachen),
- k) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den *Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen* (Nr. 11 der Drucksachen),
- l) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren* (Nr. 12 der Drucksachen),
- m) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend *Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung* (Nr. 13, Zu Nr. 13 der Drucksachen),
- n) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend *Höchstpreise* (Nr. 14 der Drucksachen),
- o) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen* (Nr. 15 der Drucksachen),
- p) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die *Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung* (Nr. 16 der Drucksachen),

q) des Entwurfs eines Gesetzes über die *Kriegsversorgung von Zivilbeamten* (Nr. 17 der Drucksachen),

r) des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend *vorübergehende Einführerleichterungen* (Nr. 18 der Drucksachen).

Meine Herren, ich schlage vor, die erste Beratung der sämtlichen vorliegenden Gesetzentwürfe zu verbinden.

(Bravo!)

Ich stelle fest – wenn kein Widerspruch erfolgt –, daß das Haus damit einverstanden ist.

Ich eröffne nunmehr diese erste Beratung und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wir lehnen sie ab.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kund-[198]gebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern,

(lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten)

für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt.

(Erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

(Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

(Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen.)

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken

des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald zehntausende Verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. (Sehr wahr!)

Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat

(lebhaftes Rufe: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.

(Erneute Zustimmung.)

Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.

(Bravo!)

Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die [199] Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

5. Um den 4. August 1914

Von Karl Liebknecht²⁵⁵

Noch wenige Tage vor dem 3. August 1914 wiegten sich viele Genossen in dem Wahne, daß die Ablehnung der Kriegskredite für die Mehrheit der Reichstagsfraktion selbstverständlich und zweifellos sei. Indessen hatten schon Ende Juli – wie oben gezeigt – Parteizeitungen und

²⁵⁵ Vgl. K. Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“, 1919, S. 14 ff. u. S. 87 f.

Parteiredner verkündet: die Sozialdemokratie protestiere zwar gegen den Krieg, wenn er aber dennoch komme, so würde sie „dem Vaterlande ihre Hilfe nicht versagen“. Und schon am 1. August verlautete in der bürgerlichen Presse, die Sozialdemokratie werde voraussichtlich am 4. August die Kredite bewilligen. Am 3. August fand die erste und entscheidende Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, wo der sofort in alle Welt telegraphierte Bewilligungsbeschluß gefaßt wurde. Bei dieser Gelegenheit stellte sich der Zusammenbruch des sogenannten radikalen Flügels der Fraktion heraus. Von 3 Genossen, Ledebour, Lensch, Liebknecht, wurde in aller Hast – nur Minuten standen zur Verfügung – der notdürftige Entwurf einer der Fraktion vorzuschlagenden Erklärung redigiert, die mit Verweigerung der Kredite schloß.

In der Fraktionssitzung ergriff David als erster das Wort. Er meinte, der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszusagen und umzulernen; die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Er beantragte im Namen der Mehrheit des Fraktionsvorstandes die Bewilligung der Kredite; sie möge mit einer Erklärung motiviert werden – aber mit einer Erklärung, die alle Polemik vermeide, die sich ohne Vorbehalt schlechthin mit der Regierung und allen bürgerlichen Parteien solidarisch erkläre – was dem Gros der Bewilligungsfreunde immerhin zu weit ging. Für die Bewilligung wurden u. a. die angeblichen feindlichen Invasionen von Ost und West ins Feld geführt, Grenzgeplänkel, denen wichtige deutsche Angriffshandlungen gegenüberstanden (z. B. Besetzung des neutralen Luxemburg, Beschießung von Libau, die Vorbereitung zum Überfall auf Belgien, die damals freilich dem deutschen Volk noch verschwiegen wurde). Man hörte die Parole: „Gegen den Zarismus“, [200] Bebels Flintenrede, die stereotyp gewordenen literarischen „Beweise“. Es hieß weiter u. a.: „Der Volksstimmung dürfen und können wir uns nicht entgegenwerfen; Jaurès' Ermordung und die (damals lügenhaft gemeldete!) Ermordung Caillaux' zeigen den Hitzegrad der Kriegsstimmung in Frankreich; durch diesen Krieg wird Deutschland Frankreich vom Bündnis mit Rußland befreien; die russische Niederlage bedeutet den Sturz des Zarismus; die deutsche Sozialdemokratie kann sich in einem solchen Moment nicht ausschalten lassen; unsere Organisationen werden vernichtet, zertrümmert, wenn wir die Kredite verweigern – das ‚Ja‘ aber wird die Stellung der Sozialdemokratie gewaltig stärken – die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Partei als außerhalb des Gesetzes stehend zu behandeln; eine starke demokratische Welle wird nach dem Kriege kommen.“ Kautsky, der die Konstruktion der Notstandskredite anregte, schlug vor: der Regierung die Zusicherung abzufordern, daß sie keine Eroberungen wolle und bei Abgabe der Zusicherung zu bewilligen, bei Verweigerung abzulehnen; der Vorschlag fand allgemeine Zurückweisung.

Die Mehrheit hörte nur mit Ungeduld und Unruhe die Vertreter der Minderheit an. Ein Schlußantrag machte der sehr erregten Debatte ein ziemlich frühes Ende.

Nur 14 Genossen (außer dem fehlenden Emmel, der sich später im gleichen Sinne aussprach) stimmten gegen die Kreditbewilligung (Albrecht, Antrick, Bock, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Kunert, Ledebour, Lensch, Liebknecht, Peirottes, Rühle, Vogtherr). 78 stimmten dafür. Einige sollen sich der Stimme enthalten haben.

Haase beantragte, die Erklärung durch Scheidemann verlesen zu lassen. Hoch und andere widersprachen und forderten die Verlesung durch Haase, der nicht nur wie Scheidemann Vorsitzender der Fraktion, sondern auch des Parteivorstandes sei. Haase weigerte sich nachdrücklich, ließ sich aber, von zahlreichen Fraktionsmitgliedern bestürmt, schließlich dazu bewegen.

Der Antrag, bei dem Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland“ mit aufzustehen, wurde bekämpft, aber unter Hinweis auf die in der Erwähnung von Volk und Vaterland liegende Konzeption mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Kommission zur Ausarbeitung der Erklärung wurde eingesetzt. Sie legte am Morgen des 4. August das Produkt ihres Schweißes vor, das mit einigen kleinen Änderungen Annahme fand. Stadthagen forderte vergeblich eine scharfe Wendung zur Kennzeichnung der innerpolitischen Zustände Deutschlands. Liebnechts Antrag, unseren französischen Freunden wenigstens noch ein Wort der Sympathie und Brüderlichkeit zuzurufen, führte – nachdem er von Frank bekämpft war – zur Einfügung einer nichtssagenden Floskel. Sein weiterer Antrag, auch für Österreich jede Eroberungspolitik abzulehnen, fiel; David bemerkte hierbei, daß die Frage österreichischer Eroberungen viel zu kompliziert liege, als daß sie kurzweg schlechthin verneint werden könnte.

In der ersten Plenarsitzung klatschten mehrere sozialdemokratische Abgeordnete (Südekum, Heine, Frank, Wendel und andere) beifallrufend einigen Stellen der Reichskanzlerrede zu. Unmittelbar nach dieser und vor der zweiten kurz danach eröffneten Plenarsitzung fand eine kurze Fraktionssitzung statt, in der es zunächst wegen dieser „patriotischen“ Kundgebungen zu heftigen Zusammenstößen kam; für die zweite Sitzung wurden derartige Kundgebungen durch besonderen Fraktionsbeschluß verboten – um am 2. Dezember doch wiederholt und in der Fraktion von Heine gerühmt zu werden. [201] Es wurde weiter mitgeteilt, daß die Regierung eine Abschwächung des gegen Eroberungen gerichteten Passus der Erklärung wünsche, weil die drohende Gefahr des englischen Eingreifens durch diesen Passus verschärft werden könne. Dem Wunsche der Regierung wurde entsprochen.

Versuche, eine abweichende Abstimmung der Vierzehn im Plenum zu erzielen, waren in der Überstürzung der wenigen Stunden mißlungen. Haase, selbst ein Vertreter der Kreditverweigerung, hatte sich zur Abgabe der Erklärung bestimmen lassen; auch die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle Politik, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Krieges treiben werde, daß die Kreditbewilligung vom größten Teil der Mehrheit nur in dem revolutionären Sinn des viel mißbrauchten Engels-Artikels gemeint sei und schroffste Konflikte zwischen Partei und Staatsgewalt nicht ausbleiben würden; man trug Bedenken, sich in dieser gefährvollen Lage, in der man die Partei trotz alledem vermeinte, von der Mehrheit der Fraktion öffentlich zu trennen. Aus diesen und zahlreichen anderen Gründen kam kein öffentliches Minderheitsvotum zustande. Der Gedanke, sich durch das traurige Mittel des heimlichen Hinausschleichens um jede Entscheidung zu drücken, schied selbstverständlich aus.

Als bald nach dem 4. August zeigten sich in der Partei, besonders in ihrer Presse, die bedenklichsten Erscheinungen – Chauvinismus, Annexionssucht, Harmonieduselei; besinnungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und von morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden.

Zum 4. August

Heute ist es nur bei Anspannung aller Gedächtniskraft möglich, sich in die taktische Lage zurückzusetzen, die am 4. August 1914 für die Fraktionsmitglieder von der Minderheit bestand. Der Abfall der Fraktionsmehrheit kam selbst für den Pessimisten überraschend; die Atomisierung des bisher überwiegenden radikalen Flügels nicht minder. Die Tragweite der Kreditbewilligung für die Umschwenkung der gesamten Fraktionspolitik ins Regierungslager lag nicht auf der Hand: Noch bestand die Hoffnung, der Beschluß vom 3. August 1914 sei das Ergebnis einer vorübergehenden Panik und werde als bald korrigiert, jedenfalls nicht wiederholt und gar übertrumpft werden. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen, allerdings auch aus Unsicherheit und Schwäche, erklärt sich das Mißlingen des Versuchs, die Minderheit für ein öffentliches Separatvotum zu gewinnen. Nicht übersehen werden darf dabei aber auch, welche heilige Verehrung damals noch der Fraktionsdisziplin entgegengebracht wurde, und zwar am meisten vom radikalen Flügel, der sich bis dahin in immer zugespitzterer Form ge-

gen Disziplinbrüche oder Disziplinbruchsneigungen revisionistischer Fraktionsmitglieder hatte wehren müssen. Ein Separatvotum war eine in der Geschichte der deutschen Reichstagsfraktion seit Menschengedenken unerhörte, bei der damaligen parlamentarischen Durchschnittspsychologie schlechthin unfaßbare Sache. Nach alter Überlieferung gab es nur ein Mittel, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten und nach Kräften zur Geltung zu bringen: Den Kampf in der Fraktion. Daß deren Mehrheitsentscheidung zu respektieren sei, galt als ausgemacht; süddeutsche Vorgänge hatten [202] diese Psychologie wenigstens für die Reichstagsfraktion nicht erschüttert, *gerade bei den Radikalen* sogar befestigt. Und diese Disziplin wurde rein formell-organisatorisch aufgefaßt. Das praktische Verständnis für ihre notwendigen Grenzen war völlig unentwickelt. Noch andere Gesichtspunkte spielten eine Rolle: Haase hatte sich auf Drängen gerade bisher als radikal geltender Genossen – Hoch, Kautsky usw. (vor dem 2. Dezember wiederum besonders Hilferding) – zur Verlesung der Erklärung im Plenum bestimmen lassen: Die Abstimmung der Fraktion darüber wurde bei der Verwirrung der Gemüter gar als eine Kraftprobe zwischen dem „radikalen“ (dessen völlige Zerstörung man noch nicht begriff) und dem revisionistischen Flügel, und das Ergebnis dieser Abstimmung als ein Erfolg des ersteren aufgefaßt: Man gönnte dem revisionistischen Flügel die Vertretung der Fraktion auch bei dieser Gelegenheit nicht; der „radikale Flügel“ scheute das öffentliche Hervortreten seiner Niederlage, seiner Sprengung, seiner Vernichtung. Die Aufrechterhaltung des Wahns von seiner Fortexistenz nach dem Tode war sein letzter Ehrgeiz.

Manche meinten auch: Der Gegensatz in der Fraktion werde doch bekannt werden (man war ja an die Zensur noch nicht gewöhnt!) und das innere Gewicht der Fraktionsabstimmung klarstellen; die Abtrennung einiger weniger von der Fraktion im Plenum werde das Gewicht der übrigen nur erhöhen.

Auch in bezug auf die Technik der Separatabstimmung fehlte jede klare Vorstellung und Übung.

Zum Verständnis der sich kreuzenden Erwägungen, die auch verhinderten, daß ich mich am 4. August im *Plenum* des Reichstags als Einzelner von der Fraktion trennte, dient die Tatsache, daß Rosa Luxemburg mir am 1. Dezember die Botschaft überbrachte, sowohl Mehring wie Karski rieten mir, falls ich allein bliebe, von einem Separatvotum für den 2. Dezember ab.

Nach alledem ist zu begreifen, daß noch am 4. August, wenigstens für die nicht in württembergischen Erfahrungen Bewanderten, alles, was gegen die Kreditbewilligung getan werden konnte, ihre Bekämpfung in der Fraktion zu sein schien, ein Standpunkt, über den die Stuttgarter Opposition allerdings damals bereits hinausgewachsen war. So kam es, daß die Fraktions-Oponenten am 4. August 1914 im *Plenum* Fraktions-Disziplin übten.

Die Vorgänge in der Partei, die sich nach dem 4. August abspielten, klärten die Situation gründlich, und wiesen den einzig möglichen Kurs der Opposition.

Auch ich beschränkte mich unter diesen Umständen bei der ersten Kreditvorlage auf ihre Bekämpfung in der Fraktion, ohne zunächst – aus vielen Gründen – noch war der innere Zusammenbruch der Partei nicht klar zutage getreten, noch schien ein Einzelfall der Verirrung vorzuliegen, die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir noch hochgestellt – den Kampf auch ins Plenum des Reichstags zu tragen. Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstages über. [203]

6. *Proletarische Frauen, seid bereit!*

Von Clara Zetkin²⁵⁶

Das Furchtbare, vor dem die Völker Europas zittern, ist Ereignis geworden. Der Krieg soll Menschenleiber, Wohnstätten und Felder zerstampfen. Österreich hat das sinnlose Attentat zwanzigjähriger serbischer Burschen gegen den Thronfolger zum Vorwand genommen für ein verbrecherisches Attentat gegen das Hoheitsrecht, die Selbständigkeit des serbischen Volkes und letzten Endes gegen den Frieden von Europa. Es will die Zeit nutzen, da Serbien schwerlich auf Hilfe vom russischen Zarismus hoffen kann. Die heldenhaften Massenstreiks des Proletariats zeigen erneut, daß Rußland die Revolution im Leibe hat. Frankreich kann den Kriegs- und Eroberungsplänen des russischen Despotismus in diesem Augenblick kaum Unterstützung angedeihen lassen. Verhandlungen im Senat haben schwere Mängel im Heerwesen gezeigt, und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit hat das militärische Gefüge gelockert und gärende Unzufriedenheit geschaffen. England ist durch die Sachlage in Ulster und andere Aufgaben derart in Anspruch genommen, daß es kein großes Gelüsten zu verspüren scheint, an den Greueln und Verbrechen eines Weltkrieges teilzuhaben. So rechnet der österreichische Imperialismus damit, daß er den Bruch des Völkerrechts gegen Serbien verüben kann, ohne daß ihm der Dreiverband in den Arm fällt. Mit Serbiens Niederwerfung glaubt er dem Drängen des Zarismus nach dem Mittelländischen Meer den Weg zu verlegen.

Die proletarischen Frauen wissen, daß die Herrschaftsausdehnung des russischen Henkerzarismus die schlimmste Sklaverei für die Völker bedeuten würde. Sie sind sich aber auch vollständig im klaren darüber, daß der österreichisch-ungarische Imperialismus nicht das Recht und die Freiheit der Völker schützt. Er kämpft lediglich für die Interessen der reaktionären Habsburger Dynastie, für den Gold- und Machthunger der fühl- und gewissenlosen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Die österreichisch-ungarische Monarchie zertritt im eigenen Hause das Recht der Nationalitäten und noch schamloser das Recht der ausgebeuteten werktätigen Massen. Trotz der wütenden Krise hat sie diesen Massen seit Jahren den nackten Lebensbedarf verteuert, hat sie mit Brutalitäten und Kniffen im Kampfe gegen Ausbeutung und Elend gehindert. Nun krönt sie ihr Werk, indem sie die Söhne der Werktätigen zwingt, zu morden und sich morden zu lassen. Sie steht nicht als Vorkämpferin für die Wohlfahrt und Freiheit der Völker auf dem Plan. Ihr Krieg darf nun und nimmer ein Morden der Völker werden.

In Deutschland suchen die profit- und lorbeerlüsternen Kriegshetzer und Kriegs-treiber das Volk über diese schlichte Wahrheit zu täuschen. Sie fabeln davon, daß der Krieg Österreichs letzten Endes der drohenden Barbarei Rußlands gelte, ein germanischer Kreuzzug gegen das „übermütig vorwärtsdringende Slawentum“ sei. In gewissenloser Weise brüllen sie von der Pflicht, die „deutsche Nibelungentreue“ zu wahren. Sie wollen, daß Deutschland als Dreibundsmacht Österreichs Krieg zu dem seinen mache und das Blut wie den Schatz des Volkes [204] Der Frevel solchen Treibens ist so riesengroß wie das Verbrechen des österreichischen Imperialismus. Er will einen Weltbrand entzünden, in dem die Völker Europas sich gegenseitig abschlachten würden, während ein Händchen voll Mächtiger und Sehrreicher schmunzelnd den Vorteil einstriche. Das darf nun und nimmer geschehen. Die Proletarier Deutschlands – Männer und Frauen – müssen durch die Tat beweisen, daß sie erwacht, daß sie reif für die Freiheit sind. Ihr Friedenswille, vereint mit dem Friedenswillen des arbeitenden Volkes der anderen Länder, namentlich Frankreichs, ist die einzige Bürgschaft dafür, daß der Krieg der klerikalen Habsburger nicht zum allgemeinen europäischen Völkermord wird.

Wohl versichert die Regierung des Deutschen Reiches, daß sie alles getan habe und tue, damit der Krieg lokalisiert bleibe. Aber das Volk hat erfahren, daß die Zungen der Regierungs-

²⁵⁶ Aus „Die Gleichheit“, Nr. 23, Stuttgart, 5.8.1914.

männer gespalten wie Schlangenzungen sind. Es kennt auch die Ungeschicklichkeit der diplomatischen Handwerker des Deutschen Reiches. Und namentlich täuscht es sich nicht über das eine: das weltpolitische Leben ist so verschlungen und verwirrt, daß ein Zufall alles gute Wünschen und Wollen der Regierungen zuschanden machen kann. Ein Zufall entscheidet, ob der dünne Faden reißt, an dem das Schwert des Weltkrieges hängt, das den Völkern droht.

Auch die Besitzenden und Machthabenden schwören feierlich, die entsetzliche Barbarei des Krieges zu hassen. Ja, auch sie zittern vor seinen Höllenschrecknissen. Und doch sind sie unablässig daran, den Krieg vorzubereiten und den Krieg zu schüren. Man höre nur, wie die linksliberale Presse im Namen aller möglichen Kulturgüter Deutschland anreizt, für Österreich mit dem Schwert einzutreten und damit unfehlbar Rußland und Frankreich zum blutigen Ringen herauszufordern. Und doch sind die Seiten dieser Presse noch feucht von den Tränen der Rührung, die sie über die Friedenssalmen der Verständigungskonferenz deutsch-französischer Parlamentarier zu Basel vergossen hat. Wie schamlos schreien nach scheußlichem Blutvergießen und Massenmord fromme christliche Blätter und Menschen, die täglich das Gebot ihres Allerhöchsten im Himmel herunterplärren: Du sollst nicht töten. Alle Masken fallen, die der Vampir Kapitalismus trägt, der sich vom Blut und Lebensmark der Volksmassen nährt. Wie könnte es anders sein? Den Völkermord kann niemand als Brudermord wirklich konsequent bekämpfen, der es in der Ordnung findet, daß der Kapitalismus auf seinen Altären jahraus jahrein Hunderttausende der Volksgenossen dem Profit schlachtet.

Nur das Proletariat wird seine breite Brust dem nahen Unheil des Weltkrieges entgegenstemmen. Schon würden die Schrecken dieses Kriegs entfesselt sein, wenn nicht einer der skrupellosesten Völkermörder, der Zarismus, durch die politischen Massenstreiks des russischen Proletariats gehindert wäre, sich auf das langersehnte Schlachtfeld zu stürzen. Das revolutionäre Ringen unserer russischen Brüder und Schwestern hat in diesen schicksalsschweren Tagen bis jetzt den Weltfrieden erhalten. Seien wir nicht kleinmütiger und schwächer als sie. Ihr ruhmreicher Kampf ohne die Waffe gesicherter politischer Rechte, angesichts von Kerkern, Verbannung und Tod zeigt uns durch die Tat, was eine entschlossene, kühne und opferbereite Arbeiterklasse vermag.

Verlieren wir keine Minute Zeit. Der Krieg steht vor dem Tor. Treiben wir ihn in die Nacht zurück, ehe sein Toben und Rütteln den letzten Rest der Sinne und des Mensch[205]lichkeitsempfindens unaufgeklärter Massen verwirrt. Heraus aus Fabriken und Werkstätten, aus Hütten und Dachwohnungen zum Massenprotest. Lassen wir den Herrschenden und Besitzenden keinen Zweifel an dem Ernst unserer Entschlossenheit, alles bis zum letzten Hauch für den Frieden dranzugeben.

Die ausgebeuteten Massen sind stark genug, auf ihren Schultern den Bau der ganzen heutigen Ordnung zu tragen. Sie sind es gewöhnt, zu entbehren, während der von ihnen geschaffene Reichtum vom Müßiggang verpraßt wird. Sie blicken tagtäglich um eines kargen Verdienstes willen dem Tode ins Angesicht. Und sie sollten sich zu schwach erweisen, vor dem Darben zurückschrecken, Gefahren und Tod scheuen, wenn der Kampf für Frieden und Freiheit ruft? Sie sollten einem Militarismus freie Bahn lassen, der soeben vor der breitesten Öffentlichkeit als der brutale Scherge ihrer Söhne und Brüder gestäupt worden ist? Das gewaltige Friedensgebot der arbeitenden Massen muß in den Straßen das mordspatriotische Geschrei zum Schweigen bringen. Und wo zwei oder drei ausgebeutete Männer und Frauen versammelt sind, da muß der Abscheu gegen den Krieg, der Wille zum Frieden unter ihnen sein.

Die Brüderlichkeit zwischen den Völkern ist für die Arbeiterklasse kein leerer Wahn, der Weltfrieden kein schönes Wort. Eine greifbare Tatsache steht dahinter: die feste Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Nationen. Sie darf es nicht dazu kommen lassen, daß Proletarier gegen Proletarier das Mordgewehr erheben. Sie muß den Massen die Entschlossenheit einflößen, im Krieg gegen den Krieg alle Waffen zu nützen, die es führen kann.

Die Wucht, mit der die proletarischen Massen sich der Weltkriegs furie entgegenstellen, wird eine gewonnene Schlacht in ihrem Befreiungskampfe sein. Die revolutionäre Energie und Leidenschaft ihres Auftretens wird sie Verfolgungen preisgeben, wird ihnen Gefahren bringen und Opfer auferlegen. Was tut es? Es gibt Augenblicke im Leben des einzelnen und der Völker, wo man nur alles gewinnt, wenn man alles einsetzt. Ein solcher Augenblick ist da. Proletarische Frauen, seid bereit!

*7. Schreiben des sächsischen Innenministers von Vitzthum an den sächsischen Gesandten in Berlin Freiherrn von Salza und Lichtenau*²⁵⁷

Nr. 790

Dresden, den 9. September 1914

An
den Königlichen Gesandten,
Wirklichen Geheimen Rat,
Herrn Freiherrn von Salza und Lichtenau,
Excellenz,

Berlin.

Der gegenwärtige Kriegszustand läßt es erwünscht erscheinen, daß die verbündeten Regierungen auch in Fragen der inneren Politik in steter Fühlung bleiben und in dieser nach einheitlichen Grundsätzen handeln. Hierzu gehört vor allem auch die[206] Stellung zur Sozialdemokratie. Durch die Erklärung Seiner Majestät des Kaisers, daß er angesichts der dem deutschen Volke drohenden Gefahr keinen Unterschied der Parteien kenne, ist für alle Regierungen und alle Parteien eine Parole der Einigung ausgegeben worden, die in allen Schichten des deutschen Volkes die freudigste Zustimmung gefunden hat. Diese Kundgebung hat zweifellos dazu beigetragen, daß der gesamte Arbeiterstand, auch soweit er sozialdemokratisch organisiert ist, sich vorbehaltlos und opferbereit in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. Die Sozialdemokratie hat nicht nur im Reichstage allen Forderungen der verbündeten Regierungen zugestimmt, sondern ihre Führer haben sich auch in Wort und Tat für die Regierung und ihre Politik eingesetzt. Die Reden der Abgeordneten Südekum und Fischer und der Tod des als Kriegsfreiwilliger gefallenen Abgeordneten Frank gaben hierfür einen klaren Beweis. Ebenso ist dankbar anzuerkennen, daß die kommandierenden Generäle der Willenskundgebung Seiner Majestät des Kaisers mit vollem Verständnis Rechnung getragen und jede unterschiedliche Behandlung der Sozialdemokratie und ihrer Presse unterlassen haben. Es ist aber erwünscht, daß diese Politik nicht nur von den Regierungen, sondern auch von den bürgerlichen Parteien loyal durchgeführt wird. Wenn nun auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine Tätigkeit eingestellt hat, so haben doch zwei Vorkommnisse der jüngsten Zeit den Eindruck erweckt, daß diesem Gesichtspunkte nicht genügend Rechnung getragen wird. Es handelt sich um folgende:

Die Nr. 423 der Kreuzzeitung vom 6. September berichtet, daß am 5. d. M. im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Paasche eine Beratung führender Mitglieder der bürgerlichen Parteien stattgefunden hat, welche darauf abzielt, den Verbündeten Regierungen die Mittel zum weiteren Ausbau der deutschen Flotte anzubieten. So erfreulich diese Kundgebung ist, so bedauerlich ist es doch, daß von ihr die Sozialdemokratie anscheinend ausgeschlossen worden ist. Dies dürfte von den Parteiführern selbst empfunden worden sein; denn einen Tag später berichtet die Deutsche Tageszeitung, daß es sich nur um eine Vorbesprechung gehandelt habe. Ich halte es für dringend erwünscht, daß, soweit die Regierung einen Einfluß auszuüben in der Lage ist, die Sozialdemokratie von derartigen Beratungen nicht ausgeschlossen wird.

²⁵⁷ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Min. d. Inn. Nr. 10999, Bl. 46/47.

Das zweite Vorkommnis, das Bedenken erwecken muß, ist der Aufsatz in Nr. 207 der illustrierten Beilage des „Tag“ unter der Überschrift „Deutschlands größter Sieg“ vom Landrat a. D. v. Dewitz. Der Verfasser führt aus, daß die Sozialdemokratie nach dem Friedensschlusse auf ihre Bewilligung pochen werde, daß die Stärkung der revisionistischen Richtung eine größere Gefahr bedeute, als die vom Klassenhaß genährte Sozialdemokratie und daß man keinen Zweifel darüber aufkommen lassen dürfe, daß selbst die prompte Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien nicht gleichwertig mache, solange sie nicht ihr kommunistisches Programm begrabe. Ich verzichte auf eine eingehende Erörterung dieses Zukunftsproblems, zumal sich zur Zeit nicht übersehen läßt, welche erzieherische Wirkung der gegenwärtige Krieg und seine Gefahren für die deutsche Volkswirtschaft auf die Reihe der sozialdemokratischen Mitkämpfer ausübt. In Friedenszeiten wird dem Verfasser des Artikels auch gewiß nicht ver-[207]wehrt werden können, im Sprechsaal des Tages diese seine Ansichten zu vertreten, die von einer großen Mehrheit seiner Parteigenossen geteilt werden mögen. In dem gegenwärtigen Augenblick aber ist der Aufsatz zum mindesten inopportun, da er die Geschlossenheit des deutschen Volkes im höchsten Maße gefährdet. Es kann nicht ausbleiben, daß die Wiederholung derartiger Angriffe die Sozialdemokratie zu Erwidern reizen müßte, wodurch die so dringend nötige Einigkeit der Parteien einen Riß erhielte. Diese Einigkeit der Parteien in nationalen Fragen aufrechtzuerhalten, erscheint mir aber nicht nur ein Gebot der taktischen Klugheit für die Zeit des gegenwärtigen Kriegszustandes, sondern auch eine Forderung weitsichtiger Sozialpolitik angesichts der Zukunft des deutschen Volkes. Gewiß wird die Sozialdemokratie auch in Zukunft eine scharfe oppositionelle Partei sein und eine Gefahr für den inneren Frieden des deutschen Volkes bilden, solange sie an ihrem kommunistischen und antimonarchischen Programm festhält. Wenn aber jemals der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiterschaft aus sich heraus zu einer politischen Gesundung zu führen, so ist dies nur in Zeiten der nationalen Erhebung möglich, wie wir sie jetzt haben. Eine günstigere Gelegenheit dürfte in den nächsten 100 Jahren kaum je wiederkommen. Der Versuch muß daher gemacht werden. Aber nicht dadurch, daß man die Brücken der Verständigung abbricht und auf die die bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie trennende unüberwindliche Kluft hinweist, sondern dadurch, daß man sich auf dem gemeinsamen Boden des Nationalbewußtseins begegnet und dieses ideale Moment pflegt, dessen Stärke und Lebenskraft in den letzten Wochen so überraschend zutage getreten ist. Es erscheint mir daher dringend notwendig, die Presse der bürgerlichen Parteien immer wieder auf die Notwendigkeit hinzuweisen, in diesem Sinne zu wirken und ihr die Verantwortung vor Augen zu führen, die sie übernimmt, wenn durch ihre Schuld die schweren Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege bringt, für seine innere Gesundung und Entwicklung ohne Früchte bleiben sollte.

Ich bitte Euere Excellenz daher die Angelegenheit in diesem Sinne mit dem Herrn Stellvertreter des Reichskanzlers zu besprechen und ermächtige Euere Excellenz, ihm auf Wunsch eine Abschrift dieses Erlasses zu übergeben. Über die Ausführung sehe ich einer geschätzten Anzeige entgegen.

(gez.) Vitzthum.

8. Protokoll über eine Unterredung des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück mit dem rechten sozialdemokratischen Abgeordneten David

(Datum der Unterredung etwa 24. 8. 1914)²⁵⁸

Der Abgeordnete Südekum hatte vor seiner Abreise befürwortet, den Abgeordneten Dr. David, der innerhalb der Partei am meisten seine Anschauungen teile, zu einer Aussprache über

²⁵⁸ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten der Reichskanzlei 1395/9 Fol. 20-23 – Rk. 3909/14 Aufzeichnungen über die Unterredung des Staatssekretärs des Innern mit Abg. David.

die Auffassungen, die nach Kriegsausbruch in der sozialdemokratischen Partei beständen, zu hören.

[258] Demgemäß habe ich den Abgeordneten Dr. David eingeladen, mich aufzusuchen und mit ihm in Gegenwart des Direktors Dr. Lewald eine etwa einstündige Unterhaltung gehabt. Meine Anregung am Schlusse der Unterhaltung, Herr Dr. David möchte die hauptsächlichsten Gesichtspunkte seiner Darlegungen schriftlich fixieren, lehnte er mit dem Bemerkten ab, daß er sich nicht gern auf bestimmte Anschauungen festlegen lassen wollte, weil er lediglich für seine eigene Person und, wie er allerdings glaube, für einen Kreis ihm besonders nahestehender Parteifreunde gesprochen habe.

Dr. David bemerkte einleitend, daß es großer Kämpfe bedurft habe, um die gesamte Partei zu einer einheitlichen Stellungnahme zu bestimmen, und daß die von dem Abgeordneten Haase abgegebene Erklärung, wie der Regierung bekannt, erst nach mühsamen Verhandlungen zustande gekommen sei. Man dürfe die Tiefe und Stärke der Überzeugung innerhalb der Partei, die gegen *jeden* Krieg sei, nicht unterschätzen. Wenn die Fraktion des Reichstags zu einer einmütigen Bewilligung der Kriegskredite gekommen sei, so beruhe dies ganz überwiegend darauf, daß es sich um einen uns von Rußland aufgedrängten Krieg handle. Der Haß gegen Rußland und der leidenschaftliche Wunsch, den Zarismus zu treffen, sei das Hauptmotiv für die Haltung der Sozialdemokratie gewesen. Schon jetzt mache sich aber eine gewisse Sorge geltend, ob der Krieg auch in dem Sinne geführt werde, d. h. ob es in der Tat die Absicht sei, Rußland tödlich zu treffen. Man habe dabei mit einem tiefgewurzelten gar nicht stark genug einzuschätzenden Mißtrauen innerhalb der Partei zu rechnen. Die Wucht, mit der sich die deutsche Armee zunächst fast mit ihrer gesamten Kraft gegen Frankreich und England gewendet hätte, hätte die Besorgnis geweckt, daß diese freiheitlich organisierten und geleiteten Staaten das eigentliche Ziel des Kampfes seien, und daß in erster Linie beabsichtigt wäre, Frankreich durch weitergehende Annektionen zu schwächen. Man besorge, daß Rußland als angeblich konservatives Staatswesen geschont werden solle. Er erinnere an das bekannte Wort des Freiherrn Octavio von Zedlitz, das dieser vor gar nicht langer Zeit ausgesprochen: „Lieber russisch als demokratisch.“ Nach dem glänzenden Beginn der militärischen Operationen sei ja auf einen siegreichen Ausgang des Krieges zu rechnen. Es sei daher natürlich, daß innerhalb seiner Partei man schon die Blicke auf das lenke, was nach dem Kriege komme. Man frage sich, ob es denkbar sei, dieselbe Nummer fortzuspinnen. Der Krieg bringe für die arbeitende Klasse die größten Entbehrungen. Schon jetzt herrsche trotz aller dankenswerten Bemühungen eine große Arbeitslosigkeit. Wie werde es aber erst im November oder Dezember in Berlin aussehen? Auch nach siegreichem Ausgang des Krieges werde es lange dauern, bis alle Schäden wirtschaftlicher Art ausgeglichen seien. Die arbeitende Klasse werde unter ihnen am schwersten leiden. Während der Dauer des Krieges und unter dem Belagerungszustande ruhe das politische Leben. Es erwache aber in vollster Stärke mit Abschluß des Krieges. Und die hunderttausende von überzeugten Sozialdemokraten, die alles für das Vaterland hingegeben, erwarteten auch eine Berücksichtigung ihrer Ideale und Wünsche. Er halte es daher für ganz unmöglich, den alten Faden weiterzuspinnen er würde davon für die ganze Entwicklung Deutschlands die unheilvollsten Konsequenzen erwarten. Wenn Hoffnungen, die in weiten Kreisen des Volkes gehegt würden, nicht in Erfüllung gingen, so werde eine Erbitterung eintreten, die über alles hinausgehe, was man sich im Augenblick nur [209] denken könnte. Es würde eine Kluft innerhalb der Bevölkerung entstehen, die in Dezennien nicht zu überbrücken sei. Es sei unerlässlich, daß von der berufenen Stelle eine große Geste erfolge, aber nicht eine solche, die in Worten bestehe, sondern in politischen Taten. (Herr David spannt diesen Gedanken weiter aus, wobei er offenbar in erster Linie an das preußische Wahlrecht dachte, ohne indessen es zu nennen und seine Ausführungen präzis auf diesen Punkt zu konzentrieren.) Es sei ja bekannt, daß innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagspartei sich der reformistische und der radikale Flügel ungefähr das Gleichgewicht

hielten. Seine und seiner Freunde Bestrebungen gingen darauf hinaus, zu einer „nationalen Demokratie“ zu gelangen, ein Wort, das Herr David im weiteren Verlaufe noch einmal mit besonderem Nachdruck betonte, „ohne daß sie deswegen ihre über das ‚nationale‘ hinausgehende Ideale verleugnen wollten“. Man dürfe sich aber nicht darüber täuschen, daß man zu diesem Ziele nur dann gelangen werde, wenn man die ungeheure politische Bedeutung des gegenwärtigen Zeitpunkts richtig einschätze und die große Geste wirklich in die Tat umsetze. Geschehe das nicht, käme eine Reaktionsperiode wie etwa nach 1815, so sei jede Hoffnung, zu einer nationalen Demokratie zu gelangen, vernichtet. Schon jetzt rege sich innerhalb der Partei das Gefühl des Mißtrauens, man blicke auf ihn und seine reformistischen Freunde als unverbesserliche Optimisten. Gingen seine und seiner Freunde Hoffnungen zu Schanden, so seien alle reformistischen Bestrebungen zu Ende. Die Partei werde sich dann in einer geschlossenen Frontstellung zusammenfinden, die vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel reiche, und die jede Hoffnung auf eine Versöhnung der Gegensätze auf absehbare Zeit ausschließe.

*9. Protokoll über eine Unterredung des Unterstaatssekretärs Wahnschajje mit dem Techten sozialdemokratischen Abgeordneten Cohen (Reuß)*²⁵⁹

Berlin, den 2. Oktober 1914

G. A.

Heute Abend suchte mich der sozialdemokratische Abgeordnete Cohen (Reuß) auf. Er war vor einigen Tagen durch einen Bekannten bei Excellenz Solf eingeführt worden und hatte diesen gefragt, ob er wohl von mir empfangen werden könne.

Da Excellenz Delbrück riet, ihm diesen Wunsch zu erfüllen, so hatte ich ihn zu heute bestellt.

Er sagte mir, daß eine starke Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion eifrig dahin wirke, den 4. August 1914 zu einem Wendepunkt für die Partei zu machen. Man wolle mit der Monarchie und mit dem Heere Frieden machen und man wolle mit allen Mitteln dahin wirken, daß der Riß, der jetzt durch das deutsche Volk gehe, beseitigt werde. Dem rechten Flügel der Partei werde es aber nur gelingen, die Leitung in seine Hand zu bekommen, wenn auch die Regierung Entgegenkommen zeige. Der Kernpunkt sei die preußische Wahlrechtsfrage.

[210] Ich sagte Herrn Cohen, daß er damit ein Gebiet berühre, auf dem ich irgendwelche Erklärungen nicht abgeben könne. Ich hätte es auch für sehr richtig gehalten, daß von den Sozialdemokraten, die ich gesprochen hätte, bisher niemand angedeutet hätte, daß die Partei für ihr Verhalten in diesem Kriege eine Belohnung erwarte.

Cohen erwiderte, eine Belohnung erwarte sie selbstverständlich nicht, es sei aber klar, daß der Radikalismus in der Partei Siegen müsse und wahrscheinlich für immer, wenn die Regierung nicht durch Entgegenkommen die Entwicklung der Partei nach rechts fördere.

Ich erwiderte, es sei nicht zweifelhaft, daß dieser Krieg auch im Innern Veränderungen bringen würde. Und was das preußische Wahlrecht anlange, so Sei auch von der Regierung nicht erklärt worden, daß diese Frage mit dem Versuch des Jahres 1910 für immer erledigt sei. Ich fürchtete aber, eine Wahlrechtsreform, wie sie die Regierung bringen könne, würde die Sozialdemokratie doch nicht befriedigen, denn daß man das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht einführen könne, sei klar. Herr Cohen gab zu, daß die Sozialdemokraten die Einführung des Reichstagswahlrechts auch eigentlich nicht erwarten könnten. Er denke bei Konzessionen auf diesem Gebiete auch nur an ein Pluralwahlrecht. Die Thronrede von 1908 habe von einer

²⁵⁹ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten der Reichskanzlei 1395/9 Fol. 28-30 – Rk. 4234/14 Aufzeichnung über die Unterredung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Cohen über die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei.

Fortentwicklung des jetzigen Wahlrechts gesprochen. Ich sagte Herrn Cohen, wenn die Sozialdemokratie ein Entgegenkommen der Regierung erwarte, so müsse aber auch die Sozialdemokratie sich stark verändern und sich mit unserer monarchischen Verfassung abfinden. Er meinte, theoretisch würde die Sozialdemokratie wohl republikanisch bleiben müssen. Ich sagte ihm, gewiß könne man sich ja in der Theorie darüber unterhalten, ob die republikanische oder monarchische Staatsform die bessere sei, aber in einem Staatswesen wie dem unsrigen, in dem die Armee eine so entscheidende Rolle spiele und auch für die Zukunft spielen müsse, lasse sich im politischen Leben diese Frage nicht so ganz kühl und theoretisch behandeln. Es sei für uns notwendig, daß das Volk ein persönliches Treuverhältnis zu seinem Monarchen habe. Wer sich darauf nicht einlassen wolle, würde immer eine Ausnahmestellung unter den Parteien einnehmen.

Herr Cohen bestritt das nicht und meinte, auch ihm schwebte eine Fortentwicklung der sozialdemokratischen Partei in monarchischer Richtung vor, wie sie schließlich auch die Fortschrittspartei durchgemacht habe. Solche Entwicklung sei nur nicht mit einem Schlage durchzuführen. Sie werde aber kommen, wenn die Regierung aus eigener Initiative Entgegenkommen zeige und nicht zu ungeduldig sei. Die Sozialdemokratie könne sich nicht so gleich ändern, so würde auch am communistischen Gedanken wohl festgehalten werden müssen. In letzterer Beziehung sei die Partei sogar ganz einig, wenn sie auch wisse, daß sich solche wirtschaftliche Umwälzung nur durch allmähliche Fortentwicklung erreichen lasse. Es komme jetzt alles darauf an, daß die Arbeit der Revisionisten nicht von vornherein erfolglos erscheine, weil man auf irgendein Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage nicht rechnen könne. Die Arbeit des rechten Flügels würde mit der größten Energie in der Fraktion und im ganzen Lande betrieben. Führend seien außer ihm besonders Südekum, David, Scheidemann.

Er könne sich nicht vorstellen, wie ein Mann, wie der jetzige Herr Reichskanzler, er mit so großem Ernst und mit so tiefer Gewissenhaftigkeit die Aufgaben seines Amtes erfasse, nicht auch den Wunsch haben sollte, die Massen der deutschen Arbeiter [211] für immer dem deutschen Staatsleben zu gewinnen, woran doch auch Bismarck immer gearbeitet habe. Ich sagte ihm, daß diese Aufgabe allerdings von dem Herrn Reichskanzler als eine sehr ernste betrachtet würde. Ich mußte aber wiederholen, daß die Sozialdemokratie, wenn sie zu ihrer Lösung beitragen wolle, sich selbst ändern müsse.

Herr Cohen meinte, der Revisionismus ginge in dieser Hinsicht so weit, daß er vor einer Spaltung der Partei keineswegs zurückscheuen würde. Im Übrigen könne er selbstverständlich von mir keinerlei Äußerung darüber verlangen, wie die Regierung sich die Wahlrechtsreform denke. Er würde auch von der Unterredung mit mir keinerlei Gebrauch machen und von ihr nur vertraulich zu seinen vorgenannten Fraktionsgenossen sprechen. Die Regierung müsse doch aber auch in Rücksicht auf etwa spätere Kriege, die dem jetzigen doch bald folgen könnten, daran liegen, die jetzige Einigkeit zu einer dauernden zu machen, denn wie unendlich wertvoll die Geschlossenheit des Volkes sei, zeige sich doch gerade während der jetzigen schweren Kämpfe an der Aisne. Wäre es anders, würden wir so dastehen, wenn der 4. August nicht so einmütige Beschlüsse gezeitigt, die Sozialdemokratie sich von den anderen Parteien abgetrennt hätte?

Ich erwiderte, darüber könne Niemand im Zweifel sein, daß es gerade für ein Volk wie das deutsche unendlich wichtig sei, daß es getragen werde von der Überzeugung der Notwendigkeit und Gerechtigkeit des Kampfes. Diese Überzeugung sei aber bei dem jetzigen Kriege so fest begründet, daß die Sozialdemokratie garnicht anders gekonnt habe, als die von ihr eingenommene Haltung – die ich im Übrigen sehr lobenswert fände – einzunehmen.

gez. Wahnschaffe

10. Karl Liebknecht vor den sozialdemokratischen Vertrauensleuten in Stuttgart

Von J. Walcher

In einer Sitzung der Leitung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgarts vom 18. September 1914 schlug Fritz Westmeyer vor, eine öffentliche Versammlung mit Karl Liebknecht als Referenten abzuhalten. Nach einem vom reformistischen Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs herausgegebenen, gegen die radikalen früheren „Tagwacht“-Redakteure Crispian, Hörnle, Walcher und die Stuttgarter Parteileitung gerichteten Pamphlet²⁶⁰ äußerte Fritz Westmeyer bei dieser Gelegenheit:

„Genossen, es muß eine Fahne aufgerichtet werden, um die sich unsere Mitglieder sammeln können. Stuttgart bedeutet in der Partei ein Programm. Wir sind in Stuttgart mehr als einmal vorangegangen. Wir brauchen nicht zu warten, bis uns andere Städte in dieser Richtung vorangehen. Genosse Liebknecht wäre bereit, über das Thema: ‚Gegen die Annexionshetze‘ zu sprechen.“

Der Vorschlag Westmeyers wurde angenommen. Der Landesvorstand wurde natürlich von einem seiner Gesinnungsgenossen sogleich von diesem Vorhaben der radikalen [212] Stuttgarter Parteileitung unterrichtet. Dies gab dem Vorsitzenden des Landesvorstandes Friedrich Fischer Veranlassung, am nächsten Tag durchs Telefon von der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ zu verlangen, „daß sie Beschlüsse und Publikationen von Parteiorganisationen, die geeignet seien, die Einmütigkeit der Partei in Württemberg zu stören, vor ihrer Veröffentlichung in der ‚Schwäbischen Tagwacht‘ dem Landesvorstand vorlege“²⁶¹ In diesem Zusammenhang sprach F. Fischer „dann noch von geplanten Unsinnigkeiten der Stuttgarter Parteiorganisation, die eine Versammlung gegen die Annexionshetze ausgeschrieben habe. Fischer meinte, Crispian (der von seiten der Redaktion das Telefongespräch führte) könne solche Unsinnigkeiten verhindern, wenn er nur wolle. Crispian erwiderte, was F. unsinnig erscheine, sei doch eine der höchsten Pflichten eines Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie müsse jede kapitalistische Eroberungspolitik und Unterdrückung fremder Völker bekämpfen“. Das Gespräch endete mit der Versicherung Fischers, er werde, einem Wunsche Crispiens entsprechend, dem Landesvorstand mitteilen, er solle sein Verlangen der Redaktion schriftlich unterbreiten. Eine solche Mitteilung ist dann aber nicht erfolgt.

Am nächsten Tag erschien in der Form einer Fußleiste auf der ersten Seite der „Schwäbischen Tagwacht“ folgende Anzeige:

„GEGEN DIE ANNEKTIONSHETZE!

Über dieses Thema spricht Reichstagsabgeordneter Karl Liebknecht am kommenden Montag, den 21. September, abends 8 Uhr in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgarts im Festsaal des Gewerkschaftshauses, Eßlingerstraße 19
Die Parteileitung. i. A. Westmeyer.“

Wegen dieser Anzeige führte der Landesvorstand am 21. September wieder eine der in diesen Wochen sehr häufigen Sitzungen mit der Redaktion durch, bei denen übrigens die Pressekommission, in der Stuttgarter Organisation ihre Vertretung hatte, systematisch ausgeschaltet wurde. Der Vorsitzende des Landesvorstandes teilte mit, „daß die Sitzung notwendig geworden sei wegen der Versammlung der Stuttgarter Partei-Organisation. Er, Fischer, sei von der Stadtdirektion vorgeladen worden, weil aus der Versammlungseinladung aus der ‚Tagwacht‘ nicht zu ersehen sei, wer die Versammlung veranstalten wolle. Die Einladung sei unterschrieben: Die

²⁶⁰ „Die Vorgänge in der ‚Schwäbischen Tagwacht‘ und ihre Ursachen. Herausgegeben vom Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs“, Stuttgart 1914, S. 12.

²⁶¹ „Im Kampfe um unsere Grundsätze. Tatsachenmaterial zum Gewaltstreich des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs“, herausgegeben von den Redakteuren Crispian, Hörnle, Walcher, S. 9.

Parteileitung. Dadurch habe man den Anschein erweckt, als habe der Landesvorstand die Versammlung einberufen und als handle es sich um eine Veranstaltung der Württembergischen Sozialdemokratie. Zwei Landesvorstandsmitglieder meinten, es sei eine Anmaßung der Stuttgarter Parteileitung, ein Versammlungsinserat mit Parteileitung zu unterzeichnen.“ Fischer führte weiter aus, „die Vorladung vor die Stadtdirektion sei ihm sehr unangenehm gewesen, um so mehr als er vorher mit Crispian darüber gesprochen habe, daß die ‚Tagwacht‘ nichts veröffentlichten solle, was geeignet sei, die Partei irgendwie festzulegen. [213] Auch dürfe die ‚Tagwacht‘ nicht in Gefahr gebracht werden. Er habe auf der Stadtdirektion erklärt, daß er mit der Versammlung ‚Gegen die Annexionshetze‘ nichts zu tun habe und ihm sei dann eröffnet worden, daß wir nichts tun dürften, was die Einigkeit des deutschen Volkes gefährden könnte. Die Redaktion sei verpflichtet, die ‚Tagwacht‘ im Sinn und Geist des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zu redigieren. Die Vereinbarung, nur zu referieren, gelte nicht mehr, sondern die Redaktion habe die Haltung der Reichstagsfraktion rückhaltslos zu verteidigen. Wenn die Redaktion sich nicht füge, dann werde der Landesvorstand eines seiner Mitglieder damit beauftragen, die Artikel und Notizen vor dem Druck der ‚Tagwacht‘ durchzusehen und alles zu streichen, was dem Landesvorstand nicht gefalle. Die Redaktion müsse auch auf die Existenzen der Personen Rücksicht nehmen, die im ‚Tagwacht‘-Unternehmen beschäftigt sind ... Keil vertrat seine alten Forderungen: Anpassung an die Volksstimmung und rückhaltlose Verteidigung der Reichstagsfraktion.“ (S. 9 und 10 in „Im Kampf um unsere Grundsätze“.)

Crispian antwortete darauf, „daß vom sozialdemokratischen Standpunkt aus weder etwas gegen die Veranstaltung der Versammlung noch gegen die Redaktion einzuwenden sei. Die Erörterungen über die Versammlung gehörten hier nicht her. Das gehe die Stuttgarter Organisation an, über die der Landesvorstand nicht zu Gericht sitzen könne, weil sie sozialdemokratisch gehandelt habe“ (a.a.O. S. 11.)

Am 21. September gab die Stuttgarter Parteileitung, wieder in Form einer Anzeige, bekannt, daß das Stellvertretende Generalkommando die geplante öffentliche Versammlung verboten habe und daß diese somit nicht stattfinden könne.

An Stelle der verbotenen öffentlichen Versammlung führte die Stuttgarter Parteileitung eine Tagung der Vertrauensmänner des Sozialdemokratischen Vereins durch. Den Vorsitz führte Fritz Westmeyer. In seinen einleitenden Worten befaßte er sich hauptsächlich mit der Haltung der Reichstagsfraktion. Er habe den Eindruck, daß sich die Reichstagsfraktion mit Freuden einseifen ließ. Wenn Reichstagsfraktion und Parteivorstand im Sinne der von allen deutschen Partei- und Gewerkschaftsvertretungen auf den internationalen Kongressen in Stuttgart, Kopenhagen und Basel einhellig gebilligten Beschlüsse eine revolutionäre Haltung zum Krieg eingenommen hätten, würde sich die Regierung, angesichts der Gefahren, die sich daraus für das von ihr repräsentierte System ergeben mußten, die Entfesselung des Krieges wohl noch einmal überlegt haben.

Dann sprach Karl Liebknecht. Er schilderte die Vorgänge, die sich am 3. August in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgespielt haben. Die vielgepriesene Einigkeit hat es in der Fraktion nicht gegeben. Vierzehn Genossen, darunter auch der Parteivorsitzende Hugo Haase, seien gegen die Bewilligung der Kriegskredite gewesen. Nach den mit einigem Vorbehalt aufzunehmenden Angaben des württembergischen Landesvorstandes führte Karl Liebknecht weiter aus: „Der Kampf sei in der Fraktion ein sehr heftiger gewesen. Eine so stürmische Sitzung habe die Fraktion noch nicht gehabt. Man habe sich beinahe geprügelt ... Ich bin, so führte er weiter aus, aus freien Stücken hierher gekommen, um hier und an anderen Orten mit den Parteigenossen Fühlung zu nehmen und für die Wiederaufrichtung der Internationale zu wirken. Die Arbeit, die nun zu leisten ist und zu der ich Sie auffordere, ist nicht leicht. Erschwert wird sie uns [214] besonders dadurch, daß wir uns in Opposition gegen die offizielle Parteiorganisation stellen müssen.“ (S. 15 der Landesvorstandsbroschüre.)

Der bestehende Kriegszustand machte eine öffentliche Berichterstattung über die halb illegale Vertrauensmännertagung unmöglich. So ist der Chronist im wesentlichen auf das angewiesen, was einzelnen Teilnehmern in der Erinnerung haften blieb. Wie auf alle, denen es vergönnt war, diese historische Veranstaltung mitzuerleben, hat sie auch auf den Verfasser dieser Schilderung einen tiefen, unvergänglichen Eindruck gemacht.

Nachdem Karl Liebknecht seinen Bericht über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion gegeben und die sich aus der vorhandenen Lage ergebenden Aufgaben aufgezeigt hatte, setzte eine lebhafte Diskussion ein. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, haben elf Redner, fast ausnahmslos Betriebsarbeiter, das Wort ergriffen. Zehn von ihnen haben sich prinzipiell mit der Kritik Liebknechts an der Haltung der Reichstagsfraktion einverstanden erklärt. In ihren Ausführungen kam die Erbitterung, aber auch der Schmerz über das allen Erwartungen Hohn sprechende Verhalten der Reichstagsfraktion zum Ausdruck. Für die große Mehrheit der Stuttgarter Sozialdemokraten bildeten seit Jahren die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale in der Kriegsfrage die Richtschnur ihres Handelns. Nun hatten sie erleben müssen, wie die Reichstagsfraktion der größten Partei der Sozialistischen Internationale – anstatt entsprechenden Beschlüssen der Internationale die durch den Krieg je länger desto mehr geschaffene Situation zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System auszunutzen – im Reichstag erklären ließ: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“ Die größte Empörung unter den radikalen Sozialdemokraten Württembergs hatte die berichtete Einstimmigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorgerufen. Bald nach der verhängnisvollen Abstimmung vom 4. August haben die Vertrauensleute der Stuttgarter Sozialdemokratie der Reichstagsfraktion mit 81 gegen 3 Stimmen ein Mißtrauensvotum ausgestellt.

Nachdem sie nunmehr erfahren hatten, daß sich in der Fraktionssitzung vierzehn Mitglieder gegen die Bewilligung der Kriegskredite erklärt hatten und daß Karl Liebknecht ebenso wie sie selber fest auf dem Boden der Beschlüsse der Sozialistischen Internationale stand, kritisierten sie sehr heftig, daß sich die Minderheit der Mehrheit gefügt und Fraktionsdisziplin geübt habe. Die Fraktionsmehrheit habe absolut kein Recht gehabt, von der Minderheit die Unterordnung unter ihren verräterischen Beschluß zu verlangen, denn sie habe den Beschlüssen der Internationale, denen doch auch die deutschen Sozialdemokraten ausnahmslos zugestimmt hätten, zuwider gehandelt.

Mit Nachdruck wurde erklärt, daß nicht die vierzehn Genossen der Minderheit, wenn sie am 4. August im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt hätten, die Disziplinbrecher gewesen wären, sondern daß es jene waren, die die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel mit Füßen traten. Die Genossen sprachen offen aus, es sei ihnen unverständlich, warum sich Liebknecht gefügt und weshalb er und die anderen nicht gegen die Kriegskredite gestimmt und so wenigstens in etwa die Ehre der deutschen Sozialdemokratie gerettet hätten. Nach ihrer Auffassung habe die Minderheit dadurch, daß sie in historischer Stunde versagte, eine schwere Schuld auf sich geladen und der Sache des Friedens und des revolutionären Sozialismus kaum wieder gut zu machenden Schaden zugefügt.

[215] Im Schlußwort erklärte Karl Liebknecht: Er sei nun seit dem 4. August fast ständig unterwegs und habe seitdem an vielen Orten in sozialdemokratischen Parteiversammlungen gesprochen. Überall sei ihm entgegengehalten worden, daß er zu radikal sei, daß er mit dem Kopf durch die Wand wolle und daß doch jeder Funktionär verpflichtet sei, sich der Mehrheit unterzuordnen. Hier in Stuttgart werde ihm nun zum erstenmal vorgeworfen, daß er nicht radikal und entschieden genug gewesen sei. Die hier geäußerten Worte hätten ihn im Innersten erschüttert und erfreut. Die Kritik an der Minderheit und an ihm persönlich sei völlig berechtigt. Zu seiner Entschuldigung könne er lediglich anführen, was sich im Reichstag ab-

gespielt habe. In der Fraktionssitzung sei die Bewilligung der Kriegskredite mit 78 gegen 14 Stimmen beschlossen worden. Diese 14 hätten dann in einer Sonderbesprechung ihn und Dr. Lensch beauftragt, zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes eine Erklärung auszuarbeiten. Es sei beabsichtigt gewesen, diese Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben. Als sich dann er und Lensch zusammengesetzt hätten, habe es sich herausgestellt, daß sie beide von ganz verschiedenen Überlegungen und Beweggründen²⁶² zur Ablehnung der Kriegskredite gekommen seien. Es habe sich als unmöglich erwiesen, einen gemeinsamen Standpunkt fest-[216]zulegen. Da ihnen weniger als eine halbe Stunde Zeit zur Verfügung gestanden habe, hätten die Auseinandersetzungen zwischen ihm und Lensch noch angedauert, als bereits das Signal für die Fortsetzung jener denkwürdigen Sitzung gegeben worden sei. Somit seien sie außerstande gewesen, den ablehnenden Standpunkt der Minderheit zu motivieren. Er fügte hinzu: „Ihr habt völlig Recht, wenn Ihr mir zum Vorwurf macht, daß ich es versäumt habe – wenn auch nur als Einzelner – mein Nein in den Sitzungssaal hineinzuschreien und so der ganzen Welt kund zu tun, daß das Gerede von der Einstimmigkeit des deutschen Reichstags und des deutschen Volkes eine Lüge ist. Ich habe mich eines schweren Fehlers schuldig gemacht, dessen Tragweite im Moment vielleicht noch nicht einmal voll zu ermessen ist. Es bleibt mir nur übrig, Euch zu versprechen, daß ich in Zukunft einen kompromißlosen Kampf gegen den wilhelminischen Krieg und die Kaisersozialisten führen werde.“

Soweit die seinerzeit von Karl Liebknecht selbst gegebene Darstellung, die mir deswegen noch so lebhaft in Erinnerung ist, daß ich wage, sie teilweise in direkter Rede wiederzugeben, weil sie erstens auf mich einen unauslöschlichen Eindruck machte und ich darauf in den inzwischen verflonnenen Jahrzehnten auch häufig Bezug genommen habe. Dabei fällt auf, daß Karl Liebknecht zur Frage der Fraktionsdisziplin keine Stellung nahm, obwohl diese in der Diskussion doch keine nebensächliche Rolle gespielt hat. Die Frage, ob es Karl Liebknecht aus Fraktionsdisziplin unterließ, am 4. August 1914 im Reichstag laut und vernehmlich gegen die Kriegskredite zu stimmen, oder ob die Abgabe einer die ablehnende Haltung begründenden Erklärung nur aus den von Liebknecht vor den Stuttgarter sozialdemokratischen Vertrauensleuten angeführten Gründen unterblieben ist, bleibt somit offen. Auf Grund des späteren Verhaltens der Minderheit, die bei der zweiten Kriegskreditbewilligung im Dezember

²⁶² *Dr. Paul Lensch als Gegner der Kriegskredite.* – Während Karl Liebknecht zum Krieg und seiner Finanzierung als internationaler, revolutionärer Sozialist Stellung nahm, stand der frühere Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und nachmalige Chefredakteur der großkapitalistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (DAZ) grundsätzlich auf demselben Boden eines beschränkten Nationalismus wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion. In einem von ihm herausgegebenen Buch: „Die Sozialdemokratie ihr Ende und ihr Glück“ (Verlag S. Hirzel, Leipzig 1916) gibt er den Entwurf einer Erklärung wieder, die nach seiner Ansicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August in Anknüpfung an die bisherige SPD-Politik der Ablehnung der Militärkredite und unter Berufung auf die Gebote der internationalen Solidarität zur Begründung der Verweigerung der Kriegskredite hätte abgeben können und sollen. Diese Erklärung endet mit folgenden Sätzen:

„Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes, die nunmehr bedroht ist, mit allen Kräften aufrecht zu erhalten, ist ein Ziel, das die deutsche Sozialdemokratie stets als unabweisbare Pflicht erkannt hat. Wir fordern nunmehr in schwerer Stunde unsere zu den Regimentern eilenden Parteigenossen auf, diese Pflicht zu erfüllen und wenn es sein muß, mit dem Tode zu besiegen“ (S. 63).

In dem Buch dieses eigenartigen Gegners der Kriegskreditbewilligung finden sich weiter Sätze wie die folgenden: „Die Partei hat am 4. August in ihrem dunklen Drange eine Entscheidung gefällt, die zwar taktisch gesehen nicht ohne Bedenken war und sich auch schwer an ihr gerächt hat, die aber dafür in dem höheren Sinne der weltgeschichtlichen Entwicklung um so richtiger war“ (S. 134).

„Die Sache der Demokratie und des Sozialismus ist unlösbar mit dem Geschick Deutschlands verbunden“ (S. 135). „Eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal zieht herauf: die sozialistische Gesellschaft, ihr Degen aber ist Deutschland“ (S. 175).

Nach diesen Proben wird man ihm uneingeschränkt beipflichten, wenn Lensch feststellt, daß durch eine Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in seinem Sinne „praktisch nicht das Geringste geändert worden wäre“ (S. 66). Daß es für Karl Liebknecht unmöglich war, sich mit diesem sonderbaren Revolutionär über die Motivierung einer Ablehnung der Kriegskredite zu verständigen, liegt auf der Hand. Daran hätte sich auch nichts geändert, wenn den beiden statt einer knappen halben Stunde eine ganze Woche zur Verfügung gestanden wäre.

1914 Karl Liebknecht und Otto Rühle allein öffentlich dagegen stimmen ließ, fällt es schwer, anzunehmen, daß die um Haase, Ledebour und Genossen am 4. August 1914 beabsichtigt haben sollten, dem Reichstag eine Motivierung ihrer ablehnenden Haltung zu unterbreiten. Gerade dies ergibt sich jedoch aus dem, was Karl Liebknecht vor den sozialdemokratischen Vertrauensleuten in Stuttgart ausgeführt hat.

11. Thesen Karl Liebknechts zur Vorbereitung für eine Plattform der Linken

Im folgenden geben wir Thesen bzw. Entwürfe zu Thesen wieder, die Karl Liebknecht in seiner Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg“ in dem Abschnitt „Vor und nach dem 2. Dezember 1914“ so erwähnt: „im November 1914 hatte ich eine ausführliche Darlegung („Thesen“) für ein Separatvotum ausgearbeitet, die ich den anderen 13 der Fraktionsminderheit vom August 1914 und einigen weiteren Fraktionsmitgliedern übersandte.“

Das erste Manuskript, „Thesen“ überschrieben, umfaßt fünf Schreibmaschinenseiten, die auf mindestens drei verschiedenen Schreibmaschinen geschrieben wurden.

Ihnen angeschlossen ist ein „Anhang“, der einen Entwurf für Thesen zum Wiederaufbau der internationalen enthält. In dem Schreibmaschinenmanuskript finden sich handschriftliche Verbesserungen Liebknechts.

Es ist wohl dieser Anhang, der in dem nachfolgend abgedruckten Manuskript ausgearbeitet worden ist. Dieses Manuskript stellt jedoch nur einen weiteren Entwurf dar.

[217] Zu einem noch anderen Entwurf, der uns unbekannt ist, liegen Bemerkungen vor, die wohl von Rosa Luxemburg stammen und die wir abschließend geben.

(Außerdem besitzen wir noch eine hier nicht wiedergegebene einzelne Seite eines weiteren Entwurfs, beginnend mit Punkt 8, in dem die Formulierung, die wohl Rosa Luxemburg vorschlägt, abgeändert aufgenommen ist.)

J. K.

THESEN

Einen Wesenszug des Imperialismus, dessen Hauptträger auf dem europäischen Festland Deutschland ist, bildet das wirtschaftliche und politische Expansionsstreben, das immer stärkere politische Spannungen erzeugt.

Mächtige Unternehmungen der deutschen Schwerindustrie blicken seit Jahren verlangend nach dem an Bodenschätzen und industriellen Anlagen reichen Belgien und Französisch-Lothringen. Bereits heute besitzen sie dort wertvolle Anlagen, deren Ausnützung und Ausbau ihnen durch Einverleibung dieser Gebiete in Deutschland ungemein erleichtert und gegen die französischen Abschließungstendenzen sichergestellt würde.

Kleinasien und Syrien, Brennpunkte der internationalen Kapitalkonkurrenz, gehören zu den bedeutsamsten Siedlungsgebieten für das stürmisch vordringende deutsche Finanzkapital. Hier liegt das Zentrum des imperialistischen Gegensatzes zwischen Deutschland und Rußland, hinter dem der englisch-russische Widerstreit zeitweilig zurücktritt.

Als Brücke zu den asiatischen Ausbeutungsgebieten, hat der Balkan für einen sehr einflußreichen Teil des deutschen Kapitals ein eigenes Interesse gewonnen. Auch die zunehmende Verknüpfung zwischen deutschem und österreichischem Kapital und die militärisch-politischen Gesichtspunkte des deutsch-österreichischen Zweibunds haben der Stellung Österreichs auf dem Balkan für die offizielle deutsche Politik beträchtliche Bedeutung verliehen.

Gewaltig ist die Begierde des deutschen Kapitals nach kolonialer Ausdehnung gewachsen, wobei der afrikanische Besitz Englands und Frankreichs im Vordergrund steht.

Die unter dem Vortritt Deutschlands vollzogene militaristische Entwicklung Europas, in der die Mächte einander in zunehmendem Tempo zu überflügeln suchten, hatte einen Grad erreicht, der einer Steigerung nicht mehr fähig schien. Zur Durchsetzung der immer gewaltigeren Rüstungsvorlagen wurde der Völkerhaß systematisch genährt. Die ins Ungemessene gewachsenen Heereslasten mußten auch in Deutschland schließlich teilweise den besitzenden Klassen auferlegt werden, die dadurch in wachsende Unruhe gerieten. Jede Anregung zur Verständigung über eine internationale Rüstungseinschränkung wurde vor allem von dem vorantreibenden deutschen Imperialismus abgelehnt.

Eine verhängnisvolle Rolle bei der Zuspitzung der Konflikte spielte das international versippte Rüstungskapital, das im Zeichen des bewaffneten Friedens glänzend gediehen war, das bei einem Krieg ohne Rücksicht auf den Ausgang goldene Ernte erwarten durfte, und dessen deutsche Hauptunternehmungen zudem in Belgien und Französisch-Lothringen lebhaft interessiert sind.

[218] Der Militarismus erzeugte aus sich selbst noch andere mächtige Kriegsinteressenten, eine Offizierskamarilla, die besonders in Deutschland ungeniert auf einen kriegerischen Konflikt hinarbeitete und selbstherrlich ihre Nebenregierung etablierte.

Die innerpolitischen Zustände hatten infolge der Zuspitzung der nationalen und vor allem der Klassengegensätze für die herrschenden Klassen ein immer bedenklicheres Gesicht angenommen. In Deutschland entlockte ihnen das rapide Wachstum der Sozialdemokratie, die ihren politischen und wirtschaftlichen Besitzstand bedrohte, bereits vor einem halben Jahrzehnt den Ruf nach einem Kriege als dem einzigen Mittel zur Vernichtung der Arbeiterbewegung.

Die kapitalistischen und militaristischen Kriegsinteressenten, deren Ziele sich freilich keineswegs decken, bildeten in Deutschland eine von Jahr zu Jahr mehr hervortretende Kriegspartei unter dem Protektorat des deutschen Kronprinzen, der sie wiederholt in unverhohlener Fronde gegen die offiziellen Vertreter des deutschen Reichs demonstrativ anfeuerte.

Diesen Treibereien, für die es auch in den übrigen Staaten vielfach Gegenstücke gibt, wurde in Deutschland Vorschub geleistet durch halbabsolutistische Verfassungszustände, die die Entscheidung über Kriegsbund Frieden* dem Einfluß der breiten Masse entzogen und in der auswärtigen Politik ein durch keine Kontrolle des Volkes begrenztes, um so mehr aber den Einwirkungen der herrschenden Klassen unterworfenen persönliches Regiment ermöglichten.

Die Geheimdiplomatie, die Politik der Geheimverträge bedrohte seit langem den Frieden.

So zweifellos auch breite Kreise der nichtproletarischen Bevölkerung ein starkes und steigendes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens besaßen, ihr Haß gegen das Proletariat, ihre Angst vor ihm, lähmte ihren Widerstand gegen das persönliche Regiment und warf sie stets aufs neue dem Militarismus in die Arme, in dem sie ihren zuverlässigen Schutzherrn im Klassenkampf gegen die anschwellende revolutionäre Flut anbeteten.

Die schwächlichen Verständigungsversuche der kapitalistischen Regierungen, die zeitweilig einen friedlichen Ausgleich wichtiger kapitalistischer Gegensätze ins Bereich der Möglichkeit zu rücken schienen, erlitten kläglich Schiffbruch.

Alle jene Gefahren hat die Sozialdemokratie seit jeher erkannt, gekennzeichnet und in internationaler Zusammenarbeit bekämpft. Ihre Bemühungen vermochten den Ausbruch des Krieges nicht zu hindern.

Die Einzelheiten der Vorgeschichte des Krieges wird die Zukunft enthüllen. Die Grundzüge stehen schon heute fest. Wir haben unsere Auffassung darüber nicht vom 29. Juli bis zum 1. August 1914 umgestürzt.

* Wohl verschrieben für: Krieg und Frieden – J. K.

Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg reinsten Wassers, und zwar vor allem auf deutscher Seite mit dem von mächtigsten Kreisen beharrlich verfolgten Ziel von Eroberungen großen Stils. Es handelt sich – vom Gesichtspunkt des Wettrüstens aus – bestenfalls um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam hervorgerufenen Präventivkrieg, zu dem die Gelegenheit günstig erschien, als die [219] große Wehrvorlage verabschiedet und ein technischer Vorsprung gewonnen war. Das Attentat von Sarajewo wurde als demagogischer Vorwand ausersehen. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war der Krieg. Alle späteren Friedensbemühungen waren nur Dekoration und diplomatische Winkelzüge, gleichviel ob sie von einzelnen Mitwirkenden Ernst gemeint waren oder nicht.

Der Krieg wurde in Deutschland in einer Weise inszeniert, die die schärfste Verurteilung herausfordert. Eine überaus raffinierte Regie setzte ein, die unter rücksichtsloser Ausnutzung des amtlichen Apparats die öffentliche Meinung beeinflusste, verwirrte, aufpeitschte. Das deutsche Volk wurde durch ein sentimentales Friedenskaiserspiel dupiert. Der Belagerungszustand folgte. Die verfassungsmäßigen Grundrechte wurden aufgehoben, jede Kritik gewaltsam und unnachsichtlich unterdrückt. Russische Invasionen und französische Angriffe wurden vorgespielt. Den unsinnigsten Gerüchten ließ die Regierung freien Lauf. Halbamtlich und amtlich wurde eine schnöde Ausländerhetze betrieben und eine wilde Spionenfurcht entfesselt, die Mißhandlungen harmloser Menschen, wirklicher oder vermeintlicher Ausländer veranlaßten. Die Militärgewalt scheute nicht zurück vor der Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten – des Dänen Hansen. Unter dem Schrecken des hereingebrochenen Weltkrieges und dem Druck der Militärdiktatur wurde der Anschein einer vollständigen Einmütigkeit des deutschen Volkes vorgegaukelt.

Die Verletzung der Luxemburgischen Neutralität wurde verschleiert; die diplomatische Vorbereitung des Überfalls auf das neutrale Belgien – einschließlich des Ultimatus – wurde dem deutschen Volk und dem Reichstag über den 4. August hinaus verschwiegen. Unter solchen Umständen kamen die Beschlüsse des Reichstags vom 4. August zustande.

Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg, sondern ein kapitalistischer Angriffs- und Eroberungskrieg. Er ist kein Krieg für eine höhere „Kultur“, die größten Staaten gleicher „Kultur“ bekämpfen einander und zwar gerade, weil sie Staaten der gleichen d. h. der kapitalistischen „Kultur“ sind.

Unter Anrufung des Gottes der Nächstenliebe wird Zerstörung und Vernichtung über die Erde getragen, so der barbarische Kern der kapitalistischen Gesellschaft enthüllt und alles Gerede von Kultur und Christlichkeit dem Gespött ausgeliefert. „Christliche“ Regierungen entfesseln den „heiligen Krieg“ des Islam gegen die Christenheit und begeistern sich an ihm.

Unter der trügerischen Flagge eines Nationalitäten- und Rassekrieges wird ein Krieg geführt, bei dem in beiden Lagern das bunteste Nationalitäten- und Rassengemisch aufgeboten ist.

Die Parole „gegen den Zarismus“ diente nur dem Zweck, die edelsten Instinkte des deutschen Volkes für den Kriegszweck, für den Völkerhaß zu mobilisieren, nicht aber einem Befreiungsfeldzug für das russische Volk, oder die Fremdvölker Rußlands. Deutsches Kapital hat Rußlands Rüstungen auf ihre jetzige Höhe gebracht. Deutschland hat die äußere Politik Rußlands in wichtigsten Momenten unterstützt; noch 1910 lieferte die Potsdamer Entrevue Persien, auf dessen Erhebung die deutschen Staatsmänner heute sehnsuchtsvoll harren, an Rußland und England auf Halbpant aus. Kein Staat der Welt [220] hat das zarische Schreckensregiment gegen das geknechtete russische Volk so gestützt wie Deutschland. Deutschland ist der Mitschuldige des Zarismus bis zum heutigen Tage. Die deutsche Regierung stand bereit selbst zur militärischen Hilfe für den Blutzaren gegen die große russische Revolution. Deutschland, in dem die Masse des Volkes wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt,

rechtlos ist, wo fremde Nationalitäten durch Ausnahmegesetze drangsaliert werden, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen Volkes muß dessen eigene Sache sein; die Befreierrolle Deutschlands wird von ihm voll Mißtrauen abgelehnt.

In der inneren Politik wurde sofort nach Kriegsausbruch unter Verhängung des Belagerungszustandes mit den äußersten Mitteln der Unterdrückung vorgegangen. Scheinbare Erleichterungen, die man der Arbeiterbewegung zuteil werden ließ, sind nur die Kehrseite ihrer Wehrlosmachung und verfolgen den Zweck, sie in den Dienst des Militarismus zu stellen. Die Parteien wurden für aufgehoben erklärt – die politische Unterdrückung, Wahlunrecht und Ausnahmegesetz blieben bestehen, nicht einmal die Schande des preußischen Dreiklassenwahlrechts ist ausgetilgt. Vom Klassenkampf zu sprechen, wurde verboten – die Klassengegensätze blieben bestehen. Der Befreiungskampf des Proletariats wurde entwaffnet, – an der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung wurde nichts geändert. Der höchst einseitige Burgfriede, den man verkündete, ist nichts als eine stilistische Umschreibung der Worte Belagerungszustand und politische Kirchhofsruhe. Das Postulat, es gibt keine Parteien mehr, bedeutet nur: Anerkennung des Proletariats als gleichberechtigtes Kanonenfutter. Was können wir von denen erwarten, die nicht einmal in diesen Tagen sich auf ihre politische und soziale Pflicht gegenüber der Masse des Volkes besonnen haben.

Zur Steuerung der außerordentlichen Not, die große Teile der Bevölkerung heimgesucht hat, ist nichts Hinreichendes geschehen. Die Versorgung der Angehörigen der Soldaten ist unzulänglich, nicht minder die Arbeitslosenfürsorge. Der Mieternot muß abgeholfen werden. Die staatliche Organisation der Lebensmittelversorgung läßt alles zu wünschen übrig; die Steigerung der Lebensmittelpreise heischt eine solche Organisation gebieterisch. Diese Steigerung muß bei Bemessung der Unterstützungssätze berücksichtigt werden. Für angemessene Unterkunft, Heizung und Beleuchtung muß gesorgt werden. Die bevorstehenden Wintermonate werden das deutsche Volk auf die schwerste Probe stellen, entschlossenes Eingreifen ist unverzüglich geboten, ohne Rücksicht auf den Widerspruch gewisser Interessentenkreise, die diese Zeit der Not für ihren persönlichen Vorteil auszunützen suchen.

Die Art der Kriegführung fordert unsern leidenschaftlichen Widerspruch heraus.

Die Proklamation des Grundsatzes „Not kennt kein Gebot“ entzieht allem Völkerrecht den Boden.

Die Mißachtung der belgischen Neutralität kann durch nichts entschuldigt werden. Wir erheben schärfsten Protest gegen diesen Bruch feierlicher Verträge, gegen den Überfall auf ein friedliches Volk. Mißlungen sind alle Versuche, diese grobe Vergewaltigung nachträglich durch frühere Maßnahmen der belgischen Regierung zu rechtfertigen, die zur Sicherung der Neutralität gegen den bereits bekannten Plan eines deutschen Durchmarsches dienten.

[221] Wir verdammen die grausame Behandlung der Zivilbevölkerung auf den Kriegsschauplätzen und zwar nicht nur in Feindesland, sondern auch in deutschen Gebieten. Wenn sich die Zivilbevölkerung, wie es allenthalben geschieht, in einzelnen Fällen am Kampf beteiligt, so sind das zumeist Akte der Verzweiflung, in Unkenntnis der völkerrechtlichen Vorschriften verübt. Ihre moralische Verfemung ist voll Heuchelei. Die summarische Entscheidung über die ungeheuren Repressalien dagegen ist verhängnisvollen Irrtümern unterworfen. Zahlreiche Unschuldige haben dabei in grauenhafter Weise mitbüßen müssen. Die Verwüstung und Einäscherung ganzer Ortschaften, die Niedermetzelung Wehrloser ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, die unter Anwendung abscheulicher Mittel vielfach erfolgt ist, die Methode, Unbeteiligte als Geißeln zu nehmen und zu exekutieren, nötigt zur schwersten Anklage. Die gleiche Schuld der Armeen anderer Länder bildet keine Entlastung.

Jeder Versuch einer Humanisierung der Kriegsgreuel hat sich als ein greller Widerspruch in sich selbst offenbart. Die Genfer Konvention ist zu einem Kindergespött geworden, die

Menschheit rebarbarisiert. Zur Verschärfung des Völkerhasses werden die wildesten Gerüchte über angebliche feindliche „greuel“ ausgeschlachtet, die sich die kriegführenden Parteien gegenseitig vorwerfen. Wir machen der Regierung den Vorwurf, daß sie diese fortgesetzte Aufstachelung der öffentlichen Meinung duldet.

Lebhaft bedauern wir die Mißstände, die die Versorgung der Kriegsgefangenen noch in allen Ländern, Deutschland nicht ausgenommen, aufweist. Wir fordern, daß die Regierung energisch und ohne Verzug für Unterbringung in gesunden und reinlichen Räumen, die heizbar und angemessen zu erwärmen sind, für gehörige Lagerstätten und Kleidung, Wäsche und Waschgelegenheit, für ausreichende Ernährung und gute Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen sorgt und scharfe Kontrolle übt. Den Gefangenen ist nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu gewähren. Wir setzen als selbstverständlich voraus, daß in den übrigen kriegführenden Staaten gleiche Vorsorge getroffen wird und erwarten eine schleunige Verständigung darüber, in der die Kontrolle den neutralen Staaten zu übertragen ist und ein Schiedsverfahren vorgesehen werden muß. Wir lehnen es als den Grundsätzen der Menschlichkeit zuwiderlaufend ab, an den wehrlosen feindlichen Gefangenen Vergeltung für etwaige Sünden anderer Staaten zu üben. In Friedenszeiten hat sich die deutsche Regierung durch Mißhandlungen deutscher Reichsangehöriger in Rußland niemals in ihrer Konnivenz gegenüber dem Zarismus stören lassen.

Tief zu beklagen ist die Art, in der die zivilen Angehörigen der feindlichen Staaten vielfach behandelt worden sind und noch behandelt werden. Auch in Deutschland lag hier in den ersten Kriegswochen vieles im argen. Wir anerkennen, daß sich später die deutschen Behörden bemüht haben, menschliche Grundsätze durchzuführen. Wir bedauern, daß sie in den letzten Wochen infolge einer reaktionären Hetze zur Anwendung des durchaus abzulehnenden Vergeltungsprinzips geschritten sind. Wir erwarten auch hier eine unverzügliche internationale Regelung im Geiste der Humanität.

Nach den Erklärungen, die die Regierung bis zum 4. August d. J. abgab, sollen keine Eroberungen gemacht werden. Die Zwischenzeit hat auch den Vertrauensseligsten gelehrt, was von diesen Erklärungen zu halten ist. Eine unverfrorene Annexionshetze wird geduldet, wenn nicht indirekt gefördert, während ihre Bekämpfung unter Vorwänden [222] rücksichtslos und konsequent verhindert wird. Die offiziell kundgegebene Formel vom gesicherten Frieden ist deutlich im Sinne der Annexionspolitik zu verstehen.

Wir lehnen jede Annexion grundsätzlich und entschieden ab, da sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt und nur kapitalistischen Interessen dient. Die Zukunft der breiten Masse des deutschen Volkes in einem deutschen Weltreich nach englischem Muster zeigt sich in der heutigen sozialen Lage der englischen Bevölkerung. Jede Annexion bedeutet eine Vermehrung der innerpolitischen Schwierigkeiten. Jeder Friede, mit Eroberungen würde, weit davon entfernt, eine Friedenssicherung zu sein, vielmehr eine Ara des verschärften Wettrüstens einleiten und einen neuen Krieg im Schoße tragen. Pflicht eines jeden Sozialdemokraten ist es, mit allem Nachdruck gegen diese Pläne anzukämpfen.

Wir empfinden mit den Söhnen des Volkes, die im Felde übermenschliches an Tapferkeit, Entbehrung, Aufopferung leisten. Wir empfinden mit ihnen als mit unserem eigenen Fleisch und Blut, für das wir, wenn die Zeit kommen wird, unerbittlich Rechenschaft fordern werden. Um so mehr aber verwerfen wir diesen Krieg; um so mehr gebietet uns die Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und der ganzen Menschheit, die Pflicht gegenüber dem internationalen Proletariat, das trotz alledem unlöslich zusammengehört, mit allen unseren Kräften der Völkerzerfleischung entgegenzuwirken.

Dem Regierungsprogramm einer Fortsetzung des Krieges bis zu einem durch Eroberung gesicherten Frieden stellen wir entgegen die Forderung eines schleunigen für keines der Länder

demütigenden Friedens. Wir begrüßen die Friedensbemühungen der neutralen Mächte und danken unseren Freunden in den neutralen Staaten für ihre wertvolle Initiative. Ein ablehnendes Verhalten Deutschlands würde nur den Zielen der Annexionspolitik dienen und dem an langer Kriegsdauer interessierten Rüstungskapital entgegenkommen, dessen Vaterlandslosigkeit vor wenigen Wochen inmitten des Kriegs öffentlich amtlich gebrandmarkt werden mußte. Wir verlangen, daß die deutsche Regierung den Anregungen der Neutralen bereitwillig folgt sowie wir ein gleiches von den anderen Staaten erwarten.

Wir warnen die Regierungen und die herrschenden Klassen aller kriegführenden Länder vor der Fortsetzung des blutigen Gemetzels. Wir rufen das deutsche Volk und die Völker der anderen kriegführenden Staaten auf, sich zu erheben gegen den Wahnsinn; in dem sie ihr bestes Blut für ihre Ausbeuter und Unterdrücker verspritzen. Im Namen der Ausgebeuteten und Entrechteten fordern wir ein Ende dem Völkermord. Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Proletarier im Felde erklären werden, wir schießen nicht mehr aufeinander! Wo sie sich über die blutgetränkten Schlachtfelder die Hände reichen und die Macht des mordgebietenden Militarismus an dem Felsen der internationalen Brüderlichkeit zerschellt.

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen Neutralität, gegen die Unmenschlichkeit der Kriegführung, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die herrschenden Klassen auch und gerade jetzt schuldig machen, lehnen wir die geforderten Kredite ab. [223]

Anhang²⁶³

gemeinsam

Die einfachen Thesen, auf die allein die Internationale wieder aufgebaut werden kann und die ein dauerndes Fundament für sie abgeben können, sind:

1. Es kann heute, in der Ära der imperialistischen Weltpolitik, die das politische Leben und die Geschicke aller Staaten beherrscht, keine wirklichen nationalen Kriege mehr geben. Jeder Krieg ist heute in seinem Wesen ein imperialistischer Krieg im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung, der herrschenden Dynastien und der Reaktion (am Rand dieses Absatzes von K. L. vermerkt: *bonapartistisch*).

2. Die – *nur unter außergewöhnlichen Umständen in Frage kommende* – Verteidigung des Vaterlandes kann einzig durch Einführung der Miliz an Stelle der stehenden Heere, durch Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden also auch über Beendigung des Krieges und Bedingungen des Friedens, endlich durch sofortige Abschaffung aller politischen Entrechtung und Privilegien und durch Unantastbarkeit der verfassungsmäßigen Freiheit im Lande gesichert werden. Nur unter diesen Bedingungen kann die Partei des Proletariats die Verteidigung des Landes übernehmen und unterstützen.

3. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist jeder Krieg, gleichviel welches sein Anlaß und mit wessen Sieg oder Niederlage er endet, ein ~~Verbrechen~~ *Attentat* gegen die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern und seine Unterstützung ein Verrat an diesen Interessen.

4. Der Klassenkampf im Innern der kapitalistischen Staaten wie die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder sind das Lebensprinzip des Sozialismus und der proletarischen Politik. Sie wirken gleich stark im Frieden wie im Kriege und können nicht im Kriege suspen-

²⁶³ Die handschriftlichen Bemerkungen Liebknechts sind kursiv gesetzt.

diert werden. Der sogenannte „Burgfrieden“ ist eine Falle, die dem Proletariat von den herrschenden Klassen gestellt wird, um es zum ~~passiven~~ *aktiven* Werkzeug ihrer Politik zu machen.

5. Die Lebensinteressen des Proletariats in allen Ländern sind gleich und gemeinsam. Sie erfordern, daß die Proletarier aller Länder durch kraftvollste Entfaltung des Klassenkampfes ihre Anstrengungen vereinigen, um die barbarische Menschen-schlächterei sobald als möglich zu beenden und den kriegführenden Regierungen ihren gemeinsamen Friedenswillen aufzuzwingen.

*

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinandergeführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen in den wichtigsten Ländern der kapitalistischen Entwicklung an das Schiff des Imperialismus gekettet hat. [224]

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamierung des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit der einen Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlaßt und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Furien, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mitübernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande innerhalb der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen in Staats- und Wirtschaftsleben. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treu geblieben sind: in Rußland, Serbien und Italien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgegeben und ihn auf die Zeit nach dem Kriege verschoben, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung, noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und das Monopol in der Aussaugung und Auspowerung der letzten Reste der noch nicht vom Kapital beherrschten Welt. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Dämpfungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorsproßen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige der herrschenden Klassen in den Großstaaten und ihrer Koalitionen sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Großmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug mißbraucht, um nach dem Kriege auf dem Altar der kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Siege eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang – ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats – zur Stärkung des Militarismus und Marinismus, der imperialistischen Appetite, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten, der kapitalistischen Ausbeutung und der Reaktion im Innern (der Agrarier, der Scharfmacher, der Kartellindustrien, des Klerikalismus, des Chauvinismus, des Monarchismus), zur Schwächung der öffentlichen Kontrolle und zur Herabdrückung der Parlamente zu gehorsamen Werkzeugen des Militarismus in allen Ländern. Der heutige Weltkrieg arbeitet so letzten Endes nur auf einen erneuten Ausbruch des [225] Krieges nach kürzerer oder längerer Friedenspause hin. Er führt zur intensiven Verschärfung der Klassegegensätze und gibt dem Klassenkampf in allen Sphären der inneren und äußeren Politik gewaltigen Antrieb.

8. Der Weltfriede kann weder durch internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, noch durch diplomatische Abmachungen über „Abrüstung“, über die sog. „Freiheit der Meere“, noch durch „europäische Staatenbunde“, „mitteleuropäische Zollvereine“, nationale Pufferstaaten und dergleichen utopische oder in ihrem Grunde reaktionäre Projekte gesichert werden. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen, solange die kapitalistischen Klassen ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel zu ihrer Hemmung und schließlichen Beseitigung und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die Macht, der revolutionäre Wille und die politische Aktionsfähigkeit des internationalen Proletariats.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder, und gegen ihn muß der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Kriege in erster Linie konzentriert werden. Der Kampf gegen den Imperialismus ist für das intern. Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Losung: „Krieg dem Kriege“ unter Aufbietung der vollen Kraft und des äußersten Opfermuts zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege, zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, den zu bilden es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die 2. Internationale ist durch den Krieg gesprengt worden. Die Unzulänglichkeit ihrer Organisation hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationale auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik, ist es eine Lebensfrage des Sozialismus, daß eine neue Arbeiter-Internationale geschaffen wird, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muß, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

1) Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Le-

bensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Be-[226]freiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

2) Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muß im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muß dem Zwecke untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren, sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

3) In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Bedingung für die Zugehörigkeit ist das lebendige Bekenntnis zu diesen Grundsätzen und die unzweideutige Bereitschaft zu ihrer Befolgung durch die Tat. Die Internationale entscheidet über die Taktik der nationalen Sektionen im Frieden in bezug auf Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, Handelspolitik, Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhalten- de Taktik.

4) Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die den Beschlüssen der Internationale zuwiderhandeln, stellen sich dadurch außerhalb des intern. Proletariats und entbinden ihre Mitglieder von allen Verpflichtungen ihnen gegenüber.

5) In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompakten Massen des Proletariats aller Länder in die Waagschale geworfen werden. Die erste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, um die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale.

6) Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu erziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktionen zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß durch ihre Vermittlung jederzeit die rascheste und wirksamste Cooperation aller Sektionen gewährleistet und so der Wille der Internationale zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

*

[227] 1. Die Zusätze zu 7 und zu 3 kann ich leider nicht akzeptieren und zwar genau aus denselben Gründen, die ich gegen die frühere ausführlichere Fassung angegeben hatte: der Zusatz zu 7 biegt plötzlich logisch den Gedanken nach einer ganz anderen Seite ab als beabsichtigt. Die Einhaltung zu 3) ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß ihre besondere Hervorhebung schon etwas nach dem feierlichen Gelübde bei der Aufnahme in den Freimaurerorden aussieht.

2. In der von Karl vorgeschlagenen Fassung zu Punkt 8 (die ich akzeptiert habe), gefiel mir gleich die „Hemmung“ nicht, die etwas zweideutig aussieht; ich fand bloß bei der Hetze, in

der ich damals schrieb, keinen passenderen Ausdruck. Jetzt habe ich eine Fassung, die mich befriedigt und Karls Absicht zugleich zum Ausdruck bringt. Ich bitte also Punkt 8 nunmehr definitiv so zu formulieren:

„Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen, solange der Kapitalismus herrscht. Das einzige Mittel, um ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, die einzige Sicherung des Weltfriedens ist der revolutionäre Wille und die politische Aktionsfähigkeit des internationalen Proletariats.“

3. Karl soll ja nicht vergessen (was er sicher vergessen hat), daß die Thesen vor einem breiten Kreis, nicht bloß von uns zwei, sondern von der Gruppe der „Intern.“ vorgelegt und à tout prix verfochten werden sollen. Karl muß also die Änderungen jetzt gleich Franz vorlegen (wenn er's noch nicht getan).

12. Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag

Von W. I. Lenin²⁶⁴

In der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Konferenz im Haag glaube ich, daß die größte Schwierigkeit in der Überwindung des Vorurteils besteht, daß diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei.

„Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution!“ so sprechen gewöhnlich alle die angesehensten Reformistenführer zur Arbeiterklasse. Und sehr häufig befriedigt und beruhigt der Scheinradikalismus dieser Antworten die Arbeiter, Genossenschaftler und Bauern.

Vielleicht würde das richtigste Verfahren darin bestehen, daß man mit der schärfsten Widerlegung einer derartigen Ansicht den Anfang macht, daß man erklärt: Besonders gegenwärtig, nach dem unlängst beendeten Krieg, können nur die dümmsten oder hoffnungslos verlogene Leute versichern, daß eine derartige Antwort auf die Frage nach dem Kampf gegen den Krieg etwas taue – daß man erklärt: Auf den Krieg mit dem Streik „antworten“ ist unmöglich, genauso wie es unmöglich ist, auf den Krieg mit der Revolution im einfachsten und buchstäblichen Sinne dieser Ausdrücke „zu antworten“.

Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: Wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.

[228] Man muß den Leuten immer und immer wieder mit aller Konkretheit erläutern, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten.

Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstandes klarlegen, daß die „Vaterlandsverteidigung“ zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.

Deshalb erstens Erläuterung der Frage der „Vaterlandsverteidigung“; zweitens, im Zusammenhang damit, Erläuterung der Frage des „Defätismus“, und schließlich Erläuterung der einzig möglichen Kampfweise gegen den Krieg, nämlich Aufrechterhaltung und Bildung einer illegalen Organisation zur *langwährenden* Antikriegsarbeit aller am Krieg teilnehmenden Revolutionäre – das alles muß in den Vordergrund gerückt werden.

Boykottierung des Krieges ist eine dumme Phrase. Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.

²⁶⁴ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. II, Berlin 1952, S. 978 ff. [Werke. Bd. 33, S. 433-437]

Wünschenswert ist, daß an Beispielen, sei es auch nur aus der deutschen Vorkriegsliteratur und im besonderen an Beispielen des Baseler Kongresses von 1912, mit besonderer Konkretheit gezeigt wird, daß die theoretische Anerkennung, daß der Krieg ein Verbrechen, daß der Krieg für den Sozialisten unzulässig ist usw., sich als leerer Wortschwall erweist, weil eine derartige Fragestellung keinerlei Konkretheit enthält. Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird. Die herrschende Presse dagegen vertuscht diese Frage alltäglich in einer unermeßlichen Zahl von Exemplaren und verbreitet über sie solche Lügen, daß die schwache sozialistische Presse dagegen völlig machtlos ist, um so mehr als sie auch in Friedenszeiten in diesem Punkt grundfalsche Ansichten vertritt. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder wahrscheinlich ebenfalls blamieren.

Ich denke, unsere Delegierten auf dem internationalen Kongreß der Genossenschaftler und Trade-Union-Leute sollen die Aufgaben unter sich teilen und alle die Sophismen, mit denen man den Krieg in gegenwärtiger Zeit zu rechtfertigen pflegt, mit der detailliertesten Ausführlichkeit zergliedern.

Vielleicht besteht das hauptsächlichste Mittel zur Hineinziehung der Massen in den Krieg gerade in den Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und besteht der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegen den Krieg erklärt, darin, daß wir entweder diese Sophismen nicht im vorhinein zergliedern oder, mehr noch, daß wir sie mit der billigen, prahlerischen und gänzlich hohlen Phrase abtun, wir würden den Krieg nicht zulassen, wir verstünden vollkommen den verbrecherischen Charakter des Krieges usw. im Geiste des Baseler Manifestes von 1912.

Mir scheint, wenn wir auf der Haager Konferenz einige Leute haben werden, die fähig sind, in dieser oder jener Sprache eine Rede gegen den Krieg zu halten, so wird das allerwichtigste die Widerlegung der Meinung sein, als seien die Anwesenden Gegner des Krieges, als verstünden sie, wie der Krieg im allerunerwartetsten Augenblick über sie hereinbrechen kann und muß, als begriffen sie irgend etwas von der Art und Weise des Kampfes gegen den Krieg, als wären sie irgendwie imstande, einen vernünftigen und zum Ziel führenden Weg im Kampf gegen den Krieg einzuschlagen.

[229] Angesichts der unlängst mit dem Krieg gemachten Erfahrung müssen wir klarmachen, welch eine Masse von sowohl theoretischen wie praktischen Fragen am Tage nach der Kriegserklärung auftauchen wird, wobei der gewaltigen Mehrzahl der zum Heer Einberufenen jede Möglichkeit genommen sein wird, zu diesen Fragen mit einigermaßen klarem Kopf und mit einigermaßen gewissenhafter Unvoreingenommenheit Stellung zu nehmen.

Ich glaube, daß man diese Frage mit außergewöhnlicher Ausführlichkeit klarstellen muß, und zwar in doppelter Weise:

Erstens in der Weise, daß man schildert und analysiert, was während des vorigen Krieges gewesen ist, und allen Anwesenden erklärt, daß sie das nicht wissen oder daß sie sich stellen, als ob sie es wüßten, daß sie aber in Wirklichkeit die Augen verschließen gegenüber dem, was den eigentlichen Kernpunkt der Frage bildet, ohne dessen Kenntnis von keinem Kampf gegen den Krieg die Rede sein kann. Zu diesem Punkt glaube ich, ist eine Untersuchung all der Schattierungen, all der Ansichten nötig, die damals in bezug auf den Krieg unter den russischen Sozialisten aufgetreten sind. Man muß beweisen, daß diese Schattierungen nicht zufällig aufgetreten, sondern durch die eigentliche Natur der modernen Kriege überhaupt ins Leben gerufen worden sind. Man muß beweisen, daß ohne eine Analyse dieser Ansichten und ohne Klarstellung der Art und Weise, wie sie unvermeidlich entstehen und wie sie für das Problem des Kampfes gegen den Krieg entscheidende Bedeutung haben – daß ohne eine

solche Analyse von einer Vorbereitung auf den Krieg und sogar von einer bewußten Stellungnahme zu ihm keine Rede sein kann.

Zweitens muß man die gegenwärtigen Konflikte, und seien es die allergeringfügigsten, als Beispiele nehmen und an ihrem Beispiel klarstellen, wie der Krieg jeden Tag ausbrechen kann wegen eines Streites zwischen England und Frankreich um irgendeine Einzelheit des Vertrages mit der Türkei oder zwischen Amerika und Japan wegen einer bedeutungslosen Meinungsverschiedenheit über eine beliebige den Stillen Ozean betreffende Frage oder zwischen beliebigen Großmächten wegen kolonialer Streitigkeiten oder wegen Streitigkeiten über ihre Zollpolitik oder überhaupt über ihre Handelspolitik usw. usf. Mir will scheinen: Falls sich der geringste Zweifel daran ergeben sollte, daß wir die Möglichkeit haben werden, im Haag unsere Rede gegen den Krieg völlig frei und vollständig vorzutragen, so wird man eine Anzahl von Kniffen zu dem Zweck ausdenken müssen, wenigstens doch die Hauptsache zu sagen, und man wird dann das, was man nicht bis zu Ende hat aussprechen können, in einer Broschüre veröffentlichen müssen. Man muß es darauf ankommen lassen, daß der Vorsitzende die Rede unterbricht.

Ich denke, daß zu demselben Zweck zur Delegation außer den Rednern, die fähig und verpflichtet sind, eine Rede gegen den Krieg im ganzen, d. h. mit Entwicklung aller Hauptbeweisgründe und aller Bedingungen für den Kampf gegen den Krieg, zu halten, noch Leute eingeladen werden sollen, die sämtliche drei wichtigsten Fremdsprachen beherrschen und sich der Aufgabe widmen müßten, mit den Delegierten Gespräche zu führen und zu erfahren, wieweit sie die Hauptbeweisgründe begriffen haben und inwiefern die Notwendigkeit vorliegt, diese oder jene Argumente vorzubringen oder Beispiele heranzuziehen.

[230] Vielleicht wird bei einer Reihe von Fragen nur die Heranziehung von faktischen Beispielen aus dem Gebiet des letzten Krieges geeignet sein, eine ernstliche Wirkung auszuüben. Vielleicht läßt sich bei einer Reihe von anderen Fragen nur durch Erläuterung der modernen Konflikte zwischen den Staaten und ihres Zusammenhangs mit einem möglichen bewaffneten Zusammenstoß eine ernstliche Wirkung ausüben.

In der Frage des Kampfes gegen den Krieg erinnere ich mich, daß es eine ganze Anzahl von Erklärungen gibt, die unsere kommunistischen Abgeordneten in den Parlamenten wie auch in Reden außerhalb der Parlamente abgegeben haben, Erklärungen, die ungeheuerlich unrichtige und ungeheuerlich leichtsinnige Dinge über den Kampf gegen den Krieg enthalten. Ich denke, daß man gegen derartige Erklärungen, insbesondere wenn sie bereits nach dem Kriege abgegeben worden sind, mit aller Entschiedenheit auftreten und dabei rücksichtslos den Namen 'jedes derartigen Redners nennen muß. Man kann seine Meinungsäußerung über solch einen Redner nach Belieben mildern, besonders wenn das nötig ist, aber man darf keinen einzigen Fall dieser Art mit Stillschweigen übergehen, denn leichtsinniges Verhalten zu dieser Frage ist ein Übel, das schwerer wiegt als alles andere und dem gegenüber Nachsicht zu üben absolut unmöglich ist.

Es gibt eine Anzahl von Beschlüssen von Arbeiterkongressen, die unendlich dumm und leichtsinnig sind.

Man muß unverzüglich alle erdenklichen Materialien sammeln und sowohl alle einzelnen Teile und Teilchen des Themas als auch die ganze auf dem Kongreß zu befolgende „Strategie“ ausführlich erörtern.

Unsererseits wird bei einer solchen Frage nicht nur ein Fehler, sondern auch eine wesentliche Unvollständigkeit nicht geduldet werden dürfen.

4.XII.1922

„Prawda“ Nr. 96, 26. April 1924.

*13. Resolution der russischen Delegation auf dem internationalen Friedenskongreß im Haag am 15. Dezember 1922*²⁶⁵

In Erwägung, daß eine Unterdrückung der Kriege nur möglich ist, wenn auch das kapitalistische System beseitigt wird, dessen Folgeerscheinungen sie sind, in Erwägung, daß die Voraussetzung für jeden Kampf gegen die imperialistischen Kriege die Schaffung einer Einheitsfront ist, beschließt der Internationale Friedenskongreß:

1. Um den Kampf gegen den Krieg zu führen, ist ein Internationales Aktionskomitee zu ernennen, das aus Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, der Kommunistischen Internationale, der Roten Gewerkschaftsinternationale (Moskau) und des Internationalen Genossenschaftsbundes zu bilden ist.
2. In allen Ländern sind ähnliche Aktionskomitees zu bilden, die sich aus Vertretern der obengenannten Organisation zusammensetzen. [231]
3. Zu diesen Aktionskomitees sind überdies jene Arbeiterorganisationen zuzulassen, die keiner Internationale angehören, aber den Kampf gegen den Krieg führen wollen.
4. Diese Aktionskomitees haben ferner die Aufgabe, alles Erforderliche zu veranlassen, um der Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsorganisation ein Ende zu machen, sowie eventuellen Spaltungen zuvorzukommen, dies unter der Voraussetzung, daß die Freiheit der Propaganda in den Organisationen selbst gesichert ist und die Einheit der Aktion respektiert wird.
5. Diese Aktionskomitees und die ihnen zugehörigen Organisationen haben unausgesetzt den Kampf zu führen gegen die Theorie und die Praxis der bürgerlichen Vaterlandsverteidigung, da diese Losung dazu benutzt wird, die Arbeiterklasse mit gebundenen Händen und Füßen der imperialistischen Bourgeoisie auszuliefern.
6. Damit der proletarische Kampf gegen den Krieg ein wirkliches Resultat zur Folge haben kann, ist die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Klassen und Regierungskoalitionen aufzugeben und eine klare Scheidelinie zu ziehen zwischen den Arbeiterorganisationen und den bürgerlichen Regierungen.
7. In Rücksicht auf die Tatsache, daß der bürgerliche Pazifismus in der Illusion befangen ist, den Frieden aufrechterhalten zu können auf der Grundlage des Kapitalismus, fordert der Friedenskongreß alle Arbeiterorganisationen auf, durch eine systematische Arbeit diese pazifistischen Illusionen zu zerstören, zumal die Bekämpfung dieser gefährlichen Illusionen die Voraussetzung ist für einen wirksamen Kampf gegen den Krieg. Ohne die Mithilfe des bürgerlichen Pazifismus für die Sache des Friedens abzulehnen, spricht sich der Kongreß gegen einen Block mit der bürgerlichen Friedensbewegung aus, da ein derartiger Block nur eine Form der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Klasse ist.
8. Um die Armee und die breiten Arbeitermassen für den wirklichen Kampf gegen den Krieg vorzubereiten, sind in der Armee gesetzliche und geheime Organisationen zu gründen, die durch unausgesetzte, zähe und revolutionäre Arbeit sich im geeigneten Augenblick an die Spitze der Armee stellen können, um sich gegen die Bourgeoisie zu erheben.
9. Die Massen haben sich zum heftigsten Kampfe zu rüsten: für die Abschaffung des schmählichen Versailler Vertrages und analoger Verträge; gegen den unter der Firma des „Völkerbundes“ tätigen imperialistischen Räuberbund; mit äußerster Energie den Kampf zu führen gegen die durch die Wiedergutmachungen bewirkte Versklavung der Arbeitermassen Deutschlands, Österreichs, Bulgariens etc., um auf diese Weise der Bourgeoisie aller Länder

²⁶⁵ „Internationale Presse-Korrespondenz“, Nr. 239 vom 18.12.1922, S. 1795.

zu ermöglichen, die durch den imperialistischen Krieg in der ganzen Welt entstandenen Schäden bezahlen zu können.

10. Die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichteten Manöver des internationalen Imperialismus müssen demaskiert und alle zwischen den Regierungen geschlossenen Geheimverträge veröffentlicht werden.

11. Es ist nötig, zu dieser Aktion die Arbeiter und Bauern der von den imperialistischen Regierungen unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Länder heranzuziehen.

12. Es ist eine Aktion einzuleiten zugunsten der sofortigen Räumung aller von den Alliierten besetzten Gebietsteile Deutschlands und der Räumung aller Länder, Gebiete und Territorien im Nahen und Fernen Osten, Afrika etc., deren Besetzung durch Truppen auf Grund von Mandaten des Völkerbundes, d. h. durch das einfache Recht des Stärkeren, erfolgte.

13. Den Kampf zu führen für die Entwaffnung aller weißgardistischen Organisationen (Faschisten, Bürgergarden, Orgesch) und für die Bewaffnung der Arbeitermassen, und eine Aktion in Angriff zu nehmen, um in allen Ländern Arbeiterregierungen zu bilden, deren Aufgabe ist, die oben genannten Forderungen gegen den Willen der herrschenden Klassen durchzusetzen.

14. Der Kongreß beschließt, vom 8. bis 15. Januar eine internationale Propagandawoche gegen den Krieg zu organisieren und für den 15. Januar einen 24stündigen internationalen Generalstreik zu proklamieren, um zu protestieren: gegen den Krieg, gegen den Versailler Vertrag, gegen den Imperialismus, gegen die Diktatur des Kapitals, für die Machterhebung der Arbeit.